



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

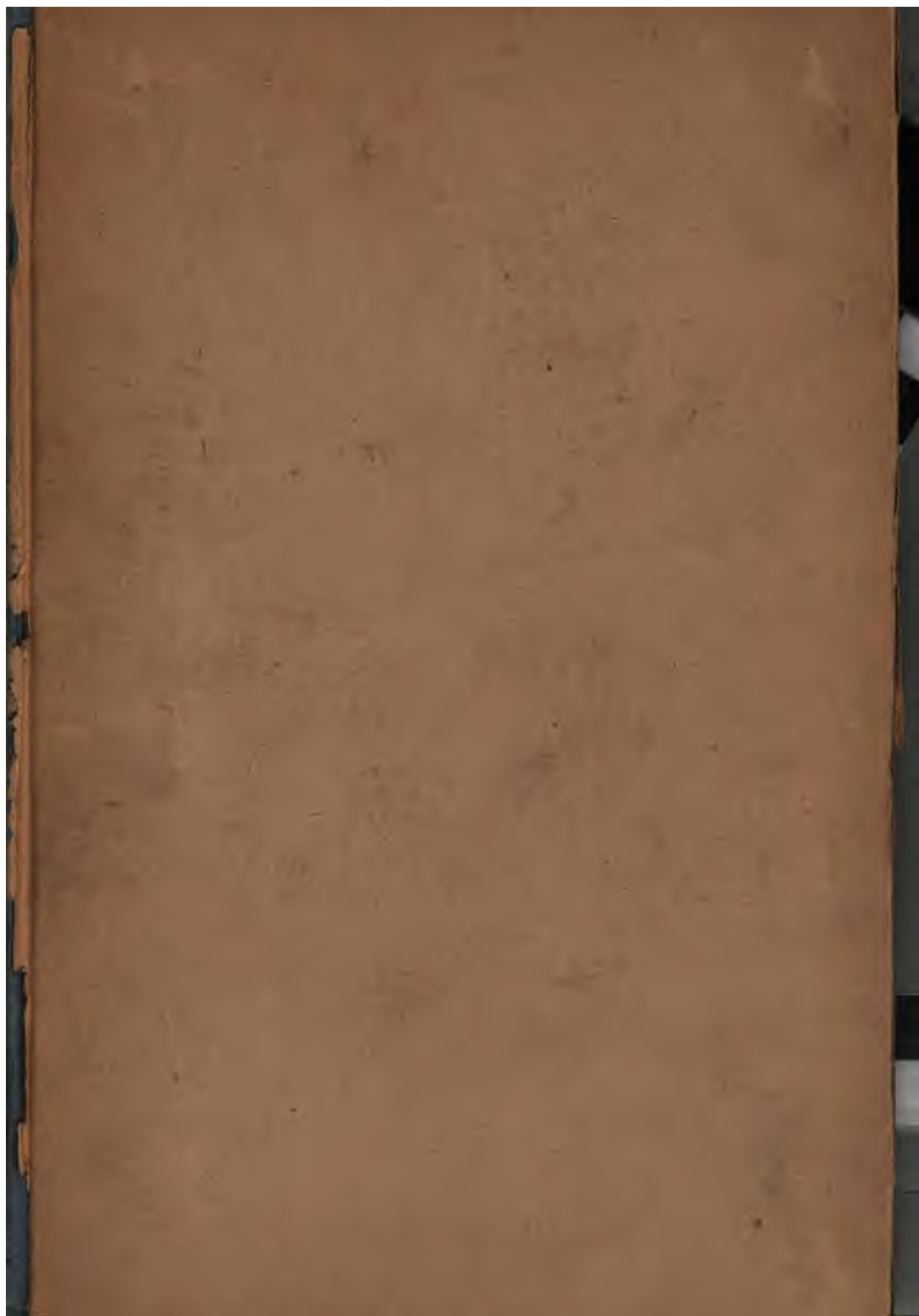
Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

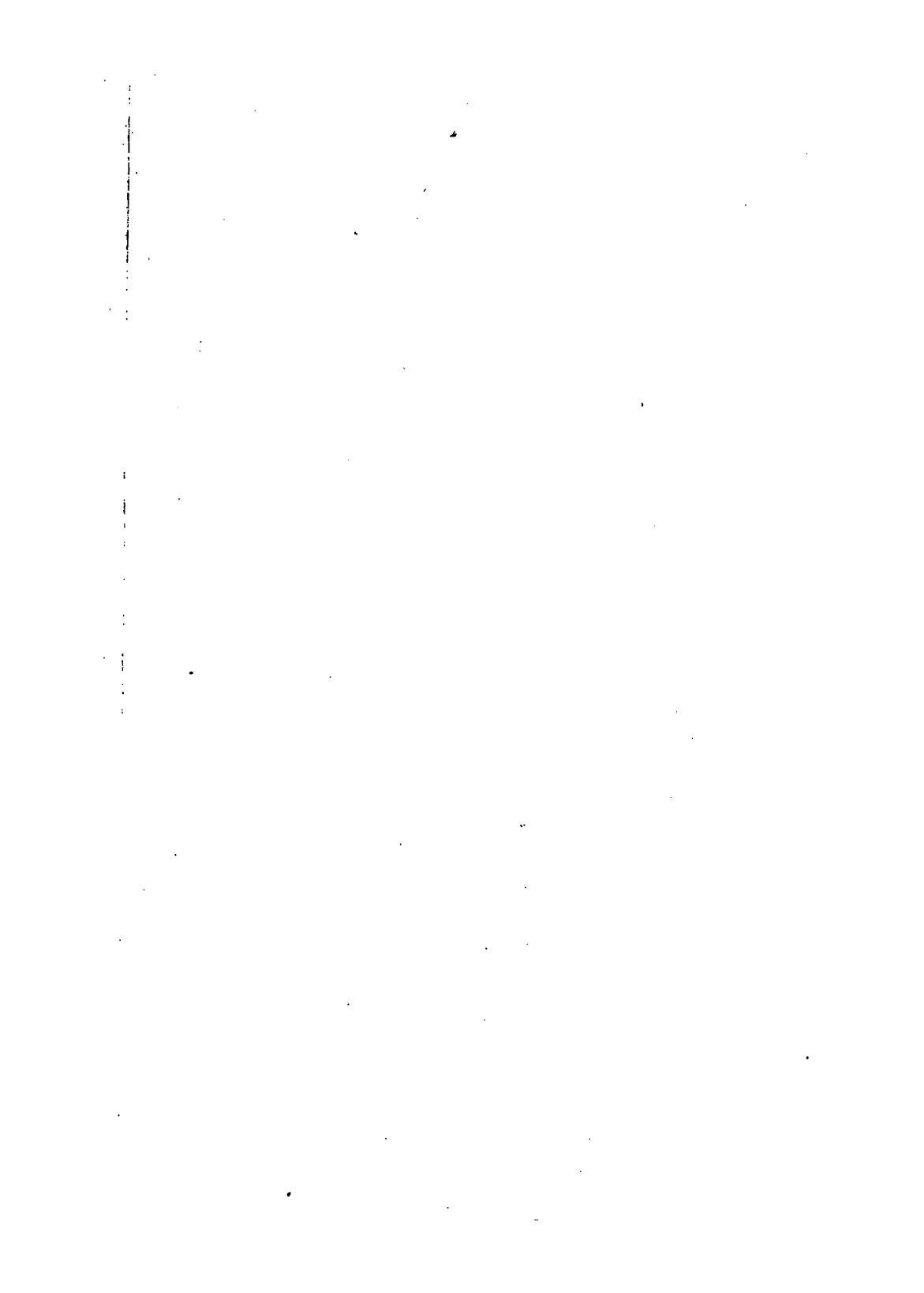
About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



E 113416





Bismarckianismus

und

Friedricianismus.

Von

Constantin Franz.

//



München, 1873.

Druck und Verlag des Literarischen Instituts von Dr. M. Suttler.

100/10

DD 220

F7

Man hat in unsern Tagen oft gehört: in Hrn. v. Bismarck, und zumal in seinen deutschen Unternehmungen, sei der Geist des großen Friedrich wieder erwacht. Grade von den bittersten Feinden der Bismarckschen Politik, von den sogenannten Welfen, ist diese Ansicht zuerst ausgesprochen worden. Und zwar in der Meinung damit das niederschlagendste Urtheil über Hrn. v. Bismarck gefällt zu haben, indem sie in dem großen Friedrich (nach der Caricatur, welche Onno Klopp von demselben entworfen) den incarnirten Geist des Bösen erblicken wollen. In ganz entgegengesetzter Meinung aber ist dieselbe Ansicht auch von vielen Vertretern des specifischen Preußenthums angenommen worden, welchen vielmehr der große Friedrich als die entscheidendste Autorität gilt. Wie natürlich, daß solche dann sich um so eher von den momentanen Erfolgen des Hrn. v. Bismarck verblüffen ließen, weil sie wirklich darin ein Wiedererwachen des Friedrichianischen Geistes erblickten. Dieser Bahn hat innerhalb der specifisch preußischen Kreise nicht wenig zu dem Ansehn des Hrn. v. Bismarck beigetragen, denn als der geistige Nachfolger des großen Friedrich — wie sollten seine Erfolge nicht zu um so größerer Verherrlichung des Preußenthumes führen? Hatten doch die gothaer Historiker, durch ihre Theorie von dem deutschen Berufe Preußens, der Verwirrung des öffentlichen Urtheils schon genügend vorgearbeitet, so daß nun eben durch Hrn. v. Bismarck alle das erreicht sein sollte, was Friedrich zu erreichen noch nicht vermocht, doch allerdings schon im Auge gehabt hätte: will sagen die Schöpfung eines neuen Deutschlands unter preußischer Herrschaft. Angesichts dessen ist es wohl der Mühe werth zu untersuchen, wie es sich mit der behaupteten geistigen Nachfolgerschaft verhält? Es wird sich am Ende zeigen, daß es leerer Wind ist, und was dabei als Friedrichianismus ausgegeben wird, vielmehr als Bismarckianismus zu bezeichnen wäre.

I.

Das Einzige nämlich, worin die Bismarcksche Politik principiell der Friedricianischen verwandt genannt werden könnte, wäre die unumwundene Geltendmachung der Staatsraison als obersten Entscheidungs- und Bestimmungsgrundes. Allein so gewiß Friedrich nach dieser Maxime handelte und dies offen erklärte, kann dieselbe doch so wenig als specifisch Friedricianisch gelten, daß sie vielmehr aus dem alten Römerthum stammt, d. h. aus der römischen Idee von der *salus publica* als oberstem Gesetz. Wie viele Monarchen und Staatsmänner haben seitdem nach dieser Maxime gehandelt! In Frankreich that es ebenso Heinrich IV. als Richelieu und als Napoleon. Gleichwohl war doch der eine sehr von dem anderen verschieden, wie wiederum Friedrich weder dem einen noch dem andren ähnlich zu nennen wäre. Diese abstracte Maxime kann also noch keine innere Verwandtschaft begründen. Es kommt erst auf die concreten Umstände an, unter welchen sie angewandt wird, und in welcher Weise es geschieht.

Das achtzehnte Jahrhundert, als dessen Kind Friedrich beurtheilt werden muß, war recht eigentlich das Zeitalter der Cabinetspolitik und des Staatsabsolutismus. Daß Politik nichts mit Moral gemein habe, galt den damaligen Politikern als selbstverständlich. Was sollte sie gar mit dem Christenthum zu schaffen haben? Kein politischer Mann hat damals vom christlichen Staate gesprochen, am allerwenigsten Friedrich selbst. Später hingegen hat man die unmoralische Politik des achtzehnten Jahrhunderts ausdrücklich verworfen. Die heilige Allianz sprach sogar von einer christlichen Politik. Und grade in Berlin ist hinterher diese Idee am allermeisten cultivirt worden. Mit Monarchismus und Legitimus verquickt, bildete sie insbesondere das Dogma derselben Partei, zu welcher sich ursprünglich auch Hr. v. Bismarck bekannte. Und nun hat dieser Mann auf einmal wieder die so feierlich perhorrescirten und längst todt geglaubten Maximen des achtzehnten Jahrhunderts geltend gemacht, allen den bessern Ueberzeugungen, die er vordem ausgesprochen, gradezu in's Angesicht schlagend! Ist das nicht ein ungeheurer Unterschied? So sehr,

daß alle das, was Friedrich's Politik zur Entschuldigung dienen konnte, der Bismarckschen vielmehr zum besondern Vorwurf zu machen wäre.

Ja, selbst unter dem Gesichtspunkt der bloßen Klugheit betrachtet, — war es denn wirklich klug, nachdem man in Berlin so lange vom christlichen Staate geredet und conservativ-legitimistische Grundsätze affectirt hatte, auf einmal sein bisheriges Bekenntniß so schnurstracks zu desavouiren, daß dadurch für langehin alles Vertrauen auf preussische Versicherungen zerstört sein dürfte? Heißt das nach der *raison d'état* handeln, in solcher Weise um eines materiellen Machtzuwachses willen den moralischen Credit des Staates auf's Spiel zu setzen? *Déraison d'état* wäre es weit eher zu nennen.

So war es auch nicht minder etwas ganz andres, wenn zu seiner Zeit Friedrich Krieg gegen deutsche Staaten führte, als wenn das im Jahre 66 geschah, wo das deutsche Nationalgefühl doch wahrlich eine ganz andere Bedeutung hatte als im vorigen Jahrhundert. Und grade von Preußen war es in den Freiheitskriegen am meisten wachgerufen, und seitdem hatte sich Preußen sogar einen besondern deutschen Beruf zugeschrieben, wovon zur Zeit des großen Friedrich noch keine Rede gewesen. Der wollte nur eine specifisch preussische Politik führen, und so lag wenigstens kein innerer Widerspruch darin, wenn er zur Erreichung seiner preussischen Zwecke sich mit auswärtigen Mächten verband. Er ist keineswegs in Schlesien mit der Erklärung eingerückt Deutschland reorganisiren zu wollen, es war ihm ausdrücklich nur um die Bestiznahme dieses Landes zu thun, und zwar um Preußens willen, nicht aber unter dem Vorgeben eines deutschen Nationalunternehmens. Wo bleibt denn noch die Aehnlichkeit, wenn man ausdrücklich eine deutsche Nationalpolitik proklamirt, und nichtsdestoweniger den deutschen Bruderkrieg provocirt, sich dabei mit Italien zu dem famosen „Stoß in's Herz“ verbindend?

Da zeigt sich handgreiflich die Wahrheit des alten Spruches, daß, wenn Zweie dasselbe thun, es um deswillen doch hinterher nicht dasselbe ist. Wie groß muß erst der Unterschied werden, wenn die Zweie schon von vornherein nicht dasselbe thaten! Und darüber werden wir alsbald in's Klare kommen.

II.

Da der große Friedrich die Staatsraison zum Maßstabe seiner Entscheidungen machte, konnte er freilich vor dem öffentlichen Rechte, an und für sich betrachtet, keinen sonderlichen Respect haben. Der Nutzen des Staates stand ihm darüber. Allein sein penetranter Verstand hatte sehr wohl erkannt, daß ohne rechtlichen Anhalt in der Welt nicht auszukommen, und also das öffentliche Recht selbst etwas sehr Nützliches sei. Zwar zu einem moralischen Gebote wurde es ihm dadurch nicht, um so mehr aber zu einer Forderung der politischen Klugheit, und er war eben klug genug die praktische Wichtigkeit des öffentlichen Rechtes nie aus den Augen zu verlieren.

Hat er etwa Schlesien genommen, blos weil ihm das Land gefiel? Du lieber Himmel, was hätte ihm nicht alles gefallen können, und selbst wohl besser noch als Schlesien! Er berief sich aber auf Rechtsansprüche seines Hauses, die, nachdem sie so lange verkannt gewesen, jetzt endlich zur Geltung gebracht werden mußten. Weil nun der Wiener Hof seine keineswegs übertriebenen Forderungen rundweg ablehnte, — man lese darüber die „Bekanntnisse eines österreichischen Veteranen“, — rückte er dann in Schlesien ein. Zwar mochte der preussische Rechtsanspruch angezweifelt werden, aber was wäre in dem deutschen Fürstenrecht und Lehnsrecht nicht bestreitbar gewesen? Fast immer collidirten verschiedene Ansprüche, und wer hätte in diesem Falle entscheiden sollen? Denn ob die Reichsgewalt dazu competent gewesen wäre, mußte selbst als zweifelhaft gelten. Schlesien war bekanntlich kein unmittelbares Reichsland sondern ein Lehn der Krone Böhmen, welche ihrerseits von den Reichsgerichten eximirt war. Gab es hier also keinen Richter, so war der König von Preußen, der als solcher außerhalb des Reiches stand, allerdings berechtigt die Königin von Böhmen und Ungarn mit Krieg zu überziehen, wie auch damals nicht im Geringsten bezweifelt worden ist.

Was hätte der Krieg von 66 damit gemein, wo es sich um eine in den Bundesverhältnissen originirende Streitfrage handelte, und also eine rechtliche Instanz gegeben, der Krieg hingegen von vornherein verboten war? Ganz zu schweigen von all' den Manö-

vern, wodurch der *casus belli* selbst erst präparirt werden mußte. Und was hätten mit der Erwerbung Schlesiens die Amerikaner gemein, wozu an und für sich keine Spur von einem Rechtsanspruch vorlag, sondern ein solcher erst aus dem selbst widerrechtlichen Kriege entstanden sein sollte, und wobei in Beziehung auf Schleswig-Holstein auch nicht einmal ein rechtlicher Vorwand zu finden war, so daß in diesem Punkte eben nur das reine *bon plaisir* entschied? Gewiß, die Bismarcksche Politik verräth hier nicht die Schule des großen Friedrich, und wenn sie doch aus einer Schule hervorging, so wäre es weit eher die Napoleonische gewesen, da Napoleon allerdings in solcher Weise gehandelt hat. Dafür aber sind auch alle seine Schöpfungen hinterher zerfallen, und er selbst hat als Gefangener auf St. Helena geendet, statt dessen Friedrich in der Weise eines stoischen Philosophen zu Sanssouci zur Ruhe ging, und sein Werk noch heute besteht.

Friedrich hat keine deutschen Fürsten entthront, nicht einmal eine reichsritterliche Herrlichkeit hat er angetastet. Vielmehr hat er seiner Zeit Bayern vor dem Untergange gerettet, und zu diesem Zwecke auf eigene Kosten Krieg geführt. Wahrscheinlich wird ihm sein Verstand gesagt haben, daß sein eigenes Recht in Deutschland mit demjenigen aller anderen Reichsstände zusammenhinge. Wie wäre es ihm gar in den Sinn gekommen den ganzen Reichsverband für aufgelöst zu erklären, obgleich ihn derselbe in mancher Hinsicht genirte. Nichtsdestoweniger erblickte er darin eine Garantie seines eigenen Besitzstandes, weil er seine zum Reiche gehörenden Länder doch offenbar nur auf Grund des Reichsrechtes besaß. Es sieht wohl so aus, daß er einen rechtmäßigen Besitz jedenfalls für sicherer hielt als einen bloß tatsächlichen, so viel Kanonen er auch hatte und diese sogenannte *ultima ratio regis* hoch genug schätzte, wozu aber bei ihm noch die *ratio* des Denkers hinzukam. Wie wird nun im Vergleich damit der Bundesstreich von 66 zu beurtheilen sein, wodurch Preußen selbst seine Rechtsbasis zerstörte, insoweit dieselbe doch wirklich in dem Bundesverhältnisse lag? Oder besaß etwa Preußen alle seine Länder lediglich als unabhängige europäische Macht, und nicht zum großen Theil nur als Mitglied des deutschen Bundes?

Es ist wahr: was Preußen nach dem Tilsiter Frieden noch geblieben war, das besaß es als rein europäische Macht, — denn sein Verhältniß zum Reiche hatte wie dieses selbst aufgehört, — mit allen denjenigen Landschaften aber, die es infolge der Freiheitskriege zurückerhielt oder neu erwarb, steht es viel anders. Denn schon bei Eröffnung des Krieges im Frühjahr 1813 war als Zweck desselben die Wiederherstellung Deutschlands proklamirt, im Hinblick worauf damals die provisorischen Verfügungen im nördlichen Deutschland stattfanden, und dann war in dem Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 ausdrücklich die Begründung eines aus selbständigen deutschen Staaten zu bildenden deutschen Bundes stipulirt worden. Auf Grund dieses Friedensartikels wurden auf dem Wiener Congreß die deutschen Angelegenheiten verhandelt, und die neuen Territorialverhältnisse unter die Garantie des europäischen Völkerrechtes gestellt, wie auch die infolge dessen geschlossene Bundesakte mit ausdrücklicher Bezugnahme auf diesen Friedensartikel beginnt. Was also Preußen damals an deutschen Ländern zurückerhielt oder neu empfing, das empfing es nicht als europäische Macht sondern als Mitglied des deutschen Bundes. Und das betraf nicht weniger als das ganze Gebiet links von der Elbe, einschließlich des rechtselbischen ehemals sächsischen Gebietes, wofür nun durch die von Preußen selbst herbeigeführte Auflösung des deutschen Bundes die rechtliche Voraussetzung der preussischen Herrschaft verschwunden ist.

Mag auch diese Ansicht einstweilen nur für eine leere Studirstubengrille gelten, weil heutzutage überhaupt kein anerkanntes europäisches Recht mehr besteht, sondern nur noch die thatsächlichen Machtverhältnisse in Betracht zu kommen scheinen, allein das kann sich ändern. Denn die bei solchem Zustande unvermeidlichen fast ununterbrochenen Kriege, und die daraus entspringenden, am Ende alle Staaten erdrückenden Lasten werden ja in nicht ferner Zukunft doch wieder die Nothwendigkeit eines anerkannten europäischen Rechtes zum Bewußtsein bringen, und dieses Bewußtsein dürfte dann wohl zu einer Untersuchung der respectiven Besitztitel führen. Was werden dann die großen Erfolge der Bismarckschen Staatskunst eingetragen haben? Einer Staatskunst, welche freilich solche

Eventualitäten kurzweg aus dem Auge gelassen zu haben scheint.
Qui vivra verri.

Dazu noch der so ohne Noth provocirte Kampf mit der katholischen Kirche — wie ganz anders, als es der heutigen Staatsweisheit beliebt, hat in diesem Punkte Friedrich gehandelt! Zwar gewiß nicht aus persönlichem Respekt vor dem Katholicismus, was aber in sachlicher Beziehung nicht in Betracht kommt. Genug, er hat so wenig die positiven Gerechtsame der katholischen Kirche angetastet, daß er sie vielmehr gegen die von Kaiser Joseph versuchten Eingriffe schützte. So geschah es, daß er selbst das Vertrauen des obersten deutschen Kirchenfürsten, des Erzbischofs von Mainz, gewann. Mönche stießen auf die Gesundheit des alten Fritz an, und man weiß sogar, daß sie ihn einmal vor Gefangennehmung gerettet haben, — ihn den „Ketz“ gegenüber den gut katholischen Oesterreichern! Eine wahrhaft historische Anekdote, die einigermaßen zu denken gibt. Und so weiß man auch, daß, als in den katholischen Ländern der Jesuitenorden gewaltsam unterdrückt wurde, er hingegen das tadelte, und in seinen Staaten den Orden ungekränkt fortbestehen ließ.

Siehe da: wie die behauptete Verwandtschaft der Bismarckschen und der Friedrichianischen Politik zuletzt in den reinen Gegensatz umschlägt! Grade wie auch Friedrichs Fürstenbund wohl ungefähr das Gegentheil von den sechsundseshziger Annexionen bildete. Denn offenbar war der Fürstenbund eine Art von Legimitätspolitik, welche den Schutz der Reichsverfassung bezweckte, während das Unternehmen von 66 die Bundesverfassung in revolutionärer Weise zerstörte.

Sind alle diese Thatfachen nicht wegzuleugnen, so verschwindet damit jede Möglichkeit sich für die heutige Politik noch auf das Beispiel des großen Friedrich zu berufen. Oder will man etwa einwenden: der Gegensatz sei doch nur scheinbar, die Wahrheit aber vielmehr, daß Hr. v. Bismarck, vermöge seines viel stärkeren Geistes, sich über die kleinlichen Bedenklichkeiten erhoben habe, welche den alten Fritz noch gehindert hätten so zu handeln, wie er eigentlich seinem Standpunkte gemäß hätte handeln sollen? Ei freilich, so könnte ja Hr. v. Bismarck noch immer als sein Schüler gelten,

und das wäre wohl erst sein rechter Triumph, daß der Schüler den Meister übertroffen hätte. Und zwar grade so weit übertroffen, als die momentanen Erfolge des Hrn. v. Bismarck viel größer erscheinen als diejenigen Friedrichs. Plausibel ist das genug. Um so mehr aber werden wir dann untersuchen müssen, wie es sich mit der geistigen Ueberlegenheit des Hrn. v. Bismarck wirklich verhalten dürfte.

III.

Plato lehrt in seiner Republik, daß es in der menschlichen Seele drei Hauptprinzipien gebe. Zuoberst nämlich das auf Erkenntniß der Wahrheit gerichtete Denken, zuunterst hingegen den auf die materiellen Genüsse gerichteten Trieb, als mittleres aber ein erregbares, zornmüthiges und thatkräftiges Princip, welches auf dem Thymos beruht. Wir würden dafür keinen ganz entsprechenden Ausdruck haben, am ehesten doch wäre nach dem, was Plato dabei im Auge hat, im Deutschen „Wille“ zu sagen. Diesen drei Principien gemäß sollte dann der Staat geordnet werden, indem Diejenigen, in welchen das denkende Princip herrschte, die eigentliche Regierung zu führen hätten, wie hingegen alle Diejenigen, in denen der niedere Sinn herrschte, von aller Theilnahme an der Staatsleitung auszuschließen und auf den reinen Gehorsam zu verweisen wären; in welchen aber der Thymos herrschte, die sollten insoweit an der Regierung theilhaben, daß sie als Gehülfen dienten, um das nach vernünftiger Berathung Beschlossene werththätig auszuführen.

Entkleidet man nun diese platonische Ansicht von alle dem, was dabei spezifisch hellenisch ist, und sieht man insbesondere von den extremen Consequenzen ab, zu welchen dieser Philosoph sich in der Construction seines Idealstaates verleiten ließ, — weil er die von ihm aufgestellten Unterschiede (seiner Ideenlehre gemäß) als abgeschlossene Qualitäten fixirte und absolut nahm, während im wirklichen Leben alles in einander übergeht, — so bleibt doch immer die wichtige Wahrheit, daß bei verschiedenen Menschen das eine oder andere Princip vorherrscht, und danach insbesondere die Regierungsfähigkeit zu beurtheilen ist. In der Weise nämlich, daß zwar als ganz unentbehrlich das thatkräftige Princip des

Thymos dazu gehört, weil die Regierung sich realiter geltend zu machen hat, was das bloße Denken niemals vermag, daß aber dieses thatkräftige Princip sich selbst durch die Vernunft bestimmen lassen und derselben untergeordnet sein muß. Wer demnach so geartet ist, daß ein starker Thymos in ihm lebt, welcher aber von einem sicheren Denken beherrscht wird, — der würde hiernach der geborne Regent oder Staatsmann sein.

So geartet war eben der große Friedrich. Gewiß ein Mann von gewaltigem Thymos, wovon sein Muth, seine Tapferkeit und Festigkeit so zahlreiche Beweise gegeben, aber das denkende Princip behielt die Oberhand bei ihm, der Thymos stand im Dienste desselben. Wie verhält es sich hingegen mit Hrn. v. Bismarck? Was den Thymos anbelangt, — der ist wirklich stark genug in ihm, vielleicht noch stärker als er in Friedrich war. Man hat ihn ja den eisernen Grafen genannt, und es wird wohl allgemein zugestanden werden, daß es vorzugsweise die Energie ist, welche das Auftreten des Hrn. v. Bismarck charakterisirt, und die unstreitig etwas Imponirendes hat. Wie mußte das erst wirken gegenüber den, im Salonleben erschlafften, jedes männlichen Entschlusses unfähigen Persönlichkeiten, aus welchen allermeist das diplomatische Corps zu bestehen pflegt, wie im Durchschnitt die ganze sogenannte vornehme Gesellschaft! Dann andererseits wieder die aus der Bureaukratie hervorgegangenen, im Akten- und Formelwesen abgestumpften Geister, oder endlich die Phrasenhelden der Tribüne, nebst dem ihnen affiliirten, ebenso halbherzigen als halbköpfigen, gothaisirenden Professorenthum, — was hätten diese solcher Energie entgegenzusetzen vermocht? Sie wurden alle überwältigt. Nur die wenigen festen sich selbst klaren Männer ließen sich nicht von ihm imponiren.

Allein die bloße Energie hätte es doch nicht gethan. Hr. v. Bismarck wäre damit vielleicht ein zweiter Blücher geworden, aber überhaupt kein Staatsmann, wozu unerläßlich das denkende Princip gehört. Auch fehlt ihm das so wenig, daß er vielmehr eine bedeutende Verstandeskraft bewiesen hat; denn ohne sehr geschickte Combinationen wären seine Erfolge niemals zu erreichen gewesen. Darin aber liegt der große Unterschied, daß bei ihm das Denken im

Dienste des Thymos steht, nicht umgekehrt der Thymos im Dienste des Denkens, wie es bei Friedrich war. Darum wird sein Denken durch den Thymos irre geleitet, indem es sich nicht auf das an und für sich Wahre und darum auch an und für sich Zweckmäßige richtet, sondern vielmehr auf die Mittel zu dem jedesmal speciellen Zweck, den dann seine gewaltige Thatkraft zur Ausführung bringt. Das eben ist das Geheimniß seiner überraschenden Erfolge, daß er all' sein Denken immer auf den jedesmaligen Zweck concentrirt, wie andererseits aber auch das Hochgefährliche seiner Unternehmungen daraus entspringt. Denn ob seine Combinationen, nachdem sie die beabsichtigte Wirkung geäußert, auch hinterher zu einem an und für sich haltbaren Zustand führen, danach fragt er am allerwenigsten.

Mit einem Worte: es ist der Thatendrang, der in ihm waltet. Wird nun sein Denken selbst davon beherrscht, — was ist es dann, was solchem Thatendrang Ziel und Maß gebe? Das würde schwer zu sagen sein, und er selbst am Ende es auch nicht recht zu sagen wissen. Die Gewalt des in ihm waltenden Willens hat eben sein Bewußtsein überwältigt, so daß er gewissermaßen seiner selbst nicht Herr ist, und wie von einem Fatum getrieben erscheint. Nicht unähnlich, wie es einst dem ersten Napoleon erging, der auch so geartet war, daß sein gewiß sehr scharfer Verstand doch nur den Eingebungen seines Willens diente. Der Wille aber (so hat nach Schelling Schopenhauer gelehrt) ist an und für sich das schlechthin Grundlose wie zugleich Blinde, er will, weil er will. *Stat pro ratione voluntas*, — das ist seine eigenste Sprache. Und ist es nun nicht bekannt genug, wie sehr Hr. v. Bismarck diese Sprache liebt? Selbst da verfällt er nicht selten in diesen imperatorischen Ton, wo es vielmehr in seinem eigenen Interesse läge nicht so zu sprechen, um wenigstens den Schein aufrecht zu erhalten, daß eine freie Diskussion bestände, weil das parlamentarische System — und wäre es auch nur zur Decoration — ihm doch immerhin unentbehrlich ist; demungeachtet zerstört er so selbst die Illusion, als ob diese Decoration noch etwas Wirkliches bedeute. Gleichviel aber, sein Dämon reißt ihn fort, er kann sich nicht halten.

Weil also seine Zwecke in dem blinden Willen wurzeln,

welcher sein Denken beherrscht, kann er auch nicht nach festen Grundsätzen handeln. Darum ist es am Ende dahin gekommen, daß er von alle dem, was er bei Anfang seiner Laufbahn als seine Grundsätze ausgesprochen, hinterher fast das Gegentheil that. Nicht minder ferner hängen damit die inneren Widersprüche seines Thuns zusammen, weil er immer nur danach fragt, was dem jedesmaligen Zwecke dient. Darauf versteht er sich auch ganz vortrefflich. Weil er aber überhaupt nicht gewohnt ist die Dinge ohne irgend eine Tendenz an und für sich zu betrachten, — wie es das philosophische Denken charakterisirt, — sondern lediglich nach ihrer jedesmaligen Beziehung als Mittel zum Zweck, so muß es dann wohl geschehen, daß hinterher das eine Mittel dem andern widerspricht. Denn die Dinge sind eben nicht blos Mittel, sondern es liegen Principien darin, die für sich selbst wirken. So z. B. kann man nicht das offenbar demokratische allgemeine Stimmrecht proklamiren, weil dies momentan nützlich erscheint, und sich doch hinterher verbitten wollen, daß noch von Volksrechten geredet werde, weil dies nun wieder störend erscheint. Und wie viel anderes ließe sich in dieser Hinsicht anführen.

Sogar von nationalliberaler Seite hat man schon wiederholt die Aeußerung vernommen, daß die von Hrn. v. Bismarck geschaffenen Einrichtungen doch allzusehr nach seiner Persönlichkeit zugeschnitten seien.*) Nun wohl, wenn das der Nationalliberalismus sagt, so muß es wahrlich auffallend sein. Und was ist dann von der inneren Lebenskraft solcher Schöpfungen zu halten, die in Wirklichkeit nur auf zwei Augen ruhen? Wir fügen aber hinzu: es kann gar nicht anders sein. Wiederum nämlich wegen des blinden Willens. Denn was will überhaupt der Wille, wenn nicht vor allem sich selbst? Wie natürlich also, daß der Mittelpunkt aller Bismarckschen Schöpfungen auch nichts anderes als er

Auch der auf seine alten Tage noch unter die Nationalliberalen gegangene Hr. R. v. Mohl kann nicht umhin, in seinem neuerdings erschienenen „Deutschen Reichsstaatsrecht“ diese Thatsache anzuerkennen und sie allerdings bedenklich zu finden, trotz seiner ausgesprochensten Sympathie für das heutige Reich.

selbst ist! Nur in seiner Persönlichkeit finden sie ihr inneres Einheitsband, nicht aber in einem geordneten Gedankenzusammenhange, ohne welchen doch keine umfassenden und zugleich haltbaren Organisationen zu begründen sind. Eine legislatorische Befähigung wird daher, nach seiner Geistesverfassung, bei ihm von vornherein nicht zu erwarten sein, und die Thatsachen haben ja genügend gezeigt, wie es wirklich damit steht.

Ebenso erklärt sich daraus, daß ihm Macht vor Recht geht. Denn jedenfalls ist doch die Voraussetzung alles Rechtes (um mit dem alten Naturrecht zu reden) die Anerkennung der Coexistenz verschiedener selbständiger Willen, aber diese Anerkennung folgt allererst aus der Vernunft und nicht etwa aus dem Willen, der wie gesagt immer sich selbst will. So sich selbst wollend, wird dann der Wille im Verhältniß zu anderen Willen nichts weiter als die bloße Macht, die ihrerseits nur der Macht weicht, nicht aber dem Rechte. Auch findet diese Macht den Genuß ihrer selbst nur darin, daß sie alle anderen Mächte zu beherrschen sucht. Sie hat den rastlosen Trieb ihre Wirkung zu steigern, ihr Gebiet auszudehnen. So wird Hr. v. Bismarck durch jeden Erfolg nur zu immer neuen Unternehmungen angereizt. Schon möchte er sich zum Meister der ganzen europäischen Politik machen, sein innerer Dämon will es so.

Auch hierin wieder nicht unähnlich dem ersten Napoleon, der sich eben durch seine Erfolge in's Maßlose verlor, während man hingegen an Friedrich II. die weise Selbstbeschränkung ehren muß. Groß dachte er von seiner Regentenpflicht, bescheiden aber von seiner Machtstellung, der heutige Chauvinismus war ihm fremd. Und doch konnte er sich militärischer Leistungen rühmen, denen die neuere Geschichte nicht viel zur Seite zu stellen hat. Denn daß er mit seinen geringen Hülfsmitteln einen siebenjährigen Krieg gegen drei große Mächte ausgehalten, wobei seine eigenen Streitkräfte numerisch so auffallend hinter den feindlichen zurückstanden, dazu hätte Genie gehört. Es will etwas ganz anderes besagen, als wenn in unseren Tagen, mit stetiger Ueberzahl der deutschen Truppen, Frankreich besiegt wurde, was aber gleichwohl als etwas so Bewunderungswürdiges gelten soll, daß um deswillen prunkende

Triumphzüge aufgeführt und thurmhohe Denkmale errichtet werden, ja die Siegesfeste sich immer wiederholen müßten. Dergleichen war so wenig nach Friedrichs Sinn, daß er vielmehr nach Beendigung des siebenjährigen Krieges sich absichtlich den ihm zugeordneten Ovationen entzog, indem er in aller Stille an Berlin vorbei nach Charlottenburg fuhr, um sich dort das Teedeum aufführen zu lassen. Thränen sah man dabei in den Augen dieses harten Mannes, und die haben ihn wirklich mehr geziert, als ihn der wohlverdiente Lorbeerkranz zieren konnte. Immerhin eine bemerkenswerthe Thatsache.

Um nun endlich wieder zu der oben besprochenen platonischen Ansicht zurückzukehren, so schließt sich auch noch eine andere wichtige Folge daran. Wenn nämlich der Thymos das Denken beherrscht, anstatt von demselben beherrscht zu sein, — wird er nicht in demselben Maße, als er sich der Leitung der Vernunft entzieht, in die niedere Region herabsinken, in welcher der Materialismus waltet, worüber ihn eben nur die Vernunft erheben konnte? Die Thatsachen reden, und am deutlichsten zeigt gerade die größte Schöpfung des Hrn. v. Bismarck davon, d. h. das neue Reich, dessen banaußisches Wesen Niemand verkennen wird. Und das Werk deutet ja wohl auf den Genius des Werkmeisters.

Nach dem allen urtheile man über die behauptete Verwandtschaft der Bismarckschen und Friedricianischen Politik, wie insbesondere über die etwaige Ueberlegenheit des Bismarckschen Geistes. Wir meinen: der Unterschied, und beziehungsweise das Gegentheil, muß jetzt klar genug sein. Nur wollen wir schließlich auch noch auf die persönliche Entwicklung und Lebensweise dieser beiden Männer hinblicken, worin das wirkliche Verhältniß am augenfälligsten hervortritt.

Von Friedrich weiß man, daß er sich schon in früher Jugend mit philosophischen Fragen und literarischen Dingen beschäftigte, und das Interesse dafür bis an sein Ende bewahrte. Selbst im Feldlager las er philosophische und historische Schriften, und correspondirte mit seinen gelehrten Freunden, nicht selten unmittelbar nach der Schlacht. Es war ihm ein unabweisbares Bedürfniß, um sich dadurch im Drange der Ereignisse die Geistesfreiheit zu

erhalten. Seine Erholungen waren eben Kunst, Wissenschaft und Literatur. Er selbst musicirte und schriftstellerte insbesondere in so beträchtlichem Umfang, daß es Staunen erregt, wie er bei seiner sonstigen ungeheuren Thätigkeit die Zeit dazu fand. Das kennzeichnet seine Geistesverfassung, man hat ihn nicht umsonst den Philosophen von Sanssouci genannt. Von Grn. v. Bismarck (von welchem wir ja bereits eine ausführliche Biographie besitzen) ist dergleichen nicht erzählt, was hingegen erzählt ist, ergibt ein ganz anderes Bild. Ein Bruder Studio ist er gewesen in des Wortes verwegenster Bedeutung, immer bereit die Mensur zu betreten, im Auditorium hat man ihn kaum jemals gesehen. Auf contemplative Anlagen deutet das nicht. Und so gewiß denn auch die Schulweisheit keinen großen Mann macht, thut es ihre Verachtung noch weniger. Dazu kennt man ihn bis heute als einen festen Reiter und gewaltigen Jäger, — beides Vergnügungsarten, von welchen Friedrich am allerwenigsten hielt. Genug, hier die Herrschaft des Thymos, dort die Herrschaft des denkenden Principis. Man braucht nur die beiderseitigen Porträts zu betrachten, und beiden steht ihre Geistesart an der Stirne geschrieben.

IV.

Friedrich II. hatte bekanntlich keinen dirigirenden Minister, und was insbesondere die sogenannte hohe Politik anbetrifft, die führte er lediglich selbst. Daraus entsprang die wichtige Folge, daß er auch in seinen kühnsten Unternehmungen doch niemals den Instinct seiner persönlichen Stellung verlor, d. h. als eines erblichen Monarchen und deutschen Reichsfürsten. Und eben dieser Instinct hat ihn vor den extremen Consequenzen bewahrt, wozu das so gefährliche Princip der Staatsraison ihn sonst wohl hätte verleiten können. Throne zu erschüttern oder deutsche Fürsten zu vertreiben, verbot ihm das natürliche Gefühl, daß dies mittelbar seine eigene Existenz untergraben würde.

Wie ganz anders steht die Sache, wo ein Minister die Politik führt, welchem solcher natürliche Instinct nicht inne wohnen kann, weil seine Stellung auf keinem Erbrechte ruht und er selbst keinen Thron zu verlieren hat. Im Gegentheile, ein preussischer

Minister insbesondere kann wohl seinen Kitzel darin finden, die große thatfächliche Macht, die ihm als Leiter der preußischen Politik den kleineren Staaten gegenüber in die Hand gegeben ist, denselben um so nachdrücklicher fühlbar zu machen. Das erklärt sich. Von Haus aus nur ein Landedelman zu sein und dann doch über deutsche Könige und Fürsten hinwegschreiten zu können, ist allerdings ein stolzer Gedanke, von welchem sich nicht überwältigen zu lassen keine geringe Selbstbeherrschung voraussetzt. Wie hat der Teufel einst den Wallenstein daran gepackt! Das ist also wesentlich mit zu berücksichtigen, um die Politik des Hrn. v. Bismarck richtig zu würdigen.

Was wollen wir aber damit sagen? Nicht etwa, daß die Erbmonarchie überhaupt keinen dirigirenden Minister gestatte; denn das widerspräche aller Erfahrung. Es würde sogar die Erbmonarchie selbst unmöglich machen, weil die Erbfolge im Durchschnitt auch nur durchschnittsmäßige Fähigkeiten ergeben wird, womit für die Regierung eines einigermaßen bedeutenden Staates niemals auszukommen ist. Allein der dirigirende Minister muß auch wissen, daß es die Geschicke einer Erbmonarchie sind, die in seiner Hand ruhen, infolge dessen er nichts unternehmen darf, was mit den Lebensbedingungen einer solchen unvereinbar wäre. Kann es nun, wie gesagt, nicht der natürliche Instinct sein, welcher ihn dabei leitet, so wird alles auf seine Einsicht und Selbstbeherrschung ankommen, worauf aber bei einer so von Thatendrang erfüllten Natur, wie der des Hrn. v. Bismarck, von vornherein nur wenig zu rechnen war.

Sein Wesen ist vielmehr so angelegt, daß es sich erst vollkommen entfalten könnte, wenn er selbst der Monarch wäre. Ein zweiter Friedrich freilich würde er dann doch nicht geworden sein, um so gewisser aber ein großer Weltenstürmer. Denn hypersthenisch ist sein Wesen, und solche Hypersthenie kann noch viel schlimmere Folgen haben als Asthenie. Man denke z. B. an das Manteuffel'sche Regime, dessen offenbare Asthenie wohl Schaden genug gebracht hat, hochgefährliche Dinge aber wären da nie geschehen, und alles in allem gerechnet befand man sich dabei doch vielleicht besser als heute, wo durch die Unternehmungen des

Lorbeerkranz überreichen wollte, lehnte er denselben ab, weil er sich keine kriegerischen Lorbeeren erworben habe. „Aber, entgegnete sie, Ew. Excellenz haben doch den Krieg angefangen.“ Gut denn, es heißt ja, daß Kinder und Narren die Wahrheit sagen, und eine weißgekleidete Jungfrau wird auch wohl nicht lügen. Damit wäre die Sache klar.*)

*) Diese Zeilen waren bereits vor dem Erscheinen des so viel Aufsehen erregenden Buches von La Marmora geschrieben. Zwar enthält dasselbe im Kern der Sache kaum etwas, was dem unbefangenen Beobachter der Ereignisse nicht schon längst klar gewesen wäre, es läßt nun aber auch das ganze diplomatische Getriebe übersehen, woraus der Krieg von 66 hervorging, und bietet dabei so manches interessante Detail. Insbesondere ist es dadurch urkundlich bezeugt, wie die Politik des Hrn. v. Bismarck von Anfang des Conflictes an auf den Krieg hinsteuerte, und zu diesem Ende den casus belli präparirte, statt dessen der König des guten Glaubens war, daß ihm vielmehr der Krieg aufgedrungen sei, den er wo möglich zu vermeiden wünschte. Ist dieses also jetzt für unumstößlich bewiesen zu erachten, — wie wäre es anders zu erklären, als daß die Dinge dem Könige wohl nicht so dargestellt sein dürften, wie sie wirklich vor sich gingen? Dieses aber zugegeben, entsteht dann freilich die Frage: ob es nicht zu den ersten Pflichten eines Ministers gehört, seinem Monarchen alles so darzustellen, wie es sich nach seinem besten Wissen thatsächlich verhält, — zumal bei einem so hochwichtigen Anlaß, wo es sich um die ganze Zukunft des Staates handelte, — und wer hätte wohl besser gewußt, wie der casus belli präparirt wurde, als eben Hr. v. Bismarck? Was dann weiter daraus folgt, das mag sich jeder Denkende selbst sagen. Unsere Pressverhältnisse gestatten darüber keine unumwundene Erörterung.

Kaum geringeres Aufsehen, als das vorgedachte Buch, hat andererseits die kürzlich geschehene Veröffentlichung des päpstlichen und königlichen Briefes gemacht, worüber wir hier beiläufig auch noch einiges bemerken wollen. Nach dem momentanen Erfolge betrachtet, muß wohl diese Veröffentlichung als ein sehr wirksamer Schlagzug des Hrn. v. Bismarck gelten, denn den Beifall des ganzen vulgären Protestantismus, wie der ganzen vulgären Aufklärung, deren Hauptprinzip eben der Kampf gegen die Hierarchie ist, hat er sich dadurch allerdings neu gesichert. Wie aber, wenn sich je mehr und mehr herausstellen sollte, daß es sich in dem gegenwärtigen Streite weit weniger um die Ansprüche des Papstthums als vielmehr um die Existenz der Kirche überhaupt und damit des Christenthums selbst handelte? Was würde dann der Beistand solcher Elemente, denen es nicht sowohl auf Religionsfreiheit als vielmehr auf das Freisein von aller Religion ankommt, noch bedeuten? So viel als nichts. Inzwischen aber dürfte der Kampf,

Wollte man aber zu mehrerer Sicherheit auch noch nach dem „cui bono?“ fragen, — wem hätte der Krieg so sehr genützt als Hr. v. Bismarck? Von Sabowa an datirt ja seine eigentliche Herrschaft, wozu ihm Blut und Eisen den Boden bereitet hatten. Nicht nur in Preußen war er seitdem der entscheidende Mann, auch über Deutschland hatte er zu verfügen. Denn nachdem Oesterreich — zur buchstäblichen Erfüllung des zwar etwas knotigen hier aber vollkommen passenden Sprichwortes „Wer dumm ist muß geprügelt werden“ — nun glücklich aus Deutschland herausgeprügelt war, erschien alles übrige nur noch als eine Frage der Zeit. Ein Mann von europäischer Bedeutung war er auf einmal geworden.

Es wäre unnatürlich, hätte er diese seine Bedeutung nicht selbst gefühlt. Die Weise aber, wie sich dieses Gefühl ausdrückte, liefert wieder einen neuen Beitrag zur Charakteristik seines Wesens.

eben in Folge jener Veröffentlichung, sich nur um so mehr verbittern, und nachdem Hr. v. Bismarck den momentanen Nutzen jener Veröffentlichung für seine Zwecke ausgebeutet, dann hinterher die ganze Last und Gefahr des Kampfes auf der Krone haften bleiben, welche jetzt so geflissentlich und so ohne Noth in den Kampf hineingezogen wurde, und nachdem dies einmal geschehen, nun wohl auch alle die weiteren Maßregeln wird genehmigen müssen, welche Hr. v. Bismarck in diesem Kampfe für dienlich erachten sollte.

Wiederum hier dasselbe Verfahren, welches wir schon oben im Texte rügten: daß nemlich die Krone für die Maßregeln ihres Ministers engagirt wird. Wir unsrerseits sind wahrlich keine Anhänger der constitutionellen Theorie, wonach der König überhaupt nicht handeln, sondern statt seiner nur das Ministerium handeln, und durch seine Verantwortlichkeit (wie man sagt) die Krone decken soll, allein das Umgekehrte: daß also vielmehr ein Minister die Autorität der Krone einsetzen darf, um dadurch seinen eigenen Maßregeln ein um so größeres Aplomb zu geben, scheint uns doch noch viel weniger richtig. Vielmehr halten wir es für eine der wichtigsten Lebensbedingungen der Erbmonarchie, daß die Krone nie so an die Politik ihres Ministers gebunden wird, daß sie die Freiheit der Entschließung für die Zukunft verliert.

Nur ein Abenteuerer mag, wie einst Cortez that, auf gut Glück die Schiffe hinter sich verbrennen, einem erblichen Monarchen hingegen muß immer eine Rückzugslinie bleiben, und die hat nun Hr. v. Bismarck in dem vorliegenden Falle abgebrochen. Freilich unter dem Jubel des national-liberalen Publikums, die Zukunft wird ja aber zeigen, was dabei für die Krone herauskommt.

So ist er denn eine Regierungsmaschinerie, wonach sich unvermeidlich alle Gewalt in seiner Person concentriren muß, wirkliche Gegengewichte gar nicht bestehen, und nicht einmal eine selbständige Mitwirkung anderer Personen neben ihm stattfinden kann. Sein Kanzlerat läßt keinen Ministerrath zu. Er kann wirklich keine Collegen gebrauchen; was er bedarf sind vielmehr Commis für die verschiedenen Zweige des Geschäftes, dessen Chef er ist. Alles muß da mit Rücksicht auf den jedesmaligen Zweck geschehen, den der Chef sich vorgesetzt, und wobei ihm niemand darein zu reden hat. Solche Commis mögen dann sehr thätige und in ihrer Weise geschickte Männer sein, was man aber im vollen Sinne des Wortes einen Staatsmann nennt, das können sie weder sein noch werden. Und wohin muß es nun führen, wenn der Mangel oder das Preisgeben einer selbständigen Ueberzeugung die Bedingung für alle hohen Stellen wird? Je länger dieses Regime besteht, um so mehr müssen alle politischen Charaktere verschwinden, und wenn es einmal zusammenbrechen sollte, wird man vergebens nach Staatsmännern suchen, weil sich keine bilden konnten. Eine Schattenseite, die man nicht übersehen sollte.

Dennoch genügt die Beherrschung aller hohen Stellen dem Gewaltigen noch bei weitem nicht, weil seine eigne Machtstellung unabweisbar erheischt, daß sie zugleich durch die öffentliche Meinung gestützt wird. Nun haben ihm zwar seine Erfolge vor der Hand ein hinlängliches Prestige gegeben, allein die aura popularis ist ein gar bewegliches Wesen, es ist kein Verlaß darauf. Will man sich gleichwohl mit einiger Sicherheit auf die öffentliche Meinung stützen, — ei, so muß man sie zugleich beherrschen. Sonst könnte sie wohl bald dies bald jenes fordern, und selbst die schönsten Pläne durchkreuzen. Am besten daher, wenn man die öffentliche Meinung einigermaßen selbst fabrizirt. Und das wird für das neue Regime eine Lebensfrage.

Hatte einst Friedrich gesagt: „Gazetten dürfen nicht genirt sein, wenn sie interessant sein sollen“, so lautet die Bismarcksche Uebersetzung dieses Satzes dahin: „Gazetten müssen vom Preßbureau geleitet und aus dem Reptilienfond subventionirt werden, sonst kann ich sie nicht gebrauchen.“ Probatum est. Hatte doch

schon Louis Napoleon die Sache ebenso aufgefaßt, in dessen Schule Hr. v. Bismarck wohl etwas gelernt haben mußte. Er versteht sich wirklich noch besser darauf. Trotzdem es ihm also gelungen fast die ganze Tagespresse in seine Hand zu bekommen, welche tausendstimmig seinen Ruhm verkündet, zeigt er sich um deswillen doch nicht minder empfindlich, wenn hier und da noch eine Gegenstimme erschallt; und anstatt es seiner Preßbrigade zu überlassen, solche Stimme durch die Presse selbst zum Schweigen zu bringen, hält er hingegen für sehr dienlich, gegen solches crimen laesi cancellarii auch noch die Gerichte zu Hilfe zu rufen. Er, der im Besitz von tausend Machtmitteln und rücksichtlich der Ausübung seiner hohen Amtsfunktionen seinerseits gerichtlich unantastbar ist, so daß die öffentliche Kritik nur um so nothwendiger wird; er, der sich nicht selten so ungenirt äußert, daß die von einem so hochgestellten Manne allerdings zu erwartende Zurückhaltung im Urtheil und Abgemessenheit der Sprache ganz vermißt wird, — er will es gleichwohl einen armen Journalisten (dessen Metier doch unter ganz anderen Bedingungen steht, und wobei ein allenfalliges über die Schnur hauen kaum vermeidlich wird) mit Geld- oder Gefängnißstrafe büßen lassen, wenn er in dessen Aeußerungen einen ungerechtfertigten Ausfall gegen sich zu erblicken meint! Ist das eine wahre Größe, die ein Zeitungsartikel irritiren kann? Friedrich dachte anders in diesem Punkte, und ohne Preßbureau noch Reptilienfond stand seine Autorität nur um so fester.

V.

Niemand wird bestreiten, daß die Stellung des Hrn. v. Bismarck den Eindruck von etwas durchaus Exceptionellem macht. Zwar dirigirende und gewissermaßen regierende Minister hat man auch schon in Preußen gesehen; denn Stein und Hardenberg haben zeitweilig regiert. Und wie noch viel gewaltiger herrschte ein Richelieu in Frankreich, oder ein Mentischikow in Rußland! Dennoch wird man kaum behaupten wollen, es sei dieß mit den Bedingungen einer Erbmonarchie unvereinbar gewesen. Die Hauptsache war aber dabei, daß diese Männer doch nur die längst schon an und für sich bestehende monarchische Gewalt ausübten, wäh-

rend Hr. v. Bismarck selbst erst die Stellung geschaffen hat, die ihn so gewaltig, und seine Gewalt zu etwas so Exceptionellem macht, weil diese Stellung überhaupt nicht aus dem preußischen Staatswesen hervorgegangen ist.

Wäre er preußischer Staatskanzler geworden, so läge darin nur eine Steigerung der preußischen Ministerpräsidentenschaft; es wäre ein ganz klares Verhältniß, welches keinerlei Bedenken veranlaßte. Statt dessen wurde er nach 66 vielmehr Nordbunds-kanzler, was etwas ganz anderes zu bedeuten hatte. Ein preußisches Staatskanzlerat, so ausgedehnt auch seine Befugnisse sein möchten, würde ja immer auf dem ganzen preußischen Behördenorganismus ruhen, und hätte dabei einen Landtag zur Seite, der das Preußenthum repräsentirte und in welchem daher Traditionen lebten, die mit der Geschichte der preußischen Dynastie verflochten sind. Das Bundeskanzlerat hingegen hatte damit so wenig zu schaffen wie der neue norddeutsche Reichstag; beide datirten lediglich von Sadoma her. Und wie nun der Nordbund das Werk des Hrn. v. Bismarck war, so wurde dieser selbst auch der natürliche Mittelpunkt desselben. Das zu seiner geschäftlichen Unterstützung creirte Bundeskanzleramt kündigte sich sogar schon durch seinen Namen nicht sowohl als eine königliche Behörde an, wie vielmehr als eine Behörde des Kanzlers.

Man mochte sich anfänglich über die daraus entspringenden Folgen noch täuschen, weil der Nordbund, obwohl principiell etwas ganz anderes als Preußen, doch in Wirklichkeit fast nur das erweiterte Preußen selbst war, und folglich auch die preußische Ministerpräsidentenschaft so sehr den thatächlichen Kern des Bundeskanzlerates bildete, daß dieses an und für sich wenig zu bedeuten schien. Was aber principiell verschieden ist, muß auch hinterher verschieden wirken, und so zeigte sich doch bald genug, daß das Kanzlerat als solches sehr viel bedeute. Die wichtigsten, früherhin rein preußischen, Angelegenheiten waren ja verfassungsmäßig dem Bundeskanzler überwiesen, welcher innerhalb seiner Competenz über dem preußischen Ministerium stand. Und Hr. v. Bismarck war grade der Mann dazu, um das ihm dadurch gegebene Uebergewicht auch thatächlich geltend zu machen, in Folge dessen

die preussische Regierung dann mehr und mehr in das Kanzlerat übergang, natürlich nicht ohne tiefgreifende Störungen des ganzen preussischen Behördenorganismus. Begreiflich genug, daß dies nun vielfachen Widerspruch hervorrief, und auch bei Hofe so ernste Bedenken darüber entstehen mochten, daß die Stellung des Bundeskanzlers, nachdem sie kaum drei Jahre existirt hatte, schon gar sehr bedroht erschien.

Da brach zur glücklichen Stunde der französische Krieg aus. Wie derselbe vorbereitet war, darüber sind hinterher interessante Enthüllungen erfolgt, die ein eigenthümliches Licht auf die Sache werfen, welches in Zukunft noch klarer werden dürfte. Es scheint wohl, das *primum movens* dazu möchte doch mehr in Varsin als in Paris zu suchen gewesen sein. Fragt man einstweilen nur nach dem „*cui bono?*“, — *optimo* war der Krieg wieder für Hr. v. Bismarck, der infolge dessen zum Reichskanzler wurde, und dabei noch das neue Reichsland Elsaß-Lothringen zur besonderen Amtsdomäne erhielt, die ihn gewissermaßen zu einem deutschen Reichsfürsten macht. *Mutatis mutandis* nicht ganz unähnlich, wie einst auch Wallenstein als kaiserlicher *Generalissimus* zugleich ein deutscher Reichsfürst wurde. War nun schon der Nordbund als solcher nicht viel anders als der Bundeskanzler, so gilt das von dem neuen Reiche noch mehr. Um deswillen nemlich, weil jetzt der principielle Unterschied zwischen dem preussischen Ministerium und dem Reichskanzlerat einen viel bedeutenderen realen Anhalt gewann. Denn die außerpreussischen Bestandtheile des Reiches sind zu beträchtlich, als daß sie sich kurzweg wie preussische Anhängsel behandeln ließen. Das neue Reich ist selbst thatsächlich etwas anderes als Preußen, es bildet ein besonderes Wesen. Wenn also Hr. v. Bismarck, als Nordbundskanzler, doch weit mehr in Kraft seiner preussischen Ministerpräsidentenschaft als seines Kanzlerates regierte, so kann er jetzt schon in Kraft des Reichskanzlerates regieren, und da das Reich doch über dem preussischen Staate steht, so regiert er aus dem Kanzlerate heraus zugleich auch diesen.

Freilich regiert er immer nur unter der Autorität des Kaisers, zu welchem er *de jure* in demselben Verhältniß steht wie der preussische Ministerpräsident zu dem Könige; allein *de facto*

liegt die Sache viel anders. Die kaiserliche Autorität muß dabei zum Schatten herab sinken, das ist nicht schwer zu begreifen. Denn wenn es zwar dem preußischen Ministerpräsidenten wenig verschlägt, den Schwerpunkt seiner Macht vielmehr in das Reichskanzlerat zu verlegen, so kann hingegen der König von Preußen nicht ebenso den Schwerpunkt seiner Macht in das neue Kaiserthum verlegen. Da zeigt sich eben der große Unterschied zwischen dem, was unter Umständen ein Minister thun kann, ein erblicher Monarch aber nicht thun kann.

Die Gewalt eines Ministers, als eine lediglich übertragene, datirt ja immer nur von seiner Ernennung her, vor welcher er überhaupt keine Gewalt besaß; sie ist von gestern. Was wäre aber ein König von gestern, oder ein Kaiser von gestern? Der große Napoleon hat das seiner Zeit empfunden und sich auch selbst darüber ausgesprochen. Die Autorität eines erblichen Monarchen ruht vielmehr auf den Traditionen der Jahrhunderte; der Niederschlag der Geschichte bildet ihre Basis, von welcher sie nicht beliebig herunter springen kann, um sich statt dessen auf eine künstlich geschaffene neue Basis zu stellen. So wurzelt die Autorität des Königs von Preußen in dem geschichtlich erwachsenen Preußenthum. Führte er jetzt statt des Königstitels den Titel Kaiser von Preußen, das würde in der Sache nur wenig ändern; der deutsche Kaiser hingegen bezeichnet eine ganz neue Stellung. Eine Stellung, die aber grade für das altpreußische Volk keine reale Bedeutung hat, als welches sich nach wie vor an den König von Preußen halten wird, nicht an den deutschen Kaiser. Wird folglich nicht auch der deutsche Kaiser die Basis seiner Macht noch immer in dem preußischen Königthum suchen müssen? Allein das preußische Königthum hat kein rechtes Organ mehr, seitdem das preußische Ministerium dem Reichskanzlerat untergeordnet ist und mehr und mehr darin verschwindet. Es scheint wohl, daß damit am Ende das preußische Königthum selbst verschwinden muß. Und wenn es verschwände, — was wäre ohne diese Basis das deutsche Kaiserthum? Eine Schöpfung von gestern, von Sadowa und Sedan herdatirend.

Kein Zweifel, daß auch an höchster Stelle das unter den

obwaltenden Umständen doch so unvermeidliche Uebergewicht des Kanzlerates schon drückend empfunden wird. Man fühlt wohl, daß es so nicht lange fortgehen kann, oder das monarchische Princip würde zur Carricatur seiner selbst. Wenn es aber mit dem Kanzler nicht mehr geht, -- ohne denselben geht es noch weniger. Denn was würde ohne ihn das neue Reich? Und doch hat eben die Schöpfung desselben zugleich auch dieses Dilemma geschaffen.

Hr. v. Bismarck hat vor mehreren Jahren einmal gesagt: die Gleise der Politik seien so tief eingeschnitten, daß es sehr schwer sein dürfte in andere Gleise einzulenken. Nichts wahrer als das. Wie aber, fragen wir, wenn etwa die so tief eingeschnittenen Gleise zu einem Abgrund führen sollten, indessen doch der Staatswagen, ohne Räder und Achsen zu zerbrechen, aus diesen Gleisen nicht wieder herauszubringen wäre? Wozu hätte dann die Thatkraft geholfen, welcher man die tief eingeschnittenen Gleise verdankte, und wobei nur leider die eine Kleinigkeit fehlte, daß die vorgängige Untersuchung über die einzuschlagende Richtung der Gleise unterblieben war? Eine Untersuchung, welche freilich weit weniger Thatkraft als Denkkraft erfordert hätte.

Seltam und überseltam, daß die brandenburgisch-preussischen Regenten zwei Jahrhunderte lang daran arbeiteten, um die brandenburgisch-preussischen Länder zu einem selbständigen Staate zu machen, jetzt aber die Bestimmung dieses Staates vielmehr darin bestehen soll, in ein neuerdings improvisirtes deutsches Reich aufzugehen! Ach, wie würde der alte Friße noch im Grabe den Kopf darüber schütteln, wenn er sähe, was heute vom Reichskanzlerat aus betrieben wird! Und wie würde er auffahren, wenn ihm gar jemand vorreden wollte, daß eben dies die rechte Weiterführung und der letzte Abschluß seiner eigenen Unternehmungen wäre! „Ist Er denn bei Trost?“ würde er sagen. „Gehe Er doch erst bei Wolfen in die Schule, um sich über den Satz des Widerspruches zu informiren, ehe Er sich untersteht mich zum Narren machen zu wollen.“ So würde er sicher sprechen, denn so muß der gesunde Menschenverstand urtheilen, welchen der Selige in bester Qualität besaß.

VI.

Man wird sich noch der famosen Expectoration erinnern, womit seiner Zeit Hr. v. Bismarck die Uebernahme seines Ministeriums eröffnete. Sie hat sich hinterher wirklich als das Programm seiner Politik erwiesen.

Zunächst also „Blut und Eisen“ und „schlechte Grenzen“, welche letzteren eben durch das erstere zu verbessern seien. Wenige Jahre darauf wurde diese Aufgabe ausgeführt und zwar im größten Style, das muß man zugeben. Es ist aber doch wohl ein allzuoberflächlicher Gedanke, daß auf solcher Grenzverbesserung ein neues politisches Gebäude beruhen könnte. Grade als ob es in der Welt nur auf strategische Stellungen und materielle Machtmittel ankäme. Wenn aber noch ethische Prinzipien walten, so fragen wir: welchen Sinn es da haben kann, daß die ältesten deutschen Fürstenhäuser vertrieben wurden, indessen gleichwohl in Preußen die legitime Monarchie fortbestehen soll? So wird das Recht zur Ironie auf sich selbst. Und welchen Sinn kann dergleichen ein Bundesstaat haben, welcher durch Annerkennung in's Leben trat, und dessen Einrichtungen selbst auf fortschreitende Absorption der noch gebliebenen Einzelstaaten hinzielen? Muß nicht dieser radicale innere Widerspruch ganz unvermeidlich seine Wirkung äußern, und infolge dessen die neue Schöpfung in sich selbst zerfallen, sobald die Nation nur erst aus der Betäubung, in welche sie durch die gewaltigen Schläge von 66 gerathen, wieder erwacht und auch der Siegestausch von 70 wieder verklogen sein wird? Schon heute beginnt die Entnüchterung, und je mehr die Centralisation fortschreitet, um so drückender wird sie empfunden, der Druck ruft den Widerstand hervor und um so gewisser muß hinterher der Rückschlag eintreten. Der endliche Ausgang wird der Sieg des den deutschen Verhältnissen allein entsprechenden föderativen Prinzipes sein. Was aber vor 66 mit Schonung aller bestehenden Rechte und Interessen geschehen konnte, das wird dann nicht mehr so geschehen, und Preußen wird zu spät erkennen, was die Grenzverbesserung mit Blut und Eisen zu besagen hatte. Es

war eine gefährliche Parole, wodurch man sich selbst den Teufel an die Wand gemalt, denn es scheint ja wohl, daß Grenzverbesserungen unter Umständen ganz eben so gut durch Abnectiren als durch Annectiren zu bewirken wären. Beides kann zur Arrondirung führen.

Weiter dann „die Catilinarischen Existenzen.“ Was darunter zu verstehen sei, war nicht recht ersichtlich. Blickt man hingegen auf die Art und Weise, wie das Unternehmen von 66 vorbereitet wurde, so dürfte man versucht sein darin allerdings etwas Catilinarisches zu finden. Der Unterschied wäre nur, daß es in dem hohen Bundessenat leider keinen Cicero gab, und darum das Quousque erst ausgesprochen wurde, als es längst zu spät war.

Item: „Wir haben zu viel Bildung.“ Das war freilich deutlich, und das neue Reich wird diesem Uebelstande in wirksamster Weise abhelfen können. Ganz einfach dadurch, daß es von vornherein von allen idealen Angelegenheiten abstrahirt, so daß unter dem Regime der Reichsgewalten gewiß keine übermäßige Bildung zu befürchten ist. Auch in Preußen wird der Idealismus keine Beschwerden mehr veranlassen. Dafür ist wohl gesorgt, seitdem es mit den Gymnasien schon dahin gekommen, daß sie vorzugsweise dazu dienen ihren Zöglingen die Berechtigung zum einjährigen Dienst zu verschaffen, wie zum Eintritt in die Postbureaus oder was sonst auf gleichem Niveau steht, und nun das Uebergewicht solcher Zöglinge den Geist des ganzen Gymnasialunterrichts herunterdrückt. Unter den Schulmännern herrscht darüber laute Klage. Und was bedarf es der Worte, wie das wieder auf die Universitäten einwirken muß, wo auch vorzugsweise nur noch die sogenannten Fachwissenschaften betrieben werden. Am auffallendsten ist dabei grade das Herunterkommen der Berliner Universität, die doch früher für den Hauptherd höherer Bildung gelten sollte; es scheint aber kein rechtes Feuer mehr auf diesem Herde zu brennen. Charakteristisch zugleich für den ganzen Berlinismus, der in demselben Maße, als er seit den großen Erfolgen von 66, materiell betrachtet, in rapider Weise anschwillt, um so mehr an geistigem Gehalt verliert, so daß der Ton durch-

aus gemeiner wird. Dazu die fortschreitende Zersetzung der sozialen Verhältnisse, die das Leben immer unbehaglicher macht, mit einer noch düsterern Zukunft in der Perspective. Und nun frage man sich doch, was Angesichts alles dessen wohl der angebliche große „Cultorkampf“ zu besagen haben kann, der jetzt von diesem Centrum aus gegen die Mächte der Finsterniß unternommen werden soll?

Cultorkampf und daneben das Gründerthum! Oder ist nicht eben dieses Gründerthum als die rechte Blüthe des nationalliberalen Systems anzusehen? Denn kaum war der Nationalliberalismus obenauf, als er auch nichts dringenderes zu thun wußte als die Wucherfreiheit, die Ausbeutungsfreiheit und Gründungsfreiheit zu proclamiren. Da erklärt sich's dann wohl, daß nun auch die Börsenbarone zu den besonderen Stützen des neuen Regimes gehören, wie dieses selbst dadurch gekennzeichnet ist.

Sehr anders dachte und handelte der große Friedrich, welcher vielmehr die Börsenbarone gar nicht aufkommen lassen wollte. Zu diesem Ende errichtete er die königliche Bank, und durch die Seehandlung gedachte er sogar den gesammten Großhandel unter den Einfluß der Staatsgewalt zu bringen. Insbesondere wollte er den Grundbesitz vor der Capitalistenherrschaft schützen, und schuf dazu die ritterschaftlichen Pfandbriefsinstitute. Ein Unternehmen, wie man damals kaum ein ähnliches kannte. Daß er dabei doch auch in manchen irrigen Ideen befangen war, die er mit dem Merkantilismus eingefogen, ist freilich nicht zu bestreiten. Der Gedanke aber, daß von staatswegen darauf zu halten sei, daß jede Gesellschaftsklasse ihre gesicherte Existenz habe, war an und für sich ein sehr gesunder. Er tritt in dem preussischen Landrecht stellenweise deutlich hervor. Denn überhaupt ruhte es ja noch auf der Grundlage der altständischen Gesellschaft, zu deren Tendenzen allerdings die Sicherstellung der einzelnen Gesellschaftsklassen gehörte, nur freilich in unfreien Formen. Hat sich nun die alte Gesellschaft seitdem aufgelöst, so wäre die wahre Aufgabe gewesen: nicht etwa das Ständewesen überhaupt zu beseitigen, — woraus unter dem

Vorgeben allgemeiner Gleichheit vielmehr die Capitalistenherrschaft entsprungen ist, — sondern dasselbe gründlich zu reformiren, um es zu einem System von Berufsständen auszubilden, worin dann jedermann neben der rechtlichen Freiheit auch die Sicherung seiner materiellen Existenz fände. Dadurch allein wäre den Gefahren des Sozialismus vorzubeugen gewesen. Denn was in dem Sozialismus selbst gesunder Kern ist, das läuft eben darauf hinaus, wie man am deutlichsten an den neuen Gewerkschaften sieht.

Die Arbeiter wollen sich standesmäßig organisiren, und die Gesetzgebung sollte ihnen dabei zu Hilfe kommen. Statt dessen hat der Nationalliberalismus in der Hauptsache nichts besseres gewußt als die Manchesterweisheit zu adoptiren, der gegenüber der Grundgedanke Friedrichs ohne Frage als viel richtiger gelten muß. Auch war das preußische Landrecht wahrlich nicht so aus den Ärmeln geschüttelt, wie heutzutage Gesetze zu Stande kommen. Zwar vom Geiste des Staatsabsolutismus durchdrungen, der natürlich seine Folgen äußerte, hat es nichtsdestoweniger auch seine sehr respektablen Seiten, und für Preußen würde sich auf der landrechtlichen Grundlage wohl etwas viel besseres zu Stande bringen lassen, als von dem jetzt projectirten deutschen Gesetzbuche zu erwarten steht, wodurch dann das preußische Landrecht beseitigt werden soll.

Heißt das ein Wiedererwachen des Friedricianischen Geistes, wo vielmehr ein Hauptwerk Friedrichs ausdrücklich zerstört wird? Geschieht aber lediglich um der großen politischen Gründung von 66 erst die rechte Vollendung zu geben, und auf diesem Standpunkte kann es ja freilich nicht anders geschehen. Zur Gründung des neuen Deutschlands gehört auch die Gründung eines neuen Rechtes.

Nun wohl, sagen wir aber: so gründet nur lustig fort, bis endlich auch über Eure politischen Gründungen derselbe „große Krach“ hereinbrechen wird, welcher über die finanziellen Gründungen bereits von Wien aus hereinbrach. Der mußte

wohl von daher kommen, weil dort grade der Börsenschwindel seinen Höhepunkt erreicht hatte. Denn weil eine österreichische Nationalität überhaupt nicht existirt, so konnte der österreichische Nationalliberalismus wirklich nicht viel anderes bedeuten als kurzweg die Börsenherrschaft, worin eben das thatsächliche Endziel des Liberalismus liegt. Der politische Bankerott des Nationalliberalismus hingegen wird wohl von der Stelle aus beginnen, wo vielmehr der Nationalitätsschwindel im Vordergrund stand. Und das ist ohne Zweifel Italien, von wo ja im Jahre 59 das politische Gründerthum und das Annexionswesen ausging, welches dann dem Lande der Denker zum Vorbilde diente.

Muß nicht ein Cavour, als das Original, um deswillen auch höher zu achten sein als sein späterer Nachahmer? Und um so höher, je viel geringer die materiellen Mittel waren, welche dem Gründer des neuen italienischen Reiches zur Verfügung standen. Dieser Mann macht daher einen viel geistigeren Eindruck als der Mann von 66, wie er auch wirklich weit mehr mit geistigen Kräften operirte. Dann neben ihm noch die ideale romantische Gestalt Garibaldi's, — was hätte die deutsche Revolution derselben zur Seite zu stellen? Roh, platt und fade erscheint sie im Vergleich damit. Trotz dem allen aber waren die Cavour'schen Conceptionen doch lange nicht tief genug gedacht, als daß sie zu lebensfähigen Schöpfungen führen konnten. Vielmehr war er kaum vom Schauplatz abgetreten, so zeigte sich auch bald die innere Haltungslosigkeit derselben, die heute schon so auffallend ist, daß das neue italienische Reich an der Schwelle des Zusammenbrechens steht. Das Haus Savoyen mag dann sehen, was ihm die große Gründung eintrug. Macht aber das Annexionsystem dort Bankerott, — was wird wohl aus dem neuen deutschen Reiche werden, dessen Genesis mit der des italienischen so eng verflochten ist? Und was folglich aus dem preussischen Staate, dessen Geschicke seitdem so sehr an das neue Reich gebunden sind, daß der vereinstige große Krach auch grade in Preußen am tiefsten empfunden werden dürfte!

Zwar hat Hr. v. Bismarck bei Antritt seines Ministeriums in der oben gedachten Expectoration auch dies gesagt: „Man muß

die Dinge nicht zu tragisch nehmen“, allein was hülfe das, wenn trotzdem die Dinge wirklich tragisch würden? Man wird sie eben nehmen müssen, wie sie sind. Und welche Perspektive hat denn der Bruderkrieg von 66 eröffnet? Er scheint doch wohl etwas sehr ernsthaftes gewesen zu sein, was die ganze Nation tief erschüttern mußte. Und wer wird es den depossedirten Fürsten verargen, wenn sie ihr Loos einigermaßen tragisch finden, wie auch für die betreffenden Bevölkerungen die Annexionen durchaus kein Lustspiel gewesen sein dürften. Ei, was würde es denn für das Hohenzollernsche Haus zu bedeuten haben, wenn einmal der preußische Staat zusammenbräche, der die Basis seiner hohen Stellung bildete?

Mit dem Reichskanzler freilich verhielte es sich in diesem Falle viel anders als mit seinem kaiserlich-königlichen Herrn. Er hat keinen Thron zu verlieren, während die fürstlichen Würden und Einkünfte, die er seinen Unternehmungen verdankt, ihm als ein immerhin tröstliches Resultat derselben verblieben. Noch mehr würde er sich sagen dürfen: in magnis voluisse satis est, denn an dem voluisse kann ja Niemand zweifeln. Nur war es leider der blinde, nicht durch die Vernunft geleitete Wille, der darin waltete, weil sein Denken, wie wir früher sagten, unter der Herrschaft des Thymos steht. Daher der aleatorische Charakter seiner Politik. Das Spiel ist ihm bisher gelungen, und man wird ihm die Anerkennung nicht versagen, daß er dabei seine eigene Person einsetzte, wie er dies gewiß auch ferner in jeder Weise zu thun bereit wäre. Dazu ist er der Mann. Sollte aber gleichwohl das Spiel zuletzt fehlschlagen, so würde sich schon zeigen, daß zu dem Einsatz nebenbei auch die preußische Monarchie gehörte, an deren Schicksal der persönliche Muth des Herrn v. Bismarck zuletzt nur wenig ändern dürfte. Ohne daß er es dachte, und trotz aller Prosa, wäre es der Sache nach dann doch eine Tragödie gewesen, worin er selbst die Heldenrolle übernahm. Und die Tragödie pflegt ja mit einer Katastrophe zu endigen.

Warum hat die Politik des großen Friedrich nicht so geendigt? Es scheint wohl, daß er der Katastrophe eben dadurch

vorbeugte, daß er von Anfang an die möglichen Eventualitäten mit in Rechnung zog, und so — um in der Sprache des Hrn. v. Bismarck zu reden — die Dinge allerdings viel tragischer nahm als dieser. Der Ernst des Denkens hatte dem Ernst der Thatfachen das Prevenir gespielt. Darin concentrirt sich mit einem Worte der ganze Unterschied.



Die Genesis
der Bismarckschen Ära
und ihr Ziel.

Von

Constantin Frank.
//

München 1874.

Druck und Verlag des Literar. Instituts von Dr. M. Guttler.

DD22c

7

So untrennbar auch der heutige Zustand mit dem Namen Bismarck verbunden sein mag, in der Hauptsache hat dieser Mann doch nur ausgeführt, wozu schon lange vorher der Grund gelegt war. Und es ist von Wichtigkeit, dies klar zu erkennen. Nicht bloß um der historischen Wahrheit willen, sondern noch mehr um des praktischen Interesses willen, welches vor allem diejenigen daran haben müssen, welche die Schöpfungen von 1866 als verfehlt und unheilvoll betrachten. Nun gibt es aber, und zumal in den annectirten Ländern, noch immer viele, gewiß sehr ehrenwerthe nur leider sehr kurzsichtige und befangene Leute, welche die Dinge gerade so auffassen, als wäre 1866 wie ein Blitz aus heiterm Himmel gekommen, welcher Blitz dann wohl eigentlich aus dem Willen und Denken des Hrn. v. Bismarck hervorging. Wäre dieser Blitz nur nicht gekommen, so meinen sie, es würde dann alles noch gut stehen. In Wirklichkeit hingegen war der Zustand vor 1866 selbst durchaus kein befriedigender gewesen, und so gewiß die Ereignisse von 66 aus viel tieferen Ursachen entsprangen, als aus bloß persönlichen Tendenzen und momentanen Combinationen, so wäre auch durch eine Rückkehr zu dem früheren Zustande — wenn eine solche überhaupt möglich wäre — doch nur wenig geholfen. Es würden vielmehr erst noch tiefgreifende Veränderungen dazu gehören, wenn Deutschland jemals zu einem befriedigenden Zustande gelangen sollte. Um deswillen werden wir jetzt zeigen, wie tief die Wurzeln der Ereignisse von 66 wirklich hinabreichen. Und zwar in der Weise, daß wir zunächst an das unmittelbar Vorhergegangene anknüpfen, dessen Betrachtung uns dann aber ganz von selbst immer weiter zurückführen wird.

I

Wir beginnen daher mit dem preussischen Verfassungskonflikt, zu dessen Bewältigung, wie man sich erinnern wird, Hr. v. Bismarck ganz vorzugsweise berufen war, und der dadurch der erste Hebel zu dem Emporkommen dieses Mannes werden sollte. Das führt uns weiter auf die sogenannte „neue Aera“, deren Hinterlassenschaft wieder eben der Conflict bildete. Wie stand es nun damit und woraus war er entsprungen?

Wesentlich aus der inneren Unwahrhaftigkeit, mit der man bei der Militärreorganisation zu Werke gegangen war, da nach Erklärung des Ministeriums nur eine zeitweilige Verstärkung der Armee stattfinden sollte, und nur unter diesem Titel die erforderlichen Mittel dazu bewilligt waren, indessen vielmehr eine organische Umbildung eintrat, die von Anfang an auf ein Definitivum berechnet war, welches dann hinterher als eine vollendete Thatsache vorlag. Ein böses Omen, daß also diese neue Organisation durch eine Täuschung zu Stande kam! So lag denn auch der Fluch darauf, daß ihre erste große Probe der deutsche Bruderkrieg sein mußte, der selbst wieder mit der Täuschung begann, daß preussische Staatsinteressen für deutsche Nationalinteressen ausgegeben wurden. Gleichwohl hatte die im Abgeordnetenhaufe herrschende liberale Partei kein Recht, sich über die Täuschung zu beklagen, weil sie von Anfang an sehr wohl wußte, was in Wirklichkeit vorging. Sie that nur so, als ob sie es nicht wüßte, in der Hoffnung, durch solche der Regierung bewiesene Willfährigkeit ihre eigene Stellung zu befestigen, und dafür um so mehr liberale Concessionen einzutauschen. Erst als statt des erwarteten Erfolges das Gegentheil eintrat, indem das liberale Ministerium selbst entlassen wurde, wollte sie ihre frühere Bewilligung wieder zurücknehmen, nun vielmehr als Wächter des constitutionellen Budgetrechtes auftretend. Und das gab den Conflict. So hatte die liberale Partei gehandelt, schon damals dieselbe innere Nichtigkeit ihres Wesens bekundend, wovon ihr Verhalten nach dem Kriege von 66 nur ein anderer Ausdruck war. In beiden Fällen kam es ihr ja nur auf den Erfolg an, Recht und Wahrheit waren in ihrem Munde ebenso hohle Worte

als die Freiheit, welche sie zum Banner erhob. Innere Unwahrheit ist darum der rothe Faden, der sich von da an durch die ganze weitere Entwicklung hindurchzieht, und je mehr und mehr zu einem förmlichen System der Täuschung führte.

Das wäre das erste. Wir müssen aber die „neue Aera“ noch näher betrachten. Es steckte im Grunde genommen schon ganz 66 darin, nur daß den damaligen Staatslenkern die Energie und der Muth des Handelns fehlte, das Gelüste danach fehlte ihnen nicht. Waren sie doch Gothaer und zumeist dieselben Leute, welche vordem ihr Probestück an der Unionspolitik gemacht. Seit dem Scheitern derselben hatten sie sich von der politischen Bühne zurückgezogen, im Stillen aber an ihren alten Plänen festgehalten, und ihre alten Verbindungen fortgesetzt, nicht ohne Talent für kleine persönliche Intriguen, das muß man ihnen zugestehen. In einem Wochenblatt hatten sie sich zu dem Ende in Berlin ein eigenes Organ gegründet. „Revanche für Olmütz“ war darin das Hauptthema. Daneben dann der vulgäre Liberalismus und Constitutionalismus, und auf Grund dessen eine fortlaufende Bekritik der damaligen Regierung, womit sie vor allem beabsichtigten, in gewissen höheren Kreisen die Meinung zu erregen oder zu erhalten, als ob sie die Männer wären, die, wenn sie nur die Gewalt in die Hand bekämen, alsbald Preußen zu einer ganz neuen Machtstellung erheben würden. Auf einen Regierungswechsel speculirend, hatten sie schon im voraus die Ministerien und Gesandtschaften unter sich vertheilt. Mit der Einrichtung der Regentenschaft sahen sie sich an Ziele ihrer Wünsche. Verabredetermaßen bestiegen sie die curulischen Sessel, und natürlich fehlten auch die Gehilfen nicht, wodurch es ihnen zugleich gelang, sich eine entsprechende Majorität im Abgeordnetenhause zu verschaffen, deren Stimmführer mit dem Gouvernement ein Herz und eine Seele waren, so daß sich nun alles Fragliche hinter den Coullissen abmachen ließ.

Ein Cliquenwesen ohne gleichen that sich damit auf, aber auch eine wahre Blumenlese von Halbköpfen, die gleichwohl mit den überschwenglichsten Ansprüchen und Verheißungen auftraten, wie sie denn auch von dem großen liberalen Haufen mit dem rauschendsten Beifall empfangen wurden. Diese Bankrottierer

von 49 und 50! Aber kein Gedanke an ihre Antecedenzen, sondern eine „neue Aera“ wollten und sollten sie begründen, „moralische Eroberungen“ waren im voraus angekündigt. Ja, so weit ging der Schwindel, daß man sogar in Hrn. v. Schleiniß, als dem Minister des Auswärtigen, einen „neuen Richelieu“ erblickte, woneben dann als der dazu gehörige „Pater Joseph“ der Unterstaatssekretair v. Gruner figurirte. Nun, der Mann mag sich wohl selbst darüber gewundert haben, mit diesem famosen Pater verglichen zu werden, der einst eine so große Rolle gespielt. Was aber den neuen Richelieu anbelangt, so war er just derselbe Mann, der zur Zeit der Union den politischen Karren dermaßen in den Dreck geschoben hatte, daß er weder rückwärts noch vorwärts könnend, damals nichts Besseres wußte, als sich selbst zu verabschieden, und der auch jetzt wieder eine solche Reihe von Bêtisen folgen ließ, daß das unvermeidliche Ende nur ein gänzliches Fiasco sein konnte.

Insofern jedoch hatte es mit der neuen Aera seine gute Nichtigkeit, daß wirklich ein brüskes Abbrechen mit der unmittelbaren Vergangenheit stattfand. Die seit der Reaction im Jahre 50 emporgewachsenen Maximen sollten auf einmal wieder verlassen, der daraus hervorgegangene Zustand womöglich wieder beseitigt werden. Nicht nur in Preußen sollte das geschehen, sondern auch im deutschen Bunde, wo doch alles, was inzwischen geschehen, mit Zustimmung wie mit Hilfe Preußens selbst geschehen war. Hieß das nicht, daß Preußen ganz Deutschland nur wie eine unselbständige Masse ansah, die ihre Impulse von Berlin zu empfangen habe? Wird da der „Bruch mit der Revolution“ proclamirt, so muß auch in ganz Deutschland gebrochen werden, und wird hingegen „neue Aera“ proclamirt, so muß sich auch ganz Deutschland erneuern.

Am auffallendsten zeigte sich das an den Streitigkeiten in Kurhessen. Da war bekanntlich der frühere Verfassungszustand von Bundeswegen beseitigt, und zwar unter Leitung der beiden Großmächte. Von Seiten Oesterreichs hatte dabei als Bundescommissär ein Graf von Leiningen fungirt, von Seiten Preußens Hr. v. Uhdn. Jener, als ein wohl eben so wenig geschäfts-

kundiger als geschäftslustiger Cavalier, hatte das ganze Materielle der Sache seinem geschäftskundigen preussischen Collegen überlassen, so daß die infolge dessen in Kurhessen getroffenen Veränderungen ganz vorzugsweise als ein preussisches Werk gelten mußten. Und trotzdem war es nun gerade Preußen, welches das damals Geschehene wieder rückgängig gemacht haben wollte. Gerade als ob der Kurstaat ein preussisches Vasallenland wäre, wo sich immer alles nach dem von Berlin her wehenden Winde zu drehen hätte! So bedeutete dieses Verfahren im Grunde genommen weit mehr als der famose Feldjäger, den später Hr. v. Bismarck nach Kassel schickte.

War die neue Aera nichts anders, als die Rehabilitirung des Gothaismus, so war damit von vornherein auch wieder die Spannung mit Oesterreich gegeben. Das allein machte dann das napoleonische Unternehmen in Italien möglich. Und wie sehr darauf wieder das Unternehmen von 66 beruhte, bedarf keiner Worte. Absichtlich oder unabsichtlich — die neue Aera hatte es in aller Weise vorbereitet. Zunächst aber sollte der neue Richelieu sich gründlich verrechnen. Er gedachte in dem italienischen Kriege eine große Vermittlerrolle zu spielen, nachdem nur erst die beiden streitenden Mächte sich genügend geschwächt haben würden. Darum mußte natürlich mobilisirt werden, um hinterher mit gewaffneter Hand den Frieden dictiren zu können. Doch siehe da: als man eben noch im besten Mobilisiren war, hatten die streitenden Mächte schon selbst ihren Frieden von Villafranca vermittelt, wie dies auch leicht vorauszusehen gewesen wäre, ohne daß gerade ein Richelieu dazu gehörte.*) Die Mobilisirung war nun freilich *de la moutarde après le diner*, und Preußen hatte durch sein Vermittelnwollen, wo verständigerweise überhaupt nichts zu vermitteln war, nichts weiter erreicht, als es zugleich mit beiden Theilen zu verderben, und sich selbst gewissermaßen ein Ridicül zu bereiten.

War also der Vermittlungsprofit ausgeblieben, so mußte man das Ding anders angreifen, da die Sache doch schlechterdings

*) Der Verfasser hatte es seiner Zeit vorhergesagt.

mit einem Profit für Preußen endigen sollte. Das geschah durch den sogenannten Nationalverein, der sich sogleich nach dem Kriege bildete, und offenbar nichts anderes als der Vorläufer des heutigen Nationalliberalismus war, mit welchem er genau dasselbe Ziel verfolgte. Nur sollte es ohne Blut und Eisen, bloß durch populäre Agitationen erreicht werden. Weil es aber wirklich bei dem bloßen Agitiren blieb, ließen die deutschen Staaten sich dadurch doch nicht so einschüchtern, als daß sie um deswillen auf die kleindeutschen Projecte eingegangen wären. Richelieu II. hatte sich abermals verrechnet, denn statt daß dadurch der preußische Einfluß in Deutschland befördert wäre, wuchs nur die Verstimmung der übrigen deutschen Regierungen gegen Preußen. In der deutschen Nation aber konnte man durch solche schwächlichen Velleitäten, denen hinterher jede thatkräftige Aeußerung fehlte, auch nicht an Achtung gewinnen. Und in Preußen selbst hatten die anfänglich erregten hohen Erwartungen, während in Wirklichkeit nichts von einiger Erheblichkeit geschah, zuletzt nur Mißachtung und Mißstimmung hervorgerufen, so daß als einziges Resultat noch der Conflict blieb.

Da trat nun Hr. v. Bismarck auf. Je tiefer das Ansehen der Regierung im eignen Lande, und je tiefer das Ansehen des Staates in Deutschland wie in Europa gesunken war, um so mehr wollte er beides um jeden Preis wieder herstellen. Seine rücksichtslose Energie war in gewissem Sinn die natürliche Reaction gegen die vorangegangene Schwäche. Was er dann aber durch Blut und Eisen ausgeführt, — gewollt hatte das in der Hauptsache schon die neue Aera, und das Gellüste dazu ebenso selbst verrathen, als bei anderen angeregt. Herzlich gern hätten die Leute eine Revolution gemacht, es sollte aber die Revolution „in Schlafrock und Pantoffeln sein,“ wie einst Hr. v. Mantuffel gesagt, und zu erobern gedachten sie auch, aber in höchst moralischer Weise. Hr. v. Bismarck meinte: das gehe eben nicht, sondern wer den Zweck wolle, müsse auch die Mittel wollen, und das wird ihm Niemand bestreiten.

II.

Kann man die Wendung von 1866 als den gemeinsamen Bankrott des preussischen Liberalismus wie des preussischen Conservatismus bezeichnen, indem da beide Parteien nur noch darin wetteiferten, alle ihre bisherigen Principien auf dem Altare des Erfolges zu opfern, — und kann hingegen das Endresultat der neuen Aera als der vorangegangene specielle Bankrott des preussischen Liberalismus bezeichnet werden, so war diesem selbst wieder der specielle Bankrott des preussischen Conservatismus vorangegangen. Das nämlich war der Ausgang des Ministeriums Manteuffel gewesen. Und gerade wie die bismarcksche Aera in gewissem Sinne die Reaction gegen die „neue“ Aera bildete, so konnte diese wiederum als die Reaction gegen die manteuffelsche Aera angesehen werden. Der damals gewaltsam eingedämmte Liberalismus brach eben plötzlich wieder hervor. Und es konnte dies um so eher geschehen, je unhaltbarer wirklich die Dämme waren, die der Conservatismus dagegen errichtet hatte.

Das muß man wohl berücksichtigen, um die große moralische Katastrophe von 66 nur überhaupt begreiflich zu finden. Der sich damals prostituirende Conservatismus und Liberalismus hatte in der That schon vorher sich selbst so ruiniert, daß von beiden Ismen nur noch Sophismen blieben. Ja, es war mit beiden von Anfang an nichts Rechtes gewesen. Darum konnte die auf den Liberalismus basirte „neue Aera“ auch nur die innere Nichtigkeit desselben zur Offenbarung bringen. Sehen wir jetzt, wie es mit dem Conservatismus stand, der bis dahin regiert hatte.

Was war es denn im Herbst 48 groß gewesen, daß die ebenso schwachhafte als anmaßliche Nationalversammlung aufgelöst und heimgeschickt wurde, wenn man doch unmittelbar darauf im Wesentlichen ganz dieselbe Constitution proclamirte, welche diese Versammlung entworfen hatte? Das war so wenig ein Bruch mit der Revolution, daß vielmehr diese Verfassung selbst das System der Revolution repräsentirte. Will sagen: den Bruch mit der bisherigen preussischen Entwicklung. Auf solcher Basis, wie sie diese neue Verfassung bot, ein conservatives System auszubilden zu wollen, war die reine *contradictio in adjecto*, weil in

der neuen Verfassung vielmehr die Principien des Liberalismus steckten. Damit war dieser Conservatismus schon von Anfang an nichts weiter als eine bloße Belleitat, ähnlich wie später der Liberalismus der neuen Aera auch nicht über Belleitäten hinaus kam.

Hatte einmal der Conservatismus die liberale Verfassungsschablone acceptirt, so war damit auch seine eigene Impotenz ausgesprochen. Er mußte von Rechtswegen den Liberalismus als seinen Meister anerkennen. Daß er aber gleichwohl selbst den Meister spielen wollte, konnte nur auf ein System von Täuschungen hinauslaufen. Denn kein Meister ohne Meisterstück, und was hätte wohl der preußische Conservatismus als solches aufzuweisen vermocht? Wären es etwa die fortgesetzten Verfassungsrevisionen gewesen, wodurch man den Liberalismus gewissermaßen castriren wollte, indessen doch der Grundriß der Verfassung unverändert derselbe blieb? Das Dreiclassen-Wahlgesetz, worüber hinterher sogar der Reichskanzler feierlich den Stab gebrochen, wird ebenso wenig als ein Meisterstück gelten sollen. Oder wäre es vielleicht die Schöpfung des feudalen Herrenhauses gewesen, welches neben dem liberalen Abgeordnetenhause ganz buchstäblich als die lebendige *contradictio in adjecto* figurirte? Oder endlich die Reactivirung der alten Kreis- und Provinzialstande, die zu der modernen Constitution auch wieder nur die handgreiflichste *contradictio* bildeten, wie sie auch thatsächlich nie zu einer entscheidenden Wirksamkeit gelangten? Ei, wenn man noch diese alte Standeverfassung, deren Unangemessenheit zu den wirklichen Gesellschaftsverhaltnissen doch unbestreitbar war, zuvor gehörig reformirt und dann als Grundlage benutzt hätte, um dadurch zu einem neuen Zustand zu gelangen, wodurch der Constitutionalismus hinterher wieder absorbirt werden konnte, — das wäre wohl etwas gewesen! Man hat aber nichts zu organisiren vermocht, sei es, daß die Einsicht oder der Muth, oder daß beides zugleich dazu fehlte. Und weil man doch schlechterdings conservativ sein wollte, indessen die anerkannte Verfassung vielmehr auf dem Boden des Liberalismus stand, so wußte man nur ein System gouvernementaler Practiken in Scene zu setzen, die, ohne irgend welchen positiven Gehalt, außer etwa die Begünstigung des Junker-

thums, lediglich dazu bestimmt waren, den Liberalismus lahm zu legen. Oder richtiger gesagt: ein System konnte das gar nicht genannt werden, was nichts als ein Convolut sich selbst widersprechender Velleitäten war, und auf eine so geistlose Polizeiwirtschaft hinauslief, daß es den besseren Elementen des Conservatismus allmählig selbst zuwider wurde, und seine endliche Beseitigung kaum von irgend Jemand beklagt sein dürfte.

Sieht man diesem Verhalten des Ministeriums Manteuffel auf den Grund, so leuchtet offenbar die Ansicht daraus hervor, daß auf organische Institutionen überhaupt wenig ankomme, sondern die Hauptsache der gouvernementale Mechanismus sei, nebst der Kunst denselben zu handhaben, und dadurch auch die organischen Institutionen selbst für die jeweiligen gouvernementalen Zwecke auszunutzen. Was war dann also für Noth, sobald man nur erst entdeckt hatte, welche vortreffliche Geldbewilligungsanstalt sich aus dem constitutionellen Kammerwesen machen ließ, und wie ungefährlich es doch sei, sobald man sich nur eine „Landrathskammer“ zu verschaffen wüßte, die gleichwohl immer noch gut genug dazu blieb, daß die Regierung zugleich ihre Verantwortlichkeit auf dieselbe abwälzen konnte. Ob solche Verfassung auch eine innere Wahrheit habe, oder selbst nur: ob sie an und für sich haltbar sei? — darüber kein Kummer, so lange sich nur damit regieren ließ. Das war in dieser Hinsicht die Denkweise des Hrn. v. Manteuffel.

Und was sehen wir denn heute? Die Schöpfungen des Hrn. v. Bismarck sind ganz derselben Denkweise entsprungen. Daß die Reichsverfassung, wie sie an sich selbst voll inneren Widerspruchs ist, so auch in dem flagrantesten Widerspruch zu den Landesverfassungen steht, — darüber mag sich die graue Theorie abhärmen, er hingegen liebt sich die fette grüne Weide. Dient die Verfassung seinen Zwecken, so leistet sie auch alles, was er von einer Verfassung verlangt. Sollte sie einmal nicht mehr dienlich erscheinen, — nun, kommt Zeit kommt Rath, ein Weilschen geht's wohl noch, après nous le déluge.

Betrachten wir hiernach die auswärtige Politik, und insbesondere das Verhältniß zu Deutschland, so werden sich auch

dort weit mehr Analogien finden, als es auf den ersten Anblick scheinen möchte. Hr. v. Manteuffel selbst hatte die Unionspolitik mitgemacht, welche doch ungefähr auf dieselbe kleindeutsche Idee hinauslief, welche heute ausgeführt ist. Erst als die damaligen Projecte sich, den Umständen nach, als unhaltbar erwiesen, war er nach Olmütz gegangen. Immerhin etwas, was wir ihm hoch anrechnen müssen, denn es hat uns damals vor dem Bruderkrieg bewahrt. Und es gehörte allerdings Muth dazu, diesen Schritt zu thun, aber doch nur der passive Muth der Entfagung. Natürlich war damit bloß ein negatives Resultat erreicht, wobei die deutsche Frage so ungelöst blieb, als sie vordem gewesen. Er hat dann für die Lösung derselben so wenig gethan, daß er vielmehr von da an sich auf rein preußische Zwecke zurückzog. Gerade als ob eine deutsche Frage als solche gar nicht mehr existirte, und Deutschland für Preußen nur in so weit in Betracht käme, als es sich dabei um preußische Interessen handelte, und resp. etwas für Preußen zu gewinnen wäre.

Zeuge dessen nicht minder die Erwerbung der hohenzollerischen Lande, wie die Erwerbung des Hafens an der Zahde, und zuletzt die Besetzung in Raftadt, die zu ihrer Zeit so viel Staub aufwirbelte. Im deutschen Interesse lag das alles nicht. Es vermehrte unvermeidlich die Eifersucht gegen Preußen, wodurch ein vertrauensvolles Zusammenwirken aller Bundesstaaten unmöglich wurde. Darauf aber hinzuwirken hätte für Preußen die oberste Maxime einer wahrhaft deutschen Politik sein müssen. Am wichtigsten war unter diesem Gesichtspunkte das Verhältniß zu Oesterreich, womit es leider mißlich genug stand. Trotz Olmütz konnte sich kein rechtes Vertrauen herstellen, vielmehr steigerte sich hinterher wieder die Rivalität und die Entfremdung. Infolge des Krimkrieges kam es dahin, daß Preußen weit inniger mit Rußland verbunden war, und zuletzt selbst mit Frankreich, als mit Oesterreich, welches fast als der Erbfeind galt. Begreiflich genug, wie jene beiden Mächte beflissen waren, diese Spannung zu erhalten und ihr wo möglich immer neue Nahrung zu geben. Denn das in sich selbst entzweite Deutschland verlor damit jeden Einfluß auf die europäische Politik, ohne daß doch andererseits

Preußen einen wirklichen Vortheil daraus gezogen hätte. Es war einigermaßen der Dürpe gewesen.

Bemerkenswerth ist dabei, welchen Einfluß damals in Berlin eine sonst ganz obscure Persönlichkeit gewann. Es war der Jude Lewinstein, der sich dergestalt in das Vertrauen des Hrn. v. Manteuffel einzudrängen gewußt hatte, daß ohne seinen Beirath fast nichts mehr geschah. In den gouvernementalen Kreisen war das allbekannt. Wie hätte es der Diplomatie unbekannt bleiben sollen? Louis Napoleon wußte es auch, und hielt darum den Mann für wichtig genug, um ihn mit einem Handschreiben und einer goldenen Dose zu beehren. Zu um so größerem Ruhme des Hrn. Lewinstein verkündigten das die Zeitungen. Welch ein Licht aber fällt dadurch auf die manteuffelsche Politik, daß sie unter solchem Einfluß stand! Denn was für deutsche Ideen möchten das wohl gewesen sein, die sich im Gehirn dieses Juden entwickelten? Es scheint wohl, sie dürften von den Ideen des heutigen Nationalliberalismus nicht gar sehr verschieden gewesen sein, als welchem ja ebenfalls jüdische Capacitäten für die geeignetsten Repräsentanten des deutschen Geistes gelten.

Allbekannt ist endlich, daß es gerade das Ministerium Manteuffel war, unter welchem Hr. v. Bismarck seine Laufbahn begann, und zwar gerade als Bundestagsgesandter. Selbstverständlich, daß er als solcher in Uebereinstimmung mit den Tendenzen seines Chefs handeln mußte, gleichviel, ob er etwa selbst mehr dem Minister die Direction gegeben, als sie von ihm empfangen hätte, was wir dahin gestellt sein lassen. Wie aber Hr. v. Bismarck über die Bundesentwicklung dachte, trat schon damals erkennbar genug hervor. Am auffallendsten in der rastadter Besatzungsfrage, wo ihm das geflügelte Wort entfahren sein soll: er würde in Rastadt lieber Franzosen als Oesterreicher sehen. So wenigstens wurde damals berichtet, und diese Aeußerung, unseres Wissens, nicht dementirt. Hr. v. Manteuffel freilich würde niemals so gesprochen haben, was soll man aber davon denken, wenn doch der Bundesgesandte so sprach?

Der war eben eine ganz anders angelegte Natur. In demselben Maße unumwunden in seinen Aeußerungen, und dabei

auf große Entwürfe gerichtet und für ein festes Dareinschlagen gestimmt, als jener hingegen zurückhaltend, vorsichtig und für weitreichende Ideen wenig empfänglich war. Und auf diesen persönlichen Eigenschaften dürfte zum guten Theil der Unterschied beruhen zwischen dem, was seiner Zeit Hr. v. Manteuffel, und was später Hr. v. Bismarck that. Doch muß man andrerseits auch die Veränderung der äußeren Constellationen berücksichtigen, welche die Unternehmungen des Hrn. v. Bismarck allererst möglich machte. Seine persönliche Thatkraft allein hätte es bei weitem nicht gethan. Denn wie ganz anders würde im Jahre 64 die schleswig-holsteinische Sache verlaufen sein, woran sich alle seine späteren Erfolge knüpften, hätte damals noch die entente cordiale zwischen Frankreich und England bestanden, die vordem jeder etwaigen Action der preussischen Politik erheblich im Wege stand? Dieses Hinderniß war nun verschwunden, da die entente cordiale seit dem mexicanischen Unternehmen sich selbst aufgelöst hatte, während zugleich Oesterreich durch den italienischen Krieg geschwächt war. Beides ohne Zuthun des Hrn. v. Bismarck, der sich dabei nur rühmen kann, die dadurch geschaffene günstigere Lage nach Möglichkeit ausgenutzt zu haben, so daß der Unterschied zwischen der bismarckschen und der manteuffelschen Politik in dieser Hinsicht mehr in den Umständen als in den Persönlichkeiten liegen würde.

Gewiß, Hr. v. Manteuffel hätte den alten Bund nicht gesprengt, noch deutsche Fürsten depoffeirt, noch die heutige Reichsverfassung errichtet. Nachdem das aber einmal geschehen, — wie hat er sich denn persönlich zu den Ereignissen gestellt? Als Mitglied des Herrenhauses war er ja dazu berufen, sein Votum darüber abzugeben, und wegen seiner früheren Stellung wäre gerade sein Votum von höchster Wichtigkeit gewesen. Vor allem als ein Zeugniß für seine eigene Politik, wie man es wohl von einem Mann erwarten durfte, der ein Decennium hindurch an der Spitze der Geschäfte gestanden. Gleichwohl hat man nichts darüber vernommen, und es ist ein altes Wort: qui tacet consentire videtur. Zwar nur videtur, — und mehr mag es hier nicht sein, — aber warum sich dem Schein des consensus aussetzen, wenn im Herzen

vielmehr der dissensus läge? Gesähä es etwa in der Meinung, daß ein guter Preuße, wo große Staatsinteressen auf dem Spiele ständen, über Recht und Wahrheit hinwegsehen und daher schweigen müsse, sobald einmal vollendete Thatsachen vorlägen? Nun, das hieße eben die Staatsraison zum entscheidenden Princip machen, und das ist principiell nichts anderes, als der Standpunkt des Hrn. v. Bismarck.

III.

Der Geist des Ministeriums Manteuffel war keineswegs der Geist Friedrich Wilhelm's IV., von welchem wir darum noch besonders zu reden haben. Dieser König hatte in der ersten Periode seiner Regierung seine persönlichen Intentionen ohne Rückhalt zu erkennen gegeben, nach 48 aber trat seine Persönlichkeit je mehr und mehr in den Hintergrund. Die Ereignisse hatten ihn offenbar überwältigt und innerlich gebrochen. Er mußte geschehen lassen, was zu ändern er sich zu schwach fühlte, und was ihm doch im Grunde des Herzens zuwider blieb. Ein regelrechter constitutioneller König wurde er zwar auch jetzt nicht, allein in der Hauptsache ging es doch nicht viel anders, als daß er eben regieren ließ. So wenig sympathisch ihm dabei das nüchterne bürokratische Wesen des Hrn. v. Manteuffel war, so unentbehrlich war ihm doch der Mann geworden. Selbst der fortwährende Einfluß so mancher dem Könige viel näher stehenden Leute vermochte schließlich nichts dagegen; zumal auch Hr. v. Manteuffel sich nöthigenfalls fügsam genug zeigte, um es zu keinem Bruch kommen zu lassen, und überhaupt dem Könige nie mit großen Ansprüchen entgegen trat.

War Hr. v. Manteuffel von Haus aus rein preussisch gesinnt, so war hingegen sein König wirklich von deutschen Ideen erfüllt gewesen. Das Unglück lag nur in der Unklarheit seines Denkens, wie in der mangelnden Festigkeit seines Willens, in Folge dessen er weder die rechten Mittel und Wege zu finden, noch seinen eigenen Standpunkt zu behaupten wußte. Vielmehr gerieth er wiederholt mit sich selbst in Widerspruch. So war es zwar seinem Standpunkte gemäß, daß er die ihm angebotene Kaiserkrone ab-

lehnte, allein sein Standpunkt hätte noch weit mehr gefordert: sich von vornherein gegen das Project zu erklären und es gar nicht zu einer Kaiserwahl kommen zu lassen. Von welcher Wichtigkeit wäre das gewesen! Statt dessen hatte die spätere Ablehnung nur die Folge, daß er es dadurch nach beiden Seiten hin verlor, ohne irgend welchen Dank dafür zu ernten. Und was soll man dazu sagen, wenn er gleich darauf sich selbst zu dem Unionsprojecte verleiten ließ, welches doch der Sache nach auf nicht viel andres hinauslief, als das kleindeutsche Kaiserthum?

Es wäre das zum mindesten ein sehr schwankendes Verhalten zu nennen gewesen. Auch erklärt es sich nur daraus, daß er schon von Anfang an die kleindeutsche Idee keineswegs so unbedingt verworfen hatte, als man nach manchen seiner sonstigen Aeußerungen meinen möchte. Durch seinen Briefwechsel mit Bunsen und den von Ranke dazu gegebenen Erläuterungen ist das vollständig constatirt. War seine Phantasie ergriffen von der Herrlichkeit des ehemaligen deutschen Reiches, — und Phantasie bildete das Behiel aller seiner Gedanken, — so fühlte er sich um deswillen nicht minder als König von Preußen. Die deutsche Herrlichkeit vermischte sich in seiner Vorstellung mit der preussischen, wodurch dem Gothaismus von vornherein ein Zugang zu seinem Denken eröffnet war. Dazu kam der verhängnißvolle Einfluß seiner nächsten Vertrauten, Radowiz und Bunsen. Beide allerdings begabte Männer, nur leider sehr wenig geeignet den König zu klaren politischen Zielen hinzuleiten, um so mehr aber wie dazu geschaffen seinen phantastischen Entwürfen immer neue Nahrung zu geben. Ihr Denken war eben selbst nicht staatsmännisch, sondern Radowiz wäre als Politiker wohl kurzweg ein Charlatan zu nennen gewesen. Und Bunsen dürfte doch auch nur als ein politischer Dilettant gelten, wie er auch als praktischer Staatsmann kaum mehr Erfolg gehabt hat als Radowiz. Noch hat er etwa die politische Theorie durch irgend einen neuen Gedanken bereichert. Was mehr ist: es war auch garnicht ihre staatsmännische Qualität gewesen, wodurch diese beiden Männer das Vertrauen Friedrich Wilhelm's IV. gewonnen hatten, sondern dadurch war es geschehen, daß sie seinen gelehrten, ästhetischen und kirchlichen

Neigungen entgegen kamen, und woran sie ihn dann festhielten. Nun war Bunsen, als ein Halbliberaler, schon von vornherein für den Gothaismus gestimmt gewesen, Radowiz aber von seinem conservativen Ausgangspunkte aus zuletzt gar zu einem so enragirten Gothaer geworden, daß er um seiner geliebten Union willen ohne Scrupel die ganze Welt in Brand gesteckt hätte. Und dieser Mann hatte damals den König förmlich fascinirt. Wenn der König gleichwohl vor dem im Herbst 50 drohenden Bruderkriege zurückschreckte, und die Union fallen ließ, so war dies wohl ein Sieg seines bessern Selbst, aber die Gefahr der Lage trug auch das Zhrige dazu bei, denn nach aller Wahrscheinlichkeit wäre der Krieg unglücklich für Preußen ausgefallen. So dachte man damals in militärischen Kreisen.

Andere Motive walteten bei der Ablehnung der Kaiserkrone im Frühjahr 49. Daß sie ihm angeboten wurde, hatte offenbar der Eitelkeit des Königs geschmeichelt, sonst würde er die Sache schon früherhin inhibirt haben. Auch erfolgte die Ablehnung nicht unbedingt. Die Bedingung der Annahme wäre nämlich gewesen, daß die Fürsten ihm die Krone überreicht hätten. Nur aus den Händen des Parlamentes wollte er sie nicht annehmen, weil sie solcherweise ein Ausdruck der Volkssouveränität gewesen wäre, die er wie die Sünde haßte. „Ein Hundehalsband“ nennt er (in einem Briefe an Bunsen) eine solche Krone, das ihn unauflösllich der Revolution von 48 leibeigen machen würde. Der Ausdruck eines Legitimitätsgefühls, welches doch nicht frei von Hochmuth war, und worin sich eben seine übertriebene Vorstellung von fürstlicher und königlicher Würde aussprach, die für ihn kurzweg auf göttlicher Einrichtung beruhte. Durch welche sehr menschlichen Mittel hingegen die Fürsten und Könige zu ihrer Herrlichkeit gelangten, und wie viel Menschlichkeiten insbesondere in Preußen vorgefallen waren, — das verschwand ihm alles in nichts durch die Formel „von Gottes Gnaden“. So sah er denn auch in dem Emporkommen des preußischen Staates in Deutschland kurzweg eine göttliche Fügung. Wie sehr aber dies Emporkommen durch den Verfall des deutschen Nationalkörpers bedingt gewesen, und wie sehr daher die Stellung Preußens sich ändern mußte,

wenn umgekehrt von einer Wiederherstellung des deutschen Nationalkörpers die Rede sein sollte, davon hatte er keine Ahnung. Er wollte zugleich ein großes Deutschland und ein großes Preußen, moneben noch obendrein ein großes Oesterreich bestände. Nun, warum nicht auch noch ein großes Bayern, ein Welfenreich und ein Sachsenreich, wobei nur Gott im Himmel wüßte, was da noch für das deutsche Reich übrig bliebe?

Am folgenreichsten trat dieser innere Widerspruch zwischen den deutschen und preußischen Tendenzen des Königs in seinen preußischen Verfassungsprojecten selbst hervor, worüber wir um so mehr zu reden haben, je weniger dieser Widerspruch bis heute erkannt zu sein scheint. Wir meinen die Schöpfung des Vereinigten Landtages, wodurch also der ganze Complex der unter preußischem Scepter stehenden Länder, welche bis dahin nur erst durch das Netz der militärischen und administrativen Einrichtungen ein einheitliches Ganze bildeten, hinfort auch durch die gemeinsame Repräsentation zusammengefaßt werden sollte. Man frage sich: was das zu bedeuten hatte? Offenbar nichts anderes, als daß von nun an erst recht ein preußisches Volk entstehen, und damit die preußische Staatseinheit zum Abschluß kommen sollte. Das aber zugegeben, so lehrt schon ein Blick auf die Landkarte, daß unter solcher Voraussetzung eine Fortbildung der deutschen Bundesverhältnisse materiell unmöglich wurde. Denn wenigstens ganz Norddeutschland war damit von dem preußischen Staatskörper umklammert, es hatte keine andere Zukunft mehr, als preußisch zu werden. Sollte und konnte das Volk in Westphalen und Rheinland ganz ebenso preußisch sein, wie etwa die Brandenburger und Pommern, — ei, warum nicht weit eher noch die Hannoveraner und Hessen, deren selbständige Fortexistenz dann für den preußischen Staatskörper wie der Pfahl im Fleische war?

Sagen wir es unumwunden: die späteren Annexionen waren nichts anderes als die Conclusion zu den Prämissen, die schon in dem Vereinigten Landtage vorlagen. Friedrich Wilhelm IV. stand mit sich selbst im Widerspruch, wenn er einerseits eine solche preußische Staatseinheit und andererseits eine Ent-

wickelung des deutschen Bundes anstrebte. Sollte hingegen eine solche Entwicklung nur überhaupt möglich bleiben, so durften die preussischen Westprovinzen in keiner Weise zu einem einheitlichen Staatskörper mit dem östlichen Theile der Monarchie verbunden, sondern sie mußten ausdrücklich davon abgetrennt und als ein Nebenland behandelt werden, mit eigener Verfassung unter der Regierung eines Vicekönigs. Das wäre die *conditio sine qua non* gewesen.

In der That hatten Stein und Hardenberg zur Zeit des Wiener Congresses ein Project für die neue Constituirung Deutschlands aufgestellt, welches zu einem solchen Verhältnisse geführt haben würde. Sie beabsichtigten nämlich einen engeren deutschen Bund, in welchen Preußen nur mit seinen links von der Elbe gelegenen Ländern eintreten sollte, indessen der östliche Theil der Monarchie einen besondern politischen Körper gebildet hätte, welcher mit jenem engeren Bunde nur in einer permanenten Allianz stehen sollte. Welche unermeßlichen Folgen würden daraus entsprungen sein! Statt dessen aber ging die Sache ganz anders, indem vielmehr alle preussischen Provinzen zu einem einheitlichen Staat zusammengefaßt, und also auch die Westprovinzen principaliter nicht als deutsche sondern als preussische Länder behandelt wurden. So war der Zustand, wie ihn Friedrich Wilhelm IV. bereits vorfand. Er bildete damals das geltende Recht, das ließ sich nicht bestreiten. Die Frage war nur, ob man den schon im vollen Zuge begriffenen Verschmelzungsproceß aller preussischen Provinzen zu einem einheitlichen Ganzen noch weiter führen, und sogar erst das letzte Siegel darauf drücken, oder ob man vielmehr diesen Proceß inhibiren, und eine Richtung einschlagen sollte, die allerdings zu einem Resultat geführt hätte, welches dem bestehenden Zustande gegenüber als eine fundamentale Neuerung erschienen wäre. Allein was that das, wenn der König doch wirklich deutsche Tendenzen verfolgte, und wenn die Dinge nun einmal so lagen, daß ohne solche Neuerung aus Deutschland nichts werden konnte? Das Jahr 66 hat wohl zu einer noch viel größeren Neuerung geführt, nur freilich in ganz andrer Richtung.

Es bedarf ja keiner Worte, welche Selbstüberwindung für einen preußischen König zu solchem Entschluß, und welche Willensstärke zur Durchführung desselben gehört hätte. Auch begreiflich genug, daß er nicht einmal daran gedacht haben mag, weil ein scharfes, die Verhältnisse analysirendes Denken ihm überhaupt nicht gegeben war. Wenn aber der König selbst nicht daran dachte, — wie hätten gar seine Minister daran gedacht! Denen, und mit ihnen dem ganzen Beamtenthum, wäre vielmehr ein solches Project wohl rundweg als eine Ungeheuerlichkeit erschienen. Hat man doch keinen Anstand genommen, selbst Hechingen und Sigmaringen wie einen integrirenden Theil der preußischen Monarchie zu behandeln! Wer sich aber dazu erheben kann, die deutsche Frage nicht vom preußischen sondern vom deutschen Standpunkt aus zu betrachten, — wofür doch schon die Logik zu sprechen scheint, — und wer dabei an eine föderative Entwicklung denkt, dem muß vielmehr gerade ein solches Verhältniß als die ungeheuerlichste Ungeheuerlichkeit erscheinen, wonach z. B. eine Gemeinbeordnung für Hechingen und Sigmaringen unter dem Beirath der Pommern, der West- und Ostpreußen zu Stande kommt, und so umgekehrt, wie doch bis heute geschieht.

In diesem Sinne hat der Verfasser sich schon vor vielen Jahren ausgesprochen, und dasselbe Thema dann mit immer neuen Variationen vorgetragen. Aber nur wenige verlorne Seelen nahmen Notiz davon, so daß im Ganzen doch alles noch bis heute wie gegen die Wand gesprochen zu sein scheint. Statt dessen hat man die subline Theorie aufgestellt, wonach der Kern von Deutschland in der Mark Brandenburg zu suchen ist, welche ihrerseits die providentielle Bestimmung haben soll, durch fortgesetzte Angliederung — der von Droysen eingeführte deutsche Ausdruck für „Annexion“ — die deutsche Einheit herzustellen. Und schon hat sich eine ganze Junft historischer Prestibigiateurs gebildet, welche nichts Geringeres betreibt, als die ganze deutsche Geschichte in preußische Geschichte zu verwandeln. Kein Gedanke daran, daß vielmehr Preußen aus Deutschland hervorging, — nämlich durch die Markenbildung und durch den deutschen Colonisationsproceß, — sondern wie die Minerva aus dem Haupte

des Zeus ist der preußische Staat aus dem deutschen Einheitsberuf entsprungen, um dann hinterher selbst das neue Deutschland zu gebären. Germania eine Tochter der Borussia — Tacitus, was sagst Du dazu?

Die Schande, welche dadurch über die deutsche Geschichtsschreibung gekommen, daß sie sich zu einem Gewebe der absurdsten Fabeln verwandelte, wäre dabei noch das Geringste. Viel schlimmer aber, daß solche Geschichtsverfälschung die weitreichendsten praktischen Folgen hatte, indem sie den Geistern eine Richtung gab, die dann hinterher auch die Politik bestimmte, die innere wie die äußere. Und sehen wir nun, wie das Preußenthum dadurch in eine Richtung gerieth, welche nicht nur zum Unheil von Deutschland ausschlug, sondern dem wohlverstandenen eigenen Interesse widersprach.

War nemlich der sogenannte deutsche Beruf zur Parole geworden, welcher dann durch fortschreitende Angliederungen erfüllt werden sollte, so mußten freilich die linkselbischen Gebietstheile Preußens dazu als die wichtigsten Stützpunkte und Handhaben gelten. Sie bildeten recht eigentlich den Angliederungsapparat. Darum dann kein Gedanke daran, diese Gebiete als preußische Nebenländer anzusehen, im Gegentheil, sie mußten nur um so mehr ein einheitliches Ganze mit den östlichen Provinzen bilden. Die große Verschiedenheit der gesellschaftlichen Zustände, der Lebensgewohnheiten und geschichtlichen Traditionen, kam dabei für die preußische Bureaucratie ebenso wenig in Betracht, als für die gothaischen Staatsgelehrten. Ließen sich doch überall nach dem einen und selben Schema Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise einrichten. Und wenn man nur durch einen Federstrich einen Regierungsrath von Trier nach Gumbinnen versetzen konnte, — „im Interesse des Dienstes“ wie man heute in dergleichen Fällen zu sagen pflegt, — so war die Staatseinheit im bureaucratistischen Sinne schon fertig. Sobald man freilich an tiefer greifende Organisationen ging, war über die thatsächliche Verschiedenheit doch nicht hinweg zu kommen, auch bis heute nicht. Handelt es sich um eine neue Gemeindeordnung, eine Kreisordnung, und selbst eine Provincialverfassung, so muß

man für die Westprovinzen und für die Ostprovinzen eine besondere machen, sonst paßt sie nirgends. Was ist denn aber von einer Staatsverfassung zu halten, wenn sie ihrerseits nicht wieder auf diesem Unterbau ruht, was aber grade durch die Verschiedenheit dieses Unterbaues unmöglich wird. So konnte man nur zu einem ganz hohlen repräsentativen Formalismus gelangen, wie es die nach 48 begründete preussische Constitution von Anfang an war, und bis heute geblieben ist. Daß dies aber geschah, war in der Hauptsache nichts weiter als die ganz natürliche Folge der so unweisen Verschmelzung der westlichen Provinzen mit den östlichen. Denn erst vom Rheine her war der Bourgeoisliberalismus, nebst obligatem Constitutionalismus, in die östlichen Provinzen so zu sagen eingeschleppt, wo er vordem so wenig Anhalt hatte, daß, wenn die Ostprovinzen für sich geblieben wären, von da aus eine ganz andre Entwicklung erfolgt sein würde. Die Thatfachen reden. Rheinländer waren es, und zwar Kaufleute und Bankiers, welche nach dem Umschwung im Frühjahr 48 an die Spitze der preussischen Regierung traten, und die nun eben nichts Besseres zu thun wußten, als Preußen mit einer Constitution nach belgischem Muster zu beglücken. Das ist dann im Wesentlichen der Zuschnitt der preussischen Verfassung geblieben. Wurzel geschlagen hat freilich diese Verfassung in den östlichen Provinzen noch immer nicht, außer einigermaßen in der Bourgeoisie der großen Städte, und sonst nur in den Kreisen der eigentlichen Doctrinäre. Allein man steckt doch einmal in dieser Livree, und kann nicht wieder heraus. Indem man also Institutionen einführt, welche kein Leben gewinnen können, wurde um deswillen grade das verfehlt, was in den Ostprovinzen sehr wohl möglich gewesen sein und den dortigen Verhältnissen am besten entsprochen haben würde. Wir meinen die Ausbildung einer ständischen Verwaltung, wozu aber der constitutionelle Zuschnitt nicht paßt. Und so ist in das alte Preußenthum, dessen Basis doch immer die Ostprovinzen bleiben, ein Princip innerer Zerfetzung gekommen, wodurch es je mehr und mehr der Charakterlosigkeit entgegengeht. Die Zeit dürfte nicht fern mehr sein, wo man die Wirkungen davon verspüren wird.

Nicht besser steht es mit den Folgen für die äußere Politik. Hätten die preussischen Staatsmänner die wahre Genesis des preussischen Staates vor Augen, so könnten sie über den wahren Beruf desselben nicht in Zweifel sein, d. h. daß er sich principaler als deutsche Nordmark zu bethätigen, und darum in nördlicher und östlicher Richtung zu wirken hätte. Statt dessen mußte freilich die dem preussischen Staate angedichtete Genesis, aus dem deutschen Einheitsberuf heraus, vielmehr auf ein Vordringen in das westliche und südliche Deutschland hinzielen. Damit war dann ganz unvermeidlich der permanente Zwiespalt mit Oesterreich gegeben. Und daraus folgte wieder die Nothwendigkeit der Anlehnung an Rußland, weil Preußen sonst nichts zu unternehmen wagen durfte, wenn ihm nicht der Rücken gedeckt war. Auch hier bedarf es nur eines Blickes auf die Landkarte, und die entscheidende Wichtigkeit dieser Verhältnisse springt in die Augen. Nicht nur, daß Rußland die ganze preussische Ostgrenze bedroht, sondern durch die Position in Polen ist die russische Macht wie ein Keil auf das Centrum des preussischen Staates gerichtet. Fragt man aber weiter, wie es denn dahin gekommen sei, so ist es die unbestreitbarste Thatsache, daß es nichts anderes als die immer wieder neu hervorbrechende Feindschaft zwischen Preußen und Oesterreich war, wodurch Rußland allererst diese so hoch bedrohliche Machtstellung gewinnen konnte.

Sprach schon im vorigen Jahrhundert ein Herder über die für Deutschland von Rußland her drohende Gefahr:

„Ferne im Osten steht
Dir ein Riese; du selbst lehrtest ihn, sein Schwert,
Seine Keule zu schwingen.“

wie würde er erst heute sprechen? Und nicht nur, daß der Riese von uns lernte, sondern wir selbst haben ihm zur Ausbreitung seiner Macht thätige Hilfe geleistet. Am meisten aber hat das die preussische Politik gethan, und so auch wieder durch das Unternehmen von 66, wodurch nun eine Stellung geschaffen ist, welche Preußen mehr als je auf die Freundschaft Rußlands hinweist, wie ja auch der Nationalliberalismus selbst zugestehet. Um deswillen muß also Preußen ruhig mit ansehen, wie Rußland sich

in Polen befestigt, und dadurch ihm selbst nur immer gefährlicher wird. Immer weiter schreitet dort die Russificirung fort, immer weiter dringt damit das Popenthum vor. Nicht minder ist das Deutschthum und die evangelische Kirche in den baltischen Provinzen bedroht, zur Schande für die ganze deutsche evangelische Kirche, wie zur Schande für die ganze deutsche Nation, mit deren Schweiß und Blut einst diese Colonie gegründet war.

Was ist es denn also mit dem hohen Ansehen und mit der gewaltigen Macht, welche die deutsche Nation auf einmal errungen haben soll, wenn das Deutschthum in Rußland jetzt nur um so mehr der Vergewaltigung ausgesetzt ist? Nicht zu gedenken, daß in Ungarn und Siebenbürgen daselbe geschieht, und zwar ebenfalls infolge der großen Gründung von 66. Mögen doch die preußischen Chauvinisten noch immer damit prahlen: das Centrum der ganzen Continentalpolitik läge seitdem an der Spree, — wer etwas tiefer blickt, dem wird es nicht entgehen, wie besagtes Centrum schon ganz im Stillen vielmehr an die Nema rückt. Und leider ganz unvermeidlich, weil Preußen viel mehr der russischen Freundschaft bedarf, als umgekehrt Rußland der preußischen. Denn unter Umständen brauchte Rußland nur zu wollen, und es könnte sofort die preußische Allianz mit der französischen vertauschen. Welche andre Allianz hätte hingegen Preußen in Reserve? Etwa die englische? Aber ganz abgesehen davon, daß in einem großen Continentalkriege unter den heutigen Verhältnissen die englische Seemacht von keiner entscheidenden Bedeutung sein würde, — wäre man denn Englands überhaupt nur gewiß? Es könnte ja vielleicht um seiner orientalischen und asiatischen Interessen willen einen solchen Compromiß mit Rußland schließen, daß es, von dieser Seite gesichert, sich dann um so mehr jeder Einmischung in die continentalen Angelegenheiten, woran es kein Interesse mehr hätte, enthielte, und eventualiter seine Politik sogar mehr zu Rußland neigen würde als zu Preußen. Oder etwa die italienische Allianz? Deren dürfte man noch viel weniger gewiß sein, weil dieses alles inneren Haltes entbehrende neue Reich in jedem großen Conflict — insofern es nicht neutral bleiben könnte — sich wohl oder übel seinen unmittelbaren Nachbarn anschließen

müssen würde, deren Angriffen es sonst ausgesetzt wäre, und wogegen es Preußen dann nicht schützen könnte. Und wie wenig würde überhaupt die italienische Macht bedeuten, sei es zur See oder zu Lande. Als das allein Wirksame bliebe demnach die Allianz mit Oesterreich. Allein Oesterreich sucht ja vielmehr selbst einen Anhalt an Rußland, um nicht dem übermächtigen Einflusse Preußens ausgesetzt zu sein. Und nun siehe da: wie diese beiden deutschen Großmächte, weil sie sich beide nicht trauen können, — denn wie der Abgrund alles Vertrauens liegt GG zwischen ihnen, — darum sich beide an Rußland anlehnen, welches in Zukunft ihre beiderseitigen Beziehungen vermitteln wird. Ist es nicht also Rußland, welches in Folge dessen die Entscheidung in die Hand bekommen muß? Und dieser unermessliche Gewinn wäre ihm dann ganz von selbst zugefallen, noch hätte es irgend welche Anstrengungen zu machen, um sich in dieser günstigen Lage zu behaupten, welche sich schon durch die bestehenden Verhältnisse selbst erhielt, und in weitrer Entwicklung sich nur immer günstiger für Rußland gestalten dürfte. Inzwischen kann es sich ungestört mit seinen asiatischen Unternehmungen wie mit seinen inneren Reformen beschäftigen, seine Armee reorganisiren und Eisenbahnen bauen, welche dieser Armee erst eine Actionsfähigkeit geben werden, wie sie früher ganz unmöglich war. Wie lange wird es also dauern, und Rußland steht in einer noch gebietenderen Stellung da, als zur Zeit der heiligen Allianz! Jetzt sage man, ob nicht der russische Reichskanzler, wenn er sich auch nicht so glänzender Thaten rühmen kann als sein deutscher College, am Ende sich doch als ein tiefkönnigerer Politiker erwiesen haben wird als dieser, indem er statt eines flüchtigen Glanzes vielmehr reale und dauerhafte Vortheile zu erringen wußte, die noch obendrein nichts kosteten? Das wäre also das Endresultat der großen Erfolge des Hrn. v. Bismarck: daß er für Rußland gearbeitet hätte!

Es ist aber wie ein Verhängniß, daß die preussische Politik, in ihrem angeblichen deutschen Verufe, immer zu demselben Resultate führen mußte. Denn kehren wir nach diesen Zwischenerörterungen noch einmal zu Friedrich Wilhelm IV. zurück, so lieferte dieser König einen nicht minder schlagenden Beleg dazu.

Borussia bemuttern lassen, nur daß in dem schwarzenbergischen Projecte die Sinnlosigkeit doch noch viel handgreiflicher, die Impertinenz noch ungenirter hervortrat. Und aus diesem Irrsal war man auch nach Schwarzenberg's Tode nicht wieder herausgekommen, der Hintergedanke bestand fort.

Was konnte unter solchen Umständen der Fürstentag bedeuten? Er paßte dazu wie die Faust auf's Auge. Auch zeigten bald darauf die Thatfachen selbst, wie wenig man sich das Project in Wien überlegt haben mußte, und wie wenig man gesonnen war, wirklich im Sinne der Stellung zu handeln, die man so eben in Frankfurt beansprucht, und innehalten zu wollen vor ganz Deutschland proclamirt hatte. Denn kaum daß der im Römersaale aufgetischte „boeuf historique“ (weil doch zur Vollendung dieser deutschthümlischen Comödie natürlich ein französischer Speisezettel gehörte) verdaut sein mochte, als sich wie zum Nachspiel des Festes die schleswig-holsteinische Frage präsentirte, und sofort nahm die österreichische Politik ganz andere Allüren an. Die in Frankfurt erklungenen deutschen Phrasen — waren halter Phrasen gewesen, kein Bachhänel werth. Anstatt also für den Bund einzutreten (wozu ja die österreichische Präsidialmacht ohnehin verpflichtet war, und was sie dem Reformprojecte gemäß in Zukunft erst recht thun zu wollen sich vorgenommen hatte) war diese Präsidialmacht vielmehr mit allen Kräften beflissen, den Bund lahm zu legen, indem die Lösung der Aufgabe aus einer Bundesache zu einer Sache der beiden deutschen Großmächte gemacht wurde. Wohin das führte, und was dabei insbesondere für Oesterreich heraus kam, ist allbekannt. Vergebens, daß dann im letzten Momente die Sache dennoch an den Bund gebracht wurde, der gerade gut genug sein sollte, um der österreichischen Politik wieder aus der Sackgasse herauszuhelfen, in die sie sich so kurzzeitig als pflichtwidrig verrannt hatte, wozu aber der Bund nun freilich keine Kraft mehr besaß. So fällt die Schuld der Auflösung des Bundes zum guten Theil auf Oesterreich selbst, welches in seiner Niederlage eine wohlverdiente Züchtigung zu erkennen hätte.

Wollte Gott, es wäre dadurch endlich zur Erkenntniß ge-

kommen, d. h. zu der Erkenntniß, daß es, als eine aus der deutschen Geschichte hervorgegangene Bildung, auch nur im organischen Zusammenhange mit Deutschland bestehen kann, dem Zweige vergleichbar, der, abgehauen vom Baume, unvermeidlich vertrocknen muß. Aber weit entfernt von solcher Erkenntniß, scheint Oesterreich vielmehr in seinem vermeintlichen Aufsichselbstberuhen, das ja durch seine Ausstoßung aus Deutschland gewissermaßen bestätigt wurde, sich ganz behaglich zu fühlen. Zum wenigsten thut es so, über seine innere Gebrechlichkeit sich selbst hinwegtäuschend durch das Schauspiel einer Weltausstellung nebst obligatam „großen Krach“, damit das Schauspiel doch zur Oper würde. So lange aber Oesterreich die tiefe Bedeutung seiner Ausstoßung aus Deutschland noch so wenig empfindet, daß es auf solche Allotria verfällt, darf es sich auch nicht darüber beklagen, und mag dann sehen, was aus ihm wird. Es hat es nicht besser gewollt.

Desgleichen haben es auch die deutschen Mittel- und Kleinstaaten nicht besser gewollt, als daß sie zuletzt unter die preussische Fuchtel kamen. Oder ihr Wollen bestand in bloßen Belleitäten, und der Schwäche ihres Willens entsprach die Beschränktheit ihrer Einsicht. Sonst hätten sie längst erkannt haben müssen, daß, wie sie offenbar ohne den Bund nicht bestehen konnten, so andererseits wieder der Bund selbst nicht auf die Dauer fortbestehen konnte, wenn er nur die passive Bedeutung haben sollte, jedem Bundesgliede seine Selbständigkeit zu garantiren. Denn zu einer wirklichen Garantie gehört eben eine lebendige Kraft, und nicht bloß ein papierner Vertrag, mit einer steifleinenen Diplomatenversammlung daneben. Schon um ihrer selbstwillen hätten sie sich also getrieben fühlen müssen, um jeden Preis dem Bunde eine Activität zu verschaffen, als dem Centrum, wohin sich ihre eigne Entwicklung zu richten und von wo aus sie ihre Impulse zu empfangen hätte. Daß gerade die beiden deutschen Großmächte dazu am allerwenigsten geneigt waren, begreift sich. Auf die Beförderung eines solchen Projectes von da aus durfte leider nicht gerechnet werden. Dennoch wird Niemand bestreiten, daß trotzdem die Mittel- und Kleinstaaten,

sobald sie nur zusammenhielten, gar manches hätten durchsetzen können, wodurch der Bund allmählig Leben gewann. Es verlaudet aber wenig davon, daß sie nach dieser Richtung hin ernstliche Anstrengungen gemacht hätten. Freilich hätte ja auch ein Opfer von ihrer particularistischen Herrlichkeit dazu gehört; die ging ihnen aber über alles. Je geringer dabei ihre Kraft zur Aufrechthaltung einer selbständigen Stellung, um so mehr waren sie beflissen, sich mit dem ganzen äußeren Apparat eines selbständigen Staates zu versehen, und die äußeren Allüren einer europäischen puissance anzunehmen. Was konnte endlich daraus entstehen?

Nicht etwa, daß Preußen weniger particularistisch gewesen wäre. Im Gegentheil, das Preußenthum war selbst der potenzierte Particularismus, aber dafür war es auch der Particularismus eines großen Staates. Dem konnte man nicht das Bayernthum, oder das Sachsenthum und das Welfenthum entgegensehen, sondern das Deutschthum hätte man entgegensehen müssen. Statt dessen — Particularismus gegen Particularismus gehalten, — so war der mittelstaatliche und kleinstaatliche Particularismus dem preussischen gegenüber unrettbar verloren. Schon wegen der unvermeidlich viel geringeren Capacität der betreffenden Regierungen. Welche kleinliche Denkweise mußte sich aus der dortigen Enge der Verhältnisse entwickeln, welche Schwäche der Charaktere, wo man sich zwar fortwährend die Miene gab, auf eignen Füßen zu stehen, und doch von dem unabweisbaren Gefühle gedrückt war, im Falle der Noth nicht Stand halten zu können! Und was war also zu erwarten, wenn es doch einmal darauf ankam wirklich Stand zu halten? Die Thatfachen reden.

In der schleswig-holsteinischen Frage war ja den Mittelstaaten wie auf dem Präsentirteller die Gelegenheit geboten, ihre aus dem Bunde fließende Berechtigung in solcher Weise geltend zu machen, daß selbst die beiden deutschen Großmächte in diesem Falle sich ihnen hätten anschließen müssen. Es galt da nur das „sapere aude!“, und eben die Behandlung dieser Frage wäre der thatsächliche Anfang zu einer activen Bundespolitik geworden, wodurch dann der deutsche Bund gerettet war, und mit

ihm die Fortexistenz aller Bundesglieder. Aber es galt auch das „periculum in mora!“, denn es war die letzte Möglichkeit zu einer besseren Wendung. Und was zeigte sich gleichwohl? Ueberall Schwäche und Rathlosigkeit. Gerade wo man das nächste und dringendste Interesse an einer schnellen und energischen Bundesaction gehabt hätte, da handelte man wie mit verbundenen Augen. Wäre denn etwas Sinnloseres denkbar gewesen, als die Politik des Grafen Platen in Hannover? Oder stand es etwa viel besser mit der bayerischen Politik, die sich in dem Gedanken gefiel, daß unter den Mittelstaaten Bayern gewissermaßen wieder die Großmacht spielen sollte, und in ihrer Blindheit nicht bemerkte, wie gerade solcher Anspruch das Verhältniß zu den übrigen Mittelstaaten, die von einer Unterordnung unter Bayern nichts wissen wollten, von vornherein verdarb, und so der Einfluß verloren ging, den Bayern allerdings gewinnen konnte, wenn es sich den übrigen Mittelstaaten gleich stellte, und gemeinsame Sache mit ihnen machte. Die Leitung wäre ihm dann ganz von selbst zugefallen, — vorausgesetzt daß es zu leiten verstanden hätte, und für die gemeinsamen Entschlüsse thatkräftig aufgetreten wäre. Davon aber war in der schleswig-holsteinischen Sache am allerwenigsten zu bemerken. Genug, anstatt für Schleswig-Holstein wie für ihre eigne Existenz aufzutreten, konnten die Mittelstaaten sich nicht einmal zu einer gemeinsamen diplomatischen Action ermannen. Was mußte erst geschehen, als es hinterher gar zum Kriege kam? Waren sie bisher an kein Zusammenwirken gewöhnt gewesen, so ließ es sich da am allerwenigsten improvisiren, wo Tage und Stunden entschieden. So ging es, wie es nicht anders gehen konnte.

Wurde nun der Krieg das Grab ihrer particularistischen Herrlichkeit, so diente er auch zugleich zur Offenbarung der inneren Unhaltbarkeit derselben, wie überhaupt der Unzulänglichkeit der ehemaligen Bundesverfassung. Ohne dies hätte es kein 66 gegeben. Denn das muß man dem Hrn. v. Bismarck lassen: er hat die Schwäche der seinem Unternehmen entgegenstehenden Elemente richtiger beurtheilt als irgend Einer. Nur weil er das Ganze so morsch fand, darum schlug er es in Stücke. War es

aber wirklich so morsch, — wer könnte im Ernst eine Wiederherstellung des ehemaligen Zustandes wünschen?

Zwar geben wir unbedenklich zu, daß man vor 66 sich im Ganzen viel behaglicher fühlte als heute. Ob aber dabei die Nation auch wirklich dem Ziele entgegenstrebte, dem nachzustreben sie sich jedenfalls berufen fühlen sollte, wäre schon eine andere Frage. Ein guter Theil jenes Behagens war doch wohl ein Sichverhauen in schlafe Spießbürgerlichkeit, woraus wir nun etwas unsanft aufgerüttelt sind. Und selbst davon abgesehen, — was war es denn mit einer Glückseligkeit, die doch jeden Augenblick aufhören konnte, weil eben ein Zustand vorlag, der jeden Augenblick ein 66 möglich machte, oder statt dessen vielleicht etwas anderes, was auch um nichts besser gewesen wäre? Ein Zustand ferner, der eine solche Katastrophe nicht nur möglich machte, sondern sogar den ununterbrochenen Anreiz dazu bot? Einen Anreiz, der zugleich durch die Forderungen der Nation verstärkt wurde, als welche trotz besagter Behaglichkeit sich eben nicht befriedigt fühlte, sondern dringend eine tiefgreifende Veränderung forderte, und was dann wieder für Preußen als wirksamste Waffe diente, indem es den Nationalbedürfnissen Befriedigung zu verschaffen versprach. Was hilfe da wohl eine Rückkehr zu dem vorhergegangenen Zustande?

Noch einmal: so ist es nicht, daß die Revolution von 66 nur durch das Belieben und durch die Thatkraft des Hrn. v. Bismarck herbeigeführt wäre, noch auch bloß durch den Gang der preussischen Politik, sondern dem zur Seite lagen Veranlassungen, welche aus den Verhältnissen selbst entsprangen; und zwar keineswegs bloß aus den preussischen Verhältnissen, sondern nicht minder aus den deutschen Gesamtverhältnissen. Das erst war die wirkliche Genesis des heutigen Systems, wie wir nunmehr gezeigt zu haben glauben.

Dieses aber anerkannt, drängt sich damit zugleich die Frage auf: welche Perspective sich hiernach für die Zukunft dieses Systems eröffnet? Und auch darüber wollen wir mit unserer Ansicht nicht zurückhalten.

V.

Beruhete das Unternehmen von 66 auf einem Zusammentreffen vieler Umstände, die es nicht nur ermöglichten, sondern in gewissem Sinne selbst dazu antrieben, so wird das daraus entsprungene System sich auch nur solange behaupten können, als jene Umstände sich nicht erheblich verändern, und damit auch neue Antriebe hervortreten. Nun ist es aber wie ein Verhängniß, daß dieses System selbst einen solchen Umschwung befördern muß, und darum in seiner Fortentwicklung vielmehr seiner Auflösung entgegensteilt.

So scheint es uns zuvörderst gar sehr denkbar, daß die seit 66 zur Herrschaft gekommene Centralisation doch hinterher nur dazu gedient haben möchte, die frühere Lethargie wie die frühere Sprödigkeit des Particularismus zu brechen, und dadurch selbst ein Haupthinderniß zu beseitigen, welches vordem keine lebendige Föderation aufkommen ließ. Das aber zugegeben, befänden wir uns ja nur in einem Uebergangsstadium, nach dessen Ablauf etwas ganz anderes folgen dürfte. Denn daß der Particularismus in seinen Wurzeln noch fortlebt, das bezeugen selbst die Klagen des Nationalliberalismus. Und es gilt dieß für die annectirten Länder nicht minder, als für die noch erhaltenen Staaten. Auch hat man in Deutschland schon wiederholt erlebt, wie scheinbar Untergegangenes hinterher wieder auferstand, sich wie der Phönix aus der Asche erhebend. Warum könnte dereinst nicht Aehnliches geschehen?

Zum zweiten ist die reale Basis des heutigen Systems ohne Frage der preußische Staat. Wie nun, wenn sich in diesem Staate selbst ein innerer Zerfallsprozeß entwickelt? Er kann die neu aufgenommenen Elemente um so weniger verdauen, als er ohnehin schon Elemente enthielt, die noch keinesweges vollständig assimilirt waren. Seine innere Cohäsionskraft hat sich durch den materiellen Anwachs entschieden vermindert. Noch mehr wirkt dahin die Berquickung des preußischen Staatswesens mit dem neuen Reiche, die den ganzen preußischen Regierungsorganismus alterirt, seine Stützen in's Schwanken gebracht, seine eigne Unterlage untergraben hat. Am allerwichtigsten aber ist

die daraus entspringende geistige Wirkung. Das Preußenthum wird an sich selbst irre, wenn es, anstatt in seinem eignen Wesen aufzutreten, jetzt vielmehr das Deutschtum repräsentiren soll. Um dies in vollem Ernst thun zu können, müßte es ja seine ihm bisher so theure Selbständigkeit erst mit eigner Hand wieder zerstören, oder geschähe das nicht, so ließe die Sache auf eine fortwährende Schauspielerei hinaus. Schon weiß das Preußenthum nicht recht mehr, was es eigentlich selbst ist. Noch weiß es: ob es in seinem Könige den deutschen Kaiser, oder vielmehr in dem deutschen Kaiser seinen König zu erblicken habe. Was soll es gar darüber denken, wenn das Kaiserthum wie das Königthum thatsächlich zu einem bloßen Symbol wird, indem die entscheidende Macht vielmehr auf das neu creirte Kanzlerat übergeht? Da muß der altpreußische Royalismus, der doch den wesentlichsten Nerv des Preußenthumes bildete, erst recht an sich irre werden. So liegen aber die Dinge wirklich. Denn waren früherhin aller Augen auf den König gerichtet, wie es auch nach der Bildungsgeschichte des preußischen Staates nicht anders sein konnte, so hat dies eben aufgehört. Nicht „was wird der König thun?“ wie man doch noch unter Friedrich Wilhelm IV. fragte, sondern „was wird Bismarck thun?“ ist heute die tägliche Frage. Man kann es in jedem Zeitungsblatte lesen. Auch die parlamentarische Sprache hat sich schon danach gebildet, indem die Anträge des Reichstages sich nicht sowohl an den Kaiser, noch an die kaiserliche Regierung, als vielmehr an den Kanzler und an das Kanzleramt richten.

Da wäre nun die constitutionelle Doctrin von dem „aus der Debatte bleiben“ des Monarchen zur buchstäblichsten Wahrheit geworden. Wenn aber nach derselben Doctrin der Monarch zwar regiert doch nicht gouvernirt, so scheint hier das Regieren wieder zu einem bloßen Repräsentiren werden zu sollen. Wohin muß das führen in einem Staate von so eminent monarchischem Character wie Preußen? Und in einem Staate von so wesentlich künstlicher Bildung, wo daher eine innere Krisis ganz andere Folgen hat, als etwa in einem Lande wie Frankreich. Wenn dort der materielle Bestand des Staatswesens selbst

durch die radicalste Veränderung der Regierungsform nur wenig berührt wird, so steht es mit Preußen viel anders. Künstlich zusammengefügt und rasch emporgekommen, kann dieser Staat auch plötzlich zusammenbrechen, wie ja zu Anfang dieses Jahrhunderts wirklich geschah. Und sollte eine innere Krisis in dieser Hinsicht nicht sogar noch gefährlicher werden können, als eine von außen hereinbrechende Gewalt?

Drittens dann der allmählich schon beginnende Umschwung in der Stimmung der deutschen Nation. In ihren Erwartungen getäuscht, sieht sie die öffentlichen Lasten tagtäglich wachsen und trotzdem sich von permanenter Kriegsgefahr bedroht, ja selbst von einer europäischen Coalition. Von innerem Frieden auch keine Rede, sondern allgemeine Aufregung und unter der Hülle äußerer Einheit zunehmende Zerklüftung in Parteien. Die Reichsfeinde erstarken und mehren sich, und die Reichsfreunde haben ihnen fast nur noch materielle Machtmittel entgegen zu setzen. Hervorragende geistige Kräfte hat der gesammte Nationalliberalismus nicht aufzuweisen, seine hohlen Phrasen aber machen schon keinen Eindruck mehr. Am Ende bedeutet die ganze große, und dermalen noch herrschende, nationalliberale Gesellschaft an und für sich so viel als nichts, sie ist alles erst mit und durch ihren großen Kanzler. Was wird also geschehen, wenn diesem selbst die Dinge allmählich über den Kopf wachsen sollten, indem durch seine eignen Unternehmungen eine Entwicklung angeregt wäre, die auf ganz andere Ziele hinauslief, als er sich selbst gesteckt?

Im Namen der deutschen Nationalinteressen hat er Oesterreich aus Deutschland herausgeworfen, damit die deutsche Nation nicht länger dazu verdammt wäre, österreichischen Interessen zu dienen und um deswillen ihr eignes Leben der Stagnation anheimfallen zu lassen. So lautete bekanntlich die Parole der Gothaer. Gut denn, von der österreichischen Herrschaft wären wir jetzt glücklich befreit, aber wir haben dabei auch die deutsch-österreichischen Länder eingebüßt, auf welche wir auf die Dauer nie verzichten können, so gewiß als ein Deutschland, welches am Erzgebirge und Böhmerwalde endigt, nur einen Torso von dem alten wirklichen Deutschland darstellt. Der Torso verlangt nach seiner

Ergänzung, die abgerissenen Länder müssen später um jeden Preis wiedergewonnen werden. Würden sie aber wiedergewonnen, — wie könnte die heutige Reichsverfassung sich dabei behaupten, deren nivellirende und centralisirende Tendenzen eine solche Gleichartigkeit der Elemente voraussetzen, als selbst in dem heutigen Kleindeutschland bei weitem nicht besteht, daher denn auch schon heute die Reaction gegen solchen Unitarismus beginnt. Was müßte erst erfolgen nach dem Hinzutritt so widerhaariger Elemente, wie sie dann die österreichischen Länder bilden würden? Man denke nur an Böhmen, wie andererseits an Wien, welches dann eine deutsche Provinzialstadt werden müßte, und endlich an Tirol. Es gibt ja ein Theaterstück „Die Wiener in Berlin,“ welches sogar als eine ganz hübsche Posse gelten kann, aber „Die Tiroler in Berlin“ — das gäbe nicht einmal ein Bühnenspiel, denn es wären da Elemente zusammengebracht, die gar keine inneren Berührungspunkte hätten. Genug, das heutige System ist mit der radicalen Unmöglichkeit behaftet, jemals das ganze alte Deutschland zu umfassen. Es müßte sofort in sich selbst zusammenbrechen, wenn doch vielleicht das alte Deutschland wiedererstehen sollte. Das wäre das vierte.

Und nun das fünfte. Wir wollen dem Hrn. v. Bismarck das Verdienst nicht abspreeken, die Präensionen des Oesterreichertums wohl für immer darniederzuschlagen zu haben. Denn wenn vielleicht auch in Wien trotzdem der Hintergedanke fortbestände, dereinst doch wieder an die Spitze von Deutschland zu kommen, in Deutschland selbst würde die sogenannte großdeutsche (d. h. großösterreichische) Idee keine Partei mehr finden. Ist denn aber die deutsche Nation nun wirklich sich selbst wiedergegeben? Es scheint, daß sie nur deshalb der Verösterreichung entzogen wurde, um dafür der Verpreußung zu verfallen, deren innere Bedeutung ihr durch die Süßigkeiten des centralisirten Militärstaates, der thatsächlich sich nur noch wenig von der Militärdictatur unterscheidet, bald genug klar werden dürfte. Und einmal zum Bewußtsein ihrer selbst erwacht, — wird nicht die deutsche Nation alsbald auch fühlen, wie sonderbar es doch sei: daß sie sich von denjenigen Landschaften aus

beherrschen lassen soll, die vielmehr erst durch deutsches Blut und deutschen Schweiß für Deutschland gewonnen wurden, und wo das primitive Deutschthum gar nicht zu Hause ist? Will sagen: von Berlin aus und überhaupt von dem ganzen östlichen Gebiete des preussischen Staates, wo eben die Basis desselben liegt. Wird die Nation sich nicht endlich erinnern, daß es längst schon ein weltberühmtes deutsches Reich gab, ehe von Berlin und von einem preussischen Staate nur überhaupt die Rede war, und daß vielmehr der Verfall der deutschen Nationalentwicklung gerade von da an begann, als sich ihr Schwerpunkt aus dem alten primitiven Deutschland in die östlichen Marken und Colonialgebiete verschob?

Darin liegt der Kern der ganzen deutschen Frage. Soll eine wahre Wiederherstellung des deutschen Nationallebens erfolgen, — von Berlin kann sie eben so wenig ausgehen als von Wien, sondern nur von dem alten primitiven Deutschland ist sie zu erwarten. Da muß erst wieder das Selbstgefühl erwachen, zu etwas Besserem bestimmt zu sein, als nur ein Anhängel an Oesterreich oder Preußen zu bilden, die alles was sie geworden, doch selbst nur durch deutsche Kraft geworden sind. Auch ist wohl dafür gesorgt, daß solches Gefühl zulezt noch erwachen wird. Erwacht es aber, so wird damit zugleich die Forderung einer ganz andern Organisation entstehen, als in dem heutigen Reiche vorliegt. Ist das Oesterreicherthum auf seine Grenze zurückgeführt, so wird dann auch dem Preußenthum sein Standpunkt klar gemacht werden: daß es — weit entfernt sich dem Deutschthum als Norm aufdrängen zu dürfen — vielmehr sich dem Deutschthum, als dem Höheren, anzuschließen habe. Im Osten werden dann Oesterreich und Preußen als die großen deutschen Marken bestehen, wodurch die deutsche Entwicklung sich in die slawische Welt verläuft, das alte westliche Deutschland aber wird sich auf der Grundlage seiner ursprünglichen Stämme organisiren. Selbstverständlich, daß daraus nur ein föderativer Körper hervorgehen kann.

Es steht bei Gott, wie lange Zeit bis dahin noch verfließen mag. Hoffen wir, daß es nicht gar lange mehr dauern wird. Unser Zeitalter lebt überhaupt schnell, weil es das

Zeitalter des Dampfes und noch mehr der Revolution ist. Das ganze alte Europa ist eben seit 1789 in einer Umwandlung begriffen, die man zwar momentan aufhalten aber nicht überhaupt verhindern kann. Daß Hr. v. Bismarck dies erkannte, und sich darum von dem impotenten Conservatismus los sagte, der in den Kreisen Friedrich Wilhelm's IV. zusammengebraut war, das ist es keineswegs, was wir ihm zum Vorwurf machen, sondern daß er das Ziel dieser Umwandlung verkannte, und so durch seine Schöpfungen dem wahren Fortschritt selbst neue Hindernisse bereitete. Anstatt in dem Emporkommen der preußischen Centralisation nur eine aus dem Verfall des deutschen Nationallebens hervorgegangene Erscheinung zu erblicken, hat er sie vielmehr als maßgebend für die deutsche Entwicklung angesehen, und den dadurch begründeten Zustand durch das neue Reich womöglich verewigen wollen. Nicht gewohnt die tieferen geschichtlichen Grundlagen der Dinge zu erforschen, dachte er auch nicht an ihre weiteren Folgen. Er sah nur auf das unmittelbar Vorliegende, nach den Worten Mephisto's handelnd: „wer den Augenblick ergreift, der ist der rechte Mann“. Das ist er denn auch geworden, nur eben der rechte Mann des Augenblicks. Es dürfte sich ereignen, daß er den Zusammenbruch seiner Schöpfungen selbst noch erlebte.

Wer schon ein Menschenalter zurückblicken kann, weiß ja aus eigener Erfahrung, wie bedeutend sich nach jedem Decennium die Situation veränderte, und wie zugleich die Geschwindigkeit der Veränderung sich fortwährend steigerte. Seit 66 gar geht es wie mit Siebenmeilenstiefeln, so daß es schon heute offen zu Tage liegt, wie manches seitdem wieder ganz anders wurde, als man sich gedacht hatte. War bei dem Unternehmen von 66 rundweg von den kirchlichen Verhältnissen abstrahirt, wie wenn sie für die Politik gar nicht existirten, so brauchten nur einige Jahre zu verfließen, und wir sehen sie vielmehr im Vordergrund stehen, infolge dessen nach den großen Feldschlachten von 66 und 70 nun ganz andere Kämpfe beginnen, wobei die Künste der Diplomatie so wenig bedeuten werden als die Künste der Strategie. Und wenn nach Meinung des Nationalliberalismus die ganze deutsche

Entwicklung sich in der Nationalitätsidee concentriren sollte, so sind während der großen Nationalunternehmungen, neben den kirchlichen Bewegungen, auch noch die socialen Bewegungen hervorgetreten, welche mit dem Nationalitätsschwindel so wenig gemein haben, daß sie vielmehr auf eine internationale Organisation hinielen. Wie nun, wenn diese kirchlichen und socialen Bewegungen, die so gegen alles Erwarten durch das Unternehmen von 66 angeregt wurden, selbst wiederum die überraschende Folge hätten, daß daraus auch neue politische Forderungen hervorgingen, und gerade dadurch die föderativen Tendenzen, die man im Jahre 66 todtgeschlagen zu haben vermeinte, vielmehr eine ganz neue Kraft gewönnen?

Es kann kaum anders geschehen. Denn wie der centralisirte Militärstaat der Kirche widerstrebt, so widerstrebt er auch der socialen Reform, und schon um ihrer eignen Zwecke willen müssen die Kirchenmänner wie die Socialisten, nach der politischen Seite hin, die Ideen der Föderation ergreifen. In demselben Maße, als die kirchlichen und socialen Bewegungen sich steigern, wachsen daher die Chancen des Föderalismus. So bedarf es vielleicht nur noch einiger Jahre, und die durch 66 begründete Herrschaft der Centralisation schlägt in ihr Gegentheil um. Was in der bismarckschen Aera verhüllt gelegen, wäre dann vielmehr die Genesis der deutschen Föderation gewesen, womit sie selbst zu Ende ginge. Finis coronabit opus.

Der Bankrott

der

herrschenden Staatsweisheit

von

Constantin Frank.

//

München 1874.

Druck und Verlag des Literarischen Instituts von Dr. M. Guttler.

T. 116

2011

Herrn
Hermann von Gauvain
gewidmet.



Wie lange schon ist es eine geläufige Phrase von deutscher Wissenschaft zu sprechen, gerade als ob die Deutschheit unserer Wissenschaft auch selbst der Inbegriff aller Vortrefflichkeit wäre, und Deutschland gewissermaßen das Monopol des wissenschaftlichen Geistes besäße! Ganz ähnlich wie man ja auch von deutscher Treue zu sprechen liebt, obgleich es in der Praxis zuweilen so mißlich damit steht, daß man fast in Versuchung käme, die deutsche Treue nur für die Uebersetzung der *fides punica* zu nehmen. Sei es indessen, daß die Treue wirklich einen Charakterzug unserer Nationalität bildet, dessen Verschwinden dann freilich die Entartung unserer Nationalität bezeichnet. Und dem entsprechend mag es sich auch mit der deutschen Wissenschaft so verhalten, daß ihr allerdings der Ernst und die Tiefe der Forschung eigen ist, insoweit sie eben im vollen Sinne des Wortes deutsch heißen darf, und in diesem Sinne sind wir weit entfernt ihren wohlverdienten Ruhm zu bestreiten. Indessen bezeugen die Thatfachen, daß solcher Ruhm seine gemessenen Grenzen hat, und im Allgemeinen leider gerade da zu verbleichen beginnt, wo das Gebiet der großen praktischen Lebensfragen sich aufthut. Zumal das eigentlich politische Gebiet, in Beziehung worauf die deutsche Wissenschaft nicht nur geringe Originalität, sondern, sobald es auf die praktische Probe ankam, zugleich eine solche Unklarheit und Haltungslosigkeit bewiesen hat, daß deutscher Ernst und deutsche Tiefe wie zur Satyre geworden zu sein schien.

Eine solche Prüfungszeit war insbesondere das Jahr 48. Ueber 60 akademische Dozenten, worunter so mancher gefeierte Name, saßen damals im deutschen Parlamente, und ihnen zur Seite noch die stattliche Zahl von gegen 70 nach Geistesrichtung und Lebensstellung dem Professorenthum nahe verwandter Mitglieder,

welche anderweitigen Lehranstalten angehörten, oder aus der Literatur und Publicistik hervorgegangen waren, mit einem Worte Repräsentanten der theoretischen Bildung. Ferner zählte man 97 richterliche Beamte, nebst 87 Advokaten und Rechtsconsulenten aller Art. Also auch doch Leute von gelehrter Schulung, während hingegen der eigentliche Gewerbsstand eben so schwach vertreten war, als andererseits der adelige und bäuerliche Grundbesitz, am aller schwächsten die Kirche. Unter solchen Umständen konnte es nicht fehlen, daß das berufsmäßig reдеgeübte, und dabei mit dem ganzen Aplomb der Wissenschaftlichkeit auftretende, Professorenthum den entscheidendsten Einfluß auf die paulskirchlichen Verhandlungen gewann. Die akademische Weisheit charakterisirte wirklich das Ganze. Was aber war nun der Erfolg dieser mit so viel patriotischen Wünschen und Hoffnungen eröffneten Versammlung, und was der Erfolg von alle den hohen Reden, welche darin erklangen? Man darf wohl sagen: noch nie war das Unternehmen einer constituirenden Versammlung, welche doch fast ein Jahr lang getagt, so gänzlich im Sande verlaufen, als es diesem Professorenparlamente begegnete. Wozu hatte denn also die akademische Weisheit geholfen, wenn man sich auf das praktisch Mögliche und Nothwendige so wenig verstand, daß hinterher alles Reden für nichts gewesen war? Oder hätte es etwa besser gestanden mit dem bald darauf noch als Nachspiel folgenden, unter den Auspicien der Gothaer geplanten Unionsprojekt, das, wie man sich erinnern wird, mit dem Hohn und Spott über das Gefecht bei Bronzell und im kasseler Löwen endete, und durch den Gang nach Ulmüß dann auch von Seiten der preussischen Regierung ausdrücklich für abgethan erklärt wurde?

Es ist nicht zu leugnen: es lag darin ein Armuthszeugniß für die praktische Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft, wie wir es um der Ehre des deutschen Geistes willen nur tief beklagen können. Was sollen wir aber sagen, wenn zu dem intellektuellen Bankrott, welcher damals hervortrat, auch noch der moralische hinzukommt? Denn so und nicht anders ist das Verhalten zu nennen, welches, mit leider seltenen Ausnahmen, am meisten wieder die Repräsentanten der politischen oder damit

verwandten Wissenschaften, gegenüber den Ereignissen von 66 und den darauf beruhenden Schöpfungen, gezeigt haben.

Daß das alte Bundesrecht gewaltsam umgestürzt, und daß die ganze Nation von Seiten der siegenden Gewalt wie ein bloßes Material für die ihr beliebenden Combinationen behandelt wurde, — mußte das nicht zuerst die Stimme des Rechtsgefühls herausfordern? Allein die Männer der Rechtswissenschaft haben dazu geschwiegen. Sie beharren im Schweigen und scheinen die Rechtsfrage selbst todtzuschweigen zu wollen. So kann man auf ihren Juristentagen von allem Möglichen reden hören, nur nicht von dem großen Rechtsbruch von 66, der jetzt vielmehr durch ein allgemeines deutsches Civilrecht dergestalt verkleistert werden soll, daß er in Zukunft gar nicht mehr zur Discussion kommen könnte. Wozu ist dann also die Rechtswissenschaft, wenn sie selbst nur der materiellen Gewalt zum Werkzeuge dient, und sich von dieser den Maßstab des Urtheils aufdrängen läßt, wo sie diese Gewalt vielmehr vor ihr Gericht zu fordern hätte?

Wenden wir uns hierauf, vom Rechte absehend, an das deutsche Nationalgefühl, dem der deutsche Bruderkrieg in's Angesicht schlug. Und zwar — wie La Marmora's Buch urkundlich beweist — der geflissentlich und ausdrücklich im preußischen Interesse provocirte deutsche Bruderkrieg, wobei noch obenein Italien zu Hilfe gerufen wurde, um wo möglich die österreichische Monarchie in's Herz zu treffen. Und so etwas ließ man sich als ein deutsches Nationalunternehmen aufreden, woraus dann hinterher eine deutsche Nationalverfassung hervorgegangen sein soll! Eine Nationalverfassung, deren principielle Grundlage hier vielmehr die Nichtachtung des Rechtes der Nation bildete, und deren Proklamirung im Frühjahr 66 — wie dergleichen La Marmora bezeugt — nur als Kriegsvorwand und Kriegsmittel diente, so daß sie eben dazudiente, als Leimruthe für den großen urtheilslosen Haufen, mit einem demokratischen Parlament ausgestattet wurde; eine Verfassung, sagen wir, die ja auch thatsächlich nur darauf hinauslief, dem Sieger die nationalen Machtmittel zur Verfügung zu stellen!

Wahrlich, die Nation hätte sich in's Angesicht zu schämen,

wenn sie bei La Marmora den geheimen Ursprung dieser sogenannten Nationalverfassung liest. Aber siehe da: was thaten und thun statt dessen die Gelehrten, und insbesondere die Staatsgelehrten unserer Nation? Wie die ausgemachtsten Gimpel sind sie auf den Leim gegangen, und preisen sogar noch solche Verfassung als ein Werk des außerordentlichsten Genies. Dieselbe Verfassung, die nicht nur den früherhin von Seiten der Wissenschaft aufgestellten Forderungen in den wesentlichsten Punkten widerspricht, sondern so durchaus den Stempel einer gleich oberflächlichen als willkürlichen Improvisation trägt, daß voraussichtlich kaum noch ein Decennium darüber verfließen kann, bis sie — auch wenn sonst nichts geschehen sollte — an ihrer eigenen inneren Haltungslosigkeit zu Grunde gehen muß!

Sollte man nicht meinen, daß wenigstens doch der Gelehrtenstolz sich dagegen sträuben würde, so gewissermaßen selbst die Abdankung der Wissenschaft zu erklären, indem man sich vor der Autorität eines Werkes verneigte, welches so wenig aus wissenschaftlichen Untersuchungen hervorging, daß vielmehr der Urheber desselben wiederholt ganz unumwunden seine Nichtachtung staatswissenschaftlicher Lehren ausgesprochen hatte, und sogar die Geringschätzung theoretischer Bildung überhaupt ein charakteristischer Zug seines Wesens ist, wie es sich von Anfang seiner Laufbahn documentirte? Thut aber alles nichts, sondern so überwältigt sind die staatsgelehrten Herrn durch die großen Erfolge von 66 und 70, daß sie seitdem keinen höhern Ehrgeiz mehr zu fühlen scheinen, als mit ihrer Wissenschaft doch auch noch etwas dazu beizutragen, damit der Schweif, welchen das bisinardische Meteor hinter sich herzieht, um so heller schimmern möchte.

So hat denn schließlich auch der Altmeister unserer Staatsgelehrten, Hr. Robert v. Mohl, nicht unterlassen wollen dazu seinen Lichtbeitrag zu liefern, und sich nicht für zu gut gehalten der neuen deutschen Reichsverfassung sein, wenn gleich mit einigen kleinen Bedenken begleitetes, Placet zu geben. *)

*) Das deutsche Reichsstaatsrecht, rechtliche und politische Erörterungen, Tübingen 73.

Es wird die Sache des Hrn. v. Bismarck sein ihm dafür den gebührenden Dank zu sagen. Wir aber wollen sehen, welches Licht dadurch auf diesen Autor und seine Lehren, wie überhaupt auf die ganze zur Zeit noch bei uns herrschende Staatsweisheit fällt.

1.

Wenn ein Mann wie Hr. A. v. Mohl, der sich seit einem halben Jahrhundert mit den Staatswissenschaften beschäftigt, und in einer langen Reihe zum Theil sehr umfanglicher Werke fast alle Zweige derselben bearbeitet hat, auf Grundlage solcher Studien sein Votum über die neue Reichsverfassung abgibt, so dürfte man wohl erwarten, daß sein Blick sich vor allem auf den inneren Bau dieser Verfassung und auf den darin waltenden Geist richten werde, wovon zuletzt doch die eigene innere Bestandkraft derselben wie ihr praktischer Werth abhängen wird. Allein solche Erwartung findet sich gründlich getäuscht. Auch Hr. v. Mohl bietet uns im Wesentlichen nur einen schulmäßigen Commentar, wie wir deren (einschließlich der über die Nordbundsverfassung erschienenen) schon eine ganze Reihe besitzen. Also eine juristische Interpretation der einzelnen Sätze der Verfassungsurkunde, verbunden mit daneben laufenden Erörterungen über Zweckmäßigkeitsfragen, die sich gleichfalls nur innerhalb des mit dieser Verfassung selbst gegebenen Rahmens bewegen.

Daß er dabei mit Umsicht zu Werke geht, und im Einzelnen manche scharfsinnige Deduction vorbringt, ist ja bei einem solchen Autor selbstverständlich. Wie wenig bedeutet das aber, wenn dafür gerade die eigentlichen Kernfragen, die freilich sehr weit über den Rahmen der Verfassungsurkunde selbst hinausführen würden, stillschweigend übergangen oder höchstens mit einigen nationalliberalen Phrasen abgethan werden? Denn wirklich — wir können es nur mit Bedauern sagen — ist es nichts weiter als der ganz vulgäre Nationalliberalismus, auf dessen Boden Hr. v. Mohl sich hier stellt, wie er denn zur Bekräftigung seiner eigenen Ansicht gelegentlich auch die Urtheile eines Treitschke, Laske und Auerbach anführt. Großer Gott, dazu also hatte er

ein ganzes langes Leben staatswissenschaftlichen Studien gewidmet, um sich zuletzt auf solche Autoritäten zu stützen!

Nun beachte man weiter, daß es gerade Hr. v. Mohl ist, der wohl am meisten dazu beigetragen hat, daß der sogenannte „Rechtsstaat“ zur allgemeinen Parole unserer Publicisten wurde. Auch hat er in seinen eigenen Schriften mit Vorliebe die rechtliche Seite des öffentlichen Lebens behandelt, wie dergleichen das jetzt in Rede stehende Werk in erster Linie auch wiederum die Rechtsverhältnisse des deutschen Reiches betreffen soll. Da meinen wir doch, daß ihm dabei als Grundlage aller weiteren Untersuchungen vorweg die Frage nach dem Rechtsgrunde des neuen Reiches selbst entgentreten müßte. Oder was ist es sonst mit dem Rechtsstaate, wenn er vielmehr durch Zerstörung des Rechtes zu Stande kommt? Auch pflegten früherhin die Theoretiker des Rechtsstaates die Frage nach dem Rechtsgrunde der Staatsgewalt so wenig zu ignoriren, daß sie dieselbe sogar in den Vordergrund stellten, und dagegen die nicht minder wichtige Frage nach dem Existenzgrunde derselben nur obenhin behandelten, oder ganz beiseite ließen. Da kommt 66, und auf einmal geschieht genau das Umgekehrte. Die Frage nach dem Rechtsgrunde gilt nur noch für eine Schulfucherei, praktische Köpfe hingegen halten sich an den Existenzgrund. Genug dann, daß das Reich da ist und sein Dasein handgreiflich dokumentirt, gleichviel auch wie es zu Stande gebracht wurde; etwaige Rechtsscrupel haben die Kanonen von Sadowa für immer zum Schweigen gebracht. Ei, so laßt uns doch von jetzt an die Rechtsstudien in die Artillerieschulen verlegen, wo jedenfalls die Professoren dieses Kanonenrechtes gebildet werden, welches in Zukunft der öffentlichen Gewalt auch den erforderlichen Rechtsgrund liefern wird.

Auf diesen Standpunkt ist Hr. v. Mohl wirklich herabgesunken. Er beruft sich kurzweg auf die Resultate des Krieges von 66, und da, meint er zunächst, war es eine „unabwendbare Folge“, daß Oesterreich aus Deutschland heraus mußte. Uns hingegen will diese Unabwendbarkeit so wenig einleuchten, als sie zu seiner Zeit dem alten Fritz eingeleuchtet zu haben scheint, der doch Oesterreich wiederholt geschlagen hatte; daß es aber um deswillen

nicht mehr zu Deutschland gehören dürfe, ist ihm nicht in den Sinn gekommen. Dazu mußten erst die Gothaer ein Menschenalter lang gewirkt haben, um diesen sublimen Gedanken faßbar zu machen, und bei denen wird auch unser Autor in die Schule gegangen sein. Wie aber, fragen wir, wenn etwa die Oesterreicher siegreich in Berlin eingezogen wären, — wäre es dann dergleichen eine unabwendbare Folge gewesen, daß nun umgekehrt Preußen aus Deutschland heraus mußte? Die Absurdität ist klar. Und woher hätte wohl Preußen das Recht erlangt, um seiner Hegemoniezwecke willen den deutschen Nationalkörper verstümmeln zu dürfen, auf dessen Erhaltung vielmehr die ganze deutsche Nation das allerpositivste Recht hatte? Ein Recht, welches beiläufig gesagt den praktischen Werth besaß, daß die deutsche Nation, so lange Oesterreich zu Deutschland gehörte, fast nur die Hälfte der Kriegslasten zu tragen hatte, welche ihr in Folge von 66 aufgebürdet sind. Doch darüber hören wir kein Wort, als wenn das gar nichts wäre.

Noch wichtiger selbst ist die tiefe Erschütterung des deutschen Rechtsbewußtseins, welche allerdings die unabwendbare Folge sein mußte, wenn ein so großes und so altes Glied des deutschen Körpers, wie Oesterreich, mir nichts dir nichts von Deutschland abgeschnitten werden durfte. Auch ist es schon heute sichtbar genug, wie seit 66 alles Recht in Deutschland fraglich geworden ist. Was heißt es denn noch, ein Mann des Rechtsstaates zu sein, wenn man dafür so gar keinen Blick hat, wo doch das Unrecht faustdick vor Augen liegt? Statt dessen will er uns mit den Vortheilen trösten, welche angeblich die Ablösung Oesterreichs gehabt haben soll. Und was er in dieser Hinsicht vorbringt, charakterisirt zugleich seine ganze Denkweise.

Sein erstes Argument ist also: daß wir nun glücklich den Dualismus der beiden deutschen Großmächte los seien, der bis dahin jede einheitliche Kraftentwicklung unmöglich gemacht habe. Das ist richtig, nur wäre eben die wahre Aufgabe gewesen, nicht etwa das eine Glied dieses Dualismus beiseite zu schieben, sondern den Dualismus positiv zu überwinden durch eine lebendige Föderation, worin sich auch die beiden Großmächte nur als Glieder

des Ganzen zu benehmen gehabt hätten. Freilich eine Aufgabe von außerordentlicher Schwierigkeit. Durfte man aber um deswillen die Aufgabe selbst fallen lassen, um sich dafür mit einem Akt der Verzweiflung aus der Verlegenheit zu ziehen? In Wahrheit ist dadurch überhaupt keine Lösung erreicht, indem vielmehr sogleich die neue Frage entstand: was denn nun aus dem von Deutschland abgetrennten Oesterreich selbst werden solle? Auch Hr. v. Mohl hält ja den Fortbestand der österreichischen Gesamtmonarchie für ein wirkliches Bedürfnis, ob sie aber nach ihrer Abtrennung von Deutschland noch auf die Dauer fortbestehen kann, das kümmert ihn nicht.

Zum Zweiten sind wir dadurch den österreichischen Katholicismus los. Das ist vielleicht für Hr. v. Mohl das Hauptvergnügen, denn die Antipathie gegen jeden kirchlichen Einfluß, wie insbesondere gegen die katholische Kirche, gehört überhaupt zu seinem Standpunkte. Im Wesentlichen stimmen darin alle Rechtsstaatsmänner überein, weil der Rechtsstaat lediglich auf seinen eigenen Grundlagen beruhen und an und für sich der Religion überhaupt nicht bedürfen soll. Gleichwohl verwahrt sich Hr. v. Mohl, keineswegs „aus confessioneller Abneigung sondern im Hinblick auf die vor Augen liegenden Dinge“ zu urtheilen. Denn thatsächlich sei das neue Reich überwiegend protestantisch, und wenn nun durch Hinzutreten der österreichischen Katholiken wieder ein „Gleichgewicht“ beider Confessionen entstände, möchte dies für die Sicherheit des neuen Reiches sehr gefährlich werden. Ein wahres Prachtstück von Sophistik, bei dem sich, wie man eine Hand undreht, die Folge vielmehr zum Grund verwandelt. Denn nur durch 66 ist doch erst das überwiegend protestantische Deutschland entstanden, um dessentwillen Oesterreich fortan ausgeschlossen bleiben muß, damit kein gefährliches Gleichgewicht der Confessionen entstehe. Sonst hat man wohl gemeint, daß gerade solches Gleichgewicht noch am besten den confessionellen Frieden in Deutschland verbürge, und Deutschland hat diese Erkenntniß durch den dreißigjährigen Krieg theuer genug erkauft, heute hingegen soll vielmehr das Gleichgewicht für gefährlich gelten! Liegt es denn nicht vor Augen,

wie eben erst seit 66 der heutige Zwiespalt beider Religionsparteien, und der heutige Conflict zwischen Staat und Kirche, sich entsponnen hat? Und ist Hr. v. Mohl nie eine Ahnung darüber aufgedämmert, welche besondere Bedeutung es für die Weltstellung Deutschlands hatte, daß hier beide Kirchen nebeneinander und ungefähr im Gleichgewicht zu einander bestanden?

Drittens sind wir jetzt bewahrt vor der so unliebsamen Vermischung mit dem Slawenthum, nebst den sonstigen wilden Völkerschaften der österreichischen Monarchie, wir sind nun auf dem Wege einen reinen Nationalstaat zu bilden. Nur leider ist dies, im Hinblick auf die wälschen Lothringer, doch nicht ganz gelungen, noch weniger im Hinblick auf die preussischen Polen, welche letzteren den Verfasser so bedenklich machen, daß ihn nur die Aussicht auf die allmälige Germanisirung derselben beruhigen kann. Da hilft einmal nichts, die nationale Abgeschlossenheit geht ihm über alles, so daß er, selbst den crassesten Nationalliberalismus in diesem Punkte überbietend, sogar von „einem um das nationale Leben gezogenen Wall“ spricht, der in Zukunft nicht wieder durchbrochen werden dürfe. Nun, warum nicht lieber gleich eine chinesische Mauer, als die allerbeste Garantie rein nationaler Entwicklung! Trotzdem aber bliebe ja diesseits dieses nationalen Walles das zwar nicht zahlreiche, doch um so einflußreichere jüdische Element, dessen gleichwohl mit keiner Sylbe gedacht wird, so daß es wohl für Hr. v. Mohl als ein rein germanisches Element gelten muß. Wir hingegen sind der unmaßgeblichen Meinung, daß doch das Slawenthum uns unvergleichlich viel näher verwandt, auch resp. unserer Nationalentwicklung weit weniger gefährlich sein möchte, als das in unserer Mitte lebende deutschredende Judenthum. Außerdem aber hat es sich mit dem ehemaligen deutschen Reiche zu allen Zeiten so verhalten, daß es keine nationale Abgeschlossenheit zeigte, wie auch die geographischen Verhältnisse eine solche ganz unmöglich machten und noch heute machen.

Scheint es nicht ein naheliegender Gedanke, daß auch dies wieder mit dem eigenthümlichen Verufe Deutschlands zusammenhängen dürfte? Oder wie wäre es denn, wenn vielleicht gerade

Deutschland die besondere Bestimmung hätte, der europäischen Völkergemeinschaft zur Basis zu dienen? Nur ist freilich zum Verständniß dieser Verhältnisse die Voraussetzung unerläßlich, daß man sich den Horizont seines Denkens durch keinen nationalen Wall verengen läßt. Es ist aber auch sonst nichts mit solchem Projecte. Die ganze moderne Civilisation steht dem entgegen, indem sie vielmehr auf ein Zusammenwirken der verschiedensten Nationalitäten gerichtet ist, welches aller Umwallungen spottet. Und wozu wären doch alle die Handels-, Post- und Telegraphenverträge, womit ja auch unsere neuen Reichsgewalten so eifrig beschäftigt sind, wenn andererseits sich das Nationalleben mit einem neuen Wall umgeben sollte? Ein denkwürdiges Wort, dieser Nationalwall, — und das aus dem Munde des Großkophta's unserer Staatsgelehrten!

2.

Wir haben gesehen, wie Hr. v. Mohl sich mit dem Ausgange Oesterreichs abfindet. Was wird er wohl über die Annerzionen sagen? Du lieber Himmel, kein Wort hören wir darüber, außer die heiläufige Aeußerung, daß Preußen große Eroberungen gemacht habe. Und was einmal erobert ist, — nun das ist eben erobert, und sonst nichts weiter darüber zu sagen. Ob aber Preußen irgendwie dazu berechtigt war in Deutschland Eroberungen zu machen, und ob in Beziehung auf Schleswig-Holstein selbst nur der Vorwand der Eroberung angeführt werden konnte, — das ist für unsern Rechtsstaatsmann überhaupt kein Gegenstand der Frage; noch auch nur Veranlassung zu einer politischen Erwägung, obgleich der ganze gegenwärtige Zustand Deutschlands grundwesentlich dadurch bedingt wird. Thut alles nichts, es wird rundweg mit Schweigen übergangen.

Wir überlassen es dem eigenen Urtheil des Lesers, wie ein solches Verfahren zu qualifiziren wäre. Erinnern wir uns aber an eine Aeußerung unseres Autors in seiner „Geschichte der Staatswissenschaften“, wo er über Pütter, nachdem er dessen Gelehrsamkeit und Talent gebührend anerkannt, doch hinterher das Urtheil fällt: er habe keine Gesinnung gehabt.

Gut denn, es mag sich so mit Bitter verhalten haben, man könnte aber eine Preisaufgabe darauf setzen, den Nachweis zu führen, wo sich wohl bei Hrn. v. Mohl die Gesinnungstüchtigkeit finde? Oder wenn er je etwas davon besaß, — in der großen Katastrophe von 66 ist es spurlos verloren gegangen.

Und von derselben Katastrophe wurde zugleich die Logik betroffen. Wir haben dafür schon einen Beleg beigebracht, in seinen Äußerungen über das Gleichgewicht der Confessionen. Ein noch auffallenderer liegt darin, daß derselbe Mann, nachdem er so über die Annerionen hinweggesprungen, gleichwohl ganz unbefangenen zu dem bundesmäßigen Charakter des neuen Reiches übergeht, indem er dasselbe de jure und principaliter für einen Bund erklärt. Nach formeller Interpretation der Verfassungsurkunde kann er freilich nicht anders, denn es steht da mit dürren Worten geschrieben, daß das neue Deutschland ein „Bund“ ist, für welchen das „Reich“ nur den officiellen Namen bildet. Was helfen aber die Worte, wenn jedenfalls im nördlichen Deutschland (und zwar in Folge der Annerionen) ein Zustand besteht, wonach das Bundesverhältniß zur Satyre wird? Ja um so mehr, da einerseits allgemein bekannt ist, wie principlos bei dem Annectiren verfahren wurde, und andererseits thatsächlich vorliegt, wie in dem sogenannten Bunde alles auf immer weitere Absorption der Bundesglieder hindrängt. Kann denn irgend ein denkender Mensch an den Fortbestand eines solchen mit Annerionen inauguirten Bundes glauben? Und müssen wir den großen Staatsgelehrten erst darüber belehren, daß für jede Verfassung gerade der Glaube des Volkes an ihre Dauerhaftigkeit die allerwichtigste Garantie dieser Dauerhaftigkeit selbst ist? „Das Genie des großen Staatsmannes“, dessen Stempel die neuen Einrichtungen, wie wir wiederholt lesen, so unverkennbar tragen, daß sie ihm oft wie auf den Leib zugeschnitten erscheinen (was doch selbst Hr. v. Mohl einigermaßen bedenklich findet), wird den mangelnden Glauben an die Dauerhaftigkeit des neuen Bundes um so weniger ersetzen können, als eben dieses Genie — weit entfernt für eine föderative Entwicklung gestimmt zu sein — vielmehr alles seinem einheitlichen Willen zu unterwerfen streben dürfte. Schöne Ausichten für den

bundesmäßigen Charakter des Reiches! Kümmerst aber den Verfasser nicht. Genug, daß aus dem Wortlaut der Verfassungsurkunde die Bundesmäßigkeit folgt.

Doch nein, leider noch nicht genug, denn er will sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, uns auch noch das herkömmliche Gerede von Staatenbund und Bundesstaat aufzutischen. Begriffe, worin sich unsere Kathedermänner dergestalt verannten, daß ihnen in Folge dessen das rechte Verständniß deutscher Verhältnisse ganz unmöglich wurde. Den ehemaligen Bund nämlich hatten sie glücklich unter den Begriff des Staatenbundes gebracht, als wenn er wirklich aus lauter selbständigen Staaten bestanden hätte. Statt dessen waren Luxemburg und Holstein von Holland und Dänemark abhängig, und was die Hauptsache ist: stand Preußen mit einem Theile seiner Länder außerhalb des Bundes, während die zum Bunde gehörenden Provinzen für sich keinen selbständigen Staat bildeten, was dann in Beziehung auf Oesterreich noch viel auffallender hervortrat. Dabei galten Preußen und Oesterreich für sich selbst als europäische Großmächte, und waren in dieser Eigenschaft von dem Bunde ganz unabhängig. Es liegt ja auf der Hand, daß eben diese Thatfachen den allerentscheidendsten Einfluß übten, und darum der Schulbegriff des Staatenbundes auf solche Verhältnisse gar nicht paßte.

Sollte der alte Bund Leben gewinnen, so hätte diese Aufgabe zunächst vom Standpunkte der sogenannten auswärtigen Politik aus aufgefaßt werden müssen, und wäre dabei die Grundbedingung gewesen, daß Oesterreich und Preußen sich zu einer gemeinsamen Politik verbanden und den Schwerpunkt derselben in den Bund verlegten, woraus alsbald auch für die innere Entwicklung desselben die wichtigsten Folgen entsprungen sein würden. Denn dadurch wäre Bewegung in die träge Masse gekommen, und man wird wohl zugeben, daß der alte Bund doch eigentlich am Torpor gestorben ist. Anstatt aber die Aufgabe so aufzufassen, glaubte man nur ein constitutionelles Problem vor sich zu haben, dessen Lösung darin bestehen sollte, daß der vermeintliche Staatenbund sich in einen Bundesstaat verwandelte. Gerade wie man auf dem Katheder von dem einen

Begriff zu dem andern übergang. Keine Frage danach, ob unter den thatsächlichen Verhältnissen ein Bundesstaat möglich sei, — die Schultheorie forderte ihn. Er war aber nicht möglich, und ist durch das Ausscheiden Oesterreichs erst recht unnöglich geworden, weil seitdem sich überhaupt keine Centralgewalt mehr construiren läßt, die über allen Bundesgliedern, und also doch vor allem auch über Preußen, als eine wirkliche Obergewalt dastände. Trotzdem sollte zu Ehren der Theorie, nachdem sie einmal in diese Sackgasse gerathen, doch schlechterdings ein Bundesstaat zu Stande kommen, wäre es auch nur dem Namen nach. So übertrug man die Centralgewalt auf Preußen, wodurch sie nur leider überhaupt aufhörte, eine Centralgewalt zu sein, denn über Preußen selbst, d. h. fast über zwei Dritttheil des Ganzen, welches folglich am meisten zu berücksichtigen wäre, besteht nun eben keine Obergewalt. Außer, der König von Preußen müßte, in seiner Eigenschaft als deutscher Kaiser, Befehle an sich selbst richten und resp. gegen sich selbst Execution vollstrecken. Eine Geschichte, wie sie ungefähr Münchhausen ausführte, als er sich an seinem eigenen Zopf aus dem Moraste zog.

Jedes Kind begreift es, daß in solchem Bundesstaat das de jure bestehende Bundesverhältniß der übrigen Staaten zu Preußen sich de facto vielmehr in ein Subjectionsverhältniß verwandelt. Und was ist von einer Verfassung zu halten, welche von vornherein mit diesem radikalen Widerspruch zwischen dem rechtlich und dem thatsächlich Bestehendem in die Welt trat! Ein Widerspruch ferner, der sich sogar in Beziehung auf Preußen selbst wiederholt. Thatsächlich ist dieser Staat noch immer ein eigenes Wesen, und handelt als solches in Deutschland wie in Europa, dem Rechte nach aber handelt er nur noch im Namen des Reiches, er bildet überhaupt keine eigene Macht mehr sondern nur noch ein Element des neuen Deutschlands. Meint man denn nun, daß es in der Wirklichkeit ebenso leicht geschehe, als es auf das Papier zu bringen ist: daß ein Staat wie Preußen, nachdem er seit zwei Jahrhunderten sich zu einer europäischen Macht ausgebildet, und seit einem Jahrhundert sogar zu den europäischen Großmächten gezählt hatte, urplötzlich aufhören soll

überhaupt noch eine Macht zu sein? Es geht eben nicht, und schon zeigt sich auch, daß das alte Preußenthum dagegen zu reagiren beginnt, weil ihm die Ehre der deutschen Reichsvorsteherschaft mit dem Preisgeben seiner eigenen Existenz doch allzu theuer erkauft zu sein scheint.

Wie wäre aber jetzt aus solchem Widerspruch herauszukommen? Will Preußen nicht in Deutschland aufgehen, so ist andererseits doch Deutschland wieder zu alt und zu groß, vielleicht auch wohl zu gut dazu, um seinerseits in Preußen aufzugehen. So hat die neue Reichsverfassung, weit entfernt die deutsche Frage zu lösen, selbst nur ein neues Problem geschaffen, das in sich selbst unlösbar erscheint. Was bedeuteten im Vergleich dazu die Klagen über den Dualismus der beiden Großmächte in dem ehemaligen Bunde, wobei doch die anderen Bundesstaaten immer noch ein ausgleichendes, den Zwiespalt temperirendes Element bildeten, während jetzt vielmehr der reine Dualismus zwischen Preußenthum und Deutschtum vorliegt, der in nicht ferner Zukunft zu einer Krisis führen muß, in welcher dann die ganze Reichsverfassung in Frage kommen wird.

Ein Autor, der — wie das vorliegende Buch ausdrücklich ankündigt — neben den rechtlichen auch politische Erörterungen anstellen will, und der auch sonst den Anspruch macht als Staatsgelehrter zugleich ein profunder Politiker zu sein, hätte so nahe liegende Erwägungen wohl selbst anstellen sollen. Sie scheinen aber so wenig für ihn zu existiren, als für das Gros des National-liberalismus und für die jetzige berliner Staatsweisheit, welche damit Hand in Hand geht. Statt dessen, und da er nun doch ein Mann der Schule ist, deducirt er des weiteren, daß der neue Bundesstaat dem Genus der Rechtsstaaten angehöre, und innerhalb dessen wieder derjenigen Species, welche constitutionelle Monarchie genannt wird. Damit ist dann die Rubricirung glücklich vollendet. Nur scheint das Ende hier nicht recht zu dem Anfang zu stimmen, weil das neue Reich, wie wir früher gehört, an erster Stelle ein Bund sein soll. Sintemal aber ein Bund jedenfalls eine Mehrheit selbständiger Factoren voraussetzt, und folglich an und für sich immer eine Vielherrschaft

oder Polyarchie bildet, will es uns unerfindlich bleiben, wie solche Polyarchie hinterher zur Monarchie werden soll. Und was den constitutionellen Charakter der fraglichen Monarchie anbetrifft, so hat man bisher noch immer gelehrt, daß dazu ganz nothwendig ein verantwortliches Ministerium gehöre, womit aber das neue Reich deutscher Nation einstweilen noch nicht ausgestattet ist.

3.

Hr. v. Mohl legt ausdrücklich Verwahrung dagegen ein, das neue Reich nach irgend welchem theoretischen Muster zu beurtheilen. Man soll es nehmen, wie es sich selbst gibt, man soll es aus sich selbst erklären. Dieses aber zugegeben, — sind dann nicht um so mehr die thatsächlichen Vorgänge zu berücksichtigen, durch welche das Reich in Existenz trat, wie desgleichen alle die thatsächlichen Verhältnisse, die dadurch selbst wieder herbeigeführt wurden? Statt dessen ergeht er sich vorzugsweise nur in Deductionen aus der Verfassungsurkunde heraus, wobei er selbst nicht wenig in Schulbegriffe verfällt. Hat er nun in solcher Weise den bundesmäßigen Charakter des Reiches juridisch festgestellt, so glaubt er damit für die Erhaltung der Einzelstaaten vollauf gesorgt zu haben. Seine eigenen praktischen Vorschläge laufen dann lediglich auf Beförderung der Einheit und Stärkung der Centralgewalt hinaus, und folglich auf immer weitere Einschränkung der noch gebliebenen particularen Selbständigkeit.

Gott im Himmel weiß, wie da die Bundesglieder — gegenüber dem ohnehin erdrückenden Uebergewicht der preussischen Macht, und nachdem sie ihre eigenen Machtmittel schon fast gänzlich verloren — überhaupt noch fortbestehen sollen. Müssen sie unter solchen Umständen nicht um so mehr die ihnen noch gebliebenen rechtlichen Competenzen festhalten, je mehr die thatsächliche Garantie der Machtverhältnisse fehlt? Es läuft ja wirklich auf den alten Witz hinaus von dem Messer ohne Griff und ohne Klinge, wenn sie gleichwohl noch immer eine Competenz nach der andern an die Reichsgewalt abgeben sollen, denn endlich bleiben nur Staaten ohne Machtmittel und ohne Rechtsbefugnisse. Was be-

deutet es, wenn Hr. v. Mohl dabei ausdrücklich anerkennt, daß die Regierungen der Einzelstaaten überall, wo es sich um Schmälerung der einzelstaatlichen Competenz handle, für ihr beßfalliges Votum im Bundesrathe ihren resp. Kammern verantwortlich bleiben, denn das müssen sie wohl, so lange die einzelnen Verfassungen selbst noch zu Rechte bestehen. Allein die Reichsgewalt ist dadurch nicht gebunden, und folglich auch die Erhaltung der Einzelstaaten von Reichswegen nicht garantirt. Sind sie überhaupt noch zu retten, so müssen sie sich lediglich selbst helfen, und wie können sie das, wenn sie ihre rechtlichen Competenzen aufgeben?

In der eigentlichen Verwaltung will er zwar die Centralisation auch nicht, ohne aber weiter danach zu fragen, wodurch denn in Zukunft die Selbständigkeit der Verwaltung verbürgt sein würde? Insbesondere will er von einem centralisirten deutschen Unterrichtswesen durchaus nichts hören. Dagegen ist er für ein allgemeines deutsches Gesetzbuch und für ein Oberreichsgericht, wenn gleich die bisherigen Landesgerichte ihren Landescharakter behalten sollen. Um so durchgreifender aber soll das Militärwesen centralisirt werden, so daß es in Zukunft nur noch eine vom Kaiser organisirte, verwaltete und commandirte Armee gäbe, von Contingenten gar keine Rede mehr wäre. Daß die Einzelstaaten voraussichtlich sich dagegen sperren möchten, würde nach seiner Meinung keinen sachlichen Grund haben, sondern nur „auf unklare Gefühle und Gewohnheiten“ hinauslaufen. Wahrlich eine eigenthümliche Auffassung der Dinge, wenn einerseits der bundesmäßige Charakter des Reiches erhalten bleiben, und andererseits eine solche militärische Centralisation eingeführt werden soll! Da scheint doch die Unklarheit weit weniger in den Gefühlen der solchen Vorschläge Widerstrebenden als vielmehr in dem Denken des Hrn. v. Mohl zu liegen, der sich eben nicht klar gemacht, was die militärische Centralisation hier wirklich bedeutet. Will sagen: bei einer Militärorganisation, nach welcher die ganze junge Mannschaft, und somit die Blüthe der Nation, zwölf Jahre lang an die militärischen Gesetze und an die Befehle der Militärgewalt gebunden ist. Geht da alles bis in das Detail

herab von einem Centrum aus, so ist schon damit thatsächlich der Einheitsstaat gegeben. Man frage sich doch einmal, ob etwa die nordamerikanische Bundesverfassung, wenn die dortigen Milizen nach solchen Principien zu einer Armee organisiert, und diese dann der ausschließlichen Herrschaft der dortigen Centralgewalt unterstellt würde, selbst nur im Gedanken möglich wäre? Soll demnach Deutschland ein Bundesstaat sein oder werden, so sind wir wirklich schon viel zu tief in die militärische Centralisation hineingerathen. Wir müssen statt dessen zu einem reinen Contingentsystem zurückkehren, wonach die einzelnen Contingente principaliter ihrem resp. Lande angehören, nicht aber dem Reiche, und die Reichsgewalt in Friedenszeiten nur das Recht der Oberaufsicht beanspruchen darf.

Wir geben unumwunden zu, daß die militärische Leistungsfähigkeit der Reichsarmee sich dadurch verringern würde, allein was thäte das, wenn wir uns dafür in demselben Verhältniß freier und wohler fühlten? Oder sollte wirklich der letzte und höchste Zweck unserer Nationalverfassung die militärische Machtentwicklung sein? Und was thäte es insbesondere, wenn dadurch der gegenwärtige offensive Charakter der Reichsarmee verschwände, weil gerade zur Offensive eine Contingentsarmee offenbar viel weniger geeignet ist als eine centralisirte? Wer weiß, ob darin nicht eine viel bessere Friedensbürgschaft läge, als in der permanenten Kriegsbereitschaft unserer Armee, die nun auch unsere Nachbarn zu einer ähnlichen Militärorganisation zwingt, in Folge dessen man hüben und drüben ununterbrochen auf dem qui vive steht, und also der Militarismus sich durch sich selbst noch immer weiter steigern muß. Die erdrückenden Lasten, welche daraus entspringen, stellt auch Hr. v. Mohl durchaus nicht in Abrede; er kann nicht umhin, diesen Zustand sogar einen „halbbarbarischen“ zu nennen. Nur meint er, Deutschland sei nicht Schuld daran. Zugegeben, umsomehr aber werden es dann die Ereignisse von 66 sein, welche freilich Deutschland selbst nicht zu verantworten hat, worauf doch aber der gegenwärtige Militarismus beruht, d. h. die deutsche Centralisation hat zu diesem halbbarbarischen Zustande geführt. Und trotzdem will man uns anrathen das Militär-

wesen noch immer mehr zu zentralisiren, — wo bleibt da wieder die Logik?

Ach, diese Passion für den Militarismus — wie sonderbar steht sie doch unseren Rechtsstaats-Männern zu Gesicht! Denselben Männern, die früherhin nur von Friedensorganisationen sprachen, und dabei die wirkliche Bedeutung des Militärwesens so unterschätzten, daß sie es bei ihren Verfassungsentwürfen gar nicht einmal mit in Rechnung zogen. Auch war das ganz natürlich, denn die Armee ist ja wohl die prägnanteste Darstellung der Gewalt, welche folglich in dem Rechtsstaate nur eine rein dienende Stellung haben kann. Da kamen aber die Erfolge von 66, und nun geht den Herrn auf einmal ein neues Licht auf, wodurch ihnen das Militärwesen in so blendendem Glanze erscheint, daß vielmehr vor den Exigenzen desselben alle anderen Rücksichten schweigen müssen. So thun jetzt die Männer der Katheder und der Bibliotheken, als ob sie im Feldlager aufgewachsen und unter den Waffen ergraut wären; nur Ruhmesgedanken erfüllen noch ihre Seele. Hr. v. Mohl steht darin Niemandem nach. „Eine allgemeine deutsche Siegeshalle“ verlangt er sogar, „worin sämmtliche geschichtliche Feldzeichen aufgestellt, den Helden aller deutschen Heere Denkmale errichtet würden“. „Sonderbarer Schwärmer!“ — möchten wir mit Philipp II. bei Schiller sagen. Und das noch obenein auf seine alten Tage!

Bei solcher Geistesdisposition begreift sich's dann auch, daß ihm das Zustimmungsrecht des Bundesrathes zu Kriegserklärungen, insofern kein Angriff auf das Reich vorliegt, als hochbedenklich erscheint. Es könnte uns ja um so manche militärische Erfolge bringen, und wozu hätten wir die Siegeshalle, wenn wir nicht für immer neue Trophäen sorgten? Aber Spaß bei Seite — wäre es am Ende nicht doch noch viel bedenklicher, wenn ein kriegslustiger und genialer Kanzler das Recht bekäme, nach seinem Gutbefinden das Reich aus einem Krieg in den anderen zu stürzen? Was in dieser Hinsicht wirklich möglich ist, haben La Marmora's Enthüllungen genügend gezeigt, und damit den schlagendsten Beweis für die Wichtigkeit dieser die Kriegslust

doch einigermaßen dämpfenden Verfassungsbestimmung geliefert. Dazu hat dieselbe für die Einzelstaaten noch die besondere Bedeutung, daß darin eine sehr markirte Anerkennung ihrer Theilnahme an den Souveränitätsrechten des Reiches liegt. Denn gerade die Kriegserklärung ist im eminenten Sinne ein Souveränitätsact.

Aehnlich verhält es sich mit dem noch gebliebenen Gesandtschaftsrecht der Einzelstaaten, welches Hr. v. Mohl desgleichen beseitigt wissen will. Es ist ja unbestreitbar, daß es in einem wirklichen Bundesstaate so geschehen müßte; viel anders aber steht die Sache in unserem deutschen Reiche, wo ein übermächtiges Glied fast zwei Dritttheil des Ganzen ausmacht und zugleich selbst als Centralgewalt fungirt. Es gehört eine starke Phantasie dazu, darin überhaupt noch den Typus eines Bundesstaats zu erkennen! Jedenfalls ein äußerst inkorrektter Bundesstaat. Und dieses zugegeben, so kann vielleicht die eine Inkorrektheit noch einigermaßen durch die andere corrigirt werden. Mag auch das particulare Gesandtschaftsrecht bei der heutigen Verfassung im gewöhnlichen Verlauf der Dinge nur noch geringe Ausübung gestatten, immer bleibt es ein sehr großer Unterschied: ein Recht nicht auszuüben oder das Recht selbst aufzugeben. Es liegt eben wiederum eine Anerkennung der particularen Souveränität darin, und somit ein rechtliches Schutzmittel gegen die Uebermacht der Centralgewalt; daher die Einzelstaaten nicht wohl daran thäten sich dieses Rechtes zu entäußern, um dann mit gebundenen Händen einer ungewissen Zukunft entgegen zu gehen.

4.

Trotz wärmster Sympathie für das neue Reich ist Hr. v. Mohl doch ein zu geschulter Staatsgelehrter, als daß die Schöpfungen eines „nichts weniger als systematischen und theoretischen Kopfes“, wie er den Hrn. v. Bismarck selbst bezeichnet, nicht nebenbei auch seinen kritischen Trieb anregen sollten. Voller Bewunderung für das Genie seines Heros, nennt er die Conceptionen desselben gelegentlich doch nur „einen kecken Versuch“, von welchem man noch nicht recht sagen könne, was in Zukunft daraus werden möchte.

Das läßt sich schon hören. Nur erlauben wir uns die Frage: wozu die Staatswissenschaft gut ist, wenn sie nicht allerdings die intellectuellen Mittel an die Hand gibt um die Völker davor zu bewahren, daß sie das Material für solche tolle Versuche werden, deren momentanes Gelingen ja ihren Urheber mit strahlendem Ruhm umgeben mag, wofür sie aber die Kosten zu tragen haben, wenn das tolle Werk hinterher wieder zusammenbrechen sollte? Was ist es also mit einer Staatswissenschaft, die nicht einmal zu beurtheilen vermag: ob eine Verfassung in sich selbst haltbar oder unhaltbar sei? Ein solches Urtheil aber zu fällen wäre für unseren Staatsgelehrten schon zu viel. Die bismarckischen Erfolge haben ihm zu sehr imponirt, als daß er den Muth zu einer einschneidenden Kritik fände. Auch geht sein Denken dazu überhaupt nicht tief genug, und darum bleibt seine Kritik am Ende bei einem „Zwar“ und „Nichts desto weniger“. So z. B. nennt er die Bestimmungen über die rechtlichen Competenzen des Reiches kurzweg „chaotisch“, dafür soll aber die Wissenschaft den „schönen Wirkungskreis“ haben in dieses Chaos einige Ordnung zu bringen. Das heißt doch ein erhabener Beruf der Wissenschaft, sich mit den Improvisationen des Hrn. v. Bismarck abzuquälen!

Besonders naiv ist seine Aeußerung über das im Reiche eingeführte Repräsentativsystem. Da, meint er, wäre allerdings die Gelegenheit gewesen, wo „selbständige geniale Gedanken“ zu weit reichenden Veränderungen führen konnten, „eine solche schöpferische Kraft ist jedoch nicht angewandt worden“. Ei, warum wohl nicht angewandt, wenn sie nur überhaupt vorhanden gewesen wäre? Der geniale Schöpfer der Reichsverfassung dürfte aber wohl über diesen Punkt gar keine eigenen Gedanken besessen haben, da seine Gedanken sich vielmehr auf Machtentwürfe und Organisation der Machtmittel concentrirten. Und wie er nun zu diesem Ende, ohne sonderliche Kritik, die ihm von den Gothaern überlieferte kleindeutsche Idee aufgriff, so das zugleich cäsaristische und demokratische suffrage universel, was er auch nicht erst neu zu erfinden brauchte, und womit er eben zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen gedachte.

Selbst Hr. v. Mohl entföhrt dabei die Aeußerung: es sei wohl nur so geschehen, weil darin ein momentanes Machtmittel lag, und weil es jedenfalls das allerbequemste schien, um möglichst schnell mit dem Ganzen fertig zu werden. Das wäre also das Geniale dabei gewesen, daß zu solcher Verfassungsmacherei überhaupt kein Genie gehörte.

Als charakteristisch für die daraus hervorgegangene Repräsentation hebt Hr. v. Mohl mit Recht das gänzliche Fehlen eines aristokratischen Elementes hervor, und er bemerkt dies mit Wohlgefallen. Wir hingegen meinen, daß die dadurch entstandene Disharmonie zwischen der Reichsverfassung und den Einzelverfassungen, welche alle ein aristokratisches Element enthalten, vom Standpunkt einer objektiven Beurtheilung aus jedenfalls bedenklich erscheint. Und wie steht es mit der Erhaltung des monarchischen Princips, wenn demselben unmittelbar die Demokratie gegenüber tritt, wie es nun im Reichsparlamente unstreitig geschieht? Gleichwohl will gerade Hr. v. Mohl das Reich ausdrücklich als eine Monarchie angesehen wissen, was zwar für das Reich als solches im vollen Sinne nicht gelten kann, indessen für die Einzelstaaten, wie insbesondere gerade für Preußen, das monarchische Princip allerdings so charakteristisch ist, daß es dadurch mittelbar auch für das Reich zu einer Lebensbedingung wird. Wer kann aber bestreiten, daß das ganze deutsche Fürstenthum geschichtlich mit der Aristokratie verwachsen ist? Und von dem preußischen Königthume gilt das auch. Daß er nun über diese Thatsache wie über nichts hinweggeht, muß um so mehr auffallen, als seine Antipathie gegen die Aristokratie keineswegs aus eigentlich demokratischen Tendenzen entspringt. Er verwirft vielmehr das allgemeine Stimmrecht, wie er das auch schon in seinen früheren Schriften gethan. Seine eigne Denkweise, obwohl in das Demokratische hineinspielend, wie andererseits noch mehr in das Bureaukratische, läuft doch im Grunde genommen auf einen gelehrten und bürgerlichen Liberalismus hinaus, der ja überhaupt die Weltansicht bildet, woraus die ganze Rechtsstaatsstheorie hervorging. Eben darauf beruht desgleichen der heutige Nationalliberalismus, der darum auch das allgemeine Stimmrecht nur *contre coeur*

acceptirt, in der stillen Hoffnung mit Hilfe des Regierungseinflusses die Wahlen doch nach seinen Zwecken zu leiten.

Ganz dem Nationalliberalismus entsprechend eifert er dann gegen die Reichsfeinde, d. h. die Particularisten, die Socialisten und die Ultramontanen. Leider hat ihm das Reich noch immer nicht Competenzen und Machtmittel genug, um diese Feinde definitiv zu Boden schlagen zu können. Befindet es sich aber im Stande der Nothwehr, so kennt auch die Noth kein Gebot und gibt folglich selbst die Competenz. So insbesondere zu dem Jesuitengesetz, welches Hrn. v. Mohl nicht den geringsten Scrupel macht. Warum aber, fragen wir, die ganze Bande der Reichsfeinde nicht lieber kurzweg außer dem Gesetz erklären? Die *salus publica* würde das nicht minder rechtfertigen. Dafür leben wir in einem Rechtsstaate. Und in was für einem!

Der Reichstag, hören wir, „ist mit freigebiger Hand ausgestattet.“ Hat er doch die unbedingte Mitwirkung bei der Gesetzgebung, — vorausgesetzt nur, daß er die Militaria unberührt läßt, wie sonst noch dies und jenes, wo vielleicht die Regierung ihr *quod non* sagen dürfte. Dazu das unbedingte Zustimmungsrecht zum Budget, — wozu bedürfte er noch des Verwerfungsrechtes? Sagt das Evangelium „Eure Rede sei ja ja, nein nein, was darüber ist, das ist vom Uebel“, so braucht man nur das „nein nein“ wegzulassen, und es geht im Reichstage ganz evangelisch zu. Möge es denn einstweilen bei diesem gesegneten Zustande verbleiben. Und darum keine Grundrechte, keine parlamentarische Regierung, kein Reichsministerium, welches doch nur die geniale Thatkraft des Reichskanzlers in ihrer großartigen Wirksamkeit hemmen würde, — so lautet vor der Hand die Parole des Hrn. v. Mohl. Wiederum in vollster Uebereinstimmung mit dem Nationalliberalismus, weil wegen der Reichsfeinde vor allem die Reichsgewalt gestärkt werden muß.

Nichts desto weniger läßt sich das theoretische Gewissen des Staatsgelehrten durch solche Opportunitätsermägungen nicht gänzlich ersticken. Auf die Dauer, gesteht er also zu, wird es doch nicht so gehen. Es wird nicht nur eine wirkliche Verantwort-

lichkeit der Reichsregierung eintreten, sondern die ganze Verfassung gar manche tiefgreifende Veränderungen erfahren müssen. Das ist dann eben der allbekannte „Ausbau“, den ja der Nationalliberalismus fortwährend im Munde führt, obwohl das bisherige Ausbauen lediglich auf Vermehrung der Machtbefugnisse der Centralgewalt hinauslief. Sollte man aber wirklich einmal daran gehen, die Verfassung in volksthümlicher und freiheitlicher Richtung ausbauen zu wollen, so würde man leider bemerken, wie sehr dazu die Grundlagen fehlen. Der Versuch selbst würde dann erst den wahren Character der Reichsverfassung zur Offenbarung bringen, d. h. als einer Maschinerie zur Centralisation und Handhabung aller Machtmittel, woneben der parlamentarische Apparat nur als Decoration diene.

Selbst vom Machtschwindel ergriffen und so betäubt als be-
 rauscht, hat ein großer Theil der Nation sich momentan für das neue Reich gewinnen lassen, ähnlich wie es in Frankreich nach dem Staatsstreiche geschah, so daß die Reichsverfassung einstweilen von dem Nationalbewußtsein getragen erscheint. Es ist wie eine Verzauberung. Sobald aber der Zauber verfliegen, wird das wiedererwachte Nationalbewußtsein nur um so mehr die tiefe Entwürdigung fühlen, welche dadurch über das Vaterland gekommen, -- und was wird dann noch hinter der Verfassung stehen? Nichts als die Kanonen, womit sie doch nicht zu halten ist. Die nationalliberale Presse wird es auch nicht thun. Am Allerwenigsten werden die gelehrten Commentare der neuen Verfassung helfen, die inzwischen zur Verherrlichung derselben erschienen. Haben doch unsere Staatsgelehrten, in intellectueller wie in moralischer Hinsicht, genügend dafür gesorgt, daß die Autorität ihrer Wissenschaft hinfällig geworden ist. Sind sie noch der Scham fähig, so werden sie sich dann selbst bekennen müssen, welche Prostitution der Wissenschaft es war: die ebenso willkürlichen als an und für sich geistlosen, und darum nothwendig nur ephemeren, Schöpfungen des Hrn. v. Bismarck wie eine wirkliche Nationalverfassung behandelt zu haben.

5.

Der Raum dieser Blätter würde nicht gestatten die Deductionen des Hrn. v. Mohl im Detail zu verfolgen. Zur Charakteristik des in dem in Rede stehenden Werke waltenden Geistes wird das bisher Beigebrachte genügen. Wir haben uns damit vielleicht schon länger aufgehalten, als es manchem unserer Leser passend erscheinen möchte. Es geschah aber nicht bloß um dieses Buches willen, sondern weil wir in Hrn. v. Mohl den typischen Repräsentanten der ganzen noch bei uns herrschenden Staatswissenschaft erblickten. Denn als solcher zu gelten darf er wohl beanspruchen.

Wer — wenigstens unter den Lebenden — hätte so zahlreiche und so verschiedene Gegenstände betreffende Werke geschrieben, und dabei die monographische Behandlung so eng mit der systematischen verbunden? Oder wer sonst würde ein Werk wie seine „Geschichte der Staatswissenschaften“ zu Stande zu bringen vermögen? Die Literaturkenntniß, welche Hr. v. Mohl darin entwickelt, ist erstaunlich. Aber sie ist auch charakteristisch für ihn. Denn wirklich beruhen seine eigenen Raisonnements fast nur auf Combinationen schon anderweitig vorgefundener Gedanken, weit weniger auf Beobachtung und Analyse der Ereignisse, oder auf praktischer Erfahrung, noch andererseits auf philosophischer Speculation, am allerwenigsten auf Intuition. Selbst seine unlebendige, wenig gefällige, nicht selten holprige Darstellungsweise zeugt davon. Nirgends ein freier Sprudel des Geistes, nirgends ein das Gemüth ergreifender Gedanke, nicht einmal ein Witzfunke; alles ist zusammenstudirt und riecht nach der Lampe. Was aber durch Lectüre zu gewinnen war, das hat er sorgfältig verarbeitet. Es begreift sich, wie einem so gearteten Kopfe das Auftreten des Hrn. v. Bismarck um so eher imponiren konnte, weil er wohl fühlen mochte, wie sehr das spontane Wesen, welches darin allerdings zur Erscheinung kam, ihm selbst fehle.

Das wäre das Eine. Das Andere, daß es eben die rationalistische rechtsstaatliche Theorie ist, die er, wie sie seiner eigenen Denkweise allein zusagte, auch ganz vorzugsweise cultivirt hat, so daß er (wiederum charakteristisch) in seiner Geschichte der Staatswissenschaften gerade die geschichtliche Seite derselben fast

ganz ignorirt. Auch in seiner „Encyclopädie“ spricht er gewissermaßen nur anhangsweise und der formalen Vollständigkeit willen davon, nachdem die Theorie längst fertig war, die also auf sich selbst beruhen zu sollen scheint. Mit der rechtsstaatlichen Theorie verhält es sich ja allerdings so, aber sie ist auch danach. Insofern nun Hr. v. Mohl gerade die rechtsstaatliche Theorie repräsentirt, insofern konnte uns auch das vorliegende Buch als ein schlagender Beleg für den Bankrott dieser Theorie gelten.

Zum dritten — und das ist die Hauptsache — handelt es sich dabei entfernt nicht bloß um die in Deutschland herrschenden Staatsansichten, sondern die Grundzüge derselben sind in der ganzen civilisirten Welt zu finden, sie stammen zumeist selbst gar nicht aus Deutschland. Sprechen wir also von einem Bankrott, so ist es der allgemeine Bankrott der ganzen modernen Staatsweisheit. Und in diesem Zusammenhange müssen wir ebenso die deutschen Ereignisse wie die deutsche Gedankenentwicklung auffassen, um dadurch erst zum rechten Verständniß unserer Zustände zu gelangen.

Daß solcher allgemeine Bankrott keine anmaßliche Behauptung ist, dafür berufen wir uns auf die seit Ende vorigen Jahrhunderts sich fast ununterbrochen folgenden Revolutionen, welche gerade da am heftigsten wütheten und noch bis heute am wenigsten einen endlichen Abschluß in Aussicht stellen, wo die modernen Staatsansichten ursprünglich aufkamen, und für die Richtung der Geister am entscheidendsten wurden. Denn ausgegangen sind sie von Italien, ihre Fortentwicklung und systematische Ausbildung aber fanden sie vorzugsweise in Frankreich, wo die neuen politischen Lehren sich mit der ganzen Philosophie und Literatur des achtzehnten Jahrhunderts verbanden, und dadurch dann die das ganze Denken beherrschende Macht gewannen, welche endlich in der großen Revolution zum Ausbruch kam.

Am wenigsten Einfluß auf das öffentliche Leben gewannen hingegen die modernen Staatsansichten in England, da die Revolution des siebzehnten Jahrhunderts sich hinterher fast nur als eine Episode erwies, worauf man an die damals abgerissenen

Fäden der geschichtlichen Entwicklung wieder anknüpfte, so daß seitdem die Continuität nicht wieder durchbrochen wurde. Erst in neuester Zeit tritt auch in dem politischen Denken Englands eine tiefgreifende Veränderung hervor, und schon haben die rationalistischen Theorien soweit um sich gegriffen, und ist infolge dessen die alte Verfassung schon so vielseitig unterminirt, daß man wohl annehmen muß, sie werde das Ende dieses Jahrhunderts nicht mehr erleben.

In Deutschland fanden die rationalistischen Theorien frühzeitig Eingang. Auch haben deutsche Denker, schon seit Grotius und Pufendorf, an der Ausbildung derselben wesentlich mitgearbeitet. Jedenfalls weit mehr, als es in England geschah, wo in dieser Hinsicht nur Hobbes und Locke hervorrangen, welche eben durch die Revolution des siebzehnten Jahrhunderts angeregt waren. In dessen blieb der politische Rationalismus bei uns lange Zeit hindurch eine Sache der Schule, deren Lehren die alte Reichsverfassung kaum irgend eine Anwendung gestattete, und der rationalistischen Schule trat später auch eine historische Schule gegenüber, deren Anfänge eben in der Reichspublizistik lagen. So erklärt sich's, daß es zu einer eigentlichen Revolution von innen heraus in Deutschland nicht kommen konnte, sondern das alte Reich zuletzt nur den von außen hereinbrechenden Stürmen erlag. Erst in der auf die napoleonischen Kriege folgenden Friedensperiode begann allmählig ein Umschwung. Die Theorie trat aus dem Umkreis der Schule heraus, sie ergriff je mehr und mehr das ganze sogenannte gebildete Publikum, wodurch es im Jahre 48 zu dem ersten großen Versuch einer eigentlichen Revolution kam. Zwar wirklich nur zu einem Versuch, der bald wieder im Sande verlief, trotzdem aber blieb seitdem eine revolutionäre Disposition der Geister, und die damals angeregten Ideen lebten fort. Hr. v. Bismarck benutzte sie als Handhaben, die Armee diente ihm zum materiellen Nachdruck, und damit gelang ihm das Unternehmen von 66. Er mag sich seines Erfolges rühmen, denn er hat wirklich seinen Willen durchgesetzt. Wenn aber das Preußenthum dabei triumphirt zu haben meint, so wird es durch die Zukunft belehrt werden, daß es nur das Werkzeug der Revolution war,

welcher es dadurch selbst verfallen ist. Und kein Zweifel, sie wird ihr Werkzeug hinterher zerbrechen.

Was war denn aber das Wesen der bismarckschen Umwälzung? Nichts anderes, als was überall das Wesen der modernen Revolutionen ist, und darum wiederum nichts anderes, als was den Grundzug der modernen Staatsansicht bildet.

Die einzelnen Lehrlätze der Staatswissenschaft, worüber man ja in der Schule selbst streitet, sind dabei nicht entscheidend, gerade wie die äußeren Formen des Staatslebens nicht über seinen wirklichen Zustand entscheiden. Noch weniger thut es die scholastische Ausprägung der Wissenschaft und der gelehrte Apparat. Auf den darin waltenden Geist kommt es an. Je tiefer man aber eindringt, um so mehr wird man auch erkennen, daß es im Grunde genommen der eine und selbe Geist ist, der sich durch die ganze moderne Staatswissenschaft hindurch zieht. So sehr, daß beispielsweise die, nach ihrer scholastischen Gestalt, so höchst eigenthümlich erscheinende hegelsche Staatslehre doch eben nur eine Evolution derselben Denkweise ist, die sich schon bei dem Stammvater der modernen Staatsansicht aussprach. Und der ist Niemand anders als Niccolo Machiavelli, als welcher zuerst die Absolutheit des Staatszweckes proklamirte. Eine Ansicht, die fortan einen tiefgreifenden Einfluß auf das politische Denken gewann, und wovon (was deutsche Denker anbetrifft) am auffallendsten gerade die hegelsche Staatslehre zeugt, so daß darin noch bis heute Machiavelli fortwirkt. Auch verhält es sich mit der Praxis ganz ebenso wie mit der Theorie.

Man lese nur La Marmora, und man wird in der bismarckschen Politik geradezu ein Meisterstück von Machiavellismus vor sich sehen. Was noch mehr ist: Gr. v. Bismarck hat auch gerade dieselben Zwecke verfolgt oder wenigstens zu verfolgen erklärt, welche einst den Hintergedanken des großen Florentiners bildeten. Der war eben ergriffen von der Idee eines italienischen Nationalreiches, welches mit Blut und Eisen hergestellt werden sollte, und eben dieses Zieles willen trug er kein Bedenken den Helden, der sich solcher Aufgabe widmen würde, von allen rechtlichen und moralischen Schranken zu entbinden, weil anders das Ziel ihm

unerreichbar schien. Das allein ist der innere Sinn des so berühmten und berüchtigten Buches „Il Principe“, welches darum mit der Aufforderung zur Befreiung Italiens schließt.

Sei es uns hier gestattet, an ein wohl nur wenig bekannt gewordenes aber immerhin merkwürdiges Schriftchen des seiner Zeit am Hofe des Herzogs von Gotha lebenden Bollmann zu erinnern, d. i. „Vertheidigung des Machiavellismus“, im Jahre 58 erschienen. Der Inhalt entspricht dem Titel, und was einst Machiavelli für Italien forderte, das wird hier unumwunden auch auf Deutschland angewandt. Die politischen Parteien gelten dem Verfasser sämmtlich für impotent, er verlangt vielmehr einen bewaffneten Reformator, der Deutschland durch Blut und Eisen einig machen soll, und dem dabei alles zu thun erlaubt ist, was irgendwie zum Ziele führt. Groß, mächtig, unwiderstehlich, meint er, werde ein solcher Mann sein, wenn er in dieser Weise zu Werke ginge. So unser Vertheidiger des Machiavellismus. Ist es doch, wie wenn er das damals noch nicht am Horizont strahlende bismarcksche Meteor schon im voraus verkündigt hätte. Denn der bewaffnete Reformator ist seitdem wirklich gekommen, diesseits und jenseits der Alpen. Machiavelli hat nicht umsonst geschrieben, der Geist seines Principe lebt, er ist auch bei uns leibhaftig auferstanden in dem Fürsten Bismarck. Von Machiavelli's Gnaden sollte diese fürstliche Durchlaucht sich nennen, denn der allein muß als ihr wahrer Lehnsherr gelten. Es bleibt nur noch die Frage, wie lange das bismarcksche Reich sich zu erhalten vermögen, oder ob nicht vielmehr sein baldiges Wiederzusammenbrechen die handgreiflichste und, wills Gott, wenigstens für Deutschland definitive Widerlegung des Machiavellismus bilden wird. Einstweilen aber dürfte das traurige Ende, welches der in Rede stehende Bollmann nahm, ein sehr mißliches Zeichen für den inneren Werth seiner auf Verherrlichung des Machiavellismus zielenden Lehren gewesen sein. Wehe, wenn dem deutschen Principe selbst kein besserer Ausgang beschieden sein sollte!

6.

Mit einem Worte gesagt: es ist die Renaissance, von woher die moderne Staatswissenschaft datirt, und worauf sie noch bis diesen Tag zurückweist, so daß das Urtheil über die innere Wahrheit oder Unwahrheit dieser Wissenschaft durch die allgemeinere Frage bedingt ist: wie man über die Renaissance denkt? Und dazu gehört wiederum die Vorfrage, die aber vielmehr selbst den Kern aller Fragen bildet, will sagen: wie man über das Christenthum und dessen Bedeutung für die Weltentwicklung denkt? Wenige Worte werden diesen innern Zusammenhang klar machen.

Demn was war die Renaissance? Nichts anderes als die Wiederbelebung der antiken, d. i. heidnischen Bildung. In demselben Maße also, als diese Bildung zur Herrschaft kam, erfolgte unvermeidlich der Bruch mit der christlichen Weltanschauung, welche seitdem je mehr und mehr in den Hintergrund trat, ignorirt oder bestritten, und endlich in der großen Revolution ausdrücklich für beseitigt erklärt wurde. Und nun ist es eben Machiavelli gewesen, in dessen Schriften die mit der Renaissance zusammenhängende Umwandlung des politischen Denkens sofort ganz rückhaltslos hervortrat: durch seine rein weltliche, auf alt-römische Reminiscenzen basirte Staatsansicht. Wie natürlich, daß damit zugleich seine feindselige Stellung zu der christlichen Kirche gegeben war. Vor allem aber zu dem Papstthum, weil er darin das Haupthinderniß der italienischen Einheit und Unabhängigkeit erblickte, so daß auch in dieser Hinsicht die heutigen Bewegungen in Italien bis auf Machiavelli zurückzuführen sind. So viel bedeutet dieser Florentiner. Man vergleiche Dante mit ihm, und man erkennt auf einmal die ganze Bedeutung des mit der Renaissance begründeten Umschwunges.

Seidem ging also das Aufnehmen antiker Ideen mit dem Aufgeben der christlichen Ideen Hand in Hand. Doch war das Letztere offenbar die Voraussetzung des Ersteren, weil damals die christliche Weltanschauung die zunächst vorgefundene und allgemein herrschende war, von der man sich zuvor losmachen mußte, um wieder antik heidnisch denken zu können. Ja man verfiel eben

in die antik heidnische Denkweise, weil und insoweit man vom Christenthum abgefallen war. Die negative Seite der Renaissance wurde daher in Wirklichkeit die entscheidende, und wir werden sehen, welche Wirkung das hatte.

Die nämlich, daß von da an sich ein den ganzen vorgefundenen Zustand zeretzender Geist entwickelte. Denn dieser Zustand war überall durch christliche Lebensansichten bedingt, wie insbesondere mit den positiven Einrichtungen der Kirche verflochten. Verlor man jetzt das Verständniß wie noch mehr die Sympathie dafür, um sich statt dessen in antiken Ideen zu ergehen, so war doch damit noch keine antike Welt hervorgezaubert, und was man gleichwohl nach antiken Ideen theoretisch construirte, hatte an der Wirklichkeit keinen Anhalt. Die Staatswissenschaft mußte nothwendig einen abstract rationalistischen Charakter annehmen, welcher im Fortschritt ihrer Entwicklung nicht etwa zurücktrat, sondern nur immer mehr hervortrat, so daß man endlich zu einer dem thatsächlich bestehenden und geschichtlich erwachsenen Zustande direct widersprechenden Theorie gelangte. Man denke nur an den contrat social gegenüber der altständischen legitimen Monarchie, welche doch durch diesen contrat social überwältigt wurde! Das kennzeichnet die von der Renaissance herdatirende Staatswissenschaft, daß ihr practisches Schlusresultat die große Revolution war! Ihre negative Kraft hat sie damit auf das schlagendste bewiesen und sie beweist dieselbe noch heute überall. Wo es nur irgend etwas abzuschaffen gibt, da ist sie mit tausend unwiderleglichen Gründen für die Nothwendigkeit und Heilsamkeit solcher Abschaffung bei der Hand, wenn es aber auf die Begründung neuer Einrichtungen ankommt, ist sie zwar auch dazu reichlich mit Recepten versehen, nur haben die neuen doctrinären Einrichtungen noch nirgends Bestand gewinnen wollen. Es ist wirklich im innersten Kerne nur eine negative Wissenschaft, welche aus der Renaissance entsprang.

Hat man die augenfälligsten Beweise der Unzulänglichkeit dieser Wissenschaft in Frankreich gesehen, welches unter der Herrschaft derselben nicht aus dem Revolutioniren herauskommt, so konnte es nicht fehlen, daß dort endlich auch der entschiedenste

Widerspruch dagegen erhoben wurde. Es ist das von verschiedenen Seiten her geschehen, zumeist aber in tendenziöser Weise, wie namentlich schon seit de Maistre und andererseits St. Simon. In rein wissenschaftlicher Hinsicht hingegen ist doch das Merkwürdigste das Auftreten der von Comte ausgegangenen, auf dem Boden der exacten Wissenschaften stehenden und sich selbst so nennenden Positivisten. Mit diesem Namen sich in ausdrücklichen Gegensatz zu der herrschenden Staatslehre stellend, die sie als eine bloß negative Wissenschaft rundweg verwerfen, einschließlich der Nationalökonomie, wollen sie statt dessen eine neue Wissenschaft auf positiven Grundlagen erbauen. In soweit vortrefflich. Nur wissen sie dazu keine anderen Grundlagen zu finden, als mit den materiellen Erscheinungen des menschlichen Lebens gegeben sind. Positiv ist das zwar, wäre es nur auch schon die rechte Position! Die konnten sie aber um deswillen nicht finden, weil sie auch die letzte Quelle der negativen Wissenschaft nicht erkannten, d. h. den Abfall vom Christenthum, worin sie vielmehr selbst so tief stecken, daß er ihnen sogar zum obersten Grundsatz wird, so gewiß als der grundsätzliche Materialismus die grundsätzliche Verwerfung des Christenthums involvirt. Müssen wir demnach solchen Positivismus nicht minder verwerfen als die rationalistische Theorie selbst, so bleibt gleichwohl die wichtige Thatsache, daß damit der negative Charakter der modernen Staatswissenschaft constatirt und wenigstens das Postulat einer wahren positiven Wissenschaft aufgestellt ist, welche sich von der mit der Renaissance aufgekommenen Denkweise rundweg los sagt. Uebrigens hat Comte trotz der ungeheuerlichen Verirrungen, zu den ihn sein Atheismus führte, doch auch manche wichtige Gedanken ausgesprochen, um derenwillen er weit mehr beachtet zu werden verdiente, als bisher bei uns geschehen. Ueber das hohle Wesen des Rechtsstaates, der angeblich auf bloßen Rechtsverhältnissen beruht, ist er weit hinaus, und erkennt vielmehr, daß, was die Staatsgesellschaft zusammen hält, neben den physiologischen und ökonomischen Verhältnissen, zu allererst die moralischen und religiösen Bande sind. Nur ist es eben eine Religion des Materialismus, die er selbst begründen will. Desgleichen ist er

frei vom Nationalitäts- und Großmachtschwindel, der überall die Centralisation zur Folge hat. Statt dessen fordert er nach innen hin die weitreichendste Decentralisation, wie nach außen hin die Föderation des ganzen civilisirten Europas. Doch hier genug davon.

Was nun die positive Wirkung der Renaissance selbst anbelangt, so führte die Wiederaufnahme antiker Ideen zunächst zum Staatsabsolutismus, d. h. zur Herrschaft der Staatsraison oder des Staatszweckes. Zwar können dabei in der Zweckbestimmung des Staates noch immer große Unterschiede stattfinden, der Zweck aber einmal festgestellt, so folgt daraus alles weitere. Eben dieses Deduciren aus dem Staatszweck heraus charakterisirt die ganze rationale Staatslehre. Hr. v. Mohl thut desgleichen.

Es kann auch gar nicht anders geschehen. Wo den überweltlichen Ideen kein Einfluß mehr gestattet wird, da bleibt als höchstes in der Welt der Staat, welcher allen denjenigen, für welche es keinen Himmel mehr gibt, wohl bald so sehr imponiren muß, daß sie ihm nöthigenfalls selbst ihr Gewissen zum Opfer bringen. Alle Fragen drehen sich dann lediglich noch um das Verhältniß von Zweck und Mittel, und zwar eben so in der Praxis — wie das offenbar der Standpunkt des Hrn. v. Bismarck ist — als in der Theorie, und hier wie dort heiligt der Zweck die Mittel. Religion, und insbesondere das Christenthum, kann dabei nur insoweit anerkannt werden, als es für den Staatszweck selbst dienlich erscheint. Die Staatsgewalt schreibt sich die Befugniß zu die Grenzen zu bestimmen, innerhalb deren die Forderungen der Religion sich zu halten haben, und die sie nicht überschreiten dürfen, oder sie werden verworfen, ihre Repräsentanten verfolgt und unterdrückt. Das Christenthum wird in das Staatssthum eingepfercht, unser Herr Christus ein „Staatsgefangener.“ Man kann darüber nichts Prägnanteres sagen, als dieses Wort des Hrn. v. Gauvain, dem auch ein durchschlagender Eindruck nicht gefehlt hat.

Das Zweite war die Machtucht und der Machtcultus, wozu insbesondere das altrömische Vorbild führte. Das zeigte

sich zunächst in dem Streben nach der sogenannten Universalmonarchie, welches dann freilich auch sofort das Widerstreben aller dadurch bedrohten Mächte hervorrief. Allgemein wurde das Gefühl der Unsicherheit, nachdem die Idee eines die ganze christliche Welt umfassenden Gemeinwesens, welche dem Mittelalter vorgeschwebt hatte, gänzlich verlassen war, statt dessen jetzt vielmehr nur jeder Staat seine eigene Ehre und Macht suchte, und folglich ununterbrochen alle seine Nachbarn bedrohte. Ein Schutzmittel dagegen sollte das politische Gleichgewicht gewähren, hätte es nur selbst nicht immer auf der Rippe gestanden! Daraus ist zuletzt das sogenannte Großmachtsystem entsprungen, welches doch in der Praxis nichts anderes ist, als die zum System erhobene Machtucht selbst, wie der damit zusammenhängende bewaffnete Friede nur der schlummernde Krieg ist. Lag nun in der modernen Entwicklung von Anfang an die Abneigung, wenn nicht offene Feindseligkeit, gegen die Kirche begründet, so mußte die Machtucht der Staatsgewalten solche Stimmung noch steigern, weil sie sich durch den Einfluß der Kirche beschränkt fühlten. Der mußte darum beseitigt werden. Und insbesondere mußte die Kirche auch ihre Besitzungen verlieren, welche der Fiskus weit besser gebrauchen konnte, und im Namen der *salus publica* ohne weiteres in Beschlag nehmen zu dürfen glaubte. Darum rüstig zugegriffen und gierig verschlungen, was zu verschlingen war. Merkwürdig aber doch, daß solche Mahlzeit den Fiskus niemals satt machte, sondern sein Hunger dadurch selbst wuchs, indem das Deficit hinterher nur immer größer wurde. Eine Erscheinung, welche jetzt wieder in Italien zu Tage tritt.

Zum Dritten zeigte sich die Unangemessenheit antiker Ideen am auffallendsten in dem Verhältniß der Staatsorganisation zu der bürgerlichen Gesellschaft, von deren Dasein kurzweg abstrahirt wurde. War der mittelalterliche Staat selbst aus den gesellschaftlichen Organisationen herausgewachsen, und wesentlich ständisch-corporativ gewesen, so fingirte man statt dessen einen aus bloßen Staatsbürgern bestehenden Staat. Als die ganze Aufgabe galt dann die Feststellung der gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen den Staatsbürgern und den Staatsgewalten.

Wie sehr diese Ansicht in dem modernen Repräsentativsystem herrscht, zeigt sich am deutlichsten gerade durch die letzte Entwicklung desselben, d. h. das allgemeine Stimmrecht, wonach die ganze Nation nur für einen Haufen unter sich selbst gleicher staatsbürgerlicher Individuen angesehen wird. Kein Gedanke daran, daß die Leute principaliter ihren besondern Beruf und ihre besondern Geschäfte haben, worauf nicht nur ihre materielle Existenz beruht, sondern ihre ganze Lebensstellung. Selbst ihr Charakter und ihre Denkweise wird dadurch bestimmt. Kommt aber alles nicht in Betracht. Die modernen Staatsbürger sollen wie die antiken Staatsbürger sein, welche ihre Sklaven für sich arbeiten ließen, sich selbst mit Vorliebe den Staatsgeschäften widmend, wozu doch bei unseren Zuständen die große Masse der Bevölkerung überhaupt keine Zeit, auch geringen Trieb und noch weniger Befähigung hat.

Man machte also eine Voraussetzung, welche nach ihrem vollen Umfang in der modernen Welt nirgends zutrifft, und selbst in sehr beschränktem Maße doch nur für den gebildeten und wohlhabenden Theil der Bevölkerung gelten mag. Wie unvermeidlich war die Folge davon, daß trotz der proclamirten allgemeinen Gleichheit thatsächlich vielmehr eine Bourgeoisieherrschaft daraus hervorging. Der gelehrte und bürgerliche Liberalismus, welcher zwar immer die Majorität im Munde führt, und unter Umständen gar gern auf den Volkswillen provocirt, in Wirklichkeit aber den Volkswillen nirgends auch nur annäherungsweise zum Ausdruck kommen läßt. Dieser Liberalismus stachelt nun die Völker zu immer neuen Staatsveränderungen an, welche für die große Masse allermeist unfruchtbar bleiben, indessen sie doch die Kosten tragen muß, und Staatsveränderungen sind immer ein theures Vergnügen. Auch wird es in dieser Hinsicht nicht etwa besser sondern schlimmer, weil derselbe Liberalismus überall zur Centralisation und zur Vergrößerung der Staaten drängt. Je größer aber die Staaten werden, desto mehr verschwindet für die große Majorität der Bevölkerung überhaupt die Möglichkeit, das innere Getriebe des Staates selbst übersehen zu können. Da bedarf es zulezt nur einer kleinen Minorität gewerbsmäßiger

Volksovertreter und politischer Intriganten, mit resoluten Führern an der Spitze, und sie zieht eine ganze große Nation an der Nase herum. *Exempla sunt odiosa*, aber wir nehmen das odium auf uns, statt naheliegende Beispiele anzuführen vielmehr den allgemeinen Satz auszusprechen: daß dadurch eine Lügenherrschaft über die ganze civilisirte Welt gekommen ist, wie sie vordem noch nie dagewesen.

7.

Endlich concentrirt sich die ganze politische Wirkung der Renaissance, für Theorie und Praxis, in der Reception des römischen Rechtes, deren Folgen noch besonders zu betrachten sind.

Daß ein seinem Ursprunge nach so wesentlich heidnisches Recht, dessen Grundcharakter durch die spätere römische Kaiserzeit, trotzdem sie sich zum Christenthum bekannte, keineswegs überwunden wurde, nicht zu der christlichen Weltanschauung paßte, scheint von vornherein selbstverständlich. Zum mindesten sollte es heute keines Beweises mehr bedürfen, nachdem doch die Thatsache vorliegt, wie mit dem Eindringen des wiedererweckten römischen Rechtes auch die Entfremdung von christlichen Lebensansichten Hand in Hand ging. Trotzdem konnte sich selbst ein Stahl darüber täuschen. Wenn aber die von ihm beabsichtigte christliche Staatsphilosophie leider zu so manchen schiefen Resultaten führte, so dürfte eben dies eine Hauptursache davon gewesen sein, daß er seine Laufbahn als Romanist begann, und selbst zu tief von dem Geiste des römischen Rechtes ergriffen war, wovon er sich hinterher nicht wieder befreien konnte, in Folge dessen er der Staatsgewalt eine Stellung gab, die oft mehr römisch als christlich zu nennen wäre.

Nicht minder klar ist, was das Resultat für die Volksfreiheit sein mußte. Es konnte wohl nicht anders geschehen, als daß das römische Recht die Völker allmählig zu demselben Imperialismus führte, der ihm selbst ursprünglich seine letzte Ausbildung gegeben hatte, und wozu es eben wirklich paßte. Ist also dieses Recht imperialistisch, — wie paßte es wohl zu dem ger-

manischen Königthum oder Fürstenthum, welchen Namen dasselbe haben möchte? Es untergräbt alle Throne, und wie viele sind infolge dessen schon gefallen! Wahrlich, verstehen unsere Fürsten ihre Lage, — sie sollten Preisaufgaben darauf setzen: durch welche Mittel wir uns allmählig wieder von der Herrschaft des römischen Rechtes befreien könnten? Sie würden dadurch zugleich die Wohltäter ihrer Völker werden. *)

Am augenfälligsten erwies sich die verderbliche Wirkung des römischen Rechtes gerade für die deutsche Nationalverfassung. Denn wer einmal von dem Geiste des römischen Rechtes fascinirt war, wie konnte der noch irgend Sinn und Verständniß für das deutsche Reich haben! Je mehr also Doctoren des römischen Rechtes in den Rath des Kaisers und der Fürsten eindringen, umso mehr zerfiel das innere Gefüge des Reiches. Und je mehr sie selbst in die Verwaltungsstellen und in die Gerichte eindringen, umso mehr erstarben die alten Volksrechte und mit ihnen alle volksthümlichen Organisationen. Das ist so unbestreitbar, daß es heute sogar von den Romanisten selbst zugegeben wird. Nur sagen sie: das Unglück sei einmal geschehen. Und das ist leider wahr genug, schließt aber doch nicht aus, daß man sich jetzt umso mehr bemühen muß, den verderblichen Einfluß allmählig wieder zu überwinden.

Nicht nur heidnisch ist das römische Recht, wie es freilich das altgermanische auch war, sondern es läuft noch viel mehr auf Religionslosigkeit hinaus. Zwar von dem alten patricischen Rechte wäre das nicht zu sagen, denn das war, wie bei allen arischen Völkern, eng mit religiösen Vorstellungen und

*) Wir wollen bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, unsere Leser auf zwei Werke aufmerksam zu machen, welche über die weitgreifenden Wirkungen des römischen Rechtes ein helles Licht verbreiten, und doch bis heute wenig bekannt zu sein scheinen, nämlich „Der principielle Unterschied des römischen und germanischen Rechtes“ und „Die Reception des römischen Rechtes in Deutschland“, beide von Schmidt. Möchte der leider zu früh verstorbene Verfasser bald Nachfolger finden, welche die von ihm begonnenen Untersuchungen weiterführen, damit die Erkenntniß der Wahrheit endlich zum vollen Durchbruch gelangte!

Gebräuchen verflochten gewesen, allein dieses alte Recht verschwand schon unter der Republik vor dem neuen plebejischen Rechte, welches sich lediglich auf weltliche Rücksichten stützte. Mit einem Worte: auf den bloßen Willen der Menschen, welcher nur insoweit für gebunden gelten sollte, als er sich selbst binde. Daher die so überwiegende Bedeutung des Obligationenrechtes, welches das ganze römische Recht charakterisirt. Es ist demnach ein Recht, welches ohne alle Beziehung auf überweltliche Gebote oder Mächte rein für sich selbst gelten will. Gerade wie der heute sogenannte Rechtsstaat, bei welchem die römische Jurisprudenz jedenfalls Rathe stand, wenn ihr nicht sogar die Vaterschaft gebührt.

Wie unzulänglich ist aber der bloße Obligationensbegriff für die lebendigen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft! Das zeigt sich am deutlichsten an der jetzt so entschieden in den Vordergrund tretenden Arbeiterfrage. Denn die Arbeiter lediglich auf ihre Vertragsfreiheit zu verweisen, heißt entweder sie auf das Verhungern verweisen, oder sie dem schonungslosen Ausbeutungssystem der Capitalisten preisgeben, weil besitzlose Arbeiter keine wirklich freien Verträge schließen können, sondern thatsächlich zur Arbeit gezwungen sind. Finden sie also dabei keinen gesetzlichen Schutz, so bleibt nichts übrig, als daß sie sich selbst zu schützen suchen durch Coalitionen, die dann aber nothwendig zu einer gegen die besitzenden Klassen feindseligen Haltung führen, und zuletzt auf nichts anderes hinauslaufen werden als auf die sociale Revolution, die sich auch schon drohend genug ankündigt. Und doch ist vom Standpunkte des römischen Rechtes aus darüber nicht hinauszukommen. Denn von alle den — ganz unabhängig von dem Willen der Individuen — in der Natur der Arbeitsverhältnisse selbst liegenden Bedingungen weiß es nichts. Kurz gesagt: es kennt kein „Arbeitsrecht“, worauf hier wirklich alles ankommt. Noch kann auf Grund römischer Principien sich jemals ein solches Recht ausbilden, für dessen Idee innerhalb des römischen Gedankenkreises überhaupt keine Stelle zu finden wäre. Rathlos steht daher unsere so wesentlich von Romanismus durchdrungene Jurisprudenz der heutigen socialen Frage gegenüber. Und in

dieser ihrer Insuffizienz offenbart sich eben wieder der Geist des römischen Rechtes, als eines nicht von einem arbeitenden sondern von einem erobernden Volke ausgegangenen Rechtes, von welchem daher von vornherein nichts anderes zu erwarten ist, als daß es auf ein Ausbeutungssystem hinauslaufen wird.

So viel nun vorweg gesagt, ist es ferner eine natürliche Folge, daß ein sich auf den bloßen Willen stützendes Recht formalistisch werden muß. Es kommt dann nur darauf an: ob und in welcher Weise der Wille sich bestimmt hat, indessen der Inhalt solcher Bestimmung an und für sich willkürlich bleibt, so daß das Bindende nur in der Form der Bestimmung liegt. Und wie viel bedeutete die Formel im römischen Rechte! Wurde dieses Recht später auf einen ganz anderen Boden übertragen, als worauf es ursprünglich erwachsen war, und wo das lebendige Band mit den thatsächlichen Zuständen, welches doch im alten Rom gegeben war, von vorneherein fehlte, so mußte sich sein formalistischer Charakter dadurch nur umsomehr steigern, und folglich die moderne Jurisprudenz wohl noch formalistischer werden, als es schon die altrömische gewesen war. Die Völker haben das schwer empfunden. Bis heute noch herrscht darüber laute Klage, daß das formelle Recht das materielle überwuchert und so oft ganz ersticht. Daher denn auch das Sprüchwort geht: Juristen sind Formalisten, und wie man wohl hinzufügt: schlechte Christen.

Wir meinen ja nicht etwa, daß das Recht überhaupt der Form entbehren könne, die ihm vielmehr wesentlich ist, aber was bedeutet die Form ohne den Inhalt? Und der Inhalt muß unvermeidlich in den Hintergrund treten, sobald das Recht auf den bloßen Willen zurückgeführt wird, welcher dabei als souverän gilt, da wie gesagt das Bindende dann nur noch in der Form liegen kann. In Wahrheit aber ist es nichts mit solcher Souveränität des Willens, vielmehr der Wille zugleich von zwei Seiten her gebunden. Einmal nämlich von Seiten der Natur, auf deren Boden sich alles Wollen vollzieht, und über deren Gesetze der Wille doch selbst nichts vermag. Andererseits hingegen von

den über dem Willen stehenden ethischen Mächten, welche der Wille nicht nur selbst nicht zu beherrschen vermag, sondern denen er zu dienen hat. Nach jener Seite kann er nicht, was er will, sondern er muß, nach dieser Seite darf er nicht, was er will, sondern er soll. Wie also zwischen dem Können und Sollen das Dürfen liegt, so steht das Recht in der Mitte zwischen dem Natürlichen und Moralischen, und empfängt von diesen beiden Seiten her seinen substantiellen Gehalt. Denn das ist gerade die Bestimmung des Rechtes: daß dadurch das Moralische (an und für sich Uebernatürliche) dem Natürlichen eingebildet werden soll, und dies geschieht wirklich durch die Formthätigkeit des Rechtes. Das Recht ist demnach wesentlich formell — ein formloses Recht ist ein Unding — aber wie hier betrachtet, so ist es nicht bloße Form sondern inhaltvolle Form. Weil man aber das Recht nicht so betrachtete, sondern vielmehr die Jurisprudenz (welche ebenso die Kenntniß des Natürlichen, als des Moralischen zu ihrer unentbehrlichen Voraussetzung hat) wie eine für sich selbst bestehende Wissenschaft behandelte, welche kurzweg auf dem Corpus juris beruhen sollte, so wurde sie formalistisch, d. h. sich in Formen ohne Inhalt ergehend.

Wesentlich ist dabei auch dies noch zu bemerken, daß, wie die Erkenntniß des Natürlichen von der Induction ausgeht, während hingegen das Moralische principaliter durch Intuition erfaßt wird, so auch zwischen diesen beiden Erkenntnißarten wiederum eine mittlere liegt, d. i. die Deduction, welche offenbar die Rechtswissenschaft charakterisirt. Für sich allein kann indessen keine dieser drei Erkenntnißarten genügen, sondern überall müssen sie zusammenwirken um zur vollen und wahren Erkenntniß zu führen. Die bloße Intuition würde keine Ethik zu Stande bringen, wie die bloße Induction keine Physik. Wollte sich nun die Jurisprudenz zu einer rein für sich bestehenden Wissenschaft constituiren, so konnte es kaum anders geschehen, als daß dadurch die Deduction zur Alleinherrschaft in ihr gelangte. Fehlte ihr also die Intuition, so entschwanden ihr damit alle höheren Beziehungen, und fehlte ihr die Induction, so verschwand die Beziehung auf die realen Lebensverhältnisse. Man wird wohl zu-

geben, daß eben dies die beiden Grundmängel sind, woran die Jurisprudenz laborirt.

Tieffinn, welcher wesentlich Intuition voraussetzt, wird nach dem Vorgesagten der Jurisprudenz nicht eigen sein, wohl aber Scharffinn, der sich eben in Deductionen zeigt. So rühmt man denn auch die Jurisprudenz als die beste Schule des Scharffinns. Wenn nur dieser Scharffinn nicht allzu oft sich so haltungslos erwieße, daß mit denselben guten Gründen zugleich das Eine und das Andere deducirt wird! Schon bei den altrömischen Juristen herrschten darum viele entgegengesetzte Lehrmeinungen, nach Erneuerung der römischen Jurisprudenz war es wieder so, und ist bis heute nicht anders. Welche Unsicherheit muß daraus für die praktische Handhabung des Rechtes entspringen! Der Ausgang der Prozesse wird dadurch oft zu einem Hazardspiel. Und das ist so allbekannt und wird so tief gefühlt, daß der gemeine Mann, wenn er seinen Prozeß verliert, ganz einfach sagt: er habe verspielt.

Endlich ist es nun diese formalistische Jurisprudenz, welche hinterher wieder die moderne Staatswissenschaft schuf, nur daß andererseits die speculative Philosophie mithalf, deren abstracte Begriffe aber auch nicht zum Guten führen konnten. Beide Fehler vereinigend, wurde also die Staatslehre zugleich formalistisch und abstract. Und danach mußten wohl ihre Früchte sein.

Zeuge dessen insbesondere die constitutionelle Doctrin, als Hauptproduct der modernen Staatswissenschaft, und worauf sie am allerstolzesten ist. Wie hat man diese Entdeckung gepriesen, und mit welchen Hoffnungen hat man überall den Constitutionalismus begrüßt, wo man endlich damit beglückt wurde! Hinterher aber zeigte sich überall, daß dieses abstracte Wesen doch nirgends das Gefühl des Volkes für sich gewann, und wer die Sache durchschaute, wie sie sich in Wirklichkeit gestaltete, bemerkte alsbald, daß es eben ganz anders zuginge, als es nach der Doctrin zugehen sollte, und was in Parlamentssaale vor den Augen des Publikums aufgeführt wurde, in der That eine Comödie war. Leere Formen also hatte man geschaffen. So zeigte sich desgleichen, — und die Erfahrung bestätigt es bis heute

in allen nach der Doctrin gebildeten Parlamenten, — wie in dem sogenannten Volks Hause vorzugsweise Juristen und juristisch gebildete Beamte das große Wort führen, wozu in Deutschland dann noch die Professoren hinzukommen, während die Grundbesitzer und Gewerbsleute, als der reale Kern des Volkes, sich weit weniger geltend machen können, die große Masse des von seiner Hände Arbeit lebenden Volkes aber, trotz des allgemeinen Stimmrechtes, im Parlamente kaum jemals wirklich vertreten ist. Der handgreiflichste Beweis dafür, wie wenig solche Verfassungen aus dem Volke selbst hervorwachsen, noch auch hinterher im Volke Wurzel schlugen, sondern nur in denjenigen Klassen ihr Scheinleben fortführen, wo auch allein die Renaissance ihren Boden finden konnte. Die Führerschaft mußte da ganz von selbst den mit dem römischen Rechte vertrauten Kreisen zufallen. So ist es geschehen und so geschieht es noch immer*).

8.

Selbst Hr. v. Mohl gilt es noch keineswegs für ausgemacht: ob der sogenannte Rechtsstaat schon der Abschluß der modernen Civilisation sei, oder nicht vielleicht etwas anderes dafür an die Stelle treten könne. Er hat dies schon wiederholt erklärt, und es klingt ganz so, als ob er nach seiner persönlichen Ueberzeugung keinen vollen Glauben an die Zukunft des Rechtsstaates habe, von dessen Unzulänglichkeit ihn also doch ein leises Gefühl beschleichen mag. Wunderbar nur, daß er trotzdem ein ganzes langes Leben der inneren Ausbildung der rechtsstaatlichen Theorie widmen konnte, wodurch er seinerseits nicht wenig dazu beigetragen hat, daß sich die Herrschaft derselben bei uns befestigte.

*) Das abstracte und formalistische Wesen der Rechtsstaatsstheorie, welcher nicht minder das Verständniß für die natürlichen und resp. geschichtlichen Grundlagen der Staaten als für die in der Staatsgesellschaft waltenden moralischen Kräfte fehlt, ist schon in meiner „Vorschule zur Physiologie der Staaten“ gekennzeichnet. Eine tiefere Behandlung desselben Themas habe ich in der „Naturlehre des Staates“ unternommen, woraus die vorstehenden Sätze gewissermaßen die Quintessenz enthalten.

Warum hat er seine Geisteskraft niemals darauf gerichtet: ob und wie über die rechtsstaatliche Theorie hinauszukommen sei? Aber freilich hätte Intuition dazu gehört, um Gedanken zu fassen, welche auf neue Bahnen führen konnten, und die fehlte ihm gerade, indem sein Denken sich nur in Definitionen, Reflexionen und Deductionen bewegt. So ist es ihm leider geschehen, daß er, anstatt im Fortschritt seiner Studien sich zu höheren Ideen zu erheben, sich selbst zuletzt in den National-liberalismus hineineducirte.

Uebrigens befindet sich die ganze Gesellschaft unserer Constitutionellen, mit gewiß seltenen Ausnahmen, in dem gleichen Falle, daß sie ihren so hoch und theuer beschworenen und so laut gepriesenen Constitutionalismus doch in dem stillen Kämmerlein ihres Herzens mit sehr bedenklicher Miene betrachten. Das so häufige Zusammenbrechen selbst der regelrechtsten Constitutionen gibt ihnen auch reichlich Veranlassung dazu. Denn ganz im Gegensatz zu der geltenden Doctrin geschah es bei solchem Zusammenbruch, daß die Völker sich keineswegs an das verantwortliche Ministerium hielten, sondern an den unverantwortlichen König, und die ganze Dynastie darüber zu Grunde ging. Eine thatfächliche Kritik von drastischer Wirkung. Und wenn es dem constitutionell-monarchischen Rechtsstaat so erging, so ist es den ja ebenfalls zur rechtsstaatlichen Gattung gehörenden Republiken, welche man nach theoretischem Muster construirt hatte, schon wiederholt nicht besser ergangen.

Rechtsstaat! -- hat er sich nicht oft genug vielmehr als Gewaltstaat documentirt, in welchem die Gewalt nur den Mantel des Rechtes trägt, mit welchem sie dienstwillige Juristen und Staatsgelehrte alsbald bekleideten, sobald die Gewalt gesiegt hatte? Auch durch 66 wurde ja nach Hrn. v. Mohl ein neuer Rechtsstaat geschaffen. Der Mantel konnte da nicht fehlen, und er selbst hat noch einige Treppen daran genäht, um ihm ein desto brillanteres Aussehen zu geben, nachdem die Hauptarbeit schon Andere gethan. Die Palme dürfte dabei vor allen Hrn. Gneist gebühren, der für die Kunst rechtsstaatlicher Costümirung ein solches Talent, und dabei solche Kühnheit der Conception bewiesen,

daß er wohl zum grand maître de la garde-robe des neuen deutschen Rechtsstaates ernannt zu werden verdiente. Hat doch dieser Mann sogar herausgebracht, daß die Annexionen vielmehr „legitime Reunionen“ waren, wonach wohl Hannover, Hessen u. s. w. ehemals von Preußen abgerissene Provinzen gewesen sein müssen. Das soll ihm Einer nachmachen! Aber in allem Ernst gesprochen: die Cuirassieruniform steht dem Schöpfer des neuen Reiches ohne Zweifel besser, als wenn er in dem Rechtsstaatsmantel einhereschreiten soll.

Ein altes Wort: mundus vult decipi, und Kleider machen Leute. So läßt sich denn die Welt zwar leicht genug täuschen, allein allmählig pflegt sie doch die Täuschung zu bemerken, und was die rechtsstaatliche Bemantelung anbetrifft, so dürften darüber schon gar viele genugsam enttäuscht sein, um sich durch das Gerede von dem Rechtsstaat nicht weiter imponiren zu lassen. Wer auch sonst noch daran glaubte, der muß wohl endlich an seinem Glauben irre werden durch das Verhalten, welches die sogenannten Rechtsstaaten unter einander selbst beobachten, und wovon sich die Folgen den unter Kriegs- und Steuerlasten kuckenden Völkern allzu fühlbar machen, als daß sich nicht schon allgemein die Sehnsucht nach Beseitigung dieses trostlosen Zustandes ausspräche. Einmal dann auf diesen Gedanken geführt, braucht man ja nur die Rechtsstaaten beim Worte zu halten, und es entsteht die unabweisbare Forderung, daß sie in allen ihren gegenseitigen Streitigkeiten sich selbst dem Rechte zu unterwerfen haben, anstatt nach bisherigem Brauch frischweg an die Gewalt zu appelliren, was doch so schlecht zu dem rechtsstaatlichen Namen passen will. Dieses aber zugegeben, läuft solche Forderung auf nichts geringeres hinaus, als die sämtlichen Rechtsstaaten ihrer bisherigen Souveränität in soweit zu entkleiden, daß sie sich einer gemeinsamen höheren Autorität unterwerfen, welche eben dem Rechte selbst zukäme. Und practisch betrachtet, führt das auf die Forderung der internationalen Föderation.

Das ist das Erste, wodurch die rechtsstaatliche Theorie dergestalt über sich selbst hinausgetrieben wird, daß sie dabet in sich selbst zusammenbricht. Denn alle ihre Lehren, die (wie wir wissen)

sich in der Idee des Staatszweckes concentriren, beruhen damit auf der Voraussetzung, daß der Staat ein für sich selbst bestehendes und sich selbst genügendes Wesen sein und bleiben solle, mit welcher Voraussetzung demnach die ganze Theorie steht und fällt. Das war es ja, um deswillen die Staaten sich möglichst vergrößern, und durch die Centralisation den Effect ihrer Kräfte erhöhen sollten, damit sie sich selbst genügen könnten, und um deswillen dann alle daraus folgenden Uebelstände mit in den Kauf zu nehmen wären. Gelten hingegen über den Staatszweck hinaus noch höhere Zwecke, und ist vielmehr die Selbstgenügsamkeit des Staates eine Chimäre, so fallen damit auch die bisherigen Motive der Vergrößerungs- und Centralisationsucht, und das hat die weitreichendsten Folgen. Nicht bloß für das äußere Verhalten der Staaten, sondern nicht minder für ihre innere Verfassung, die dann selbst nach den Bedingungen der Föderation berechnet sein muß. Aus dem heutigen Constitutionalismus wird dadurch allmählig etwas ganz anderes werden. Er hat angesichts dieser föderativen Forderung keine Zukunft mehr.

Das Zweite sind die socialistischen Tendenzen, welche in der großen Masse der arbeitenden Klassen Wurzel gefaßt haben, und im schnellen Fortschritt immer weiter um sich greifen. Ist der Socialismus zwar einerseits selbst durch den Liberalismus hervorgerufen, — mit welchem er den falschen Rechtsbegriff theilt, wonach das Recht auf dem bloßen Willen beruhen soll, — so steht er doch andererseits im schneidendsten Gegensatz zu dem mit dem Liberalismus gegebenen Individualismus, gegen welchen er als eine Reaction erscheint, und unter diesem Gesichtspunkte haben wir ihn zu betrachten. Auch da zeigt die rechtsstaatliche Theorie wieder ganz unvermeidlich ihre Unzulänglichkeit, weil sie die sociale Organisation von Anfang an ignorirt hatte, das Volk nur für einen Haufen von Staatsbürgern betrachtend. Was wird sie hinterher für die sociale Frage zu leisten vermögen? Mit den kleinen Mittelchen der Suppenanstalten, Sparvereine, Vorshußvereine und dergleichen ist da nicht zu helfen. Die Fabrikinspektoren thun es auch nicht, denn trotzdem wächst der innere Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der Capitalisten-Herrschaft, wogegen

die rechtsstaatliche Gesetzgebung nur mit Palliativen ankämpft, welche die Kluft nicht ausfüllen. Haben wir doch durch unsere genetische Betrachtung der modernen Staatslehre erkannt, wie sie ganz unvermeidlich zum Bourgeoisestaat führen mußte, während andererseits auch die Thatsache vorliegt, daß gleichzeitig mit der modernen Staatslehre die seitdem herrschende Bourgeoisie-Ökonomie emporkam, und beide überall ineinandergreifen. Von dem Katheder wie von der Tribüne herab reichen sie sich die Hände, und mit den beiderseitigen Theoretikern fraternisieren als Praktiker die Gründer; die Presse ruft ihr Bravo dazu.

Es ist ja leicht hingesprochen, wenn unsere Hossocialisten im Bunde mit den Kathedersocialisten — man denke unter dem Präsidium des Hrn. Gneist! — jetzt meinen, daß eben der Rechtsstaat selbst die sociale Aufgabe in die Hand nehmen und in seiner Weise lösen solle. Es wird niemals etwas Rechtes daraus werden. Denn möchte er auch den Willen und die Einsicht dazu besitzen, was doch schwerlich der Fall sein dürfte, — gilt nicht dem heutigen Rechtsstaate die Militärorganisation für sehr viel wichtiger als die Organisation der Arbeit? Und kann bei einem Zustande, wo die Existenz der Staaten selbst fortwährend auf dem Pulverfasse steht, überhaupt nur ernstlich an solche Aufgabe gedacht werden? Da müßte erst ein sicherer Friedensstand gewonnen sein, wie ihn nur das Föderativsystem verspricht. Inzwischen werden die häufigen Kriege, wie die Lasten der permanenten Kriegsbereitschaft, die sociale Spannung immer mehr steigern, und indem das damit verbundene Schuldenwesen die Staatsgewalten selbst in die Abhängigkeit von der Börse bringt, verschwindet die Aussicht zu einer vom Staate ausgehenden Reform nur um so mehr. Man wird schon zugeben müssen: diese Frage reicht ihrem inneren Wesen nach über den Staat als solchen hinaus, sie ist mit einem Worte eine überstaatliche zu nennen. Und zwar in doppelter Hinsicht, weil erstens die socialen Verhältnisse nur wenig durch die in den einzelnen Staaten bestehenden Regierungsformen bedingt sind, so daß selbst der Unterschied von Monarchie und Republik in der Hauptsache nichts ändert, und weil sie zweitens noch weniger an die Staatsgrenzen gebunden sind, so daß

es hier nicht auf preußische oder deutsche Zustände ankommt, sondern auf Zustände, welche dormalen in der ganzen civilisirten Welt bestehen. Ueberall herrscht das Capital, und wenn die großen Börsenmagnaten vermittelt des Credits schon eine so die ganze Welt umspannende Geldherrschaft begründet haben, daß dieselbe wirklich das Universalreich unserer Tage bildet, so haben die Socialisten den ganz richtigen Instinkt bewiesen, daß sie auch ihrerseits eine internationale Organisation anstreben. Damit treffen sie nach dieser Seite mit den Föderalisten zusammen, obgleich ihnen die internationale Organisation nur als Mittel gilt, während sie für den Föderalismus das direkte Ziel ist.

Drittens endlich der unvermeidliche Conflict mit der Kirche. Unvermeidlich, weil der Staat seine eigenen Zwecke und Interessen zur Alleinherrschaft erheben, und alles, was innerhalb der Staatsgrenzen besteht, auch seiner Gesetzgebung unterwerfen will, während die Kirche auf einem von dem Staate ganz unabhängigen idealen Grunde zu ruhen, und überstaatliche Zwecke zu verfolgen behauptet. Sie muß das behaupten, denn ohne diese Behauptung hörte sie auf die Kirche Christi zu sein, der nicht für den Staat, sondern als Welterlöser am Kreuze gestorben ist. Tritt dieses Wesen der Kirche auf katholischem Gebiete schon in ihrer äußeren Organisation hervor, so gilt es doch für die evangelische Kirche im Kern der Sache nicht minder. Und ließ sie sich trotzdem Jahrhunderte lang immer mehr in die Neze der Staatsraison hineinziehen, so mußte endlich wohl der Punkt kommen, wo das Bewußtsein darüber erwachte, daß sie den Forderungen des Staates den Gehorsam zu verweigern habe, oder sie würde von der Staatsgewalt verschlungen werden.

Dieses Bewußtsein beginnt zu erwachen. Es hat sich schon offen und laut ausgesprochen in dem muthigen Widerstande der heftigen Kirche. Zwar äußerlich betrachtet nur ein geringer Anfang, aber der erste entscheidende Schritt zu einem großen Ziele, und zur Zeit jedenfalls die bedeutsamste Erscheinung auf dem ganzen Gebiete der deutschen evangelischen Kirche. Der kann kein Heil erblühen, außer das seit der Reformation bestehende Provisorium, wonach das Kirchenregiment thatsächlich der Staatsgewalt

zufiel, muß endlich aufhören, und die Kirche fortan auf eigenen Füßen stehen; ihren Blick auf ihren himmlischen König richtend, nicht aber auf die weltlichen Kronenträger, von deren Anspruch auf das Kirchenregiment das Evangelium nichts weiß. Haben sie gleichwohl dasselbe bisher gewissermaßen als ein Depositum innegehabt, so ist eben dieses Depositum im Namen seines wahren Herren zurückzufordern. Mag das auch nicht ohne Kampf abgehen, dieser Kampf wird Kräfte wecken, und hinterher zu den heilsamsten Folgen führen für das ganze Geistesleben des protestantischen Deutschlands.

Ja noch mehr als das: es ist damit zugleich die Aussicht eröffnet zu einem innern Ausgleich zwischen unsern beiden großen Confessionen. Denn der dreihundertjährige Kampf zwischen Protestantismus und Katholicismus, — ein Kampf, welchen der moderne Staat gar trefflich zu seinem Vortheil auszubeuten mußte, tritt dadurch auf einmal ganz in den Hintergrund vor der alle anderen Differenzen überragenden Frage: ob Christenthum oder Staatsathum? Für den Christen braucht diese Frage nur gestellt zu sein, so ist sie auch beantwortet. Und indem sie von beiden Confessionen in gleicher Weise beantwortet wird, ist damit auch ein positives Einheitsband gegeben, kraft dessen sich beide als auf demselben Grunde stehend fühlen werden. Hat aber jene Frage für den modernen Rechtsstaat so gut wie gar nicht existirt, so hindert das nicht, daß sie gleichwohl für die ganze christliche Welt existirt, und eben daran der Bankrott der modernen Staatslehre zum vollen Ausbruch kommen wird.

9.

So gewiß die moderne Staatsentwicklung von der Renaissance herdatirt, welche ihrerseits wiederum den Bruch mit dem Christenthum zu ihrer Voraussetzung hatte, so gewiß kann der jetzt bevorstehende Umschwung nur auf der Rückkehr zum Christenthum beruhen. Das ist es daher, worauf principiell alles ankommt: ob der „Principe“ Machiavelli's, welcher bis heute noch in der politischen Theorie wie in der politischen Praxis spukt, wirklich der Fürst der Welt sein, oder nicht vielmehr vor Jesus Christus

in den Staub sinken soll, als dem allein wahrhaftigen Könige von Gottes Gnaden, von welchem alles andere Gottesgnadenthum nur zu Lehn geht.

Mit dieser Frage soll man jetzt den Staaten auf den Leib rücken: ob sie das anerkennen, daß Christus ihr Herr und Meister ist? Man wird es ruhig abwarten dürfen, welche Staatsgewalt in der christlichen Welt mit einem runden „Nein“ darauf zu antworten wagen wird. Denn zwar ist es wirklich einmal geschehen, daß unser Herr Christus ausdrücklich von Staatswegen verworfen wurde, aber das war auch eben die Schreckenszeit, und geschah doch nur von einer im wilden Aufruhr emporgekommenen, nicht von einer regelmäßig constituirten Gewalt. Von da an begann dann vielmehr der Rückgang der antichristlichen Tendenzen, und damit das Wiedererwachen der christlichen Tendenzen, in deren unaufhaltsamem Fortschritte der heutige Versuch zur Erneuerung eines heidnischen Staatsabsolutismus nur als ein Zwischenfall anzusehen ist. Ein Zwischenfall, der zwar eigentlich einen reinen Anachronismus bildet, und dadurch schon an und für sich gerichtet ist, — denn heute in das Zeitalter der Encyclopädisten zurückspringen zu wollen, und das noch obenein in dem gelehrten Deutschland, ist wahrlich ein salto mortale in vollster Form zu nennen, — ein Zwischenfall aber, der gleichwohl die große Bedeutung hat, es dem wiedererwachten christlichen Geiste nun erst recht zum Bewußtsein zu bringen, daß ihm allein die Herrschaft gebührt, und daß er um deswillen auch verpflichtet ist mit allen Kräften die Herbeiführung eines Zustandes anzustreben, durch welchen den antichristlichen Tendenzen die Möglichkeit genommen wird, noch einmal mit derartigen Experimenten hervorzutreten. Darum also jetzt die kategorische Frage: ob die Herren Rechtsstaaten das Königthum unseres Herren Christus anerkennen wollen oder nicht? Und wenn sie das „Nein“ nicht wagen, so wird man sie schon dahin zu bringen wissen, daß sie auch seine Gebote zu respektiren haben.

Nur vom Standpunkte des Christenthums aus können die Aufgaben gelöst werden, an denen die moderne Staatslehre wie

die modernen Staaten selbst viel mehr ihre Unzulänglichkeit beweisen. Zuverlässigst darum die internationale Aufgabe.

Bildet nach christlicher Anschauung die ganze Menschheit nur eine Familie, und sind folglich die sich christlich nennenden Völker um deswillen verpflichtet, sich selbst als Glieder solcher Familie zu betrachten, und sich demgemäß in ihrem gegenseitigen Verkehr zu behandeln, bei allen ihren Unternehmungen aber nur Gott die Ehre zu geben, so hat die mit der Renaissance erneuerte heidnische Weltansicht vielmehr dahin geführt, daß die einzelnen Völker und Staaten principaliter sich nicht als Glieder einer großen Gemeinschaft, sondern als für sich selbst bestehende Wesen betrachten, welche darum auch nur ihre eigene Ehre und Größe anzustreben und dies sich ausdrücklich zum Zweck zu setzen hätten. Wie könnten sie aber groß und mächtig werden, als durch Unterdrückung ihrer schwächeren Nachbarn, und wird dann nicht jeder Mächtige zuletzt doch auf einen noch Mächtigeren stoßen? Ein sicherer Friedenszustand wird dadurch praktisch unmöglich. Und die Theorie mußte auch nichts besseres als, neben schwächtlichen Humanitätsgründen, sich zumeist auf die Nützlichkeit eines friedlichen Verkehrs zu stützen, welche Ansicht schließlich durch die Manchester Schule feierlich auf den Thron erhoben wurde. Wegen der falschen Voraussetzung konnte es auch nicht anders kommen. Geht man einmal von dem Staate als einem für sich bestehenden Wesen aus, so wird das Völkerrecht nur noch ein Anhängsel zum Staatsrecht. Principaliter soll es dann eben nur den äußeren Verkehr der Staaten betreffen, und dieses zugegeben, so wird es den Staaten selbst als etwas Außerliches gelten, um das sie sich nur wenig zu kümmern hätten. Wie auch andererseits die Staatsgelehrten desgleichen thun, indem nicht wenige das Völkerrecht in ihren Theorien rundweg bei Seite lassen, und wirklich so argumentiren, als ob außer dem Staate gar nichts existire. Nach christlicher Weltanschauung hingegen steht die Sache ganz umgekehrt. Da nimmt vielmehr das Völkerrecht die erste Stelle ein, das Staatsrecht nur die zweite. So erst empfängt die Forderung der internationalen Föderation die moralische Kraft, wodurch sie sich praktisch geltend machen kann.

Eben so verhält es sich mit der socialen Forderung der Organisation der Arbeit. Hatte das Heidenthum die Arbeit verachtet, indem es sie zu einem Sklavendienste machte, so hat sie das Christenthum geheiligt, indem es die Arbeit vielmehr zur Pflicht machte, und auch der geringsten Arbeit die Bedeutung gab, daß sie im Dienste Gottes und zur Ehre Gottes geschehen soll. Welch eine beklagenswerthe Verirrung daher, wenn heute die vornehmsten Stimmführer des Socialismus ihre Zwecke vielmehr nur auf den Trümmern des Christenthums zu erreichen hoffen, und den arbeitenden Klassen zuvor erst das Evangelium nehmen zu müssen glauben, um ihnen dann hinterher Brod geben zu können! Als Steine werden sich ihre Versprechungen erweisen, nicht als Brod.

Arme Thoren, die nicht sehen, wie gerade in dem Evangelium die sicherste Hoffnung, wie die höchste Ehre des Arbeiters liegt! Ist es denn nicht ganz vorzugsweise den Armen gepredigt? Oder wo wäre über die Plutokratie ein so vernichtendes Urtheil gesprochen, als wenn das Evangelium in dem Reichtum schlechtweg ein Hinderniß zur Seligkeit erblickt, und wenn es den reichen Mann in die Hölle schießt, indessen der arme Lazarus in Abrahams Schooße sitzt? Das heißt ja wahrlich nichts anderes: als der Plutokratie in einem christlichen Staate rundweg das Recht der Existenz absprechen. Wie wunderbar doch, daß das Heil der arbeitenden Klassen von dem Sturze solcher Lehre abhängen soll! Und was waren ferner die Leute, welche unser Herr Christus zu seinen Jüngern und Aposteln erkor, und deren Worte nun schon seit achtzehn Jahrhunderten eine Autorität besitzen, wie sie nie ein Philosophen- oder Dichterwort gewonnen hat? Leute aus dem Volke — wie man heute sagen würde — waren es, geringe Fischer und Handwerker. Begreiflich genug, wenn der Hochmuth der Gelehrten daran bis heute so großen Anstoß nimmt, daß solche Leute gewürdigt sein sollten, in tiefere Geheimnisse eingeweiht zu werden, als in irgend einer Studirstube oder Bibliothek zu ergründen wären, gerade wie auch schon zu Christi Zeiten selbst die Schriftgelehrten und Pharisäer ihren Spott darüber hatten, allein es steht geschrieben: „Die Weisheit dieser Welt ist Thorheit bei Gott.“ Hat es nun also

der göttlichen Weisheit gefallen, solchen schlichten ungelehrten Leuten zu offenbaren, was die Weisheit dieser Welt nicht zu entdecken vermochte, — das, meine ich, geht doch noch himmelhoch über die Volksfreundlichkeit hinaus, womit ein demokratischer Professor dann und wann so gnädig ist, von seinem Ratheder herab in eine Volksversammlung zu treten. Hat denn so ein demokratischer Professor nicht einmal ein Gefühl für die ungeheure Kraft, die schon in der volksthümlichen Sprache der Bibel liegt, und die noch bis heute kein Volkschriftsteller oder Volksredner zu erreichen vermochte? Und trotzdem sollte das Volk die Expectationen eines aufgeblasenen Gelehrten für besser erachten, als was einst jenen Männern aus dem Volke durch Gottes Gnade zu sagen gegeben war? Wenn das nicht demokratisch sein sollen-der Humbug ist, so kenne ich keinen.

Es müßte ja Wunder nehmen, daß solcher Humbug jemals aufkommen konnte, und so Viele sich dadurch täuschen ließen, läge nicht leider die Thatsache vor, daß die Kirche gerade die Entwicklung der socialen Principien des Christenthums nur allzu sehr verabsäumt, und dadurch das Christenthum in den Augen der arbeitenden Klassen so zu sagen selbst discreditirt hat, indem sie sich statt dessen vorzugsweise nur mit Dogma und Cultus, wie mit ihrer eigenen Verfassung beschäftigte. Dazu kam die Verquickung der Kirche mit der weltlichen Macht. Waren ihre Häupter und Lehrer selbst zu weltlichen Herren geworden, die überall unter den Großen des Landes die erste Stelle einnahmen, so wurden sie dadurch auch in die Interessen der Macht hineingezogen, sie konnten ihrem Berufe für das Volk zu wirken nicht mehr entsprechen. Es ist daher ein Segen für die Kirche, daß sie diese äußerliche herrschaftliche Stellung, nebst ihrem unermeßlichen Güterbesitz, worin einst schon der heilige Bernhard ihr Verderben erblickte, im Laufe der Zeit wieder verloren hat. Freilich haben die Staatsgewalten, die sie dessen beraubten, das nicht um der Kirche willen gethan, gegen die sie damit vielmehr den wirksamsten Schlag auszuführen gedachten, hinterher aber mußte sich die entgegengesetzte Wirkung zeigen. Je ärmer die Kirche an äußeren Machtmitteln wird, um so mehr wird sie sich

als geistige Macht aufthun, und um so besser kann sie die Aufgabe erfassen, die socialen Principien des Christenthums zur Geltung zu bringen.

Allein selbst das redlichste Streben würde dennoch fruchtlos bleiben, wenn nicht als wesentliche Bedingung des Erfolges noch etwas andres hinzukäme. Will sagen: das rechte Verständniß der Aufgabe, und also eine eben so umfassende als tiefgehende Kenntniß der socialen Verhältnisse, wozu dann wieder eine eingreifende Reform der theologischen Studien gehören würde. Mit Dogmatik, oder Kirchengeschichte und Kirchenrecht, ist da nichts auszurichten, wo es sich vielmehr um Dinge handelt, die an und für sich ganz außerhalb des Gebietes derjenigen Fragen liegen, worauf sich unmittelbar die christliche Offenbarung bezieht, — Dinge, die aber gleichwohl nach christlichen Ideen geordnet werden sollen, und wobei dann eben die Häupter und Lehrer der Kirche als Organe zu dienen hätten. Wie vermöchten sie das ohne volle Bekanntschaft mit dem dabei zu verarbeitenden Material, und zwar eben so nach seiner thatsächlichen Beschaffenheit, als nach seinen inneren Kräften und den äußeren Bedingungen, welchen es unterworfen ist? Mit einem Worte: es gehört die Kenntniß des gesammten socialen Organismus dazu. Eine Kenntniß, welche den Männern der Kirche noch um vieles nothwendiger ist als Kenntniß der Staatsverhältnisse, deren sie doch auch nicht ganz entbehren können, wie desgleichen der völkerrechtlichen Verhältnisse, so gewiß, als der Geist des Christenthums die ganze Welt durchdringen soll.

Freilich müßte dann die Theologie in gewissem Sinn zu einer Universalwissenschaft werden, aber da ist wirklich kein anderer Rath. Denn das wäre nur eine halbe Theologie, die nichts davon verstünde: wie das Wort Gottes in die Weltverhältnisse einzulösen sei, da es sich doch als lebendige Kraft bewähren soll. Hat sich nicht der Gottessohn andrerseits auch „des Menschen Sohn“ genannt, und was wäre es mit diesem Namen, wenn das Christenthum nicht zugleich alles Menschliche umfaßte? Ja, das gerade ist das Zeugniß seines eignen übermenschlichen Wesens, daß es zugleich alles Menschliche einschließt. Sonst wäre

es nur etwas Neben menschliches oder Außer menschliches, und so hätten vielleicht diejenigen ganz Recht, welchen „Humanität“ noch für höher gilt als Christenthum, während es sich aber deshalb ganz umgekehrt verhält, weil das Christenthum an und für sich schon alle Humanität einschließt. Darüber kann kein Zweifel sein. Und wenn dem so ist, so müssen die Repräsentanten des christlichen Geistes sich in den Mittelpunkt alles Lebens stellen, oder wenn sie das nicht thun, so verleugnen sie selbst das Christenthum. Und was Wunder, wenn es in Folge dessen auch von den Völkern verleugnet würde? Es wäre dann eben das dumm gewordene Salz, welches man wegwirft, wie das Evangelium selbst sagt.

Werden also erst die Häupter und Lehrer der Kirche ihre wahre Stellung begreifen, dann werden auch die Socialisten begreifen, daß nur das Christenthum zu einer Organisation der Arbeit führen kann, die, richtig verstanden, wirklich nichts anderes als die sociale Seite des Christenthums selbst ist. Gerade wie die Föderation seine internationale Seite bildet.

10.

Nicht die alte Trias politica, woran sich die moderne Staatslehre zerarbeitet hat, und die noch bis heute ihren Kern bildet, d. h. die Lehre von der gesetzgebenden, ausübenden und richterlichen Gewalt, nebst deren gegenseitiger Stellung, sondern das erst sind die drei großen Fragen, von welchen die Zukunft der Welt abhängt, und die auch wirklich schon heute die Welt bewegen:

die internationale Frage,
 die sociale Frage,
 die kirchliche Frage,

und wir haben gesehen, wie innig diese Fragen unter sich selbst zusammenhängen. Alle drei sind etwas viel anderes als bloße Staatsfragen, sondern überstaatllich sind sie im buchstäblichsten Sinne des Wortes. Das aber bezeichnet dann auch den Bankrott der modernen Staatslehre, daß diese wirklich großen Fragen so weit über ihren Horizont hinausgehen.

Und wie sehr dem wirklich so ist, davon liegt uns jetzt der deutlichste Beweis vor Augen in unserem deutschen Vaterlande, weil Deutschland schon an und für sich selbst ein überstaatliches Wesen ist, wie es auch früherhin nie als ein Staat gegolten hat. Gleichwohl will man es jetzt mit allen Kräften dazu machen. Auch momentan mit augenfälligstem Erfolge, so daß wir seit 66 uns wirklich auf dem geraden Wege zum Ziele befänden, — vorausgesetzt nur, daß eben „der deutsche Staat“ das wahre Ziel unserer Entwicklung wäre. Weil aber die Nationalliberalen ausdrücklich den deutschen Staat zu ihrem Feldgeschrei machen, so sage ich: daß sie nichts von Deutschland verstehen, und in allewege nur leichte Schwäger und falsche Propheten sind. In Schafskleidern einhersehreitend, innerlich aber reißende Wölfe, so gewiß ihr Treiben thatsächlich auf nichts anderes hinausläuft, als daß bald das ganze deutsche Leben in den unersättlichen Schlund des centralisirten Militärstaates verfänke, und zur Beute des Gründerthums würde, mit welchem sie im innigsten Bunde stehen. Jetzt aber aufgepaßt, und sie selbst werden sogleich sehen, wie die schlichteste Wahrheit ihr ganzes Lügensystem zu Schanden macht.

Denn leicht genug ist es wohl zu fassen, daß es zwischen dem staatsrechtlichen und dem völkerrechtlichen Gebiete noch ein mittleres geben wird. Lautet ein alter Satz: daß die Natur keinen Sprung macht, so gilt das auch in der politischen Welt. Oder richtiger gesagt: es soll dort keinen Sprung geben, denn wir befinden uns da auf dem Boden der Freiheit, und die Freiheit kann freilich auch das Verkehrte versuchen, nur schlägt ein solcher Versuch zum Verderben aus, wodurch sein Resultat schließlich in sich selbst zusammenbricht. Und das Verderbliche ist in diesem Falle, daß, wenn Staatsrecht und Völkerrecht unvermittelt nebeneinander stehen, und dabei von dem Staatsrecht ausgegangen wird, dann hinterher aus dem Völkerrechte nichts Wirkliches werden kann. Daher eben kommt der halbbarbarische Zustand permanenter Kriegsbereitschaft, wie ihn selbst Hr. v. Mohl nannte. Hätte man sich nicht in den Staatsbegriff verrannt, demselben eine Absolutheit zuschreibend, die ihm gar nicht zukommt, so würde man selbst auf rein rationalem Wege

dahin gelangt sein, es als ein Postulat auszusprechen: daß ein solches Mittleres, wie wir es soeben bezeichnet, wenn es etwa nicht da wäre, jedenfalls gesucht werden müsse.

Es ist aber der Anlage nach schon da, und längst dagewesen. Will sagen: in dem ehemaligen deutschen Reiche und dem darauf gefolgten deutschen Bunde, mit welchen beiden es sich genau so verhielt, daß sie weder ein rein staatsrechtliches noch ein rein völkerrechtliches Gebilde waren, sondern offenbar ein Mittleres zwischen diesem und jenem. Auch weder ein Staatenbund noch ein Bundesstaat, sondern etwas, was aus dem Umkreise des Staatsbegriffes überhaupt heraustritt, und daher für sich selbst ein Wesen eigener Art bildet. Will man einen Namen dafür, so ist es im eminentem Sinne das „Reich“ zu nennen, und in diesem Sinne hat man früherhin vom deutschen Reiche gesprochen, als dem Reiche schlechweg. Da nun das Reich aus verschiedenen Ländern besteht, so ergibt sich der sehr einfache Klimax von Landrecht, Reichsrecht und Völkerrecht, wie man auch früherhin wirklich unterschieden hat. Was besagt hingegen ein „Reichsstaatsrecht“, wie uns Hr. v. Mohl präferirt und neben ihm Andere? Es ist ja eine *contradictio in adjecto*, sobald man eben zugibt, daß das Reich als solches überhaupt kein Staat ist. Gibt man das aber nicht zu, und soll vielmehr das Reich selbst ein Staat sein oder werden, — ei, wie können dann in dem deutschen Staate noch eine ganze Reihe einzelner deutscher Staaten fortbestehen? Die *contradictio* wäre dann eben dieses Fortbestehen derselben. Sie müßten gänzlich verschwinden, und darum vor allem der große preussische Staat aufgelöst werden, welcher zu dem neu creirten „deutschen Staate“ wie die Faust auf's Auge paßt. Dann, aber nur dann erst, möchte man auch ein allgemeines deutsches Civilrecht schaffen, welches selbstverständlich auch das preussische Landrecht beseitigen müßte, wie alle anderen deutschen Landrechte. Wird hingegen Deutschland im wahren Sinne des Wortes als ein Reich erkannt und danach behandelt, so ist es freilich mit dem allgemeinen Civilrecht nichts, trotzdem aber könnte sehr wohl eine Reichsgesetzgebung und ein Reichsrecht bestehen, und dabei

doch das preußische Landrecht, wie alle anderen deutschen Landrechte, principaliter erhalten bleiben, indem das Reichsrecht nur in subsidium hinzukäme. Soviel hängt schon von diesen Grundbegriffen ab, d. h. daß man zwischen Reich und Staat einen bestimmten Unterschied macht, woraus hinterher die wichtigsten praktischen Folgen entspringen. Galt nämlich im ehemaligen Reiche der Grundsatz „Landrecht bricht Reichsrecht“, so lautet heute hingegen der oberste Grundsatz „Reichsrecht bricht Landrecht“, und ist damit das neue Reich von vornherein zu einer Absorbirungsmaschinerie gemacht, welche mit dem ehemaligen Reiche nichts weiter als den Namen gemein hat, der Sache nach aber vielmehr nach Staatsbegriffen gebildet ist.

Dies im Allgemeinen vorausgeschickt, erklären wir nun ferner, daß zu einem solchen Mittleren, welches bereits als ein Postulat erkannt wurde, Deutschland auch wie präformirt und prädestinirt erscheint. Dafür ist es das europäische Centralland, und nach allen Seiten mit dem ganzen europäischen Körper verwachsen. Desgleichen ist die deutsche Nation von vornherein keine einheitliche gewesen, sondern ursprünglich in verschiedene Stämme gegliedert, welche noch heute ein Gefühl ihrer Eigenthümlichkeit haben. Eine so angelegte Nation ist ganz von selbst schon, anstatt einer eigentlichen Staatseinheit, auf eine föderative Einheit angewiesen. Zu den ursprünglichen Stämmen sind aber durch den deutschen Colonisationsprozeß noch neue Stämme hinzugekommen, wobei sich aus den östlichen Marken zwei eigenthümliche politische Körper bildeten, die nach einer Seite hin weit aus dem alten Deutschland herauswuchsen, und dadurch unmittelbar zu europäischen Mächten wurden, während sie doch nach der anderen Seite hin untrennbar zu Deutschland gehörten, so daß hier das Uebergehen staatsrechtlicher Verhältnisse in völkerrechtliche handgreiflich vor Augen liegt. Wie könnte da der enge Staatsbegriff zum Rahmen dienen, um so disparate Elemente zu einem Ganzen zu verbinden? Das Nationalitätsprinzip würde auch nichts dazu helfen, da vielmehr nach Osten hin, wo eben die Marken lagen, eine Abgrenzung nach der Sprachgrenze sich realiter unmöglich erweist. Dazu ferner unsere kleinen westlichen

Nachbarstaaten, welche bekanntlich ehemals auch zum Reiche gehörten, und die wieder in eine organische Verbindung mit dem Reiche zu bringen, für uns nicht minder wichtig wäre als für diese Staaten selbst, was aber gleichfalls nur unter Formen möglich ist, die nicht nach dem Staatsbegriff zu bemessen wären. Wollten wir endlich nach rein geographischen Verhältnissen und den dadurch bedingten Zweckmäßigkeitsrückichten urtheilen, so müßte wohl eigentlich das ganze Gebiet von der Mündung der Schelde bis an die Mündung der Donau eine Art von Gemeinwesen bilden. Nur freilich ein Nationalkörper könnte das nicht sein, noch weniger ein Staat. Selbst aber wenn wir davon ganz absehen, um uns lediglich auf das Gebiet des alten Bundes zu beschränken, so lag, wie gesagt, schon darin eine so große Verschiedenheit der Elemente vor, daß diesem Ganzen nur ein solches Einheitsband entsprechen konnte, welches zugleich verschiedene Stufen und verschiedene Weisen der Vereinigung gestattet. Und solche Möglichkeit gewährt allein die Idee des Reiches, als eines zugleich staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Körpers.

Was bedarf es der Worte, wie ganz unfassbar solche Aufgabe von vornherein für die moderne Staatswissenschaft sein mußte, die doch bei uns überall gelehrt wurde, und deren Lehren wiederum das öffentliche Urtheil bestimmten. Die Sache ist ja eben, daß man über den Staatsbegriff nicht hinaus kam, und diesen Begriff überall anwenden wollte, selbst wo doch etwas ganz anderes vorlag als ein Staat. Auch gilt dies, beiläufig gesagt, nicht blos für Deutschland als solches, sondern es gilt auch wieder für die österreichische Monarchie als solche, die so augenfällig kein Staat ist, um so mehr aber nach Meinung ihrer Staatsweisen dazu gemacht werden soll, und woran nun bis heute noch immer gearbeitet wird. Infolge solcher Unternehmungen hat sie sich schon in Cisleithanien und Transleithanien gespalten, und wird sich vielleicht noch immer weiter zerspalten, lediglich wegen der Manie für die Staatsidee. Man will ein Einheitsband schaffen, welches unmöglich ist, und verfehlt dadurch gerade das, was allein möglich wäre, so daß die Einheitsversuche zuletzt nur mit der Auflösung des Ganzen endigen dürften.

Unfähig also die deutsche Aufgabe überhaupt nur zu fassen — was hätte diese Staatswissenschaft zur Lösung derselben beizutragen vermocht? Nur verwirrend hat sie gewirkt, und so sind wir glücklich zu dem von den Nationalliberalen heute so genannten „deutschen Staate“ gelangt, obgleich er, als *captatio benevolentiae*, in der amtlichen Sprache vielmehr „das Reich“ heißt, und wovon um des nationalen Abschlusses willen zuvörderst 8 Millionen deutsche Oesterreicher ausgeschlossen wurden, um dafür 2 $\frac{1}{2}$ Millionen preußische Slawen zu Deutschen zu stempeln. Ein deutscher Staat also, welcher nach Grn. v. Mohl sogar eine constitutionelle Monarchie bildet, in welchem aber noch zwei Duzend deutsche Einzelstaaten bestehen, die ihrerseits nicht minder constitutionelle Monarchien bilden, das große Preußen obenan, welches sich um des deutschen Staates willen sogar erst noch vergrößern mußte, — wahrscheinlich um hinterher mit um so größeren Aplomb in den neuen deutschen Staat selbst wieder aufzugehen! Aber, entgegnet man: der deutsche Staat ist ja eben ein Bundesstaat, kein Einheitsstaat. Sonderbarer Bundesstaat, der mit Annexionen begann! Noch sonderbarer Bundesstaat, in welchem eines seiner Glieder fast zwei Dritteltheil des Ganzen ausmacht, und dabei zugleich als Centralgewalt fungirt. Am sonderbarsten endlich dadurch, daß er ununterbrochen auf den Einheitsstaat hinsteuert, und eben dies, daß die Einzelstaaten die ihnen einstweilen noch gebliebenen Competenzen successive verlieren, der innere Ausbau seiner Verfassung heißt, so daß mit Vollendung des inneren Ausbaues der ganze Bundesstaat als solcher verschwunden sein wird! Das Land der Denker scheint zu dem Lande des radikalen Nonsens geworden zu sein. Daß aber solcher Schimpf über uns gekommen, das verdanken wir unserer Kathederwissenschaft.*)

*) Die Idee des Reiches, als eines von dem Staate durchaus verschiedenen Gemeinwesens, habe ich in mehreren Schriften des weiteren behandelt. In rationeller Weise in der „Naturlehre des Staates“, noch mehr aber auf Grund der concreten Verhältnisse Deutschlands (deren Betrachtung mich auch zuerst auf die Reichsidee führte) in meinen „Unter-

11.

Von Seiten des föderativen Charakters Deutschlands war die deutsche Frage aufzufassen. Hätte man dies gethan, so hätte sich ganz von selbst ergeben, daß es hier auf eine nicht bloß staatsrechtliche sondern zugleich völkerrechtliche Bildung ankam, und darum auch von nicht bloß nationaler sondern zugleich internationaler Bestimmung, weil Deutschland die natürliche Basis des europäischen Föderativsystems ist und für die Zukunft werden soll. Statt dessen hat man die Sache mit der Zange der Militärorganisation und des Zollvereins in Angriff genommen, wodurch dann das heute sogenannte Reich entstand, welches (obwohl das Nationalitätsprinzip selbst so auffallend verlegend) ausdrücklich für eine rein nationale Bildung gelten will, und schon dadurch bekundet, wie wenig es der wahren Idee des Reiches entspricht. Indessen ist diese Idee mit der obigen Forderung noch nicht erschöpft, wie auch zu dem Weltberufe Deutschlands noch ein Mehreres gehört. Denn wie die drei großen Aufgaben der Zukunft, von denen wir früher gesprochen, unter sich zusammenhängen, so hat auch Deutschland eine besondere Beziehung zu allen dreien.

Nicht also bloß die Basis der europäischen Föderation soll es sein und werden, sondern auch für die sociale Organisation wird es in vieler Hinsicht der Mittelpunkt sein, und jedenfalls den geeignetsten Boden darbieten. Dafür spricht zuvörderst die viel gleichmäßigere Vertheilung der materiellen Bethätigung unseres Volkes zwischen Ackerbau, Gewerbe und Handel, als in den anderen großen Culturländern stattfindet. Steht England ganz unter der Herrschaft des merkantilen und industriellen Factors, so ist dies zwar in Frankreich weit weniger der Fall, allein unverkennbar ist doch die ganze französische Entwicklung schon seit

suchungen über das europäische Gleichgewicht“, darauf in der „Wiederherstellung Deutschlands“ und in dem „Neuen Deutschland.“ Ehe diese Reichsidee nicht erfaßt und zur practischen Geltung gelangt sein wird, ist an eine wirklich befriedigende Lösung der deutschen Frage nicht zu denken.

lange durch die städtische Bildung beherrscht, und das gilt jetzt auch für die anderen romanischen Länder, seitdem sie die Principien der französischen Revolution in sich aufnahmen. Wie erklärlich, daß nun auch die von Frankreich ausgegangenen socialistischen Ideen sich fast nur auf dem Hintergrunde großstädtischer Verhältnisse bewegen, weil eben das ganze französische Denken sich in Paris concentrirt. Besteht ferner in England die extremste Concentration des Grundbesitzes, so in Frankreich die extremste Zersplitterung. Beides gleich ungünstig, während bei uns die Klein-, Mittel- und Großwirthschaften miteinander wechseln. Auch sind unsere Großgrundbesitzer allermeist selbst noch Landwirthe, in den romanischen Ländern hingegen leben sie als geschäftslose Rentner in den großen Städten, in England aber leben sie zwar mit Vorliebe auf dem Lande, nur eben als bloße Herren, nicht als Wirthschafter. Ein sehr wichtiger Umstand. In den slawischen Ländern andrerseits gibt es fast keinen Bürgerstand, und lebt der Bauer noch in primitiver Rohheit, so daß an eine ständische Entwicklung dort kaum zu denken ist. Bei uns hingegen, so sehr auch der Liberalismus alles zu nivelliren versucht hat, gibt es doch noch immer Stände, die zu Stützpunkten einer neuen Organisation dienen können, deren Hauptaufgabe wohl gerade die sein dürfte: daß an die Stelle der ehemaligen Feudalstände Berufsstände träten.

Hiernach erwäge man doch, ob nicht wirklich das ehemalige Reich ein wesentlich ständischer Bau war? So sehr herrschte das ständische Princip darin, daß die Glieder des Reiches selbst Reichsstände hießen. Desgleichen ist es eine Thatsache, daß die ständischen Organisationen aller Art, und wozu die Corporationen auch gehörten, zur Zeit des Mittelalters in Deutschland weit mehr bedeuteten und sich viel freier entwickelten, als irgend wo anders. Es muß dies offenbar mit dem eigenthümlichen Charakter des Reiches zusammengehangen haben. Dieses aber anerkannt, so wird die Reichsidee sich auch in Zukunft weit günstiger für die sociale Organisation erweisen, als die Staatsidee. Das folgt schon daraus, daß im Reiche der Staat nur als Element des Ganzen existirt, und darum die in anderen Ländern

so in den Vordergrund tretenden Kämpfe um die Staatsform, und um die Staatsgewalt, hier bei weitem nicht die Geister so in Anspruch nehmen und so viel Kräfte absorbiren können. Ginge es freilich nach den Ideen des Constitutionalismus, die in diesem Punkte zugleich den Nationalliberalismus charakterisiren, so würden sich auch bei uns alle Bestrebungen dahin richten, und die große Masse des Volkes wäre dann eben nur gut genug, um politischen Intriganten zum materiellen Nachdruck bei ihren Unternehmungen zu dienen. Allein dieser Constitutionalismus ist auch an und für sich undeutsch, und was uns darüber erheben kann und soll, ist eben die Reichsidee.

Nicht minder aber müssen wir dabei auch noch der Kirche gedenken. Jedermann weiß, welche wesentliche Beziehung das mittelalterliche Reich dazu hatte. Ist nun zwar die ehemalige Idee einer mit dem Kaiserthum verbundenen allgemeinen Schirmherrschaft über die Kirche seit der Kirchenspaltung in sich selbst erloschen, so bleibt gleichwohl die Thatsache, daß die kirchlichen Verhältnisse für kein anderes Land solche Wichtigkeit haben, als für Deutschland. Denn gerade in Folge der Kirchenspaltung ist der neue Umstand hervorgetreten, daß Deutschland, als halb katholisch und halb protestantisch, auch das natürliche Vereinigungsgebiet für die katholische und protestantische Welt bildet, und dadurch eben so die innere Entwicklung Deutschlands als seine Weltstellung bedingt ist. Was wäre das für eine deutsche Nationalverfassung, welche diesen so entscheidenden Charakterzug Deutschlands ganz außer Augen ließe? Damit erweist sich die von dem abstrakten Liberalismus proklamirte radikale Trennung zwischen Staat und Kirche, die also auf ein bloßes Ignoriren der kirchlichen Verhältnisse hinausläufe, schon in sich selbst als nichtig. Daß aber noch weniger eine Beherrschung der Kirche durch die Staatsgewalt möglich ist, zeigen schon die Konflikte, welche der erste Versuch dazu hervorrief, und wodurch man sich selbst die „Reichsfeinde“ schuf, welche dem Nationalliberalismus jetzt so viel Sorge machen.

„Reichsfeinde!“ — es wäre ja wunderbar, wenn Fußtritte Freundschaften stiften sollten. Daß aber die Fußtritte nicht

blos die katholische Kirche traf, sondern die Kirche als solche, wurde schon früher bemerkt. Daher die gemeinsame Opposition aller derjenigen, welche der Kirche ihr eignes Lebensgebiet und die freie Entwicklung auf demselben gewahrt wissen wollen, wie es das Wesen der christlichen Kirche, die auf einem von allen weltlichen Organisationen ganz unabhängigen Boden ruht, und ihrer Bestimmung nach auf weit über den Staat hinausreichende Angelegenheiten gerichtet ist, unabweisbar fordert. Auf Ueberweltliches zielt sie. Die Frage ist dann lediglich: ob man überhaupt an Ueberweltliches glaubt? Wer aber noch daran glaubt, für den ist es auch selbstverständlich, daß er rücksichtlich aller seiner Ueberzeugungen und Handlungen, die sich auf solches Ueberweltliche beziehen, der weltlichen Obrigkeit keinerlei Competenz zugestehen kann. Nicht also blos die katholische Hierarchie, als deren Vertheidiger und Anhänger die eigentlich sogenannten Ultramontanen gelten, ist es, die solcher prätendirten Competenz entgegentritt, sondern es bedarf nur einer geringen Wortveränderung, und die ganze Sachlage ist wie mit einem Schlage klar. Es sind vielmehr die „Ultramundanen“, sagen wir, wobei es für den Kern der Frage sehr wenig bedeutet, ob der Ultramundanismus in katholischer oder protestantischer Gestalt erscheint. Immer steht er in unverföhnlichem Gegensatze zu der jetzt angestrebten Staatsallmacht, die offenbar das neue Reich charakterisirt. Und zwar in folge dessen charakterisirt, weil es selbst der wahren Reichsidee durchaus widerspricht.

Nun, die Socialisten haben von dem nationalliberalen Reiche auch keine Lieblosungen empfangen, noch deren in Zukunft zu erwarten. Sie thun das auch gar nicht, sondern sie zeigen den ganz richtigen Instinkt, daß sie von dieser Seite her keine sociale Organisation für möglich halten, da vielmehr der Nationalitätsschwindel diese Aufgabe immer mehr in den Hintergrund drängen würde. So richten sie ihre Blicke auf eine internationale Organisation, und werden dadurch, wie die Ultramundanen, nach der herrschenden Terminologie zu „vaterlandslosen Reichsfeinden.“

Aber die Föderalisten gehen noch vielmehr auf eine in-

ternationale Organisation aus, und es ist nicht ihre Schuld, wenn ihnen dabei keine Veranlassung zur Reichsfreundlichkeit geboten wird. Dafür ist der centralisirte deutsche Militärstaat, den man heute das Reich nennt, ungefähr das Gegentheil der Föderation. Müssen folglich die Föderalisten das Annerionsystem rundweg verwerfen, so stimmen sie insoweit mit den Particularisten überein, obwohl ihr eigener Zweck keineswegs die Pflege particularistischer Selbstgenügsamkeit ist. Aber ohne lebendige Glieder ist doch wieder keine Föderation möglich. Wie nun die Particularisten beziehungsweise zu Föderalisten werden, weil ihnen der isolirte Particularstaat selbst als unhaltbar erscheinen muß, so werden die Föderalisten beziehungsweise sich den Particularisten anschließen, und fallen damit beide in dieselbe Verdammniß der Reichsfeindlichkeit.

Gewiß, es hat auf dem Standpunkte des Nationalliberalismus seine volle Wichtigkeit: daß, wer für die Freiheit der Kirche gestimmt ist, oder für die sociale Organisation, oder für die internationale Föderation, womit die Erhaltung der Particularstaaten von selbst gegeben ist, um deswillen als ein Reichsfeind gelten muß. Liegt nicht aber darin zugleich auch die schwerste Anklage gegen das neue Reich? Denn gerade nur die Reichsfeinde sind es, deren Tendenzen, wie gezeigt, mit den großen Aufgaben der Zukunft zusammentreffen, womit hingegen das heutige Reich nichts zu schaffen hat, dessen Macht- und Nationalitätscultus vielmehr als ein beklagenswerthes Zurückfallen auf einen geistig bereits überwundenen Standpunkt angesehen werden muß. Haben wir ferner erkannt, wie gerade Deutschlands Beruf ganz vorzugsweise auf jene großen Aufgaben hinweist, — worauf beruht dann wirklich die Zukunft Deutschlands, wenn nicht auf den Reichsfeinden, deren Widerstreben gegen das un- deutsche und un- wahre Reich allein die Hoffnung gewährt, daß wir dereinst noch zu einem wahren deutschen Reiche gelangen werden.

12.

Wiederholen wir nunmehr zum Schluß, was wir durch unsere bisherigen Erörterungen nach allen Seiten klar gemacht zu

haben glauben, und hiernach als einen bewiesenen Satz aussprechen können:

die ganze dormalen noch herrschende Staatsweisheit ist bankrott.

Sie ist bankrott, weil sie sich in der Idee des Staates concentrirt, statt dessen die großen Aufgaben der Gegenwart, und wie noch viel mehr der Zukunft, weit über den Staat hinausführen. Und so mußte ihr Bankrott gerade in Deutschland am offenbarsten werden, weil dieses Land an und für sich selbst kein Staat ist, noch sein kann, sondern wirklich ein überstaatliches Wesen bildet, und darum am meisten auf jene großen Aufgaben hingewiesen ist.

Wenn ferner diese Staatsweisheit von der Renaissance herdatirt, deren Voraussetzung wiederum der Abfall vom Christenthum war, so wird auch der Umschwung — und zwar in Theorie und Praxis — in der Rückkehr zum Christenthum liegen, als welches den alleinigen Schlüssel zum Verständniß jener überstaatlichen Aufgaben darbietet. Denn es ist das Christenthum, welches den Menschen zu einem überstaatlichen Wesen gemacht, und dadurch die christliche Menschheit auf überstaatliche Ziele gerichtet hat, statt dessen die antike Philosophie, und mit ihr die Renaissance, den Menschen zu einem staatlichen Wesen machte. Das allbekannte Zoon politicon, welches aristotelische Staatsthier unsere Staatsgelehrten seit drei Jahrhunderten dergestalt abgeritten haben, daß der alte Klepper wohl endlich zusammenbrechen mußte, und sie damit selbst zu Boden fielen. Und das ist deshalb geschehen, weil sie nicht erkannten, daß, wenn schon Aristoteles auf die Physik die Metaphysik folgen ließ, mit dem Christenthum andrerseits die Forderung gegeben ist, daß über die Politik hinaus zur Metapolitik fortgeschritten werde.*)

*) Der Name der „Metapolitik“ ist allerdings schon im vorigen Jahrhundert von Schläger angewandt, und nicht ohne einige Ahnung von der sachlichen Bedeutung derselben. Aber mehr als eine Ahnung war es nicht, wie denn auch Schläger die Sache nicht weiter verfolgte. An seinen staatsgelehrten Kollegen ging sie so spurlos vorüber, daß hinterher sich nicht einmal der Name der Metapolitik erhielt, geschweige denn, daß es zu einer

Nicht, daß für solche Metapolitik die Staatsfragen überhaupt verschwänden, sondern im Gegentheil, die Metapolitik wird erst zum rechten Verständniß derselben führen. Eben deshalb, weil der überstaatliche Standpunkt von vornherein einen viel weiteren und freieren Blick gewährt, als der beschränkte Horizont der Staatsidee. Ist es doch eine allgemeine Bedingung des Erkennens, daß sich das Denken zuvor von jedem Einfluß des zu erkennenden Gegenstandes zu befreien hat, selbst so zu sagen frei darüber schwebend, und was stand also zu erwarten, wo das Denken von vornherein in Staatsinteressen befangen war? Jedermann weiß: wer sich die Dinge allzunahе vor Augen hält, der sieht sie niemals richtig, oder sieht zuletzt wohl gar nichts davon, und je größer der Gegenstand ist, um so weiter muß er von den Augen entfernt sein, sonst sieht man nicht einmal die Umrisse des Ganzen, geschweige die Verhältnisse seiner Theile.

durchgreifenden Reform der Staatswissenschaften im metapolitischen Sinne gekommen wäre.

Die „Gesellschaftswissenschaft“, welche Hr. v. Mohl statt dessen begründet wissen will, leidet schon von vornherein an dem Fehler, daß durch die abstracte Trennung zwischen Staats- und Gesellschaftswissenschaft, wie er sie sich denkt, gerade das lebendige Wechselverhältniß zwischen Staat und Gesellschaft, worauf dabei doch alles ankäme, ganz unerkannt bleiben würde. Nur eine neue Kathederwissenschaft wäre damit geschaffen, von welcher die Praxis sich nichts zu versprechen hätte. Jedenfalls könnte eine solche Gesellschaftswissenschaft die Aufgabe einer Metapolitik durchaus nicht erfüllen, denn sie würde nur ein Seitenstück zur Staatslehre bilden, nicht aber das Höhere über derselben. Wie wenig in der That Hr. v. Mohl durch seine gesellschaftswissenschaftlichen Ideen sich selbst über die Staatsidee erhoben hat, davon zeugt ja handgreiflich das in den vorliegenden Blättern des weitern besprochenen Werk, dessen Grundfehler eben der ist: daß darin die deutschen Verhältnisse durchaus nach staatlichen Gesichtspunkten beurtheilt werden, ohne die geringste Ahnung von dem so wesentlich überstaatlichen oder metapolitischen Charakter der deutschen Frage.

Ist aber wirklich Deutschland an und für sich selbst ein metapolitisches Wesen, so wird auch die Ausbildung der Metapolitik vor allem als eine deutsche Aufgabe gelten müssen. Es wird sich zeigen, was die deutsche Wissenschaft dafür zu leisten vermag. Inzwischen meinen wir, sie sollte sich doppelt angetrieben fühlen, darauf alle ihre Kräfte zu richten, nachdem sie mit ihren bisherigen politischen Leistungen so unleugbar Bankrott gemacht.

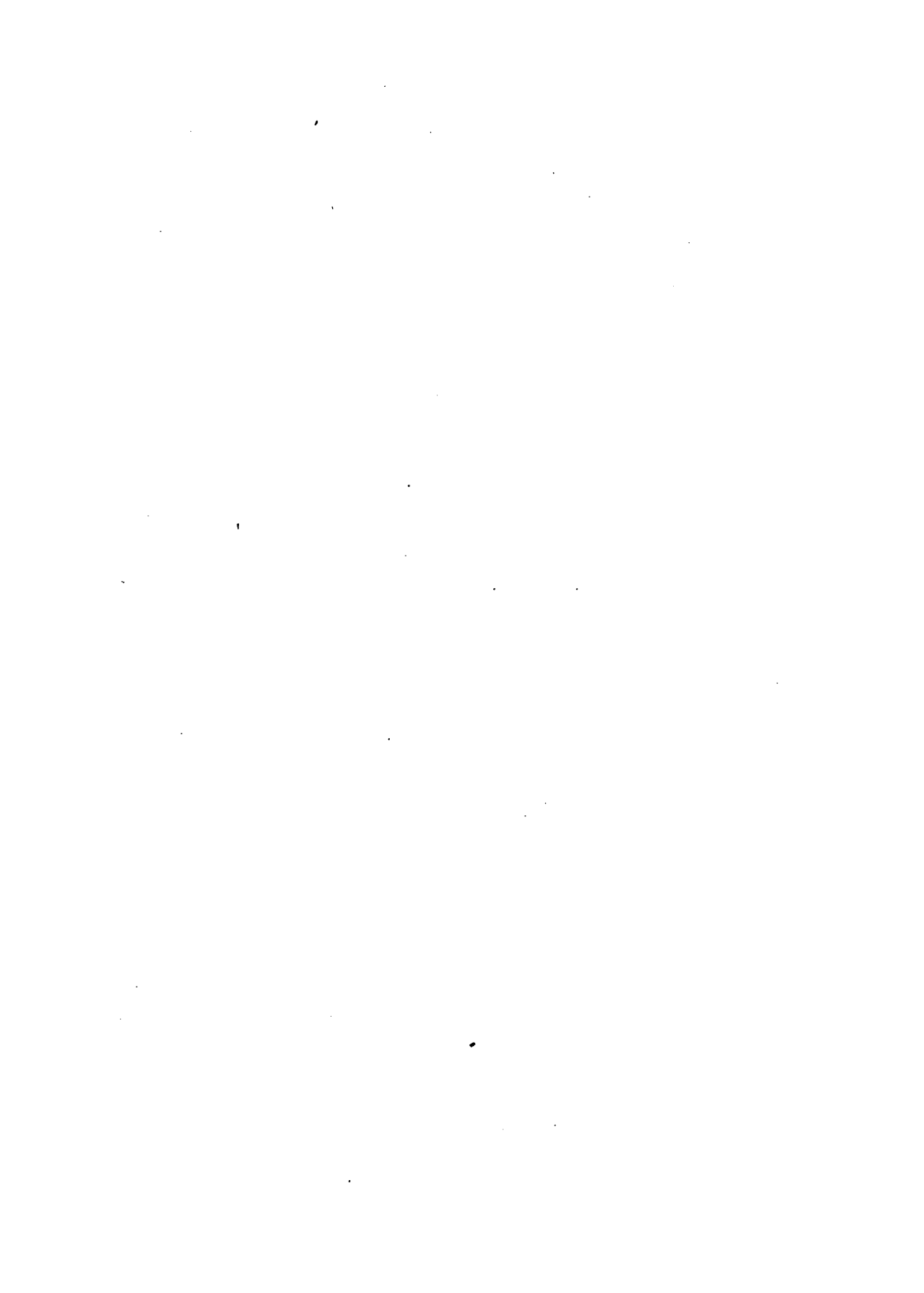
Gerade so ist es nun bisher geschehen, in der politischen Theorie wie in der politischen Praxis. Immer nur das zunächst liegende in's Auge fassend, ließ man dafür die allerwichtigsten Factoren des Völkerlebens außer Acht, und nur den unmittelbaren Erfolg anstreugend, dachte man leider nicht an die weiteren Folgen des Erfolges selbst, bis erst die fortschreitenden Ereignisse zeigten, was eigentlich in dem Erfolge steckte, und daß noch ganz andere Kräfte in der Welt walteten, als man sich träumen ließ. Wie viele Belege für diese Behauptung bietet die ganze Geschichte der letzten zwei Menschenalter! Und so wenig brauchen wir dabei auf fremde Länder zu blicken, daß vielmehr die heutigen Zustände Deutschlands den allererschlagendsten Beleg dazu bilden.

Erst vom metapolitischen Standpunkte aufgefaßt, erscheinen die Staatsfragen in ihrem wahren Lichte. Aber so aufgefaßt, werden sie damit auch auf das rechte Maß ihrer Bedeutung zurückgeführt, was nicht minder wichtig ist, als ihr richtiges Verständniß an und für sich selbst. Denn eben der beschränkte politische Standpunkt führte unvermeidlich dahin, daß um bloß politischer Zwecke willen oft viel wichtigere Dinge übersehen und hintenan gesetzt wurden. Gewiß eine der Hauptursachen der großen Uebel, an welchen wir dermalen leiden. Daß insbesondere auch das ganze System von 66 darauf beruht, bedarf keiner Worte.

Die ganze Staatenwelt wie aus der Vogelperspective betrachtend, weist die Metapolitik von vornherein die Staaten darauf hin, auch ihrerseits den Blick über ihre Sonderinteressen hinaus auf die großen allgemeinen Zwecke zu richten. Hoch über dem Staatsbürger steht ihr der Mensch, nicht in der Nationalitätsidee sondern in der Idee der Menschheit concentriren sich ihre Gedanken. Darum gilt ihr nichts als fremd, was irgendwie das Menschenleben betrifft. Wie könnte sie gar, nach Art der Rechtsstaatstheorie, von der Religion abstrahiren, welche die innersten Geheimnisse des menschlichen Wesens umfaßt? So gewiß aber diese innersten Geheimnisse des menschlichen Wesens erst durch den Gottmenschen offenbar geworden sind, kann auch die Metapolitik auf keinem andren Boden stehen als dem

des Evangeliums, welches sich nicht an den Staat sondern an den Menschen und an die Menschheit richtete, und wodurch allererst das Menschenrecht wie das Menschheitsrecht zur principiellen Anerkennung kam. Wie nun die bisher sogenannte Politik unstreitig dem Heidenthum entstammt, so wird die Metapolitik nichts anderes sein als die christliche Politik. Dies ist das Endresultat unsrer vorstehenden Erörterungen.







Blätter

für

deutsche Politik und deutsches Recht.

N^o 7.

Die preussische Intelligenz und ihre Grenzen

von

Constantin Frank.

München 1874.

Druck und Verlag des Literarischen Instituts von Dr. M. Guttler.

Die
preussische Intelligenz

und

ihre Grenzen

von

Constantin Franz.



München 1874.

Druck und Verlag des Literarischen Instituts von Dr. W. Guttler.

[Handwritten signature]

DD 220

F7

Das Preußenthum beherrscht seit 66 Deutschland, Berlin ist die Hauptstadt des neuen Reiches geworden. Es drängt sich die Frage auf: wie das geschah und geschehen konnte? Daß es durch Waffengewalt geschah, liegt unmittelbar vor Augen, ist aber noch keine Erklärung. Man wird vielmehr weiter fragen müssen: woher es denn kam, daß den preussischen Waffen der Sieg zufiel, während doch das Uebergewicht der materiellen Kräfte und Hilfsmittel unstreitig auf der entgegenstehenden Seite lag? Und wie hatte es überhaupt dem Preußenthum gelingen können, eine so bedeutende Kriegsmacht zu entwickeln, als damals hervortrat, da doch allbekannt ist, von einer wie schmalen und prekären Basis die preussische Staatsbildung ursprünglich ausging, so daß, wer vor zwei Jahrhunderten die heutige preussische Größe vorausgesagt hätte, nirgends Glauben gefunden haben würde. Da liegt erst das eigentliche Problem.

Kein Zweifel nun, daß das Emporkommen Preußens nur durch besondere Umstände ermöglicht wurde, wie einerseits namentlich der Verfall des deutschen Reiches, andererseits der Verfall Polens und das Sinken der schwedischen Macht. Die Kunst war aber diese Umstände zu benutzen, und daß das mit solchen Erfolge geschah, bekundet offenbar auch ein Uebergewicht der Intelligenz. Sonst hätten wohl andere deutsche Staaten die Umstände auch benutzen können, und Preußen wäre dann nicht das geworden, was es wirklich geworden ist. Hat man von Bayern gesagt: es sei der Staat der verfehlten Gelegenheiten, so wäre Preußen hingegen der Staat der wohlgenutzten und nöthigenfalls erst selbst präparirten Gelegenheiten zu nennen. Die Ereignisse von 66 bieten dazu den schla-

gendsten Beleg. Denn welches praktische Ungeschick, ja welche Bêtissen dabei auf Seiten der Gegner hervortraten, und wie ohne dies die Preußen ihre glänzenden Siege nicht erfochten haben würden, darf heute für ebenso bekannt als anerkannt gelten. Das Uebergewicht der Intelligenz war also entschieden auf preussischer Seite. Blickt man ferner auf die so auffallend geringfügige Rolle, welche jetzt die übrigen deutschen Staaten bei der Reichsregierung spielen, so scheint es wohl, daß auch dies noch das Uebergewicht der preussischen Intelligenz bezeugt.

Was hilft es da, sich gegen Thatfachen zu verblenden, so mißlieblich sie auch allen denjenigen sein möchten, die damit ihre eigene Inferiorität zu bekennen hätten! Im Gegentheil, wer sich durch solche Thatfachen gedrückt fühlen sollte, der hätte sie nur um so schärfer ins Auge zu fassen, um sich ihrer Folgen nach Möglichkeit erwehren zu können. Wer also die Dinge unbefangen betrachtet, wird nicht bestreiten können, daß es in gewissem Sinne seinen guten Grund hat, wenn Preußen der Staat der Intelligenz genannt worden ist. Denn durch seine Intelligenz ist dieser Staat selbst erst emporgekommen, und dadurch zu seiner heutigen Herrschaft in Deutschland gelangt. Es ist die nackte Thatfache.

Aber damit ist auch zugleich das Wesen dieser Intelligenz gegeben. Will sagen als einer principaliter rein politischen Intelligenz, und zwar in dem doppelten Sinne, daß sie nicht nur ganz vorzugsweise auf Staatsinteressen gerichtet ist, sondern daß sie auch mit und durch den Staat selbst erst geschaffen wurde.

Die preussische Intelligenz ist demnach nichts anderes als die geistige Essenz des Preussenthums überhaupt, und das ist eben ein rein politisches Wesen. Eine Nationalität im eigentlichen Sinne des Wortes bildet es bis heute nicht, auch hat es von Anfang an nicht auf volksthümlichen Grundlagen geruht. Man kann es insoweit mit dem alten Römerthum vergleichen, von welchem dasselbe gilt. Denn wohl gab es ursprünglich ein Volk der Latiner, nicht aber der Römer, sondern das specifische Römerthum entstand erst aus einem Gemisch verschiedener italischer Volksstämme, und alles, was hinterher als specifisch römisch er-

schien, war selbst erst ein Product der römischen Staatsentwicklung gewesen. Daher entstand zwar ein römisches Recht, aber keine römische Sprache und Literatur, sondern beides war und hieß lateinisch. Und gerade so gibt es auch keine preussische Sprache und Literatur, noch wird es jemals eine solche geben. Wenn ferner das Römerthum durchaus das Gepräge von etwas künstlich und gewaltsam Gemachtem trägt, was erst hinterher durch die Gewohnheit zur andern Natur wurde, so verhält es sich mit dem Preußenthum auch nicht anders. Was hingegen spontanes Leben darin hat, das ist eben selbst nicht preussisch sondern deutsch, gerade wie im alten Rom, was da nicht künstlich gemacht worden, nur Ueberreste altitalischen Volkslebens waren, oder beziehungsweise recipirtes Griechenthum.

Wie es nun wirklich keine preussische Nation gibt, d. h. als eine auf Abstammung, Sprache und Sitte beruhende Gemeinschaft, sondern das preussische Volk, insoweit es überhaupt ein eigenthümliches Wesen bildet, dies nur als Staatsvolk ist, so verhält es sich mit der preussischen Intelligenz, insoweit sie eben specifisch preussisch heißen kann, auch nicht anders. Nicht etwa auf angeborenen Eigenschaften des preussischen Volkes beruht sie, sondern von Staatswegen, wie zugleich zu Staatszwecken, ist sie dem Volke erst anerzogen und beziehungsweise eingedrillt.

Um diese Behauptung nach allen Seiten klar zu machen, werden wir die preussische Intelligenz nach ihrer Genesis zu betrachten haben, die, wie gesagt, mit der Genesis des Preußenthums überhaupt zusammenfällt. Je mehr wir dann ihr Wesen erkennen, werden wir zugleich auch ihre Grenzen erkennen. Am Ende wird sich zeigen, daß sie jetzt schon an ihre Grenzen gelangt ist, so sehr sie sich auch selbst darüber täuschen mag, und sich darum an Unternehmungen gewagt hat, denen sie nach ihrer wirklichen Capacität keineswegs gewachsen ist. Die Ereignisse selbst werden sie bald genug darüber belehren. Hochmuth kommt vor dem Fall, dies alte Sprüchwort wird sich hier bestätigen. Denn den Gipfel der Macht erstiegen zu haben wähnend, wird das Preußenthum zu spät bemerken, wie es durch seine Ueberhebung sich vielmehr selbst zu Grunde richtete.

I.

Blicken wir auf die positiven Grundlagen des Preußenthums, so tritt uns natürlich zuerst die Mark Brandenburg entgegen, als der reale Kern des ganzen preussischen Staates. Man hat sie einst des heiligen römischen Reiches Streufandbüchse genannt, und auch sonst ist sie vielfach ein Gegenstand des Spottes gewesen, nichts destoweniger muß sie als ein Land von großer politischer Bedeutung gelten. Es zeigte sich das schon in der ersten Hälfte des Mittelalters, denn die Begründung der deutschen Herrschaft in der Mark Brandenburg entschied damals über die Verdeutschung des ganzen nordöstlichen Gebietes. Sie wurde der Stützpunkt, von wo aus das Deutschtum in wenigen Jahrhunderten bis über die Weichsel und über den Niemen vordrang.

Das erklärt sich zunächst aus den geographischen Verhältnissen. Einerseits das Mittelstück zwischen dem Küstenlande und dem sächsisch-schleisischen Gebirgslande, ist die Mark durch ihre Lage an der Elbe und Oder zugleich auch das natürliche Verbindungsglied zwischen dem Nordsee- und Ostseegebiete. Beides folgende Umstände. Schiffbare Flüsse begünstigen die damit gegebenen Verbindungen, da die Spree schon von selbst sich so nahe der Oder zuwendet, daß sie fast mit ihr zusammenfließt, und die Havel auch leicht genug damit zu verbinden war. Die Oder führt dann durch die Warthe und Neze bis dicht an die Weichsel, die ihrerseits wieder in dem Küstenstriche durch die zwei großen Gasse, und durch den Pregel, in natürlicher Verbindung mit dem Niemen steht. In neuester Zeit ist dabei noch der Vortheil zu berücksichtigen, daß in dem meist ganz ebenen Lande auch der Eisenbahnbau nur geringe Schwierigkeiten findet. Was wäre das heutige Berlin ohne seine Wasserstraßen und Eisenbahnen!

Eine weite Perspective eröffnete sich durch diese Naturverhältnisse für strategische wie für commercielle Unternehmungen. Wie die märkischen Landschaften sich überall durch ihren gänzlichen Mangel an einem Hintergrund charakterisiren, welcher den Horizont entschieden abschloße, so erweckt auch ihr Anblick in der Seele der Menschen einen unbestimmten Ausbreitungstrieb. Es

ist dasselbe, was sich (nur in viel größeren Dimensionen) an dem Ruffenthum zeigt. Und dem entspricht auch die Thatsache, daß das märkische Territorium, weil es nirgends eine natürliche Grenze gab, sich fast ununterbrochen veränderte, was dann hinterher typisch geworden ist für die Territorialbildung des ganzen preussischen Staates.

Wie war nun das Volk geartet, welches dieses Land bewohnte? Seit Begründung der Mark wurde es ein Gemisch von Slawen und Deutschen, und zwar von Deutschen, nicht blos aus den benachbarten Landschaften eingewandert, sondern zum Theil weit hergekommen, bis aus den Niederlanden. Berwachsen diese Elemente allmählig miteinander, — einen Volksstamm von so ausgeprägter Eigenthümlichkeit, wie die primitiven deutschen Volksstämme, ergab das doch nicht. Sondern ein weit weniger auf natürlichen Instinkten ruhendes als reflectirendes Wesen, eben so geeignet immer neue fremde Elemente in sich aufzunehmen, als andererseits fremden Elementen zur Vermittlung zu dienen, und sie dadurch allmählig unter sich selbst auszugleichen und so zu einem Ganzen zu machen. Ohne diesen Charakterzug des Märkertums würde es kaum geschehen sein, daß hinterher so viele andere Landschaften mit Brandenburg verbunden, und von da aus beherrscht wurden. Es ist ja eine allgemeine Erfahrung, daß gemischte Bevölkerungen für große politische Bildungen am geeignetsten sind. Die natürliche Armuth des brandenburgischen Landes ist dabei weit eher förderlich als hinderlich gewesen. Sie zwang seine Bewohner zu Fleiß und Betriebsamkeit, um dem kargen Boden Ertrag abzugewinnen. In dürftiger Existenz erwuchs da ein zähes Geschlecht, zähe wie die dem märkischen Sande entsprossene Kiefer, wie geschaffen zu einem Soldatenvolk.

War doch die Besitznahme des Landes von Anfang an nur durch die Waffen zu Stande gebracht, und erst nach langwierigen Kämpfen hatte sich die deutsche Herrschaft festsetzen können. Man kann sagen: die Mark war eine Militärcolonie. In dem Ordenslande an der Weichsel wiederholte sich hinterher dasselbe. Es war erst recht ein Militärstaat, obwohl in halbpriesterlichem Gewande erscheinend. Beiden Ländern war also von An-

fang an der Eroberungsgeist eingimpft. Und nach diesen Antecedenzen entstand im siebzehnten Jahrhundert der moderne preussische Staat.

Durch den dreißigjährigen Krieg halb zur Wüste geworden, mußte die Mark gewissermaßen erst wieder neu angebaut werden. Das geschah unter dem großen Kurfürsten, wie unter seinen Nachfolgern bis auf den großen Friedrich. Auch in anderen preussischen Ländern wurde vieles neu gegründet. Ueberall wurde durch die Fürsorge der Regierung Land urbar gemacht und mit Colonisten besetzt, die abermals zum Theil aus weiter Ferne kamen. Dahin gehörte insbesondere die Ansiedlung der Salzburger in Ostpreußen. Am folgenreichsten aber wurde die Aufnahme der französischen Hugenotten, die sich namentlich in Berlin so zahlreich niederließen, daß sie damals einen verhältnißmäßig beträchtlichen Theil der Einwohnerschaft bildeten, und in Folge dessen die ganze obere Schicht des Bürgerstandes, wie namentlich auch der ganze Gelehrtenstand, von französischer Bildung impregnirt wurde. Noch mehr französisirte sich das Hofleben. Da aber die Berliner doch nicht zu wirklichen Franzosen werden konnten, so hatte dies zuletzt nur die Folge, den specifisch deutschen wie zugleich märkischen Charakter des Berlinerthums dergestalt zu verwischen, daß Berlin, seitdem es überhaupt anfang eine bedeutende Stadt zu werden, auch zugleich einen kosmopolitischen Zug bekam. War also die Mark, als eine Militärcolonie, schon von Anfang an eine mehr künstliche als naturwüchsige Bildung gewesen, so trat dieser ihr Charakter seit dem großen Kurfürsten noch viel entschiedener hervor. Was sie seitdem geworden, stand durchaus unter dem Einfluß der Regierungsgewalt, während die noch aus dem Mittelalter herrührenden Organisationen, die doch mehr volksthümlich gewesen waren, allmählig ganz abstarben.

Entscheidend für die Bildung des neuen Staates war nun die zu Anfang des 16. Jahrhunderts erfolgte Erwerbung des damals sogenannten Herzogthums Preußen, wie andererseits der Länder aus der jülichischen Erbschaft, wozu durch den westphälischen Frieden noch Hinterpommern, Magdeburg, Halberstadt und Minden hinzukamen. Eine Länderkette gab das, die von dem Nienem an

quer durch das ganze nördliche Deutschland sich bis über den Rhein erstreckte, aber zunächst nur aus unzusammenhängenden Gebieten bestehend, und alle ohne eine Spur von natürlicher Begrenzung. Fürwahr ein Kunststück, aus solchen Elementen einen einheitlichen Staat zu machen, der noch obendrein alsbald den Anspruch erhob, eine europäische Macht zu bilden. Als eine solche trat der junge Staat wirklich schon unter dem großen Kurfürsten auf. Denn mit Polen, Schweden und Frankreich schlug er sich, ein Vorbild des großen Friedrich im siebenjährigen Kriege.

Wie natürlich, daß der Besitz so verschiedener, und zum Theil so entfernter, Landgebiete der brandenburgisch-preussischen Regierung (erst später hieß das Ganze kurzweg Preußen) eine Weite des Blickes und einen Unternehmungsgeist gab, wodurch sie den Regierungen der übrigen deutschen Territorialfürstenthümer gar sehr überlegen werden mußte. Gleichzeitig Interessen am Rhein, an der Weser, an der Elbe, an der Oder und am Riemem wahrzunehmen, wozu unter dem großen Friedrich noch das friesische Küstenland an der Nordsee und das untere Weichselgebiet hinzukamen, das wollte schon etwas besagen. Es forderte das Nachdenken wie die Thatkraft heraus. Insbesondere erweckte es den lebhaftesten Trieb zu immer neuen Erwerbungen, um die einzelnen Landestheile zu arrondiren und wo möglich in Zusammenhang zu bringen.

Einstweilen konnte ein Verband nur künstlich hergestellt werden. Erst der Gedanke, und der durch den Gedanken bestimmte Wille, schuf hier die Einheit und damit die Macht, weil die zerstreuten Landestheile in ihrer Vereinzelung nur wenig bedeutet hätten. Das ist es, wodurch Preußen zum Intelligenzstaat wurde: daß seine Bildung principaliter vom Denken ausging. Selbstverständlich aber, daß diese Intelligenz zunächst nur in dem Landesherrn und den von ihm eingerichteten Behörden zu suchen war, als der Seele des neuen Staates. Verkörpert war er in der Armee, die das Ganze erst zusammenhielt und ihm Nachdruck gab. Daß die verschiedenen Landestheile sich nach eigenen Trieben verschmolzen hätten, wäre

nicht zu sagen, sondern von oben herab wurden sie zusammengefügt, mit der Perspective nöthigenfalls gezwungen zu werden, wenn sie sich nicht gefügt hätten. Daß gleichwohl allermeist sanftere Mittel genügten, und reine Gewaltmaßregeln doch nur selten angewandt wurden, — alles erzwingen zu wollen, wäre ohnehin unmöglich gewesen — spricht offenbar für ein bedeutendes Verwaltungstalent, welches dann hinterher zu einer systematischen Ausbildung kam, und den preussischen Staat so wesentlich charakterisirte.

So trat die Sonderexistenz der einzelnen Landestheile je mehr und mehr zurück, obwohl dieselben noch lange ihre Provinzialverfassungen behielten, die aber nur noch eine untergeordnete Bedeutung hatten. Für die Regierung galten die Leute principaliter nicht mehr als Pommern, Brandenburger, Westphalen u. s. w., sondern als Preußen. Und insbesondere galt dies für das Personal der Regierung selbst. Geborene Brandenburger waren in den höchsten Stellen, seit dem großen Kurfürsten, wohl immer die wenigsten, viele überhaupt aus der Fremde gekommen. Eins der merkwürdigsten Beispiele bot gleich in dieser Hinsicht Derflinger dar. Aus Oesterreich stammend und seines Zeichens ursprünglich ein Schneider, war er in den Stürmen des dreißigjährigen Krieges zum Kriegsmann geworden, trat dann in brandenburgische Dienste und wurde der berühmte brandenburgische Feldmarschall. Nach dem Heimathscheine fragte man nicht, war der Mann nur befähigt und gewillt dem preussischen Staatsinteresse zu dienen, so war er auch ein guter Preuße. Diese Maxime hat seitdem immer geherrscht, und wie sehr das zum Emporkommen des preussischen Staates beigetragen, bedarf keiner Worte. Es zeigt aber auch am augenfälligsten, daß hier von Anfang an keine Volksentwicklung, sondern eine reine Staatsentwicklung stattfand. Insofern jedoch die bei der Regierung herrschende Denkweise allmählig auch in die Bevölkerung eindrang, so entstand eben ein Staatsvolk daraus.

Worauf war nun in diesem Staate der Sinn gerichtet? Vor allem auf Vermehrung der Machtmittel. Und das war der Gesichtspunkt, unter welchem man auch das Volksleben be-

trachtete. Daß das Volk sich an Ordnung und Pünktlichkeit gewöhnte, an Thätigkeit in seinen Geschäften und Sparsamkeit in seinem Haushalte, und dabei auch einige Bildung annahm, war eben selbst ein Machtmittel für den Staat. Noch mehr kam es auf Gehorsam an, auf Willigkeit zu den geforderten Leistungen. Und die Lasten waren groß, denn nur durch Heranziehung aller Volkskräfte konnte der Staat seine Stellung behaupten. Daß dabei das Recht des Volkes vor den ihm auferlegten Pflichten in den Hintergrund trat, und das Volk sich selbst an solche Denkweise gewöhnte, war von entscheidender Wichtigkeit. Dadurch allein wurde es erreichbar, daß es solche Anstrengungen aushielt und solche Opfer brachte, wie auch in Friedenszeiten von ihm gefordert wurden, geschweige denn in den häufigen Kriegen. Man wird den moralischen Werth, welche solche Stärkung des Pflichtgefühls hatte, nicht gering anschlagen dürfen. Nur handelte es sich freilich nicht um die Pflicht überhaupt, sondern principaliter nur um die Pflicht gegen den Staat, und wohin soll es wohl kommen, wenn sich das Pflichtgefühl in den Leistungen für den Staat concentrirt? Die heute errungene Machtstellung des preussischen Staates beruht zuletzt darauf, keine Frage aber, daß die durch solche Pflichtübung beförderte Moralität doch ihre sehr schwachen und bedenklichen Seiten haben wird.

II.

Um das Wesen des preussischen Staates recht zu verstehen, darf man nur nie die Zeitverhältnisse vergessen, die seine Bildung beeinflussten und beziehungsweise erst ermöglichten. Will sagen die Zeit nach dem dreißigjährigen Kriege, und also die Zeit des tiefsten Verfalls des deutschen Nationallebens. Die alten Institutionen überall gebrochen, das Volk, so viel davon übrig geblieben, ebenso verwildert als zugleich um alles Selbstgefühl gekommen, in die dürtigsten Zustände versunken. Da war die militärische Zucht und Ordnung jedenfalls ein sehr wirksames Mittel, um den Leuten wieder Haltung zu geben, und nach dieser Seite das Emporkommen des preussischen Militärstaates als eine

Wohlthat anzusehen. Es gab damit einen Stützpunkt der Energie und Spannkraft.

Dann ferner der allgemeine Zug zum Regierungsabsolutismus auf dem ganzen Continente. Kam aber doch einmal der Absolutismus zur Herrschaft, so war dann der preussische vergleichsweise noch immer der bessere. Jedenfalls war er doch nicht bloß auf die Verherrlichung des Hofes gerichtet, sondern auf Beförderung der Staatsinteressen, als deren Repräsentanten sich die preussischen Regenten ansahen. Darin fanden sie die Vollmacht zu allen ihren Verfügungen und Unternehmungen. Freilich hätte man fragen dürfen: wer ihnen denn das Recht gegeben, die unter ihrem Scepter stehenden deutschen Länder, die vordem ihre eigene Existenz gehabt, zu einem gemeinsamen Staatskörper zusammen zu schweißen, und dadurch ihre frühere rechtliche Stellung im Reiche so wesentlich zu alteriren? Allein die absolutistische Denkweise der Zeit ließ solche Fragen gar nicht aufkommen. Ging doch auch der Kaiser selbst mit dem Beispiel voran, indem er seine zum Reiche gehörigen Länder kurzweg als österreichische Länder ansah, daher man denn in Wien auch nur das nicht österreichische Deutschland als das „Reich“ bezeichnete, wie wenn Oesterreich selbst gar nicht dazu gehörte. Die kleineren Fürsten, so weit sie konnten, handelten nach derselben Maxime, nur hatte das bei Preußen, wegen seiner sich durch das ganze nördliche Deutschland hindurchziehenden Besitzungen, sehr viel größere Folgen, und wurde dort die Sache mit größerer Energie wie mit größerem Geschick betrieben.

Klar ist aber, daß der dadurch entstehende preussische Staat infolge dessen aus der bisherigen deutschen Entwicklung je mehr und mehr heraustrat, und allmählig etwas ganz Neues daraus wurde, — das specifische Preußenthum. Wäre die deutsche Nationalentwicklung noch in lebendigem Fortschritt gewesen, so hätte das allerdings als ein frevelhafter Eingriff in dieselbe gelten müssen, aber dann wäre es auch gar nicht möglich gewesen. Weil aber die deutsche Nationalentwicklung in fortschreitendem Verfall begriffen war, so mußte solche Umbildung der unter brandenburgischem Scepter stehenden Reichsländer zu einem einheitlichen Staat,

relativ betrachtet, sogar als eine Verbesserung gelten. Nur freilich eine neue deutsche Nationalentwicklung konnte daraus nicht hervorgehen, sondern das Emporkommen des neuen preußischen Staates war vielmehr die thatsächliche Verneinung einer solchen. Und das ist eben das Sinnlose in der Geschichtsauffassung der Gothaer, daß sie die specifisch preußische Entwicklung, die ja unter den obwaltenden Umständen auch ihre innere Berechtigung hatte, hinterher zu einer deutschen Nationalentwicklung umstempeln wollen.

Für diesen neuen preußischen Staat trat nun die frühere Geschichte der darin eingebegriffenen Länder ganz in den Hintergrund. Statt einer Fortentwicklung derselben trat vielmehr ein Bruch mit der territorialen Vergangenheit ein, indem überall die Gesamtinteressen des neuen preußischen Staates maßgebend wurden. Bloß zufällig aber, oder nach reinem Belieben, geschah dies keinesweges. Es konnte nach Lage der Sache kaum anders geschehen. In dem damals sogenannten Herzogthum Preußen wäre ja an eine rechtliche Continuität mit der ehemaligen Ordensherrschaft schon gar nicht mehr zu denken gewesen, denn diese Herrschaft war längst in sich selbst erloschen. Und was die darauf gefolgte herzogliche Zeit anbetrifft, so hatte dieselbe ein so klägliches Andenken hinterlassen, daß der große Kurfürst sich wenig versucht fühlen konnte, seine Regierung als die Fortsetzung derselben anzusehen. Durch Abwälzung der polnischen Lehnsherrschaft zur Souveränität gelangt, nahm er eine ganz andere Stellung in dem Lande ein, als die ihm vorangegangenen Herzöge. Und war er damit ein europäischer Potentat geworden, so fühlte er sich als ein solcher nun auch in seinem zum Reiche gehörenden Ländern, obwohl dort die Rechtscontinuität weit weniger durchbrochen, wenn schon vielfach zu einer leeren Form geworden war. Oder sollte er etwa in Magdeburg als Erzbischof, in Halberstadt und Minden als Bischof regieren, wo doch kein Erzbisthum oder Bisthum mehr bestand? Zwar geschah dergleichen in einigen säcularisirten Bisthümern, aber einen rechten Sinn hatte es nicht. Das Herzogthum Pommern ferner erhielt er nur halb, der Ueberrest wurde erst später und zwar stückweise erworben. Wäre es

auf einmal und als ein organisirter Körper an Brandenburg gefallen, so hätte die Sache schon anders gestanden. Schlesien wurde auch nicht ganz erworben, und als ein selbständiges Land war es überhaupt nicht anzusehen gewesen. Noch weniger hätte nach der Erwerbung Westpreußens und des Netzedistriktes von einer Fortsetzung der dort bestandenen Regierung die Rede sein können. Aehnlich verhielt es sich mit den neuen Erwerbungen nach dem Reichsdeputationshauptschluß und von 1815. Kurz: es waren vorzugsweise nur Bruchstücke, oder doch schon in sich selbst gebrochene Existenzen, die dem neuen preussischen Staate zum Material dienten. Und selbst wo an und für sich die Continuität der Entwicklung gegeben gewesen wäre, wie namentlich in der Mark Brandenburg, da war doch (wie schon früher bemerkt) durch die Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges alles so verfallen, daß man in vieler Hinsicht von neuem anfangen mußte.

Erst durch die Annektionen von 66 geschah etwas, was vor dem nie geschehen war, indem jetzt auf einmal ganze noch sehr lebensfähige Staaten incorporirt wurden, und zwar in rein gewaltfamer Weise. Aber daran wird auch gerade die preussische Staatskunst scheitern, weil sie leider nicht intelligent genug war um den inneren Widerspruch zu erkennen, der durch solchen Vergrößerungsmodus in die preussische Staatsentwicklung selbst hineinkam.

Wie ganz anders erscheint doch im Vergleich mit Preußen die Bildung der österreichischen Monarchie, welche wesentlich auf der Verbindung des Erzherzogthumes mit Böhmen und Ungarn durch Erbgang beruhte! Da folgte es ganz von selbst, daß die Continuität erhalten bleiben mußte. Denn diese beiden Länder waren schon altformirte und große politische Körper, woraus etwas Neues machen zu wollen geradezu unmöglich gewesen wäre. Und so waren auch die deutschen Länder Oesterreichs durch Erbgang zusammengebracht. Alles beruhte da auf überkommenen Zuständen, statt eines künstlichen und gewaltfamen Zusammenfassens der verschiedenen Elemente fand vielmehr ein natürliches Bewachsen statt. Mit den alten Einrichtungen selbst lebten da auch die alten Traditionen fort.

In Preußen hingegen verschwand das Eine mit dem Andern. Vor den glänzenden Erfolgen des großen Kurfürsten, wie noch mehr des großen Friedrich, erlosch selbst die Erinnerung an die ältere Zeit. Es bildete sich ein specifisch preußisches Bewußtsein, für welches dann die ganze deutsche Geschichte — um nicht zu sagen die ganze Weltgeschichte — erst mit dem großen Kurfürsten begann. Alles Vorhergegangene wurde wie als einer dunklen Sagenzeit angehörig betrachtet, worum man sich nicht weiter zu kümmern habe. Nur um der Dynastie willen ging man noch bis zu den Anfängen der hohenzollerschen Herrschaft in Brandenburg zurück. Was die Mark vordem gewesen, kam so wenig in Frage wie die ganze Vorgeschichte der übrigen preußischen Länder. Natürlich entstand solche Denkweise zunächst in den gouvernementalen Kreisen, hinterher aber wurde sie systematisch ausgebildet und durch das Schulwesen der ganzen Bevölkerung eingeffößt. So ist es gekommen, daß man selbst bei hochgestellten Beamten, wie andererseits bei Leuten, die sich ihrer wissenschaftlichen Bildung rühmen, gar oft eine solche Interesselosigkeit für alles, was die Vorzeit der preußischen Länder anbetrifft, bemerkt, ja eine solche Unkenntniß des Thatächlichen, daß es Staunen erregt. Und diese, kurz gesagt, ungeschichtliche Denkweise bildet nun einen wesentlichen Charakterzug der preußischen Intelligenz.

Welche Folgen mußten daraus entspringen? Die Sache hat ihre verschiedenen Seiten, denn man kann nicht leugnen, daß solche Abstraction von der Geschichte auch erhebliche Vortheile gewährte. Eine lange Geschichte in der Erinnerung mit sich herum zu tragen, ist ja allerdings wie ein Bleigewicht für den freien Schwung des Geistes, und den Blick auf die Vergangenheit zu richten, kann leicht dazu führen, daß sich der Sinn für das Gegenwärtige um so mehr abschwächt. Wie schwerfällig erscheinen doch die Bewegungen des alten Europas, welches überall eine mehr als tausendjährige Geschichte hinter sich her schleppt, im Vergleich zu dem festen Treiben des jungen Amerikas, welches sich mit keiner Geschichte abzuquälen braucht, — weil es keine hat! Nun wohl, in dem jungen preußischen Staate kam in mancher Hinsicht eine dem Amerikanismus verwandte Denkweise

auf. Anstatt sich den Kopf mit alten Scharteken anzufüllen, studierte man lieber Nationalökonomie, Statistik und andere nughare Wissenschaften. Es war Preußen, welches zuerst in Deutschland Lehrstühle für Nationalökonomie errichtete, und zuerst eine systematische Statistik einführte — der Recrutirung und Besteuerung wegen. Das praktisch Brauchbare und Nothwendige wurde die Parole. Darauf war insbesondere die Beamtenbildung gerichtet, und was praktische Brauchbarkeit anbetrifft, erwies sich auch das preußische Beamtenthum bald wirklich überlegen. Was wäre aber Preußen geworden ohne sein Beamtenthum? Eine geschichtliche Denkweise hingegen, ganz abgesehen davon, daß sie als unnütz erschien, hätte ja noch obendrein die Inconvenienz gehabt, daß sich damit auch einige Pietät für das geschichtlich Gewordene und Zurechtbestehende zu verbinden pflegt, und solche Pietät würde oft das rüstige Zugreifen und Dareinschlagen verhindert haben, was doch für das Preußenthum ein unabweisbares Bedürfnis war.

Man wird also zugeben müssen, daß gerade diese ungeschichtliche Denkweise den Aufschwung der preußischen Macht befördert hat. Nicht minder gewiß aber, daß sie unvermeidlich zur Verflachung der Geister führte. Von selbst folgt daraus, daß dann auch gerade Preußen der fruchtbarste Boden für die vulgäre Aufklärung wurde. Das ganze Gemüthsleben wurde dabei abgeschwächt und angegriffen; daher denn Poesie und Kunst in Preußen ebenso wenig Antrieb fanden, als ihnen auch geringe Pflege zu Theil wurde. Nur die exacten Wissenschaften und die sogenannten Brodstudien konnten dabei um so besser gedeihen. Wie einseitig jedenfalls das preußische Wesen wurde, liegt auf der Hand. Wie könnte es jemals Anspruch darauf machen, die Totalität des deutschen Geistes repräsentiren zu wollen?

III.

War das siebzehnte Jahrhundert, in welchem die Entwicklung des modernen preußischen Staates begann, das Zeitalter des hereinbrechenden Absolutismus, so kam doch mit demselben

zugleich noch etwas andres. Wir meinen die naturrechtliche rationalistische Staatsansicht, welche sich von da an aufthat. Zwar nach ihren freiheitlichen Tendenzen der directe Gegensatz zum Absolutismus, war sie gleichwohl leicht damit vereinbar, wie sie auch hinterher selbst nur zu einem neuen Absolutismus führte, dem Absolutismus der Begriffe und Principien. Der junge preussische Staat erwies sich für die rationalistischen Theorien von Anfang an empfänglich. Sie kamen sogar seinen eigensten Bedürfnissen entgegen, weil eben die preussische Staatseinheit zunächst nur in der Idee des gemeinsamen Staatszweckes und Staatsinteresses lag, während realiter ein einheitliches Ganzes noch gar nicht bestand. Wie gut paßte dazu eine Lehre, die sich um reale Thatsachen auch nicht kümmerte, sondern alles aus reinen Begriffen heraus entwickelte! Die ganze rationalistische Philosophie war gewissermaßen ein theoretisches Seitenstück zu den practischen Unternehmungen der preussischen Intelligenz.

So trat schon Pufendorf in brandenburgische Dienste. Ihm folgten Thomafius, Wolf, Kant, auch Fichte in seiner spätern Periode, und zuletzt Hegel, also gerade die vornehmsten Repräsentanten der rationalistischen und später sogenannten speculativen Staatsansicht. Keine Frage, daß diese Denkweise ihren vornehmsten Stützpunkt wie ihre weiteste Verbreitung in Preußen fand. Die sogenannte historische Schule hingegen ging von Göttingen aus, wie sie auch eine unverkennbare innere Verwandtschaft mit der Sinnesart des altfächsischen Volksstammes hatte. Zwar verzweigte sie sich hinterher auch nach Preußen, Einfluß aber gewann sie dort nur in den engen Kreisen einer exclusiven Bildung. Dem eigentlichen Preußenthume, wie es sich unter dem großen Friedrich entwickelt, und dessen Grundsätze sich dann in dem preussischen Landrechte ausgeprägt und dadurch in dem ganzen Beamtenstande befestigt hatten, war sie wesentlich antipathisch. Ein Eichhorn, Savigny und Puchta konnten daran nichts ändern. Ihr akademischer Ruhm war unbestritten, aber die vorherrschende Rechts- und Staatsansicht blieb in den Kreisen der durchschnittsmäßigen Bildung immer die rationalistische.

Für die Schärfe und Beweglichkeit des Denkens war dies

allerdings förderlich, und so lag auch darin wieder ein Element der Ueberlegenheit des Preußenthums. Aber es entstand daraus auch der Hang zum abstracten Generalisiren und Schematisiren durch eine äußerliche Gleichmacherei, wovon das preußische Staatswesen so vielfach Zeugniß gibt. Und wenn man a priori wohl vermuthen möchte, daß die Herrschaft allgemeiner Regeln und Begriffe, vor welchen dann die concreten Eigenschaften der Dinge in den Hintergrund treten, doch jedenfalls den geschäftlichen Mechanismus vereinfacht haben müßte, so entsprang thatsächlich oft ein ganz nutzloser Formalismus daraus, der eine unsägliche Schreiberei veranlaßte. Selbst um der geringfügigsten Dinge willen, weil eben alles nach derselben Façon behandelt wurde.

Was aber die Hauptsache ist: der Bruch mit der deutschen Geschichte, der schon an und für sich in der preußischen Staatsentwicklung lag, wurde durch den Rationalismus vollendet, das rationalistische Preußenthum also zur Behandlung deutscher Angelegenheiten nur um so weniger befähigt. Denn zu welchem Verständniß dafür hätte wohl die rationalistische Denkweise geführt, deren Wesen gerade darin bestand, von den concreten Verhältnissen rundweg zu abstrahiren, um statt dessen aus reinen Begriffen heraus zu deduciren, und dadurch eine angebliche Normalverfassung aufzustellen, die am Ende auch für den Mond passen müßte? Nicht das Verständniß sondern das Mißverständniß wurde dadurch befördert. Oder man sage doch, was etwa aus der kantischen Staatslehre, wie desgleichen aus der hegel'schen, für die Erkenntniß deutscher Probleme zu entnehmen wäre? Rein garnichts!

Auch durch den Einfluß, den später Stahl in Preußen gewann, wurde es in dieser Hinsicht nicht wesentlich besser. Er bekämpfte ja freilich den Rationalismus, und rühmte sich ausdrücklich seiner geschichtlichen Ansicht, in Wirklichkeit aber lief es darauf hinaus, daß er der Rechtsphilosophie eine dogmatische Unterlage gab. Diese einmal angenommen, so wird dann ebenso ins Allgemeine hin deducirt, wie in den rationalistischen Systemen geschieht, und am Ende erhalten wir doch wieder eine Art von Musterverfassung. Für das Verständniß concreter Staatsverhält-

nisse ist damit nur wenig geleistet, dazu hätte vielmehr eine physiologische Analyse gehört, die ihm aber fremd blieb. Seine Gedanken concentrirten sich in der allgemeinen Idee einer christlichen Monarchie.

So hatte er insbesondere auch keine Einsicht von dem eigenthümlichen Wesen des preußischen Staates. Und was hätte er wohl von der preußischen Politik verstanden? Daß es ihm trotzdem gelang, in den gouvernementalen Kreisen des Preußenthums, zumal in den hochconservativen Kreisen, zeitweilig eine fast unantastbare Autorität zu gewinnen, war immerhin eine merkwürdige Thatsache. Je mehr sie die geistige Begabung dieses Mannes bezeugt, um so weniger spricht sie für die geistige Begabung des preußischen Conservatismus. Wäre es mit diesem Conservatismus etwas Rechtes gewesen, so hätte er wohl aus dem Preußenthum selbst hervorgehen und seine Principien selbst entwickeln müssen, statt dessen erst dieser, in das Preußenthum wie hineingeschneite münchener Convertit kommen mußte, um dem preußischen Conservatismus die doctrinelle Appretur zu geben. Aber dieser Conservatismus war eben kein naturwüchsiges Wesen. Möchte er auch in den persönlichen Ueberzeugungen einzelner seiner Befenner leben, als Parteibildung war er erkünstelt, daher auch die stahlschen Doctrinen für das Gros der Parteimitglieder nur zum Aushängeschild und theoretischen Trumpf dienten, — so lange es nämlich convenabel erschien. Es brauchte nur ein GG zu kommen, und die berühmte Fraction Stahl im Herrenhause brachte ihren bisher proclamirten oder affigirten Principien selbst ein feierliches Vereat. Ein so plötzlicher Umschwung, sollte man meinen, wäre schon an und für sich mit dem Wesen einer conservativen Partei, wie sie auch sonst geartet sein möchte, ganz unvereinbar. Dem preußischen Conservatismus hingegen war es wie garnichts.

Als ein fernerer Charakterzug desselben wäre seine erklärte Sympathie, ja Verehrung, für das Russenthum zu bemerken, welches ihm als der eigentliche Hort der sogenannten christlich-germanischen Principien galt. Die Vormundschaft, welche der Kaiser Nicolaus nach den Tagen von Olmütz über Deutschland gewonnen, war diesem Conservatismus der gottgefälligste Zustand. Auch die

Fraction Stahl fand sich damit in vollkommener Uebereinstimmung. Welche Vorstellung von dem Weltberufe Deutschlands muß sie also wohl gehabt haben? Vielleicht gar keine. Hatte doch ihr theoretischer Chef selbst diese Frage so bei Seite gelassen, daß seine Lehre zur Untersuchung derselben gar keine Handhaben darbot. Denn was bedeutete die allgemeine Idee einer christlichen Monarchie für die thatsächlichen Verhältnisse Deutschlands? Deutschland war überhaupt keine Monarchie, noch jemals eine solche gewesen, sondern immer etwas ganz anderes, wofür aber in dem stahlschen Gedankenkreise kein Platz zu finden gewesen wäre. Kurz: dieser gefeierte Rechtsphilosoph verstand von den eigenthümlichen Aufgaben Deutschlands wirklich nicht mehr, als Kant und Hegel davon verstanden hatten, und die Intelligenz des preussischen Conservatismus, mit seiner angeblich geschichtlichen Weltansicht, erwies sich in diesem Punkte ganz eben so unzulänglich als die Intelligenz des preussischen Liberalismus, der sich an die rationalistische Denkweise angeschlossen.

Was Wunder, daß die Einen wie die Anderen sich gleichermaßen von den großen Erfolgen von 66 dergestalt imponiren ließen, daß sie ihre Principien auf dem gemeinsamen Altar des preussischen Vaterlandes opferten! Darin beide gleich preussisch gesinnt, weil eben das preussische Staatsinteresse dem Preußenthum für das oberste Princip gilt. Insofern es sich aber um das deutsche Vaterland handelte, — da hatten sie gar nichts zu opfern, denn deutsche Principien hatten sie nie gehabt. Die Cardinalfrage war für das Preußenthum immer gewesen: wie Deutschland sich am besten für preussische Zwecke ausnutzen ließe? und was dann den wohlklingenden Namen „deutsche Politik“ erhielt.

IV.

Wie der preussische Staat aus der deutschen Geschichte heraustrat, so trat noch mehr Berlin aus dem ganzen deutschen Städtewesen heraus. Es bildet gewissermaßen ein Wesen für sich, welches darum auch eine besondere Betrachtung verdient, zumal

dadurch zugleich ein neues Licht auf das ganze Preußenthum fallen wird.

Bis auf die Zeiten des großen Kurfürsten ein wenig bedeutender Ort, kam Berlin erst in Aufnahme, als das selbständige Städteleben schon überall im Rückgang war. Wie hätte es sich dort neu entfalten können, wo vielmehr der gouvernementale Einfluß am unmittelbarsten wirkte, und darauf das Emporkommen dieser Stadt zum größten Theil selbst beruhte? So sehr, daß nicht nur die neuen Stadttheile von Regierungswegen angelegt, sondern unter Friedrich Wilhelm I. auch die einzelnen Bürgerhäuser wie auf Commando gebaut wurden. Dieser König spielte dabei zugleich selbst den Polizeimeister, als stets bereites Exekutivmittel den Stock in der Hand, den gar mancher zu schmecken bekam. Welch' ein Bürgergeist hätte sich da entwickeln können?

So war es auch zunächst nicht das Bürgerthum, sondern der Hof, das Militär und das Beamtenthum, welches dem berliner Leben sein Gepräge gab. Handel und Fabrikwesen gewannen erst später eine erhebliche Bedeutung, wobei aber die Regierung nach Möglichkeit zu helfen beflissen war. Denn Berlin zu einer großen Stadt zu machen, wurde um so mehr eine Staatsmaxime, als man darin ein Bindemittel für die zerstreuten Landestheile sah. Die Bevölkerung war fortwährend in beträchtlicher Zunahme. Seit den Eisenbahnen endlich schritt sie in so rapider Weise fort, daß Berlin in diesem Punkte fast einer amerikanischen Stadt vergleichbar wäre. Seine Bevölkerung hat sich in dem letzten Menschenalter fast verdreifacht, natürlich zumeist durch Zugang von auswärts. Da solcherweise das nicht eingeborene Element, in welchem also ein lebendiger Heimathssinn von vornherein fehlte, gar bald überwiegend werden mußte, entstand daraus statt einer Bürgerschaft zuletzt eine bloße Einwohnermasse. Die seit Stein eingeführte Städteordnung konnte unter diesen Umständen wenig helfen, weil eben schon von Anfang an die lebendige Tradition einer bürgerschaftlichen Entwicklung fehlte, und durch die gleichzeitige Aufhebung der gewerblichen Corporationen die ganze Bevölkerung ihre innere Gliederung verloren hatte.

An eine Bürgerschaft im deutschen Sinne ist also kaum

zu denken, sondern im Wesentlichen besteht nur eine Einwohner-
schaft, wovon halbjährlich ein so beträchtlicher Theil umzieht,
daß es fast etwas Nomadisches hat. Eine solche incohärente Masse
ist nur durch mechanische Mittel in Ordnung zu halten, und auch
dies ist allmählig so schwer geworden, daß die Polizei schon oft
selbst ihre Unzulänglichkeit erklärt hat. Immer thäte es noth,
daß Gensdarmen, oder heute Schutzmänner genannt, am Plage
wären, sonst kann alles aus Rand und Band gehen. Unter der
Hülle einer schimmernden Civilisation bricht oft eine Rohheit und
Verwilderung hervor, die wohl in keiner deutschen Stadt ihres
gleichen finden dürfte.

Es kann wirklich als charakteristisch gelten, daß einer der
vornehmsten Plätze Berlins der Gensdarmen-Markt heißt,
und eben auf diesem Gensdarmen-Markte neuerdings die Schiller-
statue errichtet wurde. Aber Welch' eine Figur spielt auch der
Dichter des Idealismus an dieser Stelle! Wie ein hungeriger
Privatdocent des Nationalliberalismus steht er da, sichtbar be-
müht, seinen abgetragenen Rock mit dem Mantel zu verdecken,
während zu seinen Füßen sehr wohlgenährte Frauengestalten sitzen,
vielleicht nach dem Typus behäbiger Marktweiber entworfen,
welche die verschiedenen Geistesrichtungen des Dichters symbolisi-
ren sollen. Kurz: der schillerische Idealismus auf einmal in den
handgreiflichsten Realismus übersezt, und freilich auch dadurch
erst der heutigen Aera congenial gemacht, wo in der Metropole
der Intelligenz eben alles realpolitisch sein muß. Daß bei
der Grundsteinlegung zu diesem Monumente, nachdem am Mor-
gen in allen Schulen das „Freude schöner Götterfunke“
erklungen war, der Abend vielmehr mit einer solennen „Kei-
lerei“ auf der Straße schloß, wird dann auch wohl nur ein
Aufschäumen des Realismus gewesen sein. War aber eine recht
hübsche Illustration zu dem wirklichen Bildungsgrade der berliner
Populace, und leider tritt die Populace immer mehr in den
Vordergrund.

Welch ein Geist soll nun von dieser neuen Reichshauptstadt
ausgehen? Wie wenig dieser Geist von Anfang an specifisch
heutisch war, sondern durch die Niederlassung der Hugonotten

vielmehr unter den Einfluß französischer Bildung gerieth, wurde schon früher bemerkt. Aber selbst davon abgesehen — was hat denn Berlin überhaupt geleistet? Käme es nur auf die Gelehrten und Künstler an, die man dorthin berief, so könnte es sich freilich gar mancher glänzenden Namen rühmen, aber das hieß sich mit fremden Federn schmücken. Und selbst dabei muß es doch auffallen, daß gerade von den Heroen unserer klassischen Literatur kein Einziger seinen Stützpunkt in Berlin fand. Ein paar tausend Thaler für die Subsistenz eines Schiller herzugeben, wäre ja eine zu große Zumuthung für die preussische Großmacht gewesen, welcher jeder beliebige General für viel wichtiger galt als ein deutscher Dichter, der mit den preussischen Staatsinteressen nichts zu schaffen hatte. Offenbar auch paßte ein Zfstand besser dahin. Nicht minder merkwürdig, daß, während in Königsberg die kantische Philosophie blühte, in Berlin vielmehr ein Nicolai das entscheidende Wort führte, in Folge dessen der Kant nicht einmal Mitglied der berliner Akademie der Wissenschaften wurde. Gerade den größten Geistern unserer Nation ist fast allen daselbe widerfahren. Ein Mittelpunkt deutscher Geistesentwicklung gewesen zu sein, kann sich diese Akademie gewiß nicht rühmen, und von dem Geiste ihres großen Stifters Leibnitz dürfte wenig auf sie übergegangen sein. Sie verleugnete ihn sogar selbst, indem sie bei dem Ableben dieses Mannes nicht einmal Notiz davon nahm.

Handelt es sich hiernach um das, was aus dem Berlinismus selbst hervorging, oder doch wenigstens davon getragen wurde, so war das zunächst die Aufklärungsliteratur der nicolaischen Zeit, und danach war auch ihr Gehalt. Es ist ein trockener, raisonnirender und zersetzender Geist, der durchaus den Grundzug des Berlinismus bildet, und dessen prägnantester Ausdruck der allbekannte berliner Witz ist. Der darf als ein echtes berliner Kind gelten, aber allermeist ist es auch nur der sogenannte „schlechte“ Witz, mit dem unverkennbaren Hang zur Plattheit. Wie von selbst entstand daraus der Kladderadatsch. Der ist dann wieder typisch für den Berlinismus, und was ist danach von dem Geiste desselben zu halten? Nicht einmal eine originelle Poffe konnte er schaffen, wozu vielmehr das Vorbild aus Wien entnommen

wurde, um es weit eher zu verschlechtern als zu verbessern. Ueberhaupt ist dieser Geist weit weniger auf positive Schöpfungen als vielmehr auf Kritik gerichtet, und die dann leicht dahin kommt, ihre Höhe in einer sich überstürzenden Negation zu suchen. Man erinnere sich an das kritische Auftreten Bruno Bauer's, oder an den „Einzigsten und sein Eigenthum“ von Stirner. Grenzenlose Anmaßung mit bodenloser Hohlheit gepaart, aber so recht ein specifisch berlinisches Produkt war es. Auch die „Philosophie des Unbewußten“ wird dafür gelten dürfen, die jetzt so viel Lärm macht, obgleich sie in der Hauptsache nichts weiter ist als ein, mit wohlfeil genug zu habenden naturwissenschaftlichen Zuthaten versetztes, Ragout aus anderen Philosophien, vor allem der schopenhauerschen, wozu sie sich immer doch nur verhält, wie etwa Branntwein zu Champagner. Ein merkwürdiges Zusammentreffen aber, daß dieses prätendirte neue Denksystem sich gleichzeitig mit der bismarckschen Aera aufthat, die ja wirklich sich ihres eigenen inneren Wesens unbewußt zu sein scheint. Und welch ein Prognostikon für die zukünftige Geistesentwicklung in dem neuen deutschen Reiche, wenn etwa Hr. v. Hartmann das Programm dazu geschrieben hätte!

Dazu endlich noch der Einfluß des Judenthums, den das berliner Geistesleben schon seit lange erfahren hat, und dem es seit 66 nur um so mehr verfallen ist. In der Wissenschaft wie in der Kunst, zumal in dem Theaterwesen, macht sich der jüdische Geist schon deutlich genug bemerkbar, die Literatur ist davon durchdrungen, in der Tagespresse übt er dieselbe Herrschaft wie auf der Börse. Was gäbe es noch, wo er nicht seine Stimme erhöhe, außer etwa die Casernen, weil da überhaupt nicht geredet sondern commandirt wird, wie andererseits die Kirchen, die aber auch gar spärlich besucht sind? Ist es nicht das schlagendste Zeugniß für die innere Gehaltlosigkeit und Haltungslosigkeit des Berlinismus, daß er sich so von dem Judenthum inspiriren und gängeln ließ? Was wäre also zu erwarten, wenn gleichwohl dieser Berlinismus, der selbst nur noch der Reithammel des Judenthums ist, die Führerschaft der deutschen Geistesentwicklung übernehme? Der Tod des deutschen Geistes würde es sein.

In ihrer äußern Erscheinung macht die neue deutsche Kaiserstadt weit weniger einen specifisch deutschen Eindruck, als alle anderen großen Städte Deutschlands. Insbesondere auch viel weniger als Wien. Und das begreift sich. Wiens Geschichte reicht ja tief in das deutsche Mittelalter hinab, und als mehr-
 hundertjähriger Sitz des deutschen Kaiserthums mußte es doch einigermassen unter dem Einfluß des deutschen Geistes stehen. Berlin hingegen kam erst mit dem modernen preußischen Staat empor, und sein Wesen lag eben darin, die Hauptstadt des specifischen Preußenthums zu sein.

Charakteristisch schon, daß, während in anderen deutschen Städten als Hauptgebäude die Kirchen hervortreten, den Mittelpunkt Berlins vielmehr das Schloß bildet, woneben in zweiter Stelle das Zeughaus, die Museen und die Theater sich bemerkbar machen, die Kirchen erst die dritte Stelle einnehmen. Keine einzige darunter, die einen architektonischen Eindruck machte. Ueberhaupt scheint Berlin mit dem Kirchenbau Unglück zu haben. Nicht nur, daß der Kirchenstyl abhanden gekommen, sondern die neuerdings erbauten Kirchen sind größtentheils auch in akustischer Hinsicht so mißlungen, daß sie schon um deswillen leer stehen würden, weil man den Prediger nicht verstehen kann. Das Geräusche ist so dürftig, daß es bei dem Straßenlärm kaum vernommen wird, wie auch die Thürme meist so schwächlich construirt und von so schmaler Taille sind, daß sie schwere Glocken nicht gestatten würden, und hier und da die Glocken nicht einmal schwingen können. Ihr principaler Zweck scheint oft gar nicht darauf gerichtet zu sein, zum Glockenstuhl zu dienen, sondern fast nur zur Dekoration, wobei zuletzt auch ihre kirchlich-symbolische Bedeutung verschwindet. So insbesondere die beiden Dioscuren des Gensdarmen-Marktes. Sich auf breitem Unterbau erhebend, stehen diese, sich wie in Selbstgefälligkeit blähenden, Kuppelthürme in gar keinem inneren Zusammenhang mit den dahinter liegenden um so dürftigeren Kirchen, und sind wohl eigentlich bloß zum Renommiren da. Sie bilden dann den Rahmen zu dem dazwischen liegenden tempelartigen Schauspielhause, mit seiner weit hervortretenden Treppe, auf der man aber nicht hineingeht, sondern

darunter wie in einen Keller, so daß es dabei wieder nur auf Ostentation ankam. Und davor endlich die schon besprochene realistische Schillerstatue! Das Ganze ein so anspruchsvolles, und doch für die tiefere Betrachtung so bizarres Ensemble, wie sich nicht leicht etwas Aehnliches finden dürfte.

Nirgends tritt der Mangel an traditioneller Grundlage, an Charakter und innerer Wahrheit, woran freilich unsere ganze moderne Architektur leidet, so auffallend hervor als in Berlin. Aber nirgends vollzog sich auch der Uebergang aus der Gothik in die Renaissance so ohne Vermittlung wie dort, und so konnte der von auswärts importirte Renaissancestyl, zu welchem ohnehin die gegebenen materiellen Bedingungen so wenig paßten, selbst keine feste Haltung gewinnen. Das Genie eines Schlüter mochte dann wohl Bedeutendes schaffen, daran war aber nicht zu denken, daß sich daraus ein eigenthümlicher berliner Typus entwickelt hätte. Entscheidend blieb vielmehr die Subjectivität des Architekten. Daher das willkürlich Combinirte, das künstlich Gemachte und akademisch Studirte, wobei doch alles Studium nicht hindern konnte, daß man gelegentlich bis ins Sinnlose verfiel. Gehört doch von dem berühmten Schinkel die Anekdote, daß er einmal auf einem Rittergute einen Ochsenstall nach dem Muster einer Basilika baute. Wie werden darüber die Ochsen selbst gestaunt haben! Kümmerte aber den Mann nicht, dem es lediglich darauf ankam eine Studie auszuführen. Und das gilt wohl eigentlich von allen seinen Schöpfungen. Frisch aus dem Leben ist keine hervorgegangen. Eben das Studirte, kann man sagen, ist der vornehmste Charakterzug der berliner Architektur, und zwar zu meist in dem Sinne, daß man durchaus etwas vorstellen will. Das Ding gibt sich ein Air, und je weniger dahinter ist, um so mehr wird es aufgepußt. Soll die Kunst, wie Göthe sagt, ihr Material nicht verdecken, so ist vielmehr das Verdecken hier selbst die Hauptkunst. Dem Backsteinbau wird eine Façade angeklebt, mit Zink- oder Gypsfiguren verziert, und dann das Ganze überstrichen, — so ist es eine italienische Villa oder ein Stück aus den pariser Boulevards, wenn nicht gar aus dem alten Athen.

Wie könnte, wo solcher Sinn herrscht, eine Stadt von deut-

ischem Gepräge entstanden sein! Kaum die älteren Stadttheile haben noch etwas davon. Die Glanzpartie des heutigen Berlins, d. i. vom Schlosse an bis zu dem brandenburger Thore, wo sich fast alle Merkwürdigkeiten zusammendrängen, zeigt kein einziges Bauwerk, woran sich Erinnerungen aus der deutschen Geschichte anknüpfen, oder das nur überhaupt ein wirklich deutsches Aussehen hätte, wenn nicht etwa die werdersche Kirche dafür gelten soll, worüber einst Heinrich Heine seinen Wis ergoß Statt dessen: neben der Renaissance und dem Poppstyl nur das repristinirte Griechenthum Schinkels, oder die reine Styllosigkeit selbst, — was hätte das alles mit Deutschland zu schaffen? Es könnte ganz eben so gut in Petersburg oder in Neapel stehen, oder noch besser den Hintergrund zu irgend einer Theater Scene bilden. Nicht einmal an die preussische Geschichte würde man dadurch erinnert sein, sähe man nicht hoch zu Roße den alten Fritz, nebst den Standbildern eines Blücher, Scharnhorst und Anderer. Das sind doch Gestalten, wie sie sich für die Hauptstadt des Preussenthums geziemen. Was bedeuten aber die Amazone vor dem Museum oder die Minervabilder auf der Schloßbrücke, nebst anderen mythologischen Geschöpfen?

Es muß wahrlich Wunder nehmen, daß selbst Friedrich Wilhelm IV., der den christlichen Staat proclamirte, diese antikeidnischen Alfanzereien gar noch vermehrte. Zu der Denkart des alten Fritz paßte es ja, wenn er über dem Eingang zum Opernhause schrieb „Apollini et Musis“, ihm wäre der Apollo- und Musencultus vielleicht lieber gewesen als der christliche. Dazu an einem Opernhause mochte das immer noch hingehen, und sähe man etwa an dem Zeughause „Marti“ geschrieben, so wäre daran auch nichts gelegen. Anders aber steht die Sache doch, wenn an der Garnisonkirche sich der Adler präsentirt, mit Blitz und Donnerkeil in seinen Klauen, will sagen: der Vogel des Jupiter an einer christlichen Kirche! Diese *contradictio in adjecto* hätte die Metropole der Intelligenz sich wohl ersparen sollen. Allein sie scheint den Widerspruch gar nicht zu fühlen, weil ihr die Garnisonkirche principaliter als ein königliches Gebäude gilt, — wie sie auch mit der Königskrone ge-

schmückt ist*) — und dann insbesondere als ein Militärgebäude, eine Art von Exercierhaus, wie sie auch ungefähr aussieht.

Immerhin sollte man doch erwarten, daß wenigstens die berliner Geistlichkeit gegen solche Unziemlichkeiten Einspruch erhoben hätte. Sie hat das aber so wenig gethan, als sie neuerdings Anstoß an den religiösen Feierlichkeiten nahm, welche bei Enthüllung des Siegesdenkmals, der Victoriasäule, stattfanden. Also ein Cultus der Victoria! Ei, was würden wohl die geistlichen Herren gesagt haben, wäre es statt dessen die Enthüllung einer Mariensäule gewesen, wobei man ihre Assistenz gefordert hätte? Zeter würden sie geschrien haben über das damit dem evangelischen Glauben gegebene Aergerniß, obgleich die Jungfrau Maria doch allerdings der evangelischen Geschichte angehört, indessen von der Victoria weder die Evangelisten noch die Apostel zu berichten haben. Thut ihnen aber nichts. Auch läßt es sich gar nicht bestreiten: zu einer königlich preussischen Landeskirche paßt die Victoria ganz eben so gut, als der Vogel des Jupiter.

Ein beachtungswerthes Stück — diese Victoriasäule. Denn wenn sie auch der berliner Kunst sehr wenig zur Ehre gereichen dürfte, so bildet sie dafür das augenfälligste Zeugniß davon, welch' ein ganz anderer Geist jetzt in Berlin herrscht, als einst nach den Freiheitskriegen. Auch damals errichtete man ein Denkmal, nur nicht als ein prahlendes Siegeszeichen zur Verherrlichung der militärischen Erfolge, sondern der Erinnerung an die Gebliebenen gewidmet, und als ein Zeichen des Dankes für die vom Volke gebrachten Opfer, wie zugleich für die Gnade Gottes, welche den Sieg beschieden hatte. Auf der Grundform des eiserne Kreuzes in gothischem Style ausgeführt, macht es einen würdigen Eindruck, der dem Gemüthe wohlthut. Es spiegelt sich darin der gute Geist, der damals in Preußen eingezogen war, wie hingegen die neue Victoriasäule vielmehr das Verschwinden-

*) Was ist dem gegenüber noch gegen das „Deo' erexit Voltaire“ einzuwenden? Hier heißt es „Deo erexit Rex“, zwar nicht *expressis verbis*, aber in um so eindringlicherer Zeichensprache.

sein dieses Geistes bekundet, indem sie statt dessen die bismarck'sche Aera repräsentirt, mit ihrem Cultus der Macht und des Erfolges. Beruhte jener gute Geist darauf, daß das Preußenthum sich damals mit deutschen Ideen durchdrungen hatte, so läuft diese neue Aera vielmehr darauf hinaus, das ganze Deuthum zu verpreußen, und wenn damals die Noth beten gelehrt hatte, so ist das Beten über den großen Erfolgen wieder verlernt. Zwei charakteristische Denkmale!

V.

Es ist ein Gemeinplatz geworden, daß Preußen als Repräsentant des Protestantismus zu gelten habe, und zumeist auch dadurch emporgekommen sei. Das ist aber nur insoweit richtig, als dabei von dem positiven Kern, woraus die Reformation ursprünglich ihre Kraft zog, abgesehen, und statt dessen nur die Beseitigung der katholischen Hierarchie und die freie Schriftforschung ins Auge gefaßt wird, was beides dann eine ganz andere Bedeutung gewinnt, als es ursprünglich hatte. Das Negative wird dadurch selbst zu etwas Positivem, das blos Formale zu etwas Realem gemacht. Unermeßliche Folgen entspringen aus solcher Verkehrung.

Denn nicht der Sturz der katholischen Hierarchie war das Streben der Reformatoren gewesen, sondern die Wiederherstellung des reinen christlichen Glaubens. Geriethen sie um deswillen in Kampf mit der Hierarchie, die dann durch den Sieg der Reformation verschwand, so war dies eben nur eine Bedingung für die Erreichung des Zieles, keinesweges aber ein Selbstzweck gewesen. Am allerwenigsten wäre das von Luther zu sagen, der vielmehr den Umsturz der alten Kirchenverfassung sehr gern vermieden hätte. So war er auch entfernt nicht der Meinung gewesen, die alte kirchliche Gemeinschaft auflösen zu wollen, sondern die Kirche als solche sollte reformirt werden, und daß dann gleichwohl die große Spaltung daraus entsprang, war eben nur eine tatsächliche Folge. Eine Folge, die man tief beklagte, und wobei ausdrücklich die Idee einer Wiedervereinigung durch Aus-

gleichung der Differenzen vorbehalten blieb. Auch durfte man daran mit gutem Gewissen denken, so lange man in den Kernpunkten des Glaubens selbst noch auf dem alten katholischen Boden stand, wie dies jedenfalls die Beibehaltung des apostolischen Glaubensbekenntnisses bezeugte.

Unter diesem Gesichtspunkte war die neue evangelische Kirche wesentlich nur als eine Abzweigung von der katholischen anzusehen. Das aber anerkannt, so war damit auch die auf der gemeinsamen mittelalterlichen Entwicklung beruhende abendländische Völkergemeinschaft principiell erhalten, wonach also die protestantisch gewordenen Völker sich den katholisch gebliebenen noch immer viel näher verwandt fühlen mußten, als den der russisch-griechischen Kirche angehörenden Völkern. Diesen gegenüber wären die Protestanten noch immer als „Lateiner“ zu bezeichnen gewesen, wie denn auch ihre gelehrten Theologen noch langehin lateinisch schrieben, und selbst in der evangelischen Liturgie, neben den Uebersetzungen aus dem Lateinischen, manche lateinische Ausdrücke blieben, wovon sich Ueberreste bis heute finden. Soviel kam darauf an, daß man an dem positiven Ausgangspunkte festhielt.

Trat statt dessen der Gegensatz zu der katholischen Hierarchie, und insbesondere zu dem Papstthum, in den Vordergrund, so war die abendländische Völkergemeinschaft unheilbar zerrissen, denn unter diesem Gesichtspunkte standen die protestantischen Völker den katholischen so fern, daß sie, wegen des gemeinsamen Gegensatzes zu dem Papstthum, sich weit eher zu dem Ruffenthum hingezogen fühlen konnten. In dem Reformationszeitalter war davon noch keine Rede, und selbst die darauf folgenden Religionskriege hatten doch eigentlich den Charakter eines Familienstreites innerhalb des abendländischen Völkerkreises. Erst später wurde es anders. Und wie bezeichnend ist es nun, daß das Emporkommen des modernen preussischen Staates Hand in Hand ging mit dem Eintritt Rußlands in die Politik des abendländischen Europas, wobei auch gerade Preußen sehr wesentlich als Brücke diente! Es war Friedrich Wilhelm I., der um seiner kleinlichen Zwecke im schwedischen Pommern willen der preussischen Politik diese

verhängnißvolle Richtung gab, — selbst Droyfen bezeugt es, — woraus sie seitdem nie wieder herauszubringen war. Der fortwährende Verkehr mit Rußland hat dann dem Preußenthum selbst etwas Russisches gegeben. Und nicht bloß im Staatswesen, sondern es hat das hinterher auch auf das preussische Kirchenwesen zurückgewirkt, indem es den Cäsareopapismus beförderte. Es entstand wirklich ein Zug ins Byzantinisch-Moskowitische daraus.

Das wäre das Erste. Das Zweite ist die allmählig ganz veränderte Bedeutung des in der freien Schriftforschung liegenden sogenannten formalen Principes der Reformation, wodurch das reale Princip, d. h. die Rechtfertigung durch den Glauben, je mehr und mehr in den Hintergrund trat. Die freie Forschung konnte ja etwas ganz anderes in der Schrift finden, als die Reformatoren darin gefunden. Indem man dabei das Princip der Freiheit betonte, wurde diese Freiheit zuletzt etwas blos Negatives, als das Losgebundensein von jeder Autorität überhaupt, und dieses zugegeben, so verschwand damit aller positive Inhalt. Aus einem Religionsystem verwandelt sich dadurch der Protestantismus zu einem bloßen Cultur- und Fortschrittsprincip. Er ist nichts andres mehr, als das Reich der sogenannten freien Wissenschaft, welche mit dem Christenthum so wenig gemein hat, daß sie vielmehr selbst religionslos ist, und sogar in der Religionslosigkeit ihr Endziel erblickt.

Verliert die evangelische Kirche solcherweise jeden positiven Anhalt, — was könnte sie noch gegenüber der Staatsgewalt bedeuten? Selbst nur noch von der Gnade des Staates lebend, wird sie auch für den Staat leben müssen. Sie wird zur Staatskirche und nimmt damit einen vorherrschend politischen Charakter an.

So steht es mit dem Protestantismus, als dessen continenter Repräsentant allerdings der preussische Staat gelten muß, wo eben solcher Protestantismus selbst seine vornehmste Entwicklung fand. Einige Bemerkungen über den thatsächlichen Verlauf der Dinge werden das noch deutlicher machen.

VI.

Während der ersten Hälfte des Reformationszeitalters, wo es sich wirklich nur um den Glauben handelte, vor welchem weltliche Rücksichten zurücktraten, hatte sich Brandenburg von der Reformation fern gehalten. Kurfürst Joachim I., ein eifriger Katholik, wollte sie vielmehr unterdrücken. Erst unter seinem Nachfolger kam sie im Jahre 1539 zur Geltung. Von Anfang an erhielt nun das neue brandenburgische Kirchenwesen den Charakter, daß es mit der Landesregierung verquickt und unter die landesherrliche Autorität gestellt wurde. Weit mehr, als dies bis dahin in anderen lutherischen Ländern geschehen war. An dem schmalkaldischen Kriege nahm der Kurfürst keinen Antheil. Seine Begeisterung für den neuen Glauben muß also nicht sehr groß gewesen sein, der weltliche Vortheil, den ihm die Reformation verschaffte, hatte ihm wohl mehr gegolten.

So war denn Brandenburg ein lutherisches Land geworden. Allein schon im Jahre 1614 trat der Kurfürst Johann Sigismund vom Lutherthum zum Calvinismus über. Der große Friedrich sagt in seiner brandenburgischen Geschichte ganz ohne Rückhalt: es sei dies aus politischen Motiven geschehen, d. i. um dadurch die Freundschaft der Niederländer zu gewinnen, deren der Kurfürst in seinen jülichischen Händeln bedurfte. Es wäre also eine Conversion von ähnlichem Charakter gewesen, wie die Heinrich's IV. in Frankreich. Erwägt man dabei, daß gerade unter diesem Kurfürsten die Erwerbungen in Westphalen und am Rhein, wie auch des Herzogthums Preußen, stattfanden, von wo an die weitreichenden Verbindungen Brandenburgs datirten, so mußte es von großen Folgen sein, daß seitdem in dem regierenden Hause eine Denkart aufkam, wonach die religiösen Fragen der Politik untergeordnet wurden. In dem eigentlichen Reformationszeitalter war es umgekehrt gewesen.

Auf den ersten Anblick schien es zwar, daß diese Conversion dem Kurfürsten nur Schwierigkeiten bereitete, weil er dadurch in Widerspruch zu dem Bekenntniß seiner brandenburgischen Unterthanen gerieth, die ihrerseits am Lutherthum festhielten. Auch fehlte

es nicht an Remonstrationen, in Folge deren er den Ständen die unveränderte Erhaltung des Lutherthums ausdrücklich garantiren mußte, woneben der calvinische Gottesdienst zunächst nur auf die Hofkirchen in den verschiedenen brandenburgisch-preussischen Ländern beschränkt blieb. Die weitere Folge aber ergab ein ganz anderes Resultat. Denn eben weil nun der Landesherr mit seinem Bekenntniß außerhalb der Landeskirche stand, und doch derselben nicht so fern, daß er überhaupt kein positives Verhältniß dazu gehabt hätte, — da doch der Calvinismus nur eine andere Gestalt des Protestantismus war, und der katholischen Partei gegenüber mit dem Lutherthum das gemeinsame Interesse hatte, — so befand er sich dadurch in der Lage eines unbefangenen Beobachters der landeskirchlichen Angelegenheiten. Und das gewährte erhebliche Vortheile.

Vor allem war er dadurch dem Einfluß der lutherischen Theologen entzogen, welche in anderen deutsch-lutherischen Ländern, als Gewissensräthe der Landesherrn, noch immer eine beträchtliche Einwirkung auf die Regierung übten. Und zwar eine Einwirkung, die in politischer Hinsicht sich wohl entschieden lähmend erweisen mußte, weil gerade die lutherischen Theologen sich am allerwenigsten auf Politik verstanden. Luther selbst hatte ja keine Faser von einem Politiker gehabt, ihm war es lediglich auf den evangelischen Glauben angekommen, für das Uebrige ließ er den lieben Gott sorgen. In demselben Maße nun, als sein Glaube mehr in die Tiefe ging, und die Gemüther tiefer erfaßte als der reformirte, — wie denn auch die reformirte Kirche bei weitem nicht solche Biederdichter und geistliche Componisten aufzuweisen hat als die lutherische, — war er freilich um so weniger geeignet die Gestaltung des öffentlichen Lebens zu bestimmen. Dazu war Luther nicht geschaffen, sein ganzes Auftreten gibt davon Zeugniß. Wie ganz anders waren hingegen ein Zwingli, ein Calvin, ein Knox aufgetreten! Und liegt nicht auch die Thatsache vor, daß aus dem Schoße des Calvinismus selbst neue politische Bildungen hervorgingen, wie Genf und die Vereinigten Niederlande, ja gewissermaßen auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika, während das Lutherthum nirgends zu besonderen

politischen Bildungen geführt hat. In der calvinischen Presbyterial- und Synodalverfassung liegt eben selbst schon ein Zug ins Politische. Daß also die brandenburgischen Regenten vom Lutherthum zum Calvinismus übertraten, hatte jedenfalls die Wirkung, ihren Sinn mehr auf das Politische zu richten, und indem sie dadurch selbst einen Standpunkt außerhalb der Landeskirche einnahmen, behandelten sie auch die Angelegenheiten derselben weit weniger nach Glaubensansichten als nach politischen Ansichten.

Gibt man zu, — und wer möchte es bestreiten? — daß zuletzt doch das Meiste auf die Denkweise der Menschen ankommt, so kam in Brandenburg-Preußen wieder das Meiste auf die Denkweise der Regenten an, und demnach erscheint der kirchliche Standpunkt derselben von solcher Bedeutung, daß man behaupten darf: Preußen wäre nicht Preußen geworden ohne diesen Confessionswechsel des regierenden Hauses. Er war für das Emporkommen des preußischen Staates von größtem Vortheil. Die sogenannte freisinnige Denkweise, die seitdem in Preußen die Herrschaft erlangte, fand daran ihren Anhalt. Betrachtet man hingegen die Folgen für das religiöse Leben, so wird man freilich viel anders urtheilen müssen, denn das wurde dadurch entschieden benachtheiligt. Es ging fast in demselben Maße dem Verfall entgegen, als der Staat sich immer höher aufschwang.

Ein redendes Beispiel davon, wohin diese Denkart in kirchlicher Hinsicht führte, bot schon das Schicksal Paul Gerhards. Nächst Luther der erste Liederdichter der evangelischen Kirche, und als solcher eine Zierde derselben, mußte er doch die brandenburgischen Lande, wohin er aus Sachsen gekommen war, verlassen, weil ihm sein Gewissen verbot, sich den kirchlichen Anordnungen des großen Kurfürsten zu unterwerfen. Denn das wollte dieser Herrscher, obwohl an und für sich ein religiöser und kirchlich gesinnter Mann, nicht dulden, daß ein Geistlicher sein Gewissen für einen höheren Richter hielt als die landesherrliche Autorität. Und so offenbarte sich das Wesen der sogenannten Freisinnigkeit. Sie galt eben nur, in soweit sie mit den landesherrlichen Intentionen vereinbar war, und am Ende steckte nichts weiter dahinter als die *raison d'état*, wobei eine wahre Unabhängigkeit der

Gefinnung nicht bestehen kann. Unter dem Regime dieser Freisinnigkeit mußte sich die Kirche dem Staatszweck accomodiren. Und sie gewöhnte sich daran. Bald wurde das zu einer als selbstverständlich geltenden Maxime, gleichviel ob der Regent nach seiner persönlichen Ueberzeugung orthodox oder freisinnig war.

Der große Friedrich sah in der Kirche kurzweg nur einen Zweig der hohen Polizei. Die Aufklärung kam dabei zur vollsten Blüthe, aber der Verfall des religiösen Lebens trat gegen das Ende seiner Regierung so offenbar hervor, daß es im Interesse des Staates dem Könige selbst bedenklich erschien. Er hätte gewünscht, es käme wieder mehr Religion in das Volk. Sein Nachfolger, ganz im Gegensatz zu Friedrichs Freigeisterei vielmehr persönlich für die Orthodoxie gestimmt, mit einem Zug zur Schwärmererei, erließ nun Glaubensedicte, wodurch von oben herab eine neue Gläubigkeit hervorgerufen werden sollte. Aber natürlich war sie auch danach. Anders griff die Sache Friedrich Wilhelm III. an. Religiös, im Sinne einer sogenannten Gefühlsreligion, fühlte er sich auch zum kirchlichen Reformator berufen, und da ihm nach seiner persönlichen Stimmung dogmatische Differenzen als unwesentlich galten, wurde er dadurch auf den Gedanken der Union geführt, wonach Reformirte und Lutheraner sich hinfort zu einer gemeinsamen evangelischen Kirche verbinden sollten. Aus den eigenen inneren Trieben beider Confessionen ging dies Project freilich nicht hervor. Es wurde ihnen octroyirt, und das widerstrebende Lutherthum nöthigenfalls durch militärische Einquartierung zur Union gebracht. Wieder eine recht hübsche Illustration zur Freisinnigkeit, und das unwiderleglichste Zeugniß davon, wie sehr der Protestantismus in Preußen sich von seinem ursprünglich religiösen Charakter entfernt hatte, und zu einem politischen Princip gemacht war.

Die Union schien eben dem Staatszwecke zu entsprechen, der König, nach seiner Manie für alles Uniforme, wollte um jeden Preis auch eine kirchliche Uniformität herstellen. Das alte Lutherthum hingegen, welches — so unselbständig auch die äußere Kirchenverfassung sein mochte — doch immer die Unabhängigkeit des religiösen Gewissens aufrecht erhielt, paßte dazu nicht. Es mußte

erst gebrochen werden, damit die Staatsraison zur vollen Herrschaft gelange. Dahin wirkte die Union. Ihre Beförderung wurde seitdem zu einer Grundmaxime der preussischen Politik. Und heute ist es ja fast dahin gekommen, daß überzeugungstreue Lutheraner von vornherein für Staatsfeinde und beziehungsweise Reichsfeinde gelten.

Das ist der Protestantismus, dessen Hort der preussische Staat wurde! Ein Protestantismus, dessen vornehmste Lebensäußerung jetzt nur noch der große Kulturkampf ist, welcher je mehr und mehr auf die Emancipation von aller Religion hinausläuft, damit an ihre Stelle diejenige freie Wissenschaft trete, welche einstweilen ihre Triumphe im Darwinismus feiert.

Sollte trotzdem noch etwas von Religion fortbestehen, so wäre es jedenfalls nur eine Staatsreligion. Ein königlich preussisches Christenthum könnte man es nennen. Auch bildet das wirklich schon den Hintergrund zu dem Kirchengebete in der neuen Agende, wo der König daselbe Prädikat erhält wie der liebe Gott, und die königlichen Prinzen und Prinzessinnen als christliche Vorbilder hingestellt werden, wofür doch sonst die Apostel und Märtyrer galten. Man kann nicht leugnen: das Königthum wird damit zum Gegenstand eines religiösen Cultus gemacht. Wie abgeschwächt mußte also das christliche Bewußtsein sein, dem man so etwas bieten durfte! Und was ist insbesondere von der Geistlichkeit zu halten, die sich dazu herbeiließ, eine solche Sprache vor dem Altar zu führen?

Daß selbst Friedrich Wilhelm IV., der doch von dem Christenthum in so offensibler Weise Profession machte, daran gar keinen Anstoß genommen zu haben scheint, zeigt nur um so mehr, wie weit in der That die Verquickung des Christenthums mit dem Royalismus schon gebiehen sein mußte, da ihm solches byzantinische Wesen als das wahre Christenthum gelten konnte. Seiner persönlichen Stimmung nach wäre er wohl eher ein Kirchenmann als ein Staatsmann zu nennen gewesen, — er las sogar die Kirchengäter, — aber die Kirche war in seiner Vorstellung so eng mit dem Thron verbunden, daß sie selbst den Baldachin darüber

bilben sollte, wie das ganz sinnfällig die Kapelle andeutet, die er als Kuppel auf das Schloß setzte.

Ist denn die wirkliche Bestimmung der Kirche für das Königthum nicht vielmehr die, daß sie die Stelle sein soll, wo die weltliche Größe sich zu demüthigen hat? War ihm dafür der Sinn nicht aufgegangen, so konnte er auch nie die rechten Mittel und Wege finden, um in der Kirche ein neues Leben anzufachen, wie er doch allerdings beflissen war. Alles, was er in dieser Hinsicht gethan, hat sich hinterher als verfehlt und wirkungslos erwiesen. Das bezeugen heute die Thatsachen, und am auffallendsten gerade in Berlin. Denn in keiner europäischen Hauptstadt dürfte das kirchliche Leben so im Verfall sein, als in der Metropole der Intelligenz. Woher das aber eigentlich kommt, scheint diese Intelligenz noch bis heute nicht zu begreifen. Und doch ist es eine ganz natürliche Folge, daß, wo der Staat vergöttert wird, der Gottesdienst zuletzt aufhören muß.*)

*) Hier noch ein Beleg dafür, daß es kein zu starker Ausdruck war, wenn wir von einem königlich preussischen Christenthum sprachen. Es ist die im vorigen Jahre erschienene, sich evangelisch nennende Staats- und Rechtsphilosophie des früheren Cultusministers v. Mähler, die derselbe nach dem Rücktritt von seiner langjährigen Wirksamkeit gewissermaßen als sein Testament herausgab, und worin wir wohl zugleich ein Specimen der in den officiellen Kreisen berliner Christlichkeit herrschenden Denkweise erblicken dürfen. Das Christenthum wird in dieser evangelischen Theorie dargestellt mit dem Königthum verquickt, daß die Unterthanen in einem ganz analogen Verhältnisse zu ihrem Könige stehen sollen, als für die gläubige Gemeinde zu ihrem Herren Christus besteht. Damit noch nicht genug, trägt der Mann kein Bedenken, den Byzantinismus noch verüberbyzantinierend, für diese seine Behauptung sogar die evangelischen Worte Matth. XXII, 37, anzuführen: „Du sollst Gott lieben, deinen Herrn u. s. w.“ Das vornehmste christliche Gebot ist also die Liebe zum König, die christliche Gesinnung ist kurzweg zum Royalismus umgestempelt. Doch wohlverstanden! — nur das preussische Königthum hat solchen göttlichen Character, keinesweges aber etwa auch das Königthum in Hannover. Sonst wäre es ja ein Sacrilegium gewesen, dasselbe zu zerstören. War aber die unschuldigste Sache von der Welt, und die Politik von 66 so evangelisch wie eine. „Kein Stäubchen von Unrecht“, sagt dieser evangelische Philosoph, haftet an dem neuen deutschen Reiche!

VII.

Zimmer kommt man darauf zurück, wenn man die Eigenthümlichkeit des preussischen Wesens untersucht, daß der Schlüssel dazu in der Idee des Staatszweckes und Staatsinteresses liege, welche in Preußen eine solche Geltung und Macht gewann, wie nirgends anderswo in Europa geschah. Und das erklärt sich wieder aus der Bildungsgeschichte des preussischen Staates, der dadurch selbst erst zu Stande kam, und so gewissermaßen aus dem Denken hervorging.

Die Hypokrisie, welche in derartigen Aeußerungen hervortritt, wird nur durch die Einfältigkeit übertroffen, die ihre eigne Bornirtheit auch bei Andreu voraussetzen zu dürfen glaubt, und darum gerade so thut, als ob die hier sich wie mit Gewalt aufdrängenden Reflexionen gar nicht existirten. Müßte denn die preussische Politik, wenn sie auf dem Boden des mühlerschen Evangelismus stände, nicht auch die Restauration des legitimen Königthums in Frankreich und Spanien für ein besonders gottgefälliges Ereigniß ansehen, statt dessen sie darin vielmehr etwas Hochbedenkliches und möglichst Zuverhinderndes zu erblicken scheint? Dort würde also das Königthum wohl nicht von Gott, sondern weit eher vom Teufel gewesen sein. Und freilich war es ja kein evangelisches Königthum, allein wenn darin die Sache läge, so dürfte es nur um so schwieriger werden, über den Berg in Hannover hinweg zu kommen.

Lassen wir nun die biblischen Floskeln, womit die mühlersche Theorie sich aufpuzt, beiseite, um lebiglich auf ihren practischen Kern zu sehen, worauf läuft sie am Ende hinaus als auf Staatsabsolutismus? Und der Staat, welchem darin die Absolutheit beigelegt wird, ist eben der preussische. Unter diesem Gesichtspunkte steht dann Hr. Fall mit Hrn. v. Mühlern auf gemeinsamem Boden, und wir tragen kein Bedenken, es sogar für einen Vorzug zu erklären, wenn Hr. Fall in seinen Argumentationen für die neuen Kirchengesetze sich kurzweg auf die Staatsraison stützte. Eine theologisch-pietistische Brähe, nach mühlerscher Zubereitung, würde den Kern der Sache nur verdunkelt haben. Jetzt tritt er klar hervor, d. h. als die dem Preußenthum zu Grunde liegende Staatsvergötterung, wobei die Kirche, insofern sie überhaupt noch existirt, doch nur mit Zulassung des Staates existirt, und selbst nur im Auftrage des Staates handeln kann. Der Staat ist es hinfort, welcher die Religion lehrt oder lehren läßt, was rechtlich betrachtet auf dasselbe hinausläuft. Und warum sollte der Staat nicht auch die Sacramente spenden und zuletzt die Absolution ertheilen? Hoffen wir, daß diese unabweisbaren Consequenzen dem Falkenaugen auf die Dauer nicht entgehen werden.

Das preussische Landrecht ist von dieser Idee durchdrungen, an vielen Stellen tritt sie offen darin zu Tage. So wird z. B. das Verbrechen nach seiner staatswidrigen Seite aufgefaßt, indem es principaliter als Schadenstiftung gilt, wonach dann die Moral in den Utilitarismus übergeht. Mit der Ehe geschieht desgleichen, ihr Hauptzweck ist die Kindererzeugung, damit der Staat Bürger erhalte. Ueber die Bedingungen der Eheschließung hat er allein zu verfügen. Officiersehen, ohne königlichen Consens geschlossen, sind darum von vornherein nichtig; die Heiligkeit des Ehebandes verschwindet vor den Rücksichten der militärischen Subordination. Die bürgerlichen Stände, obenan der Adel, werden nach Staatsrücksichten beurtheilt. Von den Städten spricht man gerade so, als wären sie von Staatswegen geschaffen, damit die Gewerbs- und Handelsleute dort ihren Aufenthalt fänden; die Dörfer sind dann für die Ackerbauer bestimmt. Die Kirche bildet gewissermaßen nur eine Seite des Staates selbst; die kirchlichen Gebäude sind Gebäude des Staates, die kirchlichen Ordnungen gelten erst in Kraft der staatlichen Bestätigung, und werden dann wie andere Polizeigesetze angesehen. Die Schulen sind kurzweg Veranstellungen des Staates. So lehrt das preussische Landrecht.

Alle Lebenskreise, alle Lebensthätigkeiten werden den Interessen des Staates dienstbar gemacht, alle Hilfsmittel des Landes nimmt er in Anspruch. Er schreibt sich dabei die ausgedehntesten Machtbefugnisse zu. Aber andererseits entspringen daraus auch Pflichten. Und das ist nun die ehrenwerthe Seite des preussischen Landrechtes, daß darin die Pflichten des Staates ausdrücklich ausgesprochen werden. Insbesondere auch die Pflichten des Staatsoberhauptes selbst, um derentwillen allein ihm seine hohen Rechte beigelegt seien, — ganz nach der naturrechtlichen Vertragstheorie. Mit dem Patrimonialstaat war dadurch radical gebrochen, die Regierungsgewalt zu einem reinen Amte gemacht. Ein wirklich großartiger Characterzug Friedrichs, daß er ausdrücklich selbst nur für den obersten Diener des Staates gelten wollte! Solche Denkweise hat den Staat emporgebracht.

Und lebendig von dieser Seite betrachtet, kann auch die sonst so reizlose preussische Staatsgeschichte ein höheres Interesse gewinnen. Der dramatische Charakter eines sich aus eigenen Trieben entwickelnden Staatswesens fehlt ihr ja rundweg, wo vielmehr alles von oben herab gemacht wurde. Auch hat sie nichts von dem Glanz eines großen Nationallebens, der doch das absolute Königthum in Frankreich umgab. Eine preussische Nationalität existirte überhaupt nicht, oder insofern von einer solchen zu reden wäre, wurde sie eben erst von Staatswegen geschaffen, als ein Product der Regierungsthätigkeit, mit Hilfe ihres militärisch-bureaucratischen Apparates. Eine Geschichte dieses Apparates, die noch nicht geschrieben ist (und die freilich nicht nur sehr mühsame Studien erfordern dürfte, sondern auch Kenntnisse und Talente, die sich nicht leicht vereinigt finden), würde daher ein sehr lehrreiches Werk für die Regierungskunst ergeben. Es wäre eben die Geschichte der preussischen Intelligenz, insofern dieselbe wirklich von eigenthümlicher Bedeutung ist. Denn das hatte doch etwas zu besagen, daß es der preussischen Regierung gelingen konnte, aus so zerstückelten und meist nur wenig beträchtlichen Territorien allmählig einen einheitlichen Staat zu machen, und mit so geringen Hilfsmitteln, als diese Territorien anfänglich nur darboten, eine europäische Macht zu begründen, die heute sogar eine gebietende Stellung einnimmt. Das Schwierigste offenbar, allmählig auch die Bevölkerung selbst mit dem preussischen Staatsgeist zu durchbringen, ohne welches sonst das ganze Resultat unerreikbaar geblieben wäre. Und wirklich ist das gelungen. Ja, es ist nur zu sehr gelungen.

So hat sich eine Denkweise gebildet, die namentlich in den östlichen Provinzen durchaus die herrschende ist, wonach Recht und Moral zuletzt in der Staatsraison verschwinden. Handelt es sich um ein großes Staatsinteresse, so müssen rechtliche und moralische Bedenken schweigen. Allbekannt, wie insbesondere Hr. v. Bismarck in diesem Geiste gehandelt, und sich gelegentlich auch offen darüber ausgesprochen hat. Er könnte das aber gar nicht gethan haben, hätte ihm dabei nicht die öffentliche Meinung des Preußenthums zur Seite gestanden, welcher eben

solche Denkweise als die wahre Blüthe des preußischen Patriotismus gilt.

Was noch mehr bedeutet: allmählig ist solche Denkweise auch in die Gerichte eingedrungen. Man erinnere sich nur an die vor Jahren so viel Aufsehen machende Entscheidung des berliner Obertribunals in Sachen der parlamentarischen Redefreiheit. Es geschah, was man für unmöglich gehalten haben würde. Wie mißlich es überhaupt mit allen Processen steht, wobei es sich um Fragen handelt, welche die Regierungspolitik interessiren, tritt alltäglich hervor. Man braucht dabei nicht einmal directe gouvernementale Einwirkungen zu supponiren, sondern der gouvernementale Zweckmäßigkeitsgeist steckt schon in den Richtern selbst, zum mindesten innerhalb des Geltungsgebietes des preußischen Landrechtes. Da sehen sie sich nicht sowohl als Diener des Rechtes wie des Staates an und folglich auch des Staatsinteresses. Ist es doch der allgemeine Hintergedanke jenes Gesetzbuches, daß das Recht selbst erst vom Staate ausgeht. Eine wirklich unabhängige Justiz wird bei solcher Denkweise unmöglich. Und was ist dann erst von den Verwaltungsbehörden zu erwarten?

Welche Triumphe über die rechtlichen und moralischen Ueberzeugungen die Staatsraison auf dem preußischen Landtage von 66 davontrug, ist noch in frischem Andenken. Seitdem kann ihre Herrschaft als vollendet gelten. Wie sich dabei die conservative und die liberale Partei in gleicher Weise prostituirten, wurde schon früher bemerkt. Am auffallendsten war das Benehmen des Herrenhauses, welches seiner Idee nach die feste Säule des geschichtlichen Rechtes sein sollte, und wo vordem so manches hohe Wort darüber gefallen war: daß nur solche Elemente die Regierung wirklich stützen könnten, welche ihr nöthigenfalls auch Widerstand zu leisten vermöchten. Aber welchen Widerstand leisteten denn die Herren, als ihnen jetzt nichts Geringeres zugemuthet wurde, als sich selbst moralisch zu vernichten? Nur zwei Mitglieder, beide nicht dem östlichen Theile der Monarchie angehörig, protestirten dagegen, und verließen seitdem das Haus. Die übrigen alle gehorchten, und viele applaudirten noch dazu. So offenbarte

sich der Character der preußischen Grundaristokratie, die im Herrnhause den Ton angab. Keine Spur mehr von einer wirklich unabhängigen Gesinnung, die Staatsraison hat sie überwältigt. Was dann aber die Staatsraison fordert, darüber hat die Regierung zu entscheiden, der beschränkte Unterthanenverstand kann das nicht ermesfen, und Unterthanen sind doch die Herren auch. Mochte dabei gleichwohl noch ein stilles Fronrdiren stattfinden, es blieben vergebliche Versuche, hinterher wieder eine selbständige Stellung zu gewinnen. Daß man hier und da die Miene davon annimmt, wird Niemand täuschen, am wenigsten den allgewaltigen Kanzler, der seine Leute kennt.

Aehnlich verhält es sich mit der evangelischen Landeskirche. Die vorjährige Augustversammlung der sogenannten kirchlich Gesinnten in Berlin hat davon ein redendes Zeugniß gegeben. Denn worauf liefen ihre Erklärungen gegenüber den neuen Kirchengesetzen hinaus, als nöthigenfalls die Faust im Sacke machen zu wollen, wozu jedoch bis jetzt noch keine Veranlassung sei? Den Spaß konnte ihnen Hr. Falk gönnen, und wohl selbst noch seinen Spaß daran haben. Die preußische Kirche ist in ihrer Selbständigkeit schon zu sehr gebrochen, als daß sie sich so leicht wieder ermannen könnte. Die Pastoren fühlen sich da allermeist mehr als Preußen und preußische Staatsdiener, wie als Christen und Kirchen diener. Nur in den westlichen Provinzen, wo das specifische Preußenthum überhaupt zurücktritt, und wo schon lange eine besondere Kirchenverfassung bestand, die der Kirche doch einige Selbständigkeit gewährte, mag auch in dieser Hinsicht ein etwas anderer Geist wehen.

Was wäre nun erst von dem Schulwesen zu sagen, wo doch die Schulen schlechtweg als Staatsanstalten gelten! Selbstverständlich, daß dabei auf die Beförderung einer specifisch preußischen Gesinnung hingewirkt wurde. Zumal durch den Geschichtsunterricht, der vor allem die Thaten und Helden des Preußenthums zu verherrlichen hatte, indessen die deutsche Geschichte um so mangelhafter behandelt wurde. Die preußischen Gesichtspunkte verfälschten von vornherein die Auffassung, und daher rühren zum guten Theil die vielen verkehrten und flachen An-

sichten, die in dem preußischen Publikum über deutsche Dinge herrschen.

So sei denn beiläufig bemerkt, wie über das Schulwesen selbst die so gänzlich grundlose Meinung verbreitet ist, daß es erst in Preußen zur rechten Blüthe gelangt sei, und eigentlich von daher der Aufschwung des gesammten deutschen Schulwesens datire. Solchen Ruhm hat sich Preußen zu verschaffen gewußt. Thatsächlich aber stand die Wiege des neueren deutschen Schulwesens vielmehr in Sachsen, in Thüringen, Hessen und Württemberg, wo es sich längst schon in gutem Zustande befand, ehe in Preußen noch irgend etwas Erhebliches dafür geschehen war, und wo jedenfalls das Volksschulwesen noch heute höher steht, als namentlich in dem östlichen Theile der preußischen Monarchie. Von jenen Ländern aus wurde also das Schulwesen erst nach Preußen herübergeholt, und was darauf Preußen selbst Neues hinzugefügt, dürfte nur in dem reglementarischen Geiste bestehen, der darin zur Herrschaft kam, mit dem dazu gehörigen Tabellen- und Paradewesen. Die wahre Bildung gewann dadurch nichts, nur daß die Sache ein anderes Aussehen bekam, und um deswillen dann so viel Aufhebens davon gemacht wurde. Es ist aber nicht alles Gold, was glänzt. Noch weniger geschah für die materielle Ausstattung der Schule, so daß gerade in Preußen die Lage der Volksschullehrer im Durchschnitt noch am ärmlichsten ist. Das wäre wohl die allerschäbigste Seite der preußischen Intelligenz zu nennen, wenn nicht der Kalenderstempel und die Zeitungssteuer, wodurch dem Volke sein bißchen Lectüre noch künstlich vertheuert wurde, dasselbe Prädicat verdiente.

VIII.

Etwas anderes noch als das Schulwesen ist an und für sich die Wissenschaft und Literatur. Dem Staate der Intelligenz, so scheint es wohl, müßte für beide ein besonderer Sinn bewohnen, als den theoretischen Ausdruck der Intelligenz. Es ist aber keineswegs zu sagen, daß gerade in Preußen geistige Kräfte und Leistungen besonders hoch gehalten wären, so gern man sie auch benutzte. Die große deutsche Literaturentwicklung

des vorigen Jahrhunderts ließ das officiële Preußenthum fast theilnahmslos. Und wenn es in anderen europäischen Ländern so häufig geschah, daß Gelehrte und Schriftsteller zu den höchsten Würden aufstiegen, so zeigte Preußen nur wenig Beispiele davon. Die Armee und die Verwaltung waren da der Weg zu hohen Würden, weit weniger schon die Justiz, und es ist noch bis heute nicht viel anders. Wie deutlich zeigt sich darin wieder der militärische und administrative Charakter dieses Staates, über welchen das Preußenthum nicht hinauskommt! So ist es auch bemerkenswerth, wie wenig in der Wissenschaft und Literatur der preußische Adel vertreten ist, der in England, Frankreich und Italien doch viele glänzende Leistungen aufzuweisen hat. Generale, Administratoren und allenfalls Diplomaten hat der preußische Adel hervorgebracht, im Uebrigen bewegt er sich durchschnittlich in einem sehr engen Ideenkreise. Die Grenzen der preußischen Intelligenz kommen an ihm zur prägnantesten Erscheinung.

Ferner ist es keineswegs Preußen, welches sich durch Stiftung wissenschaftlicher Anstalten, wie ihre materielle Unterstützung, besonders hervorgethan hätte. Nur von dem großen Kurfürsten und Friedrich I., in welchen beiden ein idealer Zug war, ließe sich in dieser Hinsicht etwas sagen, später trat das sehr zurück. Thatsache ist jedenfalls, daß, während Preußen sechs Universitäten hatte, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten hingegen, bei ungefähr gleicher Bevölkerung, deren dreizehn zählten, und die literarischen Schätze in ihren Bibliotheken, wie die Kunstschätze in ihren Museen — man denke an Dresden und München — zusammengenommen sehr viel mehr bedeuteten, als was Preußen davon besaß. Thatsache desgleichen, daß aus diesen Ländern sehr viel mehr Gelehrte, Philosophen, Dichter und Künstler hervorgingen, als aus Preußen, welches sie von daher berufen mußte, um seinen eigenen Bedarf zu decken. Nur die wenigsten von den Celebritäten, womit das Preußenthum sich aufpuzte, waren geborene Preußen.

Noch auffallender, daß dasselbe sogar von den Staatsmännern und Generalen gilt, welche nach der Katastrophe von 1806 den preußischen Staat retteten und wiederherstellten. Gerade

die bedeutendsten waren nicht aus dem Preußenthum hervorgegangen, noch hatten sie etwa eine preussische Erziehung gehabt, sie waren erst im reiferen Alter dahin gekommen: Stein aus Nassau stammend, Hardenberg und Scharnhorst aus Hannover, Blücher aus Mecklenburg, Gneisenau aus Sachsen. Ei, was war es doch mit der preussischen Intelligenz, unter deren Herrschaft sich nicht einmal die erforderlichen Kräfte für die Staatsleitung entwickelt hatten! Nur der Ruhm bleibt ihr unbestritten, daß sie die ihr fehlenden Kräfte aufzusuchen, zu gewinnen und nach Möglichkeit auszunutzen verstand. Was sollte nun also daraus folgen, wenn ganz Deutschland preussisch gemacht würde? Wie lähmend und abstumpfend müßte das auf die Entwicklung des deutschen Geistes wirken! Am Ende könnte nicht einmal das Preußenthum selbst dabei bestehen, weil es wegen der entschiedenen Einseitigkeit seines Wesens immer der Ergänzung und Anregung durch fremde Kräfte bedarf, die doch nach der allgemeinen Verpreussung gar nicht mehr existiren würden. Hier, wenn irgendwo, gilt das „leben und leben lassen.“

Man täuscht sich gar sehr über den geistigen Gehalt des Preußenthums, wenn man es nach der Periode der Freiheitskriege beurtheilt. Nur besondere Umstände hatten es da veranlaßt, daß Preußen zeitweilig als der eigentliche Heerd der deutschen Geistesentwicklung erschien, und eben jene von Geburt nicht preussischen Männer, die damals in Preußen an's Ruder kamen, und freilich eine andere Vorstellung von der Bedeutung des geistigen Lebens besaßen, als heute Hr. v. Bismarck und seine Genossen, die hatten den Hauptanstoß dazu gegeben, daß sich so viele hervorragende Köpfe in Berlin versammelten. Dadurch allein geschah es, daß nach den Freiheitskriegen eine ziemliche Weile lang Berlin wirklich als die Metropole des deutschen Geistes gelten konnte. Unter Friedrich Wilhelm IV. folgte darauf noch ein Nachsommer. Aber auch die damaligen Celebritäten sind schon fast alle vom Schauplatz abgetreten, und wie wenig hat das heutige Berlin noch aufzuweisen! So wenig, daß im Vergleich zu dem materiellen Aufschwung sein geistiges Leben geradezu armfelig erscheint.

„Ich bin heruntergekommen,
Und weiß doch selber nicht wie“,
könnte die Metropole der Intelligenz in dieser Hinsicht von sich selbst sagen. Wer aber die Ursachen erforscht, wird sehr wohl erkennen, weshalb das so geschah.

Einmal nämlich, weil das lediglich auf praktische Brauchbarkeit berechnete preußische Drillsystem auf die Entwicklung origineller Köpfe entschieden ungünstig einwirkt. Noch mehr dann, weil in dem preußischen Staatswesen zu hohen Gedanken und idealen Entwürfen überhaupt nur geringe Anregung gegeben war. Gleichwohl sollten doch alle diejenigen, die einmal in die preußischen Kreise eingetreten waren, sich auch in ihrem Ideengange den preußischen Interessen accommodiren. Und die Kunst verstand man wirklich in Berlin, die Leute allmählig kirre zu machen, d. h. die Selbstständigkeit ihres Geistes zu knicken.

Dem tiefen Blicke Schellings war diese gefährliche Seite des berliner Geisteslebens nicht entgangen. Er warnte seinen Freund Schubert, von dessen Berufung nach Berlin einmal die Rede war, vor dem „gleichnerisch-politischen“ Wesen, welches da alles durchbringe. Man werde ihn da für preußische Zwecke gebrauchen wollen, und in diesem Sinne zu inspiriren suchen.*) Nun, der Schubert kam eben nicht. Wie manche Andere aber sind dieser Versuchung erlegen! Von Hegel ist es allbekannt, wie fügsam für gouvernementale Wünsche und Ansichten er sich erwies, womit freilich einem Fichte nicht beizukommen gewesen wäre. Stahl hielt auch nicht Stand, er ließ sich in die Interessen des preußischen Junkerthums hineinziehen. Und wie elastisch haben sich gar die Principien der eigentlichen Kreuzzeitungspartei erwiesen, zu der doch manche gelehrte Männer gehörten! Huber, dem es mit seinen Ueberzeugungen Ernst war, erwählte das bessere Theil. Abiit et salvavit animam suam.

Das geschah auf conservativer Seite. Was geschah auf liberaler Seite? Da tritt uns zuvörderst der große Humboldt entgegen, der nach seiner ganzen Denkweise unstreitig dem Libe-

*) Aus Schellings Leben II. B.

ralismus angehörte. Und welche Gelegenheit hätte dieser Mann gehabt, seinen Liberalismus gerade da zu äußern, wo doch am meisten darauf angekommen wäre! Ging er aber zu Hofe, wo er sich so viel bewegte, so war er der Kammerherr, und es wirft kein sonderliches Licht auf seinen Character, wenn er dann hinterher, durch um so bissigere Aeußerungen in Privatgesprächen, sich für diese seine Selbsterniedrigung gewissermaßen wieder zu rächen suchte. Daß wiederum Hr. Varnhagen den ganzen Klatsch zu Papiere brachte, characterisirt zugleich auch diesen großen Liberalen, wie alle diejenigen Kreise, in welchen seine Nabel als Sonne glänzte, und worin es natürlich an jüdischen Elementen nicht fehlte. Was Wunder, daß dann die Aufzeichnungen des Hrn. Varnhagen in echt jüdischer Weise zu guter Letzt auch noch zu Gelde gemacht werden mußten. Das Ganze eine recht hübsche Illustration zu dem in diesen Kreisen herrschenden Geiste! Mit dem Liberalismus des weiland „Hofdemagogen“ Förster hatte es auch wohl nicht viel auf sich. Und eine Art von Hofdemagogin war desgleichen Bettina, welche eben so in die politischen wie in die litterarischen Kreise hineinorkelte. Sogar eine neue Religion wollte sie begründen, und der Name dazu war glücklich schon gefunden. Es sollte „die Religion der Schweben“ werden.

Die Zeit solcher bettinaischer Schwebeleien und humboldt-varnhagenscher Klatschereien ist uns heute freilich schon so fremd geworden, daß es selbst den Berlinern Mühe machen dürfte, sich im Geiste dahin zurück zu versetzen. Der berliner Liberalismus muß in unsren Tagen wohl andre Allüren annehmen, das fordert die ungeheure Veränderung der Situation nach 48. Nur leider an Characterfestigkeit hat er dadurch nicht gewonnen. Davon liegen die Proben auch schon vor.

Daß ein Mommsen, der den Julius Cäsar verherrlicht, von seinem liberalen Ausgangspunkte aus zuletzt in das Fahrwasser des Bismarckianismus gerieth, war ja eigentlich ganz in der Ordnung. Bei Gneist aber, der so lange den englischen Parlamentarismus in Pacht gehabt, bedurfte es dazu erst einer Drehung um ungefähr 180 Grad. Sie erfolgte mit der größten

Präcision, wie eine militärische Schwenkung auf Commando. In welcher glücklichen Lage befand sich da Droyßen, der sich gar nicht erst zu drehen brauchte, weil er vielmehr längst schon seinen ganzen Liberalismus gedreht hatte, durch seine famose Theorie von dem deutschen Verufe Preußens, den er nun endlich erfüllt sah! Er hatte das Gefühl, auf seinen Lorbeeren zu ruhen. So war es ihm wohl zu gönnen, daß er neuerdings durch Hrn. v. Treitschke einen Assistenten erhielt.

Fürwahr, das kennzeichnet die heutige Situation: Hr. v. Treitschke auf dem Lehrstuhl der Geschichte in der Metropole der Intelligenz! Jetzt weiß man doch, was Hrn. Falk als der Normaltypus eines deutschen Geschichtsschreibers gilt. „Du gleichst dem Geist, den du begreifst,“ könnte man ihm zurufen. Wozu hatte nun ein Ranke fast ein halbes Jahrhundert in Berlin gelehrt, und überall für den größten deutschen Geschichtsschreiber gegolten, wenn so etwas möglich war? Das Staunen wächst aber noch, wenn man diesen gefeierten Geschichtsschreiber am Ende auf einen Standpunkt gerathen sieht, der im Kern der Sache sich kaum noch von dem des Hrn. v. Treitschke unterscheidet. Denn nichts weiter als Gothicismus und Erfolgscultus ist es, was sich in Rankes letzten Publicationen ausspricht. Der große Geschichtsschreiber ist zum Herold des Preußenthums geworden.*)

*) Bei näherer Betrachtung ist es gleichwohl erklärlich genug, wie Hr. v. Ranke zuletzt dem Gothicismus und Chauvinismus verfallen konnte. Die Anlage dazu lag von Anfang an in ihm. Die große Ueberlegenheit an Kenntnissen und Talenten, wodurch er im Uebrigen so hoch über den gothaischen Geschichtsschreibern steht, ändert in dieser Hinsicht nichts.

So nähert er sich vorweg schon dadurch den Gothaern, daß er in seiner preussischen Geschichte — grade wie diese thun — die ursprüngliche Bildung der nachmals preussischen Länder ganz beiseite läßt, und den modernen preussischen Staat wie eine auf sich selbst beruhende Existenz behandelt. Eine Auffassung, die fast unvermeidlich in das Fahrwasser des Gothicismus führen mußte, mit welchem er ferner auch darin übereinstimmt, daß er die aus den preussischen Interessen hervorgegangene Fürstenbunds-Politik des großen Friedrich doch einigermaßen zu einer deutschen umstempeln will. Die Hauptsache ist aber, daß, was in seiner Behandlung der preussischen Geschichte hervortritt, nemlich kurz gesagt das Absehen von den mittelalterlichen Ante-

So steht es mit der berliner Gelehrtenwelt, in welcher gerade Ranke zu den ersten Perlen zählte. Bedürfte es noch eines anderen Zeugnisses, so steht Hr. du Bois Reymond da, der

cedenzen, zugleich sein ganzes geschichtliches Denken characterisirt, welches sich bekanntlich in der Geschichte des 16., 17. und 18. Jahrhunderts concentrirt. Diese Periode ist ihm wie eine abgeschlossene Welt, und wie ihn der mittelalterliche Hintergrund nicht interessirt, worauf diese Welt doch thatsächlich ruhte, indem sie eben die fortschreitende Zersetzung des mittelalterlichen Organismus darstellte, so interessiren ihn auch nicht die seit Ablauf des 18. Jahrhunderts sich regenden und auf eine neue Weltbildung gerichteten Tendenzen. Oder genauer gesprochen: insofern sie ihm doch entgegen treten, betrachtet er sie durch die Brille der in den vorigen Jahrhunderten herrschenden Ideen. Und worauf liefen diese Ideen hinaus?

Lag der entscheidende Character des Mittelalters darin: daß auf der Grundlage allgemeiner Ueberzeugungen und Bildungsformen zugleich die freiste Entwicklung aller individuellen Lebenskreise stattfand, so trat in der neueren Zeit das Eine wie das Andere in den Hintergrund, in den Vordergrund aber traten die für sich selbst gelten wollenden Nationalitäten und Staaten, deren particularistische Interessen seitdem maßgebend wurden. Wie einerseits die früheren allgemeinen Ueberzeugungen ihre Kraft verloren, so wurden andererseits die individuellen Organisationen von den nationalen und staatlichen Centralgewalten absorbiert. Und ist es nicht sonnenklar, wie aus dieser Richtung auch noch die ganze Politik von 66 entsprang? Die zukünftige Weltordnung hingegen dürfte weit eher den Idealen des Mittelalters entsprechen, als denen der sogenannten neueren Zeit, nur mit dem freilich sehr wichtigen Unterschiede: daß an die Stelle der lateinischen Bildung des Mittelalters die polyglotte Bildung der modernen Völker, und an die Stelle der hierarchisch-feudalen Bande die freie Föderation zu treten hätte. Für diese Aufgabe hat aber Ranke keinen Sinn. Ihm ist die Souveränität der einzelnen Völker und Staaten noch immer das Principale, und das einmal zugegeben, kommt dann freilich alles darauf an: ob diese oder jene Macht die Präponderanz gewinnt. Die militärischen Erfolge von 66 und 70, deren er in seinen letzten Publicationen beiläufig gedenkt, haben ihm daher dergestalt imponirt, daß er sie zu den größten Ereignissen der Weltgeschichte zählt, wodurch, wie er meint, Deutschland und Europa auf einmal eine neue Gestalt gewonnen hätten. Worin liegt denn aber das Neue? Doch wohl nur darin, daß einstweilen an die Stelle der französischen Präponderanz die preussisch-deutsche trat. Ist also die wahre Aufgabe vielmehr die Herstellung einer Völkergemeinschaft, worin die ganze Präponderanzpolitik (die das Mittelalter nicht kannte) überhaupt verschwindet, — wo bleibt dann das große Weltereigniß? Es wird sich hinterher von ganz

in seiner akademischen Rede zum dritten August 1870 das famose Wort sprach:

„die berliner Universität, dem Palaste des Königs gegenüber einquartiert, ist das geistige Leibregiment des Hauses Hohenzollern.“

ephemerer Bedeutung erweisen, und nicht sowohl als der Anfang zu einer neuen besseren Weltordnung, wie vielmehr als ein beklagenswerther Rückfall auf den bereits geistig überwundenen Standpunkt der alten Machtpolitik, worüber nur eben Hr. v. Ranke noch nicht hinaus kam.

Es ist allbekannt, wie sein europäischer Ruf zum großen Theil auf seiner geschickten Ausnutzung gesandtschaftlicher Berichte beruht, zumal der venetianischen, die er gewissermaßen selbst erst als eine neue Fundgrube entdeckte. Unbestreitbar auch, daß er in der Klarlegung diplomatischer Combinationen und politischer Intriguen aller Art ein Talent entwickelt, wonach ihm in diesem Zweige der Geschichtsforschung Niemand gleichkommen dürfte. Aber das charakterisirt ihn auch wieder, daß er die Dinge wie mit den Augen eines Diplomaten betrachtet, und darin liegt seine Grenze. Wie für die Diplomatie, so werden auch für ihn die Machtfragen zur Hauptsache. Der moralische und sociale Zustand der Völker kommt dabei nur in soweit in Betracht, als darin selbst Machtmittel für die Staatsgewalten liegen. Daneben dann die geheimen Motive der Gewalthaber, deren Erforschung ja eine Hauptaufgabe für die Diplomatie ist, und die auch gerade wieder Ranke so vortreflich zu illustriren versteht. Daß es aber hoch über dem Treiben dieser Gewalthaber noch etwas andres gibt, was man die göttliche Weltregierung nennt, kommt dabei kaum zur Erwägung. Und wo träte es wohl bei Ranke hervor, daß er davon durchdrungen wäre? Interessant sind seine Mittheilungen immer, voll von feinen Bemerkungen, wie selten aber zeigt er sich von einem Gefühl ergriffen, welches andererseits auch den Leser zu ergreifen vermöchte! Sein Streben nach Objectivität bewegt sich auf der Grenze der Gesinnungslosigkeit. Er will ja immer nur zeigen, wie alles gekommen sei, und wie es auch menschlicherweise gekommen sein mag, nur daß die göttliche Weltregierung doch noch ein ganz andres Ding ist.

So bezeichnend es nun für Ranke ist, daß die Geschichte der Cabinets- und Machtpolitik sein eigenes Gebiet wurde, so gut paßte auch wieder die berliner Atmosphäre dazu, daß er sich in dieser Richtung entwickelte. Denn gerade diese Hauptstadt war selbst in augenfälliger Weise ein Product solcher Politik, wie das überhaupt von dem ganzen preussischen Staate gilt, der erst von dem Emporkommen derselben datirt, und der noch bis heute in demselben Ideentkreis gebannt ist, worin sich dieser Geschichtsschreiber bewegt.

Von Kaumer, der so lange neben Ranke gestanden, dürfte man das

Möchte der Mann auch sonst nicht viel bedeuten, durch diese Erklärung hat er sich ein wirkliches Verdienst erworben. Man könnte den Geist des berliner Gelehrtenthums nicht drastischer bezeichnen, als ihn hier der Wortführer der Universität selbst be-

nicht sagen. Er war der Ältere und seiner Zeit auch zu einem bedeutenden Namen gelangt, der aber hinterher durch den Ruhm seines jüngeren Collegen verdunkelt wurde, dessen Forschungen und Behandlungsweise allerdings die größere Originalität zukommt. Was hingegen den Umfang seines Geistes betrifft, steht vielmehr Ranke weit hinter Hammer zurück, dessen Studien alle Perioden der Geschichte umfassten, wobei er doch in seinen Hohenstaufen immerhin ein sehr respectables Werk lieferte, wie es jedenfalls die heutigen Gothaer nicht zu Stande brächten, und wenn sie auch alle ihren Witz zusammen schütteten. Selbst mit den allerneuesten Entwicklungen hatte er sich beschäftigt, und war um deswillen nach Nordamerika gegangen. Daran hätte Ranke wohl nie gedacht. So war er auch mit den eigentlichen Staatswissenschaften vertraut, und wenn er zwar nirgends in die Tiefe drang, verstand er doch mehr davon, als irgend ein gothaer Geschichtsschreiber zu präfixiren vermöchte.

Es wird nicht zu verkennen sein, wie in Hammer noch die Anregungen der großen Ereignisse fortwirkten, die er in seiner literarischen Entwicklungsperiode erlebt hatte, — die napoleonische Zeit und dann die Freiheitskriege. Das erweiterte seinen Blick und gab ihm einen gewissen Schwung des Geistes. Auch waren ihm aus den Freiheitskriegen her doch Tendenzen geblieben, infolge deren er noch im späteren Alter seine liberalen Anwandlungen hatte, wodurch er dann und wann mit dem herrschenden System in Conflict gerieth. Ranke ist das nie begegnet, er hat nie ein Wort gesagt, was nach oben hin hätte anstößig erscheinen können. Dafür begann auch seine literarische Entwicklung erst, als das Feuer der Freiheitskriege schon wieder erloschen, und gerade in Berlin die allerstaupte Stimmung zur Herrschaft gekommen war. Um so ungeförter konnte er sich da in das Studium eines Zeitalters versenken, das selbst keine Ideen anregte, welche zu einem Widerspruch mit dem damals herrschenden System geführt hätten. Alle seine Kräfte auf dieses Gebiet concentrirend, hat er dann Werke geschaffen, deren Werth zwar weit überschätzt wird, wenn man dabei übersieht, daß es doch nur ein beschränkter Ideenkreis ist, in welchem sich dieser Autor bewegt, die aber innerhalb dieses Ideenkreises auch wirklich bahnbrechend waren.

Trotz ihrer großen inneren Verschiedenheit konnten also Hammer und Ranke als die beiden Diosturen der berliner Geschichtswissenschaft gelten, auf die man schon stolz sein durfte. Wer aber wird sie in Zukunft ersetzen? Ein Droysen und Treitschke! Vergab ging damit der berliner Ruhm, wie durch einen Salto mortale in den Abgrund des Culturkampfes hinein.

zeichnete. „Leibregiment und einquartiert“! Warum nicht auch commandirt, um diese oder jene Ansicht zu vertreten? Der große Culturkampf dürfte dazu Veranlassung bieten. Hr. Falk wird dann als commandirender General fungiren, mit Hrn. v. Treitschke und du Bois Reymond als Adjutanten. Generallissimus ist Fürst Bismarck, Fürst zugleich im Reiche der preußischen Intelligenz, deren geistiger Inhalt kurzweg nur noch die Interessen der Macht zu sein scheinen.

Gewiß, die Macht kann sich nichts Besseres wünschen, als daß auch die Gelehrten zu ihren Werkzeugen werden, was bleibt aber dabei von der Wissenschaft, wenn sie aus dem Dienst der Wahrheit in den Dienst der Staatsinteressen tritt? Das werden große Ideen sein, die von Leuten ausgehen, deren Brust das Hochgefühl schwellt, das hohenzollernsche Leibregiment zu bilden! Und was ist es noch mit der Freiheit der Wissenschaft, wovon man in Preußen so viel Redens macht, wenn sich die Wissenschaft selbst in Leibeigenschaft begibt, so sehr sie auch von ihrem Leibeigern gehätschelt werden möchte? Es ist nichts mit der Wissenschaft und ihrer Freiheit, wenn sie nicht unabhängige Geister schafft. Wo wären die aber? Alle ließen sich von den großen Erfolgen von 66 überwältigen, kein einziger von den namhaften Gelehrten Berlins — und fast dasselbe gilt von ganz Preußen — hat seine Stimme dagegen erhoben. Hätten sie aber gegen bessere Ueberzeugung geschwiegen, wo die Pflicht zu reden gebot, so wäre ihre Verdamniß nur um so größer.

IX.

Stolz auf seine Erfolge, hat das Preußenthum den Maßstab für die wirkliche Bedeutung derselben verloren, dem nur relativ Bedeutenden eine absolute Bedeutung zuschreibend. Das ist hier die Quelle seiner Verirrungen.

Es war ja freilich etwas Außerordentliches, daß Preußen, von so geringen Anfängen aus und mit so geringen Mitteln, zu einem so mächtigen Staate wurde, wie es wirklich geschah, allein im Lichte der Weltgeschichte betrachtet, kann die preußische

Staatsgeschichte doch nur eine sehr mäßige Bedeutung beanspruchen. Was für beschränkte Köpfe müßten das sein, deren Ideenkreis mit den Traditionen von dem großen Kurfürsten und von dem großen Friedrich ausgefüllt wäre! Auch ganz abgesehen von der allgemeinen Weltgeschichte, kann der preussische Staat sich nicht entfernt mit dem ehemaligen deutschen Reiche vergleichen, wie es im Mittelalter war. Er verhält sich dazu wirklich nur wie etwa eine berliner Kaserne zu einer gothischen Kathedrale.

Aber darin liegt es auch gerade, daß der große Sinn dieses ehemaligen Reiches der preussischen Intelligenz nie aufgegangen ist. Und erklärlich genug. Denn wie der preussische Staat selbst erst emporkam, als das ehemalige Reich schon in das Stadium seines definitiven Verfalles getreten war, so weiß man in Preußen auch nur von der Misere des ehemaligen Reiches zu sprechen. Noch mehr verglich man dann Preußen mit den übrigen particulären Bildungen, die aus der Zerlegung des ehemaligen deutschen Reiches hervorgingen, und danach zu urtheilen mußte es sich freilich allen andren überlegen fühlen. So kam ihm die Idee seines sogenannten deutschen Berufes, wonach es selbst ein neues Deutschland schaffen sollte. Eine Aufgabe, die von vornherein eine Unmöglichkeit implicirte, so gewiß als das Preußenthum eben dadurch charakterisirt ist, daß es, aus der deutschen Entwicklung heraustretend, zu einem besonderen Wesen wurde, welches sich überhaupt nicht nach Nationalideen sondern nach reinen Staatsideen entwickelte. Kein neues Deutschland, sondern nur ein ganz Deutschland umfassendes Preußen wäre damit zu schaffen.

Welch eine Auffassung von deutscher Entwicklung muß man doch gehabt haben, wenn man als Anknüpfungspunkt für das neue Reich den Zollverein ansah, und als Instrument zur praktischen Ausführung die Militärorganisation, die schließlich den Ausschlag gab! So ist es das Werk des Hrn. v. Roon gewesen, welches das Unternehmen von 1866 nicht nur vorbereitet, sondern gewissermaßen provocirt hat. Denn wie natürlich, daß eine von reinem Soldatengeist erfüllte, und zum Angriff organisirte, Armee auch wie von selbst den Eroberungstrieb weckte, der hinterher be-

frieblig sein wollte. Man wird das Verwaltungstalent und die technischen Einsichten dieses Mannes gern anerkennen, aber das war auch das Verhängnißvolle, daß er die Armee nach rein technischen Rücksichten behandelte, und sie damit zu einem ganz für sich bestehenden Wesen machte, insbesondere durch Beförderung eines exclusiven Officiergeistes. Es wird die Zeit kommen, wo sich das rächt, und im Herzen des Volkes wird sein Name nicht fortleben. Das Werk von Scharnhorst wurde dabei nicht weitergebildet sondern denaturirt. Der hatte eine Vaterlandsvertheidigung schaffen wollen, nicht eine Eroberungsmaschinerie. War er doch auch nicht aus dem specifischen Preußenthum hervorgegangen, wie hingegen Hr. v. Roon, der nun auch die Armee erst recht zu dem specifischen Organ des Preußenthums machte.

So ging es denn an das Erobern. Die ältesten deutschen Staaten wurden als Kriegsbeute in Beschlag genommen, die betreffenden Fürstenhäuser, deren Wurzeln bis in die ersten Anfänge des deutschen Reiches hinabreichten, verdrängt. Dem Preußenthum, dessen Entwicklung ja eben auf dem Heraustrreten aus der deutschen Geschichte beruhte, galt solcher Bruch mit der geschichtlichen Continuität wie gar nichts. Es hatte für die Bedeutung desselben überhaupt kein Verständniß. Mag sein, aber so hat es auch kein Verständniß für die Bedingungen einer wahren Wiederherstellung Deutschlands, und zu guter Letzt dürfte es sich doch täuschen, wenn es darüber so leicht hinwegzukommen hofft, in der Meinung, daß auch die ganze deutsche Nation schon alle Pietät für die deutsche Geschichte verloren habe. Es ist immer mißlich von sich auf andere zu schließen.

Noch auffallender, was mit Elsaß und Lothringen geschah. Die Wiedergewinnung dieser ehemaligen Reichslande mußte natürlich dem deutschen Nationalgefühl zu hoher Genugthuung reichen. Auch hat man nicht verfehlt, solche Stimmung der Nation nach Möglichkeit zu befördern, um daraus für den Ruhm des neuen Reiches, nebst seinem großen Kanzler, Capital zu schlagen. In welchem Sinne aber hat man hinterher diese neuen Erwerbungen behandelt? Nicht etwa als eine Wiederherstellung des einst gebrochenen Rechtes, wie sie doch thatsächlich darin vor-

lag, sondern gerade diese Seite der Sache hat man ignorirt, sogar ausdrücklich in Abrede gestellt. Das alte Reichsrecht soll dabei gar nichts bedeuten, noch auch die deutsche Nationalität des Elsaß, sondern eine Militärgrenze sollen die wiedergewonnenen Reichslande bilden, — das allein war das entscheidende Motiv! Man hat das wiederholt erklärt, ja man hat es dem elsaf-lothringischen Volke selbst ins Gesicht gesagt. An dem Lande an und für sich wäre dann also gar nichts gelegen. Versänke es etwa plötzlich in die Tiefe, und entstände statt dessen ein großer See, — das wäre wohl eigentlich für solche Politik das Allerwünschteste. Es ergäbe die allerbeste Militärgrenze, und wäre zugleich die bequemste Lösung der elsaf-lothringischen Frage, womit alle dermaligen Schwierigkeiten ipso facto verschwänden. Ein deutsches Reich, welches auf der deutschen Geschichte beruhte, will man ja überhaupt nicht, sondern von 1866 soll es datiren, und wie es im letzten Grunde nur auf strategischen Erfolgen beruht, so handelt es auch nur nach strategischen Rücksichten. Daher die Idee der elsaf-lothringischen Militärgrenze. Hierauf hat man dieses Grenzgebiet nach dem Muster einer preußischen Provinz organisirt, und weil dazu immer mehrere Regierungsbezirke gehören, die wieder unter einem Oberpräsidenten stehen, so mußte freilich Elsaß und Lothringen zu einem Ganzen verkoppelt werden, obgleich die beiden Länder nach ihrer Lage wie nach dem Charakter ihrer Bevölkerung eben so wenig zusammengehören, als sie ehemals eine gemeinsame Geschichte hatten. Das ist auch ein Stück von preußischer Intelligenz.*)

Bedürfte es noch eines weiteren Beweises dafür, wie der jetzt in Preußen herrschende Militärg Geist sich wirklich zu dem Deutschthum verhält, so steht als augenfälligstes Zeugniß das neue Siegesdenkmal da. Denn nicht nur ein Denkmal der 1864 in Dänemark und 1870 in Frankreich erfochtenen Siege soll es sein, sondern auch der Siege von 1866 über Oesterreich und das halbe übrige Deutschland. Dem Preußenthum scheint es

*) Mehr darüber in des Verfassers Schrift „Was soll aus Elsaß-Lothringen werden?“

folglich nur auf seine eigenen Triumphe anzukommen, gleichviel wer dabei niedergeworfen wurde, und wenn es auch die deutschen Brüder wären. Was ist also von der Deutschtüerei zu halten, die man heute in Berlin betreibt? Hat man denn nicht einmal die Unschildlichkeit eines solchen Sichaufblühens des Preußenthums gefühlt, wenn man doch andererseits ein neues deutsches Reich begründet haben wollte? Schon das Beispiel der alten Hellenen hätte hier zur Lehre dienen können, die zwar nie ein einheitliches Reich zu Stande brachten, aber doch so viel Nationalstolz besaßen, daß es ihrem Gefühle widerstrebte: die von Hellenen über Hellenen erfochtenen Siege durch dauernde Monumente zu feiern. In dem neuen Spree-Athen, oder meiner wegen Spree-Sparta, ist man nicht so scrupulös gewesen. Da hieß es: Ruhm ist Ruhm, und warum nicht verschiedene Ruhmesepochen zusammen feiern, sie gleichsam etagenweise übereinander stellend? So entstand dieses monströse Denkmal.

Nun war es aber wie eine Ironie des Schicksals, daß fast gleichzeitig mit der Enthüllung desselben auch noch die Enthüllungen von La Marmora erschienen. Just wie ein Commentar zu der symbolischen Sprache dieser Siegessäule, um uns ganz unmittelbar in die geheimen Motive einzuführen, woraus die Ereignisse von 1866 entsprangen, die dann in weiterer Folge zu dem heutigen Reiche führten. Urkundlich ist es dadurch bezeugt, daß die deutschen Angelegenheiten nur als ein Mittel für preussische Zwecke behandelt wurden. Urkundlich liegt darin das Selbstbekenntniß des Hrn. Reichskanzlers vor, daß er sich mehr als Preuße wie als Deutscher fühle. Es begreift sich, wie sehr das den Mann wurmen mußte, der sich ja inzwischen zum deutschen Nationalheros aufgeschwungen hatte. Wäre nur das Buch wieder aus der Welt zu schaffen gewesen, statt dessen aller darüber erhobene Lärm nur dazu gedient hat, die thatsächliche Nichtigkeit seines Inhaltes außer allem Zweifel zu stellen. Was hilft es jetzt noch, den Leuten Sand in die Augen streuen zu wollen? Da gelten die Worte aus dem „Dies irae“:

„Liber scriptus proferetur,
In quo totum continetur“

und der dies irae wird schon kommen. Daß solche Publication ein Vergehen gegen die diplomatische Convenienz war, ändert an der Sache gar nichts, der Zeitgeschichte ist damit ein Dienst erwiesen. Auch kann es der hohen Diplomatie durchaus nicht schaden, wenn ihre Maulwurfsarbeiten an das Tageslicht gebracht werden. Noch immer wäre „un po' più di luce“ zu wünschen. Inzwischen aber bezeugen die Ereignisse von 1866 schon selbst, aus welchem Geiste sie entsprangen.

X.

Das Preußenthum kann nicht aus seiner Haut heraus. Mit seiner Intelligenz, welche seine geistige Essenz ist, verhält es sich ebenso, weil sie sich in innigster Verbindung mit dem Staat entwickelte, von da aus selbst Richtung und Impuls empfangend. War doch ihr Hauptträger das reglementarisch gebildete Beamtenthum, mit welchem um so mehr auch das Professorenthum verwachsen mußte, je mehr die höheren Lehranstalten, als Vorbereitungsanstalten für den Staatsdienst, zu diesem Zwecke von oben herab geleitet wurden. Daß Männer von unabhängiger socialer Existenz, in freier Entwicklung aus inneren Trieben, sich durch geistige Leistungen hervorgethan und dadurch einen erheblichen Einfluß auf das allgemeine Denken gewonnen hätten, ist in Preußen sehr wenig geschehen. Von Haus aus also mit dem Staatsdienst verflochten, hat die preussische Intelligenz im Laufe der Zeit sich dermaßen mit preussischen Vorstellungen durchdrungen, daß sie gar nicht umhin kann, auch die deutschen Angelegenheiten immer durch die preussische Brille zu betrachten. Welche deutsche Organisation wäre von da aus zu erwarten gewesen? Ganz unvermeidlich mußte die Sache darauf hinauslaufen, Deutschland zu einem großen Preußen zu machen. Und das ist nun wirklich so sehr geschehen, daß gerade die charakteristischen Züge des preussischen Staatswesens in dem neuen Reiche nur um so greller hervortreten.

Darin nämlich, daß die Reichsverfassung principaliter nichts weiter ist, als eine Maschinerie zur Zusammenfassung und Hand-

hebung aller Machtmittel. Denn darauf war ja eben in Preußen stets das Hauptabsehen gewesen. Machtentwicklung galt da selbst als der oberste Staatszweck, und es konnte kaum anders sein, weil der preussische Staat sogar dadurch erst zu Stande kam, in dem er sich eigentlich immer nur im Werden befand. Nie erschien er als eine fertige, in sich beruhigte und gesättigte Existenz, es drängte ihn nach immer neuen Vergrößerungen. Unter solchen Umständen concentrirte sich das ganze Staatswesen in dem gouvernementalen Apparat, dem sich alle anderen Institutionen anschließen und unterordnen mußten. Was man im engeren Sinne Verfassung nennt, d. h. der Organismus des öffentlichen Rechtes, war nur als Embryo vorhanden. Durch die nach 1848 eingeführte Constitution ist es im Wesentlichen nicht viel anders geworden, da sie kein wirkliches Leben gewann. Man hatte einen Anlauf zur Feststellung des öffentlichen Rechtes genommen, aber mehr war es nicht, das öffentliche Recht blieb immer noch ein fragliches Wesen. Auch that man ganz so, als ob an diesem fraglichen Wesen am allerwenigsten gelegen wäre, so lange sich nur dabei regieren ließe. Welche Aussichten nun, wenn solche Denkweise in ganz Deutschland zur Herrschaft kommen sollte!

Eine ewige Unruhe mußte daraus folgen, nirgends gäbe es mehr ein gesichertes Dasein. Schon haben wir den Vorgeschnack davon. Anstatt zum Schutz des in Deutschland bestehenden öffentlichen Rechtes, scheint die neue Reichsverfassung vielmehr zur Untergrabung desselben bestimmt zu sein. Handelt es sich um die rechtliche Competenz des Reiches, so provocirt man auf Zweckmäßigkeitsrücksichten und die Sache ist abgethan. Selbst die ausdrücklich garantirten persönlichen Rechte werden des Culturkampfes wegen durch Ausnahmsgesetze illusorisch gemacht, wobei man kein Bedenken trägt, im Namen des Fortschrittes sogar die sonst schon längst als überwundener Standpunkt angesehenen Verbannungsstrafe zu repristiniren. Eine um so erstaunlichere Sache, als trotz solcher extremen Maßregel das neue Strafgesetz doch hinterher eine kaum minder bedenkliche Lücke zeigen dürfte, als die berückichtigte preussische Verfassungslücke. Denn was thun, — da wir

doch keine Verbannungscolonie besitzen, — wenn etwa die ausgewiesenen Priester von dem Auslande mittelst Schutzes wieder zurückgewiesen werden sollten? Unlösbare Schwierigkeiten dürften daraus entstehen. Aber diese Eventualität ist eben nicht vorgesehen. Die Maigesetze haben sich ja hinterher auch als lückenhaft erwiesen, und es muß sich erst zeigen, ob die neuerdings hinzugekommenen Ergänzungen die Lücken wirklich ausfüllen werden. Am Ende scheint es wohl, daß es die Unzulänglichkeit der preussischen Intelligenz selbst ist, welche sich in solchen Lücken bekundet, und kurz gesagt darauf beruht, daß man einen sich selbst genügenden Rechtszustand von vornherein gar nicht anstrebt, sondern immer das Refugium der Gewalt im Auge behält. Ist aber mit Gewalt doch nicht alles zu machen, z. B. keine katholischen Priester, obwohl man sie mit Gewalt beseitigen kann. Das wäre hier beiläufig zu bemerken.

Die deutsche Reichsverfassung nun, welche diese Intelligenz schuf, zeigt darum richtig wieder ganz dieselbe Lücke als die preussische Verfassung, insofern es sich mit dem Budgetrechte im Reiche wenig besser verhält als in Preußen. Auch würden wir im Reiche schon heute vor demselben Conflict stehen, in welchem man sich vor Jahren in Preußen befand, wäre nicht beliebt worden, den Conflict auf sieben Jahre zu vertagen. Daß man dabei selbst einen Rechtsbruch beging, so gewiß als der dermalige Reichstag nicht die Befugniß besaß, im voraus über die Rechte des ihm nach drei Jahren folgenden Reichstages zu disponiren, und folglich die jetzige Uebereinkunft dann rechtlich null und nichtig sein würde, — darüber kein Kummer. Interim aliquid fit, wird man gedacht haben. Die Wohlfahrt des deutschen Reiches erforderte es einmal, dem französischen Septennat ein deutsches 3 r Seite zu stellen.

Wie tröstlich muß es doch für das „verkommene Frankreich“ sein, daß die großmächtige deutsche Nation noch immer nichts Besseres weiß, als sich von daher die Vorbilder zu ihren Einrichtungen zu holen. Das ganze neue Reich beruht ja darauf, so gewiß als der Bundesstreich von 66 *mutatis mutandis* eine Nachahmung des napoleonischen Staatsstreiches war. Und wie deut-

lich leuchtet der napoleonische Geist aus der infolge dessen errichteten Verfassung hervor! Nur mit dem einzigen Unterschiede, daß das deutsche Empire statt in dem großen Empereur sich einstweilen in dem großen Kanzler concentrirt. Nachahmungen sind desgleichen die Gesetze über allgemeine Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, die neuen Münzen, Maße und Gewichte, wie endlich die Civilehe und Civilstandsregister, was alles in Frankreich schon längst bestand. Zum Nachahmen gehört aber kein besonderes Genie, und fragt man nach den wirklich bedeutenden originellen Leistungen der preussischen Intelligenz, die doch seit 66 Deutschland beherrscht, so sieht man sich lediglich auf das Gebiet der militärischen und administrativen Einrichtungen hingewiesen. Zwar immerhin wichtige Dinge, aber jedenfalls einen viel zu engen Vorstellungskreis bildend, als daß von da aus zu der Idee einer deutschen Nationalverfassung zu gelangen wäre.

Was konnte denn daraus entstehen, wo der Grundgedanke nichts weiter war, als die „Einheit der diplomatischen und militärischen Action“, wie man bekanntlich von preussischer Seite die Aufgabe der Bundesrevision formulirt hatte? Als ob es für die deutsche Nation lediglich darauf ankäme, sich als Macht geltend zu machen! Ihr inneres Leben bedeutete dabei nichts. Nichts desgleichen die innere Gliederung des Nationalkörpers, wodurch dieses Leben bedingt und getragen wird, und deren Verbesserung selbst zu den Hauptaufgaben einer wahren deutschen Reform gehört hätte. Nicht verbessert aber, sondern verschlechtert hat man diese innere Gliederung, und ihren ganzen Bestand so untergraben, daß bald gar nichts mehr davon zu bemerken sein und nur noch eine von oben herab gemachte Eintheilung bestehen wird: nach Armeecorps, nebst Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Inspectionbezirken. Das ist es, was in Zukunft an die Stelle der deutschen Volksstämme und der deutschen Staaten treten wird! An einen deutschen Nationalkörper — soviel auch jetzt von Nationalität geredet wird, — scheint man gar nicht mehr zu denken, sondern lediglich an einen Staatskörper, als worauf der Sinn des Preussenthums allein gerichtet ist, weil es selbst nur als Staat existirt. Nur bei solcher Denkweise konnte

man auch frischweg zu der großen Amputation schreiten, wodurch auf einmal das ganze Deutschösterreich von dem deutschen Nationalkörper abgeschnitten wurde, damit doch endlich die Einheit der diplomatischen und militärischen Action zu Stande käme. Jetzt genießen wir ihren Segen. Worin besteht er?

Glänzende Siege und Milliarden dazu hat sie uns eingebracht, nur haben die Milliarden das Volk nicht reicher, die Steuerlast nicht geringer gemacht, und die Siege nur zu der Nothwendigkeit einer permanenten Kriegsbereitschaft geführt. Die Einheit der diplomatischen und militärischen Action hat eben geleistet, was sie leisten konnte. Sie hat Deutschland zu einem centralisirten Militärstaat gemacht, der, wie er für alle seine Nachbarn als eine permanente Drohung dasteht, so auch selbst von allen Seiten bedroht ist.

Hr. v. Moltke hat im Reichstage diesen Zustand selbst constatirt. Wir danken ihm für sein Zeugniß. Aber das Stück von Soldatenphilosophie, welches er darauf noch folgen ließ, hätte der große „Schlächtenkenner“ sich besser erspart, denn als politischen Denker hat er sich dadurch nicht documentirt, wenn er die Meinung äußerte: „daß zwar im Inneren der Staaten Recht und Gesetz den Frieden erhalte, nach außen hin aber nur die Macht schütze.“ Also nichts weiter als das alte Lied, wonach es mit dem Völkerrecht überhaupt nichts sei, weil es kein mit Executivmitteln ausgestattetes Tribunal dafür gäbe. Gewiß eine sehr vulgäre aber auch eben so flache als rohe Ansicht, denn auch ohne ein völkerrechtliches Tribunal besteht doch ein völkerrechtliches Bewußtsein, als die allerwichtigste Garantie des öffentlichen Friedens, ohne welche sonst der Kriegszustand nie aufhören würde. Die Macht bildet dabei nur den letzten Nothbehelf, wie sie ja auch nur die *ultima ratio* heißt, statt dessen sie hier als die *ratio* schlechtweg figurirt. Je wichtiger aber jene moralische Garantie des allgemeinen Rechtsbewußtseins ist, um so mehr dann soll man sich hüten, das allgemeine Rechtsbewußtsein durch gewaltsamen Rechtsbruch zu erschüttern, sonst kann sie allerdings so schwach werden, daß nur noch die Macht Schutz gewährt. Darüber hätte der Mann erst nachdenken sollen, ehe er den heutigen exceptionellen Zustand, der eben aus der Gewaltpolitik hervorging,

für den normalen erklärte. Vielleicht auch, daß er es dann nicht so trocken hin gesprochen hätte: „daß wir das in einem halben Jahre durch unsere Siege Gewonnene wohl ein halbes Jahrhundert mit den Waffen zu schützen haben würden.“ Gerade als ob das garnichts Außerordentliches wäre, ein halbes Jahrhundert lang auf dem *qui vive* zu stehen!

Wie deutlich blickt da wieder das Preußenthum hindurch, das ja wirklich immer auf dem *qui vive* stand, und dessen Geschichte principaliter Kriegsgeschichte ist! Wer dürfte sich darüber wundern, wenn etwa solche Auffassung des Völkerrechts, als wir soeben vernahmen, in den preußischen Cadettenhäusern herrschte, es ist da kaum anders zu erwarten. Wehe aber, wenn der daraus hervorgegangene Geist hinterher auch für die deutsche Nation maßgebend werden sollte! Schon ist dadurch eine Kriegsknechtschaft über Deutschland gekommen, von der wir zur Zeit des alten Bundes noch keine Ahnung gehabt hatten. Und was noch schlimmer: eine Verrohung der Geister, eine Verödung der Gemüther, und ein Versinken in Materialismus, worin alle das unterzugehen droht, was man bisher als Grundzüge des deutschen Nationalcharakters angesehen hatte. Das wäre der nationale Aufschwung!

XI.

Hat das Preußenthum, bei seinem eingebildeten deutschen Beruf, seine eigene Potenz weit überschätzt, so hat es hingegen von Deutschland viel zu gering gedacht, die deutsche Aufgabe als etwas viel Kleineres und Einfacheres ansehend, als sie wirklich ist. Zu der Idee eines kleindeutschen Nationalstaates schrumpfte sie ihm zusammen. Und freilich konnte es wohl nicht anders geschehen, denn so erst wurde die deutsche Aufgabe für das Preußenthum tritabel.

Dazu kommt aber noch der tiefere Grund: daß das preußische Denken in den Umkreis der Staatsidee gebannt ist, welche die ganze preußische Entwicklung beherrschte. Durch den Einfluß der den Staat vergötternden hegelschen Philosophie, die, wie sie an und für sich dem Preußenthum congenial war, auch gerade in Preußen den größten Anhang fand, hat man sich erst recht

darin veranmt. So sollte denn auch Deutschland zu einem „Staat“ gemacht werden. Das war zugleich die Parole des in diesem Punkte ganz mit dem Preußenthum übereinstimmenden Nationalliberalismus, und das einmal zugegeben, so war auch Kleindeutschland gegeben, denn Oesterreich mußte jedenfalls beiseite geschoben werden: für den „deutschen Staat“ war es wirklich ganz unbrauchbar. Daß gleichwohl das neue Kleindeutschland in der amtlichen Sprache als „Reich“ bezeichnet wurde, blieb ein leerer Titel. Kein Gedanke daran, daß das „Reich“ an und für sich etwas viel anderes sei als der „Staat.“ Und doch war Deutschland nie ein „Staat“ gewesen, noch kann es jemals ein solcher werden, oder es hörte auf Deutschland zu sein. Man muß schlechtweg über die Staatsidee hinausgehen, und die Idee eines ganz anders gearteten und auf viel höhere Zwecke gerichteten Gemeinwesens fassen, — darin liegt die Vorbedingung zur Lösung der deutschen Aufgabe, weil Deutschland an und für sich selbst ein überstaatliches Wesen ist. Von dem politischen Standpunkt muß man sich auf den metapolitischen erheben.

Gleichviel, ob dies für die preussische Staatsraison transscendente Vorstellungen sein mögen. Was die Fassungskraft der preussischen Intelligenz überschreitet, kann trotzdem immer noch sehr sachlich und zugleich etwas sehr Wirkliches sein. Spricht doch selbst die Mathematik, d. h. die Verstandeswissenschaft par excellence von transscendenten Größen, die darin sogar eine so wichtige Rolle spielen, daß alle höheren Rechnungsarten darauf beruhen. Die transscendenten Größen existiren eben, und das überstaatliche Wesen Deutschlands existirt auch. Es ist so sehr eine reale Thatsache, daß vielmehr der jetzt creirte „deutsche Staat“ nur durch Verblendung für die wirklichen Verhältnisse und durch gewaltsame Abstraction von denselben zu Stande kam, wie er auch zu einem nur durch Gewaltmittel aufrecht zu erhaltenden Zustand führte, weil er der Natur der Dinge überall widerspricht.

Man kann diese Wahrheit mit Händen greifen, wenn man zuvörderst nur auf die geographische Lage und physische Gestaltung unseres deutschen Vaterlandes blickt. Wie mit Fingern weist sie darauf hin, daß hier an eine solche Abgeschlossenheit, wie sie zu

einem Staatskörper gehört und etwa in Frankreich vorliegt, gar nicht zu denken ist, weil überall ein Verwachsenheit mit der Nachbarschaft hervortritt. Zeuge dessen die Donau, die wie ein langer Gedankenstrich von den schwäbischen Bergen sich bis zum Pontus hinzieht. Dann als Ausrufungszeichen der Rhein, der weder in Deutschland entspringt noch mündet. Mit Schleswig-Holstein ist es auch ein eigenes Ding. Und auf welches Hinterland deuten wohl die preußischen Ostseeprovinzen?

Gerade da wird ja die nationale Abgrenzung zur reinen Chimäre. Wie konnte denn also die preußische Intelligenz in ihren dormaligen Nationalitätsschwandel gerathen, da doch Preußen selbst eine gemischte Bevölkerung hat? Und bildet etwa das Riesengebirge eine solche Grenze für diese Intelligenz, daß sie gar nicht bemerkt, wie hinter den Bergen auch noch Leute wohnen, die freilich in den neuen deutschen Nationalstaat so wenig hineinpaffen, daß sie ihm zum Pfahl im Fleische werden würden, die aber seit Anfang des ehemaligen Reiches immer dazu gehörten. Hat man vergessen, daß Schlesien nur ein böhmisches Lehn war, und Böhmen eine sehr viel bedeutendere Rolle in der deutschen Reichsgeschichte spielte, als jenes zum größten Theil germanisirte Land, indessen dieses immer einen vorherrschend slawischen Charakter behielt? Das konnte aber seiner politischen Bedeutung keinen Eintrag thun. Das ganze östliche Deutschland enthält slawische Elemente, es ist mit dem Slawismus untrennbar verwachsen. Da hilft einmal nichts, wir müssen mit den Slawen verkehren, und soll das im Frieden geschehen, so müssen wir auch das slawische Element als solches anerkennen. Im finsternen Mittelalter nahm man daran so wenig Anstoß, daß vielmehr die goldene Bulle es den Kurprinzen zur ausdrücklichen Pflicht machte, die slawische Sprache zu lernen. Uns will bedünken: es hätte sich darin eine höhere Intelligenz ausgesprochen, als in der nationalliberalen Germanisirungswuth unserer Tage.

Von Anfang an ist die deutsche Geschichte keine national abgeschlossene gewesen, noch hat sie sich von einem Mittelpunkt aus entwickelt. Das Eine bedingte hier das Andere. Immer hatte Deutschland einen gewissen universalen Charakter, wie Nie-

mandem entgehen kann, der die Dinge unbefangenen Sinnes betrachtet. In dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation war diese Universalität zur prägnantesten Erscheinung gekommen, alle Fragen des Mittelalters concentrirten sich in Deutschland. Die sinkende Macht des Reiches änderte das nicht. Denn gewiß: weit weniger specifisch deutsch, als die ganze abendländische Christenheit betreffend, waren die kirchlichen Bewegungen des 16. Jahrhunderts, die doch von Deutschland ausgingen. So war auch der dreißigjährige Krieg, obwohl auf deutschem Boden ausgefochten, vielmehr ein europäischer Krieg. Der westphälische Friede wurde die allgemeine Grundlage des europäischen Völkerrechts. Selbst in seinem tiefsten Verfall blieb Deutschland noch immer der Mittelpunkt der Continentalpolitik, wenn freilich nur in passiver Weise. Die Natur hat es ein für alle Mal dazu gemacht. So konnte auch der Wiener Congreß nicht umhin, dies abermals zu bestätigen, indem der damals errichtete deutsche Bund ausdrücklich als der Schlüsselstein des ganzen europäischen Gebäudes angesehen wurde. Und das ist er ja wirklich gewesen, so lahm und thatlos er immer sein mochte. Als ein anerkanntes Rechtsverhältniß wirkte er schon durch sein bloßes Dasein, den Westen und Osten wie den Norden und Süden auseinanderhaltend, wodurch ein allgemeiner Conflict unmöglich wurde. Eine unschätzbare Garantie des allgemeinen Friedenszustandes. Die Thatfachen selbst bezeugen es, daß wir dabei ein Menschenalter vor großen Kriegen bewahrt blieben, worauf die gegenwärtige Kriegsperiode erst begann, nachdem durch die Bewegungen von 48 auch schon die Fortexistenz des alten Bundes gefährdet war.

Kein Denker hat je die große Mangelhaftigkeit des ehemaligen Zustandes bestritten, die Frage konnte lediglich den Modus der Verbesserung betreffen. Wenn es aber wohl als das Schmachlichste empfunden wurde, daß unter dem alten Bunde jedes energische Auftreten nach außen hin fehlte, wodurch die deutsche Nation der ihr in Europa gebührenden Stellung beraubt zu sein schien, so wäre doch erst nachzuweisen gewesen, daß es hier keine andere Hilfe gab, als den radicalen Umsturz. Scheint es nicht vielmehr, daß ein Bund, zu welchem, neben den deutschen Mittel-

und Kleinstaaten, auch Oesterreich und Preußen gehörten, die schon für sich allein als europäische Großmächte galten, eine solche Fülle von Machtmitteln besessen haben mußte, daß es lediglich darauf ankam, dieselben zusammenzufassen und zur Geltung zu bringen, um ihn sofort zur ersten Macht Europas zu machen? Auch müssen die Defensivkräfte des Bundes wohl einigen Respekt eingeflößt haben, denn Angriffe hatten wir damals von keiner Seite zu fürchten, während hingegen das heutige Reich, trotz seiner ungeheuren Rüstung, mit permanenter Kriegsgefahr bedroht ist. Was also in dieser Hinsicht fehlte, war doch eigentlich nur die active Politik. Man hätte eben eine Bundespolitik begründen müssen, und der Bund trat als die Gesamtmacht auf, die er ja nach seinen eigenen Grundgesetzen bilden sollte. Es ist wahr, eine schwierige Aufgabe wäre solche Bundespolitik gewesen, und Hr. v. Bismarck wohl der am wenigsten geeignete Mann dazu. Denn da hätte es zuvor immer einer gütlichen Einigung bedurft, wobei man an mancherlei Rücksichten gebunden war. Mit einem Schlage ausführen ließ sich da nichts. Einfacher ist es freilich, wenn es nur eines Befehles von oben herab bedarf, und alles dann wie mit Dampf geht, hier aber, wenn irgendwo, galten die Worte des Dichters:

„Der Weg der Ordnung, ging er auch durch Krümmen,
Er ist kein Umweg. Grad aus geht des Blitzes,
Geht des Kanonenballes fürchterlicher Pfad —
Schnell, auf dem nächsten Wege, langt er an,
Macht sich zermalnend Platz, um zu zermalmen.
Die Straße, die der Mensch befährt,
Worauf der Segen wandelt, diese folgt
Der Flüsse Lauf, der Thäler freien Krümmen,
Umgeht das Weizenfeld, den Rebenshügel,
Des Eigenthums gemess'ne Grenzen ehrend —
So führt sie später, sicher doch zum Ziele.“

Statt dessen sind wir um so schneller zum Ziele gelangt, allein zu welchem? Ein großer centralisirter Militärstaat ist dadurch inmitten Europas errichtet, der zwar einstweilen nach allen Seiten hin überlegen dasteht, indem er aber dadurch auch alle

seine Nachbarn zu um so größeren militairischen Anstrengungen anreizt, — welche Perspective ist uns damit eröffnet?

Hr. v. Bismarck scheint den Wahlspruch zu lieben:

„der Starke ist am mächtigsten allein“,

nur übersieht er leider, daß, was wohl ein Held von sich sagen mag, wo es gerade auf seine persönliche Leistung ankommt, niemals auf einen Staat anwendbar ist, der, auch wenn er wollte, sich isoliren gar nicht könnte, am allerwenigsten ein Staat inmitten Europas. Und darin liegt wirklich der Hauptfehler dieses Mannes, daß er, was ihm als die günstigsten Bedingungen für die Entfaltung seiner persönlichen Thatkraft erschien, zu den Bedingungen seiner politischen Schöpfungen gemacht hat. Ist es heute sehr gebräuchlich, über die alte Gleichgewichtspolitik, welche so lange in unbestrittner Geltung bestanden, kurzweg den Stab zu brechen, so muß es vielmehr als ein sehr gesunder Gedanke gelten, daß damals jeder Staat zu seinen eignen Machtmitteln als etwas sehr Wesentliches noch die föderative Macht hinzurechnete, d. h. seine Allianzverhältnisse mit andern Staaten, die seine Stellung in Europa stützen halfen, und von wo aus im Falle der Noth thätiger Beistand erwartet werden konnte. Die Starken jener Zeit — und es gab darunter auch starke politische Köpfe, wie z. B. ein Richelieu und der große Friedrich — waren also keinesweges der Meinung, am mächtigsten durch Allein stehen zu sein. Im Gegentheil, sie legten auf ihre politischen Verbindungen großen Werth und bemühten sich gar sehr darum. Ein Wallenstein handelte freilich anders, der glaubte sich kurzweg auf seine improvisirte Macht stützen zu können. Selbst der große Napoleon wollte keinesweges allein stehen, nur daß er die ihm wünschenswerthen Allianzen nach seinem Belieben erzwingen zu können meinte, und das schlug am Ende doch fehl. Immer bleibt der allgemeine Zusammenhang der Dinge die Macht über alle Mächte, und diesen zu erkennen darum die unerläßliche Bedingung für einen großen Politiker. Denn was in diesem allgemeinen Zusammenhang keinen Anhalt findet, — so gewaltig es sich auch aufthäte, — geht schon von vornherein seinem Sturz entgegen.

Sollte jeder Staat für die Erhaltung seiner Stellung lediglich auf sich selbst angewiesen sein, so würde das nicht nur den Untergang aller kleineren Staaten bedeuten, sondern hinterher auch die Großstaaten selbst zu Grunde richten, weil es zu maßlosen militärischen Anstrengungen nöthigen würde, die gleichwohl keine Sicherheit gewährten, weil dieselbe Ueberspannung bald allgemein werden müßte. Indem also das in den Allianzen liegende Verflochtensein der Staatenverhältnisse hinfort verschwände, fiel das ganze internationale System auseinander. Und so ist es jetzt in der That auseinandergefallen, seitdem mit dem alten deutschen Bunde der Schlüsselstein des europäischen Gebäudes, der ihm allein noch Halt geben konnte, zer schlagen ist. Dahin hat der deutsche Beruf geführt, — wie ihn eben Preußen verstand.

Ach dieser deutsche Beruf! — was ist es wohl mit ihm? Wäre es ernstlich damit gemeint, so müßte es doch der Beruf Deutschlands selbst sein, welchem gemäß sich die deutschen Verhältnisse zu gestalten hätten, statt dessen in Berlin nach dem Berufe Deutschlands überhaupt nicht gefragt wurde, sondern Deutschland nur als eine todte Masse galt, der sogenannte deutsche Beruf aber lediglich bedeutete: was Preußen in Beziehung auf diese todte Masse zu thun habe. Also das hölzerne Eisen eines preußischen deutschen Berufes war es, woraus natürlich auch nur ein preußisches Deutschland entstehen konnte. Aus den berliner Kasernen ging das neue Reich hervor, und anstatt den Schlüsselstein des europäischen Friedenssystems zu bilden, ist es vielmehr der Grundstein des europäischen Kriegssystems geworden. Ueberall erschallt seitdem das „para bellum, para bellum, humberumbumm!“ Den Ruhm haben wir dadurch erworben, daß alle Völker unsere Militäreinrichtungen studiren und Krupp zu einer Weltfirma wurde. Wäre das der Weltberuf Deutschlands, so wären wir glücklich am Ziele. Ist es hingegen der deutsche Weltberuf: der Stützpunkt einer europäischen Föderation zu werden, so sind wir jetzt in eine Richtung hineingedrängt, die von solchem Ziele nur immer weiter abführt, und werden folglich eine ganz andere Richt-

ung einschlagen müssen, so sehr dies auch der preussischen Intelligenz gegen den Strich ginge.

Mit der Staatsidee ist da von vornherein nicht auszukommen, wo es sich vielmehr um das Verflochtensein Deutschlands mit den europäischen Verhältnissen handelt. Im Gegentheil, je mehr Deutschland dazu berufen ist, und diesen seinen Beruf auch erfüllen will, einen organischen Zusammenhang des europäischen Völkerlebens zu begründen, — wohin die edlern Geister schon überall streben, und wozu die heutigen Communicationsmittel selbst die Bahn ebnen, — um so weniger darf es sich selbst zu einem abgeschlossenen und centralisirten Staatskörper gestalten wollen, der nach allen Seiten hin nur abstoßend wirken würde. Bloße Macht hilft hier nichts. Die zwangsherrschaftliche Maxime des „*oderint dum metuant*“ könnte vielleicht einmal eine große Coalition gegen das neue Reich hervorrufen, aber sie würde ihm keinen einzigen treuen Freund erwerben. Es bedürfte dann nur einiger verlorener Schlachten, — und wer kann für das Kriegsglück einstehen? — so bräche das ganze zwangsherrschaftliche Gebäude zusammen.

Was sollen insbesondere unsere kleineren Nachbarn, wie Dänemark, Holland, Belgien und die Schweiz, von einem Reiche denken, welches seine eigenen Mitglieder verschlang? Sie werden wenig Neigung verspüren sich demselben anzuschließen, *vestigia terront*. Und doch wären gerade diese Staaten am ehesten dazu angethan, in ein inniges Verhältniß zu Deutschland zu treten, gleich vortheilhaft für beide Theile, und jedenfalls der erste Anfang zu einer internationalen Organisation. Schlimm, daß der ehemalige Bund darauf hinzuwirken versäumte, aber noch viel schlimmer, daß das heutige Reich, durch sein Annexions- und Centralisations-system, sich selbst die Möglichkeit dazu abgeschnitten hat. Nur als unfreie Clienten könnte es jene Staaten annehmen, und in ein solches Verhältniß werden sie niemals eintreten wollen. Oder sollten sie sich zeitweilig dazu gezwungen sehen, so würden sie bei erster Gelegenheit wieder abfallen. Es wäre damit keine Basis zu einer lebendigen Fortentwicklung gewonnen.

Annexion und Centralisation sind nicht die Vorbereitung zur Bildung einer großen Föderation. Diese Richtung muß erst wieder

in ihr Gegentheil umschlagen, damit wir auf den rechten Weg gelangen. Vorbedingung dazu ist die Erkenntniß der Ungulänglichlichkeit der Staatsidee, deren einseitige Geltendmachung eben zu dem Annexions- und Centralisationsystem führte. Wie also darin der Grundirrtum lag, so wird es nun als die Grundwahrheit gelten müssen: daß vielmehr die Föderation das Höhere über der Staatsidee bildet.

XII.

So wenig hat die preussische Intelligenz die Weltstellung Deutschlands erkannt, daß sie gerade die tiefgreifendste und folgenreichste Eigenthümlichkeit desselben, welche insbesondere jede Unification unmöglich macht, als unwesentlich ansah. Will sagen: die Kirchenspaltung.

Selbstverständlich, wie dadurch das eigentlich religiöse Leben bedingt ist, was dann wieder den entscheidendsten Einfluß auf die moralische Denkweise und das practische Verhalten unseres Volkes übt. Ueberhaupt aber unsere ganze geistige Entwicklung, auch wo sie gar kein unmittelbares Verhältniß zur Religion zu haben schien, hat fortwährende Einwirkungen davon erfahren. Denn nicht nur, daß nach der Reformation zwei verschiedene Geistesströmungen neben einander herzogen, sondern sie griffen auch ineinander ein, und gerade in den höchsten geistigen Leistungen trat dies am bedeutungsvollsten hervor. Es sei gestattet, dafür einige Beispiele anzuführen, welche dies zur deutlichsten Anschauung bringen werden.

So vorweg in der bildenden Kunst. Was wäre die neue deutsche Malerei ohne den Einfluß katholischer Ideen? Sie hätte in einem rein protestantischen Lande gar nicht entstehen können. In der Musik traten eben so katholische wie protestantische Meister auf, und es wird nicht zu verkennen sein, daß auch ein katholischer und protestantischer Geist darin waltet, wobei nicht leicht zu sagen wäre, welcher den entscheidendsten Einfluß übte. Sollte aber Beethoven als der größte Meister gelten, so ist dann um so bemerkenswerther, wie sich in ihm gerade der katholische

und protestantische Geist zu durchdringen scheinen, indem sein Katholicismus am Ende protestantisch wurde. Denn ist es nicht die protestantische Selbstgewißheit, die sich in seinem letzten großen Werke durch den Hymnus an die Freude ausdrückt? Da hatte er alles überwunden, was in ihm gährte. In unserer Poesie zeigte die ganze romantische Schule einen sehr starken Einfluß katholischer Ideen. Auch Uhland wurde davon berührt. Was aber viel bedeutungsvoller: gerade in dem großen Meisterwerke Goethes, welches zum deutschen Laienevangelium wurde, steht neben der protestantischen Faustgestalt schon im ersten Theile das katholische Gretchen, und im zweiten Theil nimmt der ganze Faustus einen katholischen Ausgang, so daß hier gewissermaßen das Umgekehrte von dem vorliegt, was wir soeben von Beethoven anführten. Selbst Schiller, so sehr er auf protestantischem Boden stand, zeigte sich keinesweges unempfänglich für katholische Ideen. Wie hätte er sonst seine Jungfrau von Orleans dichten können, oder auch nur den letzten Act seiner Maria Stuart? In der Philosophie tritt uns sogleich Leibniz entgegen, der gewiß als der Vater der ganzen deutschen Philosophie gelten muß. Er hat sich bekanntlich ganz ausdrücklich mit der Wiedervereinigung der beiden Confessionen beschäftigt, und es scheint wohl, daß das universale Streben seines Geistes in einigem Zusammenhang mit den katholischen Ideen stand, die auf ihn eingewirkt hatten. Der reine Protestantismus hat ja keinesweges den Zug zur Universalität. Aehnliches gilt wieder von Schelling. Die großen Werke seiner letzten Periode, die nicht etwa, wie der philosophirende Janhagel meint, Erzeugnisse der Altersschwäche sondern die Resultate gereiftester Forschung sind, — denn überhaupt erschließen sich die tiefsten Probleme erst dem höheren Alter, weil man erst den Ernst des Lebens erfahren haben muß, um ihn zu verstehen, — diese Werke, deren bahnbrechende Bedeutung erst die Zukunft recht würdigen wird, sind unleugbar unter dem Einfluß katholischer Ideen zu Stande gekommen. Daß endlich ohne Empfänglichkeit für die katholische Weltansicht die deutsche Geschichte nicht zu verstehen ist, in welcher die katholische Kirche eine so große Rolle spielt, leuchtet von selbst ein. Eine rein protestantische Denkweise wird von dem

Mittelalter immer nur ein Zerrbild liefern können, die neuere deutsche Geschichte aber wird dann leicht corrossificirt werden, wie es bekanntlich die Gothaer thun. Diejenigen deutschen Geschichtsschreiber hingegen, die uns das in der Aufklärungszeit ganz verloren gegangene Verständniß für das Mittelalter, und damit für die deutsche Geschichte überhaupt neu erschlossen, obwohl fast sämmtlich Protestanten, hatten auch alle mehr oder weniger katholische Ideen in sich aufgenommen.

Genug, wir dürfen in Wahrheit sagen, daß die Entwicklung unsrer bedeutendsten Geister durch die in Deutschland bestehende kirchlich-religiöse Doppelströmung bedingt war. Und ist es nicht offenbar, in welchem innigen Zusammenhange damit überhaupt die Vielseitigkeit steht, deren die deutsche Literatur und Wissenschaft sich rühmen?

Es mag schon sein, daß in Preußen auf all dies kein Gewicht gelegt wird, weil es keine unmittelbare Beziehung zu den Staatsinteressen hat. Für die Qualifikation zum einjährigen Dienst kommt wirklich nichts darauf an, und selbst bei dem großen juristischen Examen, worauf bekanntlich die staatsmännische Qualifikation beruhen soll, wird auch kaum danach gefragt werden. Für die deutsche Nationalentwicklung hingegen dürften unsre großen Künstler, Dichter und Denker am Ende doch mehr bedeuten als preussische Generale, Minister oder Diplomaten. Sogar der große Bismarck nicht ausgenommen! Es muß sich erst zeigen, ob man dereinst einen Bismarcktag feiern wird, wie man einen Schillertag feierte. „Was glänzt, ist für den Augenblick geboren,“ unsere Nation also, die, will's Gott, noch viele Jahrhunderte leben wird, bedarf darum auch der zwar still aber um so nachhaltiger wirkenden Kräfte, wie sie große Geister ausstrahlen. Und wenn dem so ist, so sind dann auch die Bedingungen zu berücksichtigen, unter welchen sich solche Geister entwickeln, wozu jedenfalls noch etwas anderes gehört als allgemeine Wehrpflicht, oder Freizügigkeit und Gewerbefreiheit nebst Pfennigstarif, und was dergleichen sublimen Reichsideen mehr sind.

Noch viel auffallender aber, daß nicht nur die rein geistigen Wirkungen der in Deutschland bestehenden Kirchenspaltung unbe-

achtet blieben, sondern auch die ganz unmittelbar politischen Wirkungen, die doch so augenfällig und von allen Denkenden längst so anerkannt sind, daß dafür erst noch Beweise beizubringen wohl eigentlich für eben so überflüssig zu erachten wäre, als Sand in die Mark Brandenburg zu tragen. Gleichviel, unter den obwaltenden Umständen muß auch das Ueberflüssige geschehen. Denn infolge des Fortschrittes ist man wirklich dahin gekommen, über der Region thatfächlicher Erwägungen schon hoch erhaben zu sein, um sich statt dessen in der Region des politischen Schwindels zu bewegen. Und dieser Schwindelgeist hat also nicht begriffen, was die große Thatsache:

daß in Deutschland zwei Confessionen, zu gleichem Rechte und ungefähr auch in gleichen Machtverhältnissen, neben einander bestehen,

für die politische Gestaltung unseres Vaterlandes zu bedeuten hat. Nichts Geringeres nemlich, als daß — wenn auch sonst nichts weiter vorläge — schon dadurch allein die Bildung eines einheitlichen deutschen Staatskörpers zu einer inneren Unmöglichkeit wird.

Man frage sich nur einmal, was wohl aus Frankreich geworden wäre, wenn dort die Hugenotten sich eben so zu einem corpus evangelicorum gestaltet hätten, wie es in Deutschland ein solches gab? Dann war die Centralisation gebrochen, die Monarchie Ludwigs XIV. hätte nie existirt. Die wurde nur möglich durch den Sieg des Katholicismus. Das Staatswesen als solches blieb da katholisch, wie es hingegen in England protestantisch wurde. In beiden Ländern schloß sich also die politische Einheit an die kirchliche Einheit an und wurde dadurch getragen, statt dessen bei uns vielmehr die kirchliche Spaltung selbst eine politische Geltung gewann. Wäre es nun etwa in Deutschland wie in Nordamerika, wo zahllose protestantische Sekten bestehen, neben welchen das zerstreute katholische Element eine so geringe Minorität bildet, daß es seinem äußeren Gewichte nach auch nur wie eine Sekte erscheint, so könnte ja für die politische Organisation rundweg von den kirchlichen Verhältnissen abstrahirt werden,

wo aber statt dessen zwei große und mit einander rivalisirende Kirchengemeinschaften bestehen, würde es zur reinen Chimäre, wenn man gleichwohl so thun wollte, als ob das keine politische Bedeutung hätte.

Ist es nicht vielmehr handgreiflich, wie aus diesem Zustande die Folge entspringt, daß eben deswegen Deutschland das kirchliche Vermittlungsgebiet für das ganze abendländische Europa geworden ist, und eben dies im eminenten Sinne einen deutschen Weltberuf constituirt? Deutschland wird dadurch um so mehr geeignet, den Kern einer europäischen Föderation zu bilden, was hingegen kaum möglich wäre, wenn Deutschland selbst einen specifisch katholischen oder protestantischen Charakter hätte.

Was aber ist dem gegenüber geschehen? Die Schöpfung eines vorherrschend protestantischen Kleindeutschlands hat die deutsche Nation dieses ihres Weltberufes beraubt. Sie soll in Zukunft nichts weiter sein, als eine politische Macht wie andere Mächte. Wer wirklich groß von Deutschland denkt, kann darin nur eine Erniedrigung erblicken. Dazu die gefährlichen Folgen für ganz Europa, wo von nun an die kirchlichen Gegensätze sich überall wieder verschärfen werden, und leicht zu kirchlich-politischen Coalitionen führen dürften. Sogar die Perspective neuer Religionskriege eröffnet sich damit.

War also wegen der kirchlichen Spaltung kein deutscher Einheitsstaat möglich, so auch kein neues Kaiserthum. Durch die Reichsgeschichte selbst war das schon im voraus bewiesen. Oder man müßte sonst ganz vergessen haben, wie das ehemalige katholische Kaiserthum eben durch die Kirchenspaltung zu Grunde ging, weil die ideale Bedeutung, die es einst für die Nation gehabt, so lange noch die Glaubensgemeinschaft bestand, nach der Reformation unvermeidlich verschwand. Zwar mochte das Kaiserthum noch Jahrhunderte lang fortbestehen, denn eine so tief gewurzelte Institution konnte nicht mit einem Schlage fallen, aber sein Fortbestehen war doch nur ein fortwährendes Absterben. Und jetzt sollte statt dessen ein neues protestantisches Kaiserthum entstehen! Woher käme ihm wohl die Lebenskraft? Muß es nicht dem katholischen Theil von vornherein so antipathisch sein, wie

es das alte katholische Kaiserthum hinterher für den protestantischen Theil wurde? Eine ideale Bedeutung hat es ja überhaupt nicht, selbst nicht für das protestantische Deutschland. Und was bedeutet es sonst wohl? Man braucht nur das (heute in jedem Kunstladen zu findende) Bild zu betrachten, welches die Proclamation des neuen Kaiserthums in Versailles darstellt, und das Wesen dieser neuen Schöpfung tritt in wünschenswerthester Klarheit hervor. Eine Gesellschaft in blizenden Uniformen sieht man da, vor welcher einige Herren in schwarzem Frack eine gar demüthige Rolle spielen, das Ganze so prosaisch als unvolksthümlich, — die Inauguration des Militarismus ließe sich nicht drastischer versinnbildlichen. Wie ganz anders muß es doch ausgesehen haben, als einst

„Herr Heinrich saß am Vogelherd“,

und da die deutschen Fürsten kamen, um ihm die deutsche Krone zu überreichen!

In solcher Gestalt trat also das neue Kaiserthum in die Welt. Ruhte es wesentlich auf dem Preußenthum, welches darin seine eigene Erhebung erblickte, so mußte auch der dem Preußenthum schon an und für sich beiwohnende herrische Geist dadurch um so mehr hervortreten, als die neue Schöpfung selbst nur ein Product militärischer Siege war. Hatte dieser Geist sich Deutschland unterworfen, — was blieb ihm noch übrig als die Kirche zu unterwerfen? Kampf war einmal sein Lebensprincip, und so ging es in den Kulturkampf.

Man meine nicht: es sei das nur durch diese oder jene Maßregel veranlaßt, und hätte wohl auch vermieden werden können. Nein, es folgte aus der durch 66 geschaffenen Situation. Die Macht, die eben nur Macht ist, kann neben sich keinerlei selbständige Existenz dulden. Der große Napoleon hatte das auch nicht über sich zu gewinnen vermocht, es riß ihn fort, alle seine sonstige Klugheit verließ ihn dabei. Daß sich aber der Kampf in erster Linie gegen die katholische Kirche richten mußte, folgt aus der protestantischen Basis der neuen Reichsgewalt, welche für dieselbe eine ganz andere Bedeutung erhielt, als sie vordem für den preußischen Staat gehabt. Für diesen war es ja ganz in der Ordnung, sich seines protestantischen Charakters zu rühmen, denn

der Vorkämpfer des Protestantismus zu sein, gehörte wesentlich mit zu der Stellung des preussischen Staates, im ehemaligen Reiche wie später im deutschen Bunde. Dafür stand neben dem protestantischen Preußen das katholische Oesterreich. Von einer aggressiven Richtung gegen die katholische Kirche konnte da gar nicht die Rede sein, und war auch vordem nichts Derartiges geschehen. Am allerwenigsten in der letztvergangenen Zeit, wo vielmehr zwischen der preussischen Regierung und der katholischen Kirche ein sehr friedliches Verhältniß bestand. Wie sehr hat sich aber die Situation verändert, seitdem das Gegengewicht einer katholischen Macht verschwunden ist, und das Preußenthum das ganze neue Deutschland beherrscht! Da wollte es seinen protestantischen Charakter auch in dem neuen Reiche zur Geltung bringen. Es gerieth in diese Richtung um so unvermeidlicher, als der preussische Protestantismus, wie wir früher bemerkten, sehr wesentlich einen politischen Zug angenommen hat, und aus einem religiösen Princip mehr zu einem bloßen Culturprincip geworden ist. So war der Culturkampf wie von selbst gegeben.

Natürlich wird man dabei Bundesgenossen zu haben wünschen. Denn die große katholische Kirche heraus zu fordern bleibt immer eine gefährliche Sache, zumal für ein Land wie das neue Deutschland, welches, ganz abgesehen von seiner eignen sehr beträchtlichen katholischen Bevölkerung, nach drei Seiten hin katholische Völker zu Nachbarn hat. Nur von Rußland dürfte da ein wirksamer Beistand zu erwarten sein, weil eben Rußland auf seinem ehemals polnischen Gebiete sich selbst im Kampf mit dem Katholicismus befindet. Und wahrlich, der Kampf wird dort auf gut russisch geführt, das ist weltkundig! Welch eine Bundesgenossenschaft ist das also, und Welch ein Licht fällt dadurch auf unsren Culturkampf, daß er solche Bundesgenossenschaft nothwendig machte! Ja, am Ende ist sein Resultat wohl selbst die Beförderung des Russenthums, so gewiß als Preußen dadurch nur um so fester an Rußland gekettet wird, und je mehr die Unterdrückung des polnischen Katholicismus gelingen sollte, dann Rußland dadurch nur um so mächtiger, und folglich für Deutschland um so gefährlicher werden würde.

Hier zeigt sich handgreiflich, wohin die blos negative Richt-

ung des Protestantismus, von der wir früher sprachen, führt, und wie dadurch das Gefühl einer abendländischen Völkergemeinschaft gänzlich ertödtet wird. Bestände noch ein Rest von solchem Gefühl, so würde man ja die Russificirung Polens nur tief beklagen können, und vielmehr die Erhaltung des polnischen Katholicismus wünschen müssen, als des bei weitem wichtigsten Bandes, wodurch dieses slawische Land dem abendländischen Europa verbunden ist. Statt dessen gilt es für einen Fortschritt der Civilisation, wenn sich die Herrschaft der Barbarei ausbreitet. Und was ist denn eigentlich die bismarcksche Kirchenpolitik, wenn nicht mutatis mutandis doch nur eine Nachahmung dessen, was von Seiten Rußlands gegen den Katholicismus geschieht? Oder wäre etwa die russische Kirchenpolitik selbst vielmehr als eine Uebersetzung aus dem Bismarckschen anzusehen? Jedenfalls ist die eine der andren werth, gleichviel welcher von beiden die Originalität zukäme.

Um nun für diesen famosen Kulturkampf eine rechtliche Grundlage zu gewinnen, brauchte man freilich nur auf das preussische Landrecht zurückzugreifen, worin die Omnipotenz der Staatsgewalt schon klar genug ausgesprochen war. Die Kirche als eine Institution, welche auf einem von dem Staate ganz unabhängigen Grunde ruht, und ihr Rechtsprincip in sich selbst trägt, existirt für dieses Gesetzbuch gar nicht. Es kennt die Kirche nur als eine innerhalb des Staates bestehende Gesellschaft, zwar mit vielen Privilegien ausgestattet, aber von jeder anderen unter der Autorität des Staates stehenden Gesellschaft nicht wesentlich verschieden. Was ließe sich nicht aus solchen Grundsätzen ableiten, wenn man sie rücksichtslos geltend machen wollte? Und das geschah nun eben durch die neuen Kirchengesetze. Man wird nicht bestreiten können: sie entsprechen dem Geiste des specifischen Preussenthums, dessen Hintergedanke überall die Omnipotenz des Staates ist. Aber das ist auch eben die Sache, daß das siegestrunkene Preussenthum jetzt seine ganze Schroftheit herauskehrt. Vergebens würde man dagegen mit Gründen ankämpfen. Die preussische Intelligenz ist taub dafür geworden. Erst die thatsächlichen Folgen werden sie über die Unzulänglichkeit der landrechtlichen Weisheit belehren, und ihr zeigen: was die Kirche wirklich ist.

Wir sagen schlechtweg die Kirche. Denn so sehr es die katholische Kirche ist, welche einstweilen im Vordergrund des Kampfes steht, — die evangelische Kirche ist dabei nicht minder betroffen, und daher auch von dieser Seite die Opposition herausgefordert. Hatte diese Kirche bisher in innigster Verbindung mit der preussischen Staatsgewalt gestanden, so werden dann hinterher auch um so tiefergreifende Folgen daraus entspringen, wenn es einmal zu einem Schisma käme. Zwar von der altpreussischen Landeskirche wird das nicht ausgehen, die kann sich zu solchem Selbstgefühl gegenüber der Staatsgewalt schon nicht mehr aufraffen, wenn auch selbst da der Widerspruch gegen das herrschende System neuerdings etwas lebhafter zu werden scheint. Ob er über bloße Belleitäten hinausgehen wird, muß sich erst noch zeigen. Inzwischen ist aber dafür gesorgt, daß jedenfalls von anders woher kräftigere Impulse kommen werden. Denn Preußen hat annectirt, und in den annectirten Ländern herrscht weit überwiegend das Lutherthum, welches auf die preussische Union nicht eingehen will, deren Beförderung doch zur preussischen Staatsmaxime geworden ist. Methode liegt darin: eine deutsch-evangelische Reichskirche mit „preussischer Spitze“ wäre wirklich das passendste Seitenstück zu dem neuen Kaiserthum. Aber dagegen regt sich auch das Lutherthum, wo es noch Kraft besitzt.

In Kurhessen hat es sich rundweg von dem neuen preussischen Kirchenregiment losgesagt. Diese Bewegung wird nicht in ihrem heutigen engen Kreise beschloffen bleiben, sie wird nicht nur nach Hannover hinüberschlagen, sondern zuletzt auch die altpreussische Landeskirche selbst aus ihrer Lethargie aufrütteln. Großes Aufsehen macht die Sache schon überall, und wie sehr die Regierung bemüht ist, die Bewegung wieder zu ersticken, liegt auch schon vor. Natürlich gelten ihr die jetzt sogenannten lutherischen Renitenten — Protestanten im eigentlichen Sinne wären sie vielmehr zu nennen — als Staatsfeinde und Reichsfeinde zugleich. Als „Schwarzwild“ haben sie die berliner Culturkämpfer bezeichnet, worauf man ebenso Jagd machen müsse, wie auf die renitenten katholischen Bischöfe und Prie-

ster. *) Man rüstet sich auch mit allen Kräften dazu, warten wir aber ab, ob die Jagd sich hier erspriesslicher erweisen, oder ob sich nicht abermals das Wort Gamaliels erfüllen wird. Schon nach ihrem hessischen Stammcharakter sind diese lutherischen Renitenten harte Köpfe, und sich auf den Boden des Evangeliums stellend, lassen sie sich eben so wenig von der preussischen Intelligenz imponiren, als von der preussischen Macht. Leicht könnte dadurch ein Brand entstehen, der hinterher das ganze hölzerne Gerüst des preussischen Staatskirchentums ergriffe, und den selbst die preussische Intelligenz nicht wieder zu löschen vermöchte. So wären es dann die blinden Hessen gewesen, welche dieser Intelligenz das Licht angezündet hätten, wodurch sie endlich zur Erkenntniß käme, daß es doch noch etwas gibt, was eben so über den königlich preussischen Staatszweck, wie sogar über den kaiserlich deutschen Reichszweck, noch weit hinausreicht.

XIII.

Nicht minder zeigt sich die innere Unzulänglichkeit des Preußenthums an den socialen Fragen der Gegenwart. Sie machen ihm auch schon Noth genug, und das begreift sich. Denn die socialistischen Tendenzen stehen im principiellen Gegensatz zu den Tendenzen des Preußenthums, und je mehr das Preußenthum sich aufthut, um so mehr verschärft sich dieser Gegensatz, wodurch dann folglich auch der Socialismus selbst nur um so mehr herausgefordert wird. Die Thatsachen reden: der Aufschwung des Socialismus in Deutschland datirt von 66.

Worum es sich hier handelt, das ist im letzten Grunde der Gegensatz zwischen Staatszweck und Gesellschaftszweck. Von der heutigen überschwenglichen Verehrung des Staates ist eben der Socialismus so fern, daß er vielmehr den Staat ganz in die Gesellschaft auflösen, und dadurch als solchen überhaupt beseitigen möchte. Am unumwundendsten erklärte dies zu seiner Zeit Proudhon, indem er seinen Standpunkt ausdrücklich als Anarchismus bezeichnete, was nicht etwa hieß: daß keine

*) Beiläufig bemerkt, zugleich ein Specimen der cynischen Auffassungs- und Ausdrucksweise, welche in den Kreisen dieser Cultorkämpfer herrscht, wie überhaupt des durch den Reptilienfond beförderten Geistes.

Gesetze mehr bestehen sollten, sondern nur keine Regierung, noch weniger eine Obrigkeit in christlichem Sinne. Auch war das ganz folgerichtig, denn Regierung, und noch mehr Obrigkeit, ist ein staatlicher kein gesellschaftlicher Begriff. Eine Gesellschaft, sagte der Communist Weitling, hat keine Regierung sondern nur eine Verwaltung. Insofern also der Staat dabei noch fortbestände, wäre er nichts weiter als der bevollmächtigte Geschäftsführer der Gesellschaft, die man principaliter als ökonomische Gesellschaft, specieller noch als industrielle Gesellschaft auffaßte. Den Staat als industrielle Gesellschaft zu organisiren, wäre dann eben die practische Aufgabe, wie schon St. Simon lehrte, und was seitdem der socialistische Grundgedanke geblieben ist. Und dahin gehen die heutigen Tendenzen des Socialismus: daß die arbeitenden Klassen sich der Staatsgewalt bemächtigen sollen, um dann durch die Staatsmaschinerie selbst seine Projecte zur Ausführung zu bringen.

Den Socialismus staatsgefährlich zu nennen, ist fast nur eine Tautologie, denn principiell negirt er ja den Staat, indem er ihn zu einer bloßen Gesellschaft machen will. Daher rührt auch sein Name, während hingegen die wesentlich auf den Staat gerichtete Denkweise, welche in den letzten Jahrhunderten zur Herrschaft kam, als Politismus zu bezeichnen wäre. Es ist das insbesondere auch noch der Standpunkt der reinen Demokratie, die immer nur den Staatsbürger, den citoyen, im Munde führt, statt dessen die Socialisten vielmehr von Arbeitern sprechen, indem sie zumeist die ökonomische Production und Consumtion im Auge haben. Mit dem Vorwurf der Staatsgefährlichkeit ist dann so viel als nichts gesagt. Die Socialisten brauchten nur einfach zu erwidern: daß dafür der Staat als gesellschaftsgefährlich und kurzweg als ein gemeinschädliches Institut zu betrachten sei. Auch für den eigentlichen Liberalismus, wie er insbesondere durch die Manchester Schule zum Ausdruck kam, gilt ja der Staat nur als ein unvermeidliches Uebel. Warum aber unvermeidlich? Und was wäre also daran gelegen, daß der Staat verschwände, wenn in Folge dessen die Gesellschaft sich um so wohler fühle?

Wie chimärisch solche Ansicht ist, darüber bedarf es auf unfrem Standpunkte keiner Worte. Der Staat bleibt immer unentbehrlich, und mehr als das: er beruht auf einer sittlichen Nothwendigkeit. Allein dem einseitigen Politismus gegenüber hat auch der Socialismus sein Recht. War man seit Jahrhunderten in die Richtung gehen, davon der gesellschaftlichen Lage und ökonomischen Existenz der Menschen immer mehr abzusehen, nur Machtzwecke erstrebend oder mit formalen Verfassungsentwürfen beschäftigt, so erscheint jetzt der Socialismus als die ganz natürliche Reaction dagegen. Und begreiflich genug, daß diese Reaction von den arbeitenden Classen ausgeht, auf welchen die Folgen jener Einseitigkeit am schwersten lasten.

Nun haben wir schon gesehen, wie es gerade Preußen war, wo mehr als anderswo alles dem Staatsinteresse dienen mußte. Unter diesem Gesichtspunkt war das preußische Behördensystem organisiert. Es sollte principaliter das Volk im Gehorsam erhalten, und demnächst das ganze Volksleben für den Staat nutzbar machen. Daher die immer vollen Staatsklassen, indessen das Volk sich nur eines sehr mäßigen Wohlstandes erfreute. Es war eben ein Ausbeutungssystem für den Staat. Daß man dabei mit großem Geschick verfuhr und eben so große Erfolge erzielte, konnte nicht verhindern, daß schließlich in dem Volke das Bewußtsein darüber erwachte, wie wenig ihm doch das Staatswesen zu gute käme, welches ihm so große Lasten auferlegte. Was hatten denn die arbeitenden Classen in Preußen davon, wenn der Staat neue Provinzen erwarb, und was halfen ihm die Siege, wofür sie ihre Knochen einsetzen mußten? Wie soll man gar in den widerwillig annectirten Ländern darüber denken?

Je mehr jetzt also der Nationalliberalismus die ganze Nation mit Ruhmesgedanken zu erfüllen und für Machtzwecke zu begeistern sucht, um so mehr erwacht bei den Arbeitern statt dessen das Classeninteresse, wonach sich das ganze europäische Proletariat, wie durch gemeinsame Leiden, so auch zu gemeinsamen Bestrebungen verbunden fühlt. Werden auf der einen Seite Siegesdenkmale errichtet und die großen Schlachttage gefeiert, so feiern hingegen die Socialisten die Gründung der Commune, welche

in Paris die Vendomesäule zertrümmerte. Schneidender und augenfälliger könnte der Gegensatz nicht hervortreten! Es ist, wie wenn zwei grundverschiedene Rassen neben einander wohnten, deren Denken und Fühlen nichts Gemeinsames mehr hätte. Was liegt aber am Ende darunter verborgen, wenn nicht der Gegensatz zwischen Staats- und Gesellschaftszweck? Und wer wird bestreiten können, daß der letztere in vieler Hinsicht der wichtigere ist? Wie die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht an die Staatsgrenzen gebunden sind, sondern weit darüber hinausreichen, so greifen sie andrerseits viel tiefer in die persönlichen Zustände ein, als die Einrichtungen des Staates. Es sind dies offenbar zwei verschiedene Lebensgebiete, aber doch untrennbar verbunden. Das Schlimme ist eben, daß es statt dessen zu solchem Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft kam.

Das Preußenthum scheint wenig geeignet, diesen Gegensatz wieder auszugleichen, so sehr auch die Rathedersocialisten ihm dies jetzt als seinen neuen Beruf empfehlen möchten, nachdem es doch seinen deutschen Beruf bereits erfüllt hätte. Es dürfte ihm mit dem socialen Beruf noch weniger gelingen, als es mit dem deutschen gelang, es liegen darüber schon Proben vor. Insbesondere durch das Auftreten Lassalle's, der ja selbst die preussische Regierung für seine Pläne zu gewinnen dachte, wie auch allbekannt ist, daß er dabei in Verbindung mit Hrn. v. Bismarck stand. Worauf liefen aber die bismarckschen Sympathien für den Socialismus hinaus? Sie sollten lediglich als ein Schreckschuß für die Bourgeoisie dienen, als den eigentlichen Träger der Opposition in dem damaligen Verfassungskonflikt. Also Ausnutzung der Arbeiterbewegungen für gouvernementale Interessen — das war des Pudels Kern. Ganz ähnlich, wie einige Jahre darauf das allgemeine Stimmrecht proclamirt wurde, nicht etwa um der Volksfreiheit willen, sondern weil es momentan vortheilhaft erschien, indem es selbst als ein politischer Schachzug diente. Und ist nicht überhaupt das bismarcksche System das potenzierte Machtssystem, nach welchem vor den Machtinteressen alle andren Interessen in den Hintergrund treten?

Sollte von Preußen eine neue sociale Organisation ausgehen,

so müßte erst eine tiefgreifende Veränderung in dem ganzen Wesen dieses Staates stattfinden, und damit hat es noch gute Wege. Nur eine große Noth könnte vielleicht dahin führen. Einstweilen zeigen die preussischen Volkszustände selbst, worauf der Sinn des Preussenthumes in erster Linie gerichtet ist. Oder sind etwa die socialen Verhältnisse in Preußen besser als im übrigen Deutschland? Das ist leider nicht der Fall, und zwar am wenigsten in der östlichen Hälfte der Monarchie, wo das specifische Preussenthum seine eigentlichen Wurzeln hat. Da ist der Contrast zwischen Reich und Arm viel größer, und leben dort — von einigen großen Städten abgesehen — die unteren Volksklassen entschieden viel dürftiger, als namentlich in südlichen Deutschland. In Oberschlesien kam es sogar zu einem epidemischen Hungertyphus, und in Ostpreußen wiederholte sich Aehnliches. Warum hatte doch die preussische Intelligenz solchen Calamitäten nicht vorzubeugen gewußt?

So wird auch Niemand behaupten wollen, daß etwa in Preußen reinere Sitten und tiefere Religiosität herrschten, als im außerpreussischen Deutschland, sondern gerade wieder in dem alten östlichen Preußen dürfte weit eher das Gegentheil stattfinden. Das aber muß man zugeben, daß die Preußen im Durchschnitt mehr Spannkraft und äußere Haltung zeigen, als namentlich die Süddeutschen, bei denen so zu sagen alles viel pomadiger hergeht, — der Gegensatz zu der preussischen Strammheit, die offenbar mit dem militärischen Drillsystem zusammenhängt. Wirklich überlegen erweist das Preussenthum sich nur in alle dem, was sich auf die formale Staatsverwaltung bezieht, oder dadurch bedingt ist. Zwar an und für sich wichtig genug, allein wie wenig thut das doch zur socialen Organisation? Nach dieser Seite ist vielmehr in Preußen das Reformbedürfniß nur um so dringender, wie auch die Gefahr dort am größten wäre, wenn es einmal zu einem socialistischen Gewaltausbruch kommen sollte. Die militärische Gewöhnung des Volkes, weit entfernt das zu hindern, könnte dann gerade den Socialistenchefs selbst zur wirksamsten Handhabe dienen. Wer weiß, was im Schooße der Zukunft ruht, und ob nicht dereinst Berlin sich als der rechte Krater der socialen Revolution aufthun wird.

Jedenfalls ist durch das Werk von 66 die Eventualität einer socialen Revolution uns plötzlich viel näher gerückt. Durfte damals, um politischer Zwecke willen, das geschichtliche Recht wie nichts beiseite geschoben werden, — ei, warum nicht weit eher noch um socialer Zwecke willen, und was ist denn jedes concrete Eigenthum, wenn nicht selbst ein geschichtliches Product? Seitdem führt man gegen die socialistischen Umsturzprojecte nur noch ein gebrochenes Schwert. Um so nothwendiger wäre es, der Revolution durch die Reform vorzubeugen. Was ist aber in dieser Hinsicht zu hoffen, da gerade durch 66 eine Situation geschaffen wurde, die mehr als je alle Kräfte für den Staat in Anspruch nimmt, und alle Gedanken auf Machtzwecke richtet? Und nun daneben das allgemeine Stimmrecht! — in welchem Sinne sollen das wohl die arbeitenden Klassen ausüben? Wahrscheinlich doch weit eher in ihrem socialen Klasseninteresse, als im Interesse der Staatsmacht. Da liegt der innere Widerspruch offen vor, und es muß sich erst zeigen, wie man darüber hinwegkommen wird.

XIV.

So sieht sich nun das Preußenthum durch seine eigenen Unternehmungen vor Aufgaben gestellt, denen es nicht gewachsen ist, und woran es unvermeidlich scheitern muß. Aber auch in sich selbst hat es sich dabei zu Grunde gerichtet, und indem es den Gipfel der Macht erstiegen zu haben wähnt, vielmehr seine eigene Existenz untergraben.

Es ist dem Preußenthum wirklich gelungen, alles seinem Staatsinteresse zu unterwerfen: die öffentliche Meinung, wie die repräsentativen Körperschaften und selbst die Gerichte; nicht minder die Institute des geistigen Lebens, die evangelische Landeskirche und das Schulwesen; Wissenschaft und Literatur folgen demselben Zuge, — dem Triumphzuge des Preußenthums. Eine unüberstehliche Macht mußte daraus entstehen, aber diese Macht ist der inneren Fäulniß verfallen. Denn was das Salz für den animalischen Körper, das sind Recht und Wahrheit für den Organismus des öffentlichen Lebens, und dieses Salz ist dumm

geworden, wo für Recht und Wahr gilt, was der Staatsraison entspricht. Die Wolken des Staatsinteresses lassen die Sonnenstrahlen der Religion, die in das öffentliche Leben hinein scheinen sollten, nur noch gebrochen hindurch, sie können die in dem politischen Calcul erkalteten Gemüther nicht mehr erwärmen. Muß nicht die Selbstsucht des Staates hinterher auch die einzelnen Menschen ergreifen? Und was schützt nun die Macht vor ihren eigenen Excessen, nachdem die moralischen Zügel schlaff und morsch geworden? So bliebe nur noch die Intelligenz. Doch auch die geht demselben Bankrott entgegen. Wie kann sie die Macht leiten oder warnen, wenn sie von daher selbst ihre Direction empfängt? Unabhängige Geister gehörten dazu, aber sie fehlen, denn eben die Unabhängigkeit der Geister ist geknickt. Und wenn es noch deren gäbe, so sind sie von der Macht im voraus geächtet. Wer nicht „Hurrah!“ schreit, ist ein Staats- und Reichsfeind, und was bedarf es da noch weiteren Zeugnisses? Er hat den Erfolg gelästert, man höre ihn nicht, man steinige ihn!

Dahin ist es mit der preussischen Intelligenz gekommen. Und es mußte wohl dahin kommen, weil die Macht an und für sich blind ist. Wie sie sich nur durch ihre Erfolge bewährt, sind das auch ihre einzigen Argumente. Was aus den Erfolgen selbst wieder folgen möchte, kümmert sie nicht. Die Folgen treten aber um deswillen nicht minder ein. Hier zeigen sie sich zunächst in der allgemeinen Abstumpfung der Geister.

Wäre nicht im Rausch der Erfolge alle Besinnung untergegangen, so bedürfte es wahrlich keiner tiefen Weisheit, man brauchte sich nur an die Erfahrungen der letzten Menschenalter zu halten, und man würde sich der Erwägung nicht verschließen: daß eine in sich selbst so widerspruchsvolle, aller geschichtlichen und moralischen Grundlagen entbehrende Schöpfung, wie es das neue Reich ist, auf keinen dauernden Bestand rechnen darf. Schon die Schicksale der ehemaligen Schöpfungen des großen Napoleon könnten darüber belehren. Denn ob der Mann nicht Erfolge gehabt hatte! Die bismarckschen wären klein dagegen. Nur konnte er doch nicht verhindern, daß sie hinterher ins Gegentheil umschlugen. Was garantirt also die dermaligen Erfolge? Daß sie einstweilen als

Thatsachen vorliegen, bestreitet Niemand, die Frage ist lediglich auf ihre Dauerhaftigkeit d. h. auf die Zukunft gerichtet. Und ist wohl ein beschränkterer Standpunkt denkbar, als sich auf den augenblicklichen Erfolg zu stützen? Solche Eintagspolitik wird also erst abwarten wollen, bis die Katastrophe hereinbricht und sich damit selbst als ein Erfolg präsentiert, nur freilich als ein Gegen Erfolg, erst dann wird sie daran glauben. So steht es mit dem Pochen auf die Erfolge. Und was helfen ferner die äußeren Stützen, wodurch man die neuen Schöpfungen befestigen will? Wo der Fehler vielmehr in der Grundlage liegt, werden alle neuen Strebefeiler nur bewirken können, daß das Gebäude hinterher mit um so zerschmetternder Gewalt zusammenbricht. Und wer wird dann von solchem Zusammenbruch mehr betroffen werden als gerade der preussische Staat, der sich mit dem neuen Reiche indentificirte?

Wäre es auch, daß dieses neue Reich sich noch geraume Zeit behauptete, — für den preussischen Staat stände es dadurch um nichts besser. Er würde sich inzwischen nur um so mehr damit amalgamiren, indem eine Competenz nach der andren auf das Reich überginge, und wenn dann über dieses die Katastrophe käme, würde er in sich selbst schon so gebrochen sein, daß um so weniger von ihm zu retten wäre. Angenommen aber, — was nach aller menschlichen Voraussicht unmöglich ist, — daß das neue Reich sich förmlich consolidirte, so bedeutet das nichts Geringeres als den Untergang des preussischen Staates, weil er dann in das neue Reich aufgegangen sein müßte, und darin nur noch als Material existirte. Das wäre es also, wohin der deutsche Beruf geführt hätte, den sich die preussische Eitelkeit und Machtsucht einreden ließ, in der Meinung, Preußen dadurch groß zu machen! Klein aber wird es hinterher werden, ja seine ganze Existenz in Gefahr gebracht haben.

Wollte Preußen eine große europäische Stellung gewinnen, ohne daß dabei das preussische Staatswesen in seinen eigenen Grundlagen erschüttert würde, so hätten dazu ganz andere Wege eingeschlagen werden müssen. Von einem eigenthümlichen deutschen Berufe, der (Gott weiß: wann, wie und wodurch?) dem

preussischen Staate eingepflanzt sein sollte, konnte dann gar nicht die Rede sein. Der preussische Staat war in Deutschland nur ein Glied, wie die anderen Bundesstaaten auch, die alle einen deutschen Beruf hatten, jeder nach dem Maßstab seiner Kräfte, sonst aber in nichts verschieden. Sollte er hingegen wirklich einen ihm eigenthümlichen Beruf haben, so konnte dies eben kein deutscher Beruf sein, sondern ein über Deutschland hinausreichender Beruf hätte es sein müssen. Dafür scheint jedenfalls die Logik zu sprechen, oder es müßte wohl für die preussische Intelligenz eine ganz aparte Logik bestehen, welche seit Aristoteles unbekannt und erst durch Leute auf die Bahn gebracht war, die nur gothaer Wurst im Gehirnkasten hatten. Dies also anerkannt, war damit auch schon die Richtung gegeben, wohin solcher über Deutschland hinausreichende Beruf deutete.

Mit einem Worte: man hätte auf eine Verbindung mit Polen ausgehen müssen, und so hätte dann ein preussisches Kaiserthum entstehen mögen, wobei Polen in einem ähnlichen Verhältniß zu Preußen stände, als seit lange zwischen Ungarn und Oesterreich bestand. Man denke über diese Sache nach, sie dürfte des Nachdenkens werth sein!

Dem ein Werk von europäischer Bedeutung wäre damit geschaffen, von so weitreichenden und dauernden Folgen, daß der ephemere Glanz der Kaiserschaft in dem neuen deutschen Reiche in nichts dagegen verschwindet. In demselben Maße, als dieses deutsche Kaiserreich das Kriegssystem beförderte, würde das preussisch-polnische Kaiserreich dem Friedenssystem zur Stütze dienen. Es wäre im eminenten Sinne ein föderatives Unternehmen, ja der thatsächliche Anfang zur Herstellung einer abendländischen Völkergemeinschaft, und überhaupt die wichtigste Verbesserung des europäischen Systems, die man zur Zeit wünschen könnte. Für Deutschland würden die wohlthätigsten Rückwirkungen daraus entspringen. Und wie würden dann die östlichen preussischen Küstenprovinzen aufblühen, wie nicht minder Schlesien, wo man die gegenwärtigen Grenzverhältnisse überall so schwer empfindet! Sogar Berlin dürfte sich dabei besser stehen, als bei seinem heutigen Sichausblähen zur Hauptstadt von Deutschland, was es doch in

Wahrheit nie werden kann. Schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil ein wahres Deutschland überhaupt keine Hauptstadt zuläßt. Dazu hingegen ist Berlin allerdings geeignet: einen Stützpunkt der Culturentwicklung für das ganze nordöstliche Europa zu bilden. Und hat denn nicht die Mark Brandenburg schon von Anfang an eine Beziehung zu dem slawischen Osten gehabt? Noch mehr das preußische Ordensland, dessen Geschichte durchweg mit der polnischen und lithauischen verflochten war. Schlesien war geradezu ein polnisches Land gewesen, Pommern bis zur Weichsel hatte vor der deutschen Herrschaft unter polnischer Oberherrschaft gestanden. Hier wäre also nicht im Geringsten von einer erkünstelten willkürlichen Schöpfung zu reden, sondern von einer Schöpfung, die ebenso den geographischen und geschichtlichen Bedingungen entspräche, als den actualen Interessen der Gegenwart und den Forderungen der Zukunft. Und weit entfernt, daß etwa der protestantische Character des preußischen Staates dabei ein Hinderniß bilden würde, läge vielmehr darin für das katholische Polen die sicherste Garantie seiner Nationalität, weil eben dadurch jeder Gedanke an eine Unification, oder an ein Herabdrücken Polens zu einer preußischen Provinz, von vornherein ausgeschlossen wäre.

Hätte man in Preußen für diese Verhältnisse Sinn und Verständniß gehabt, so hätte es freilich nie ein 66 geben können. Die ganze preußische Politik würde längst eine viel andere Richtung genommen haben, als sie leider wirklich nahm. Das war eben die Folge der flachen Geschichtsauffassung, und überhaupt der ungeschichtlichen Denkweise, von der wir früher sprachen, wonach die ursprüngliche Bildungsgeschichte der preußischen Länder und damit alle tieferen Beziehungen derselben ignorirt wurden, indessen man das Wesen des preußischen Staates nur in den seit dem großen Kurfürsten entstandenen Verhältnissen erblickte. Dennoch bedurfte es erst noch einer systematischen Geschichtsdrehung, wodurch sich insbesondere Droysen unsterblich gemacht, um für den deutschen Beruf, der angeblich der Mark Brandenburg eingepflanzt sein soll, die theoretische Unterlage zu gewinnen. Es gereicht der preußischen Intelligenz sehr wenig zum

Ruhme, auf derartige Sophistereien eingegangen zu sein. Und nicht nur, daß dadurch Unheil über ganz Deutschland kam, sondern Preußen selbst hat sich dadurch am allermeisten geschadet, indem es nun um des ihm angebüchteten Berufes willen seinen wahren Beruf verfehlte.*)

XV.

Concentrirte das preussische Staatswesen sich in dem Königthum, so treten auch die Folgen der neuen Schöpfungen am verhängnißvollsten in der veränderten Stellung hervor, welche dasselbe seitdem erhielt. Zwar sein Machtgebiet ist dadurch erweitert, seine Machtmittel haben sich vermehrt, an innerer Dignität aber hat es vielmehr verloren. Denn was ist das neue Kaiserthum, wenn nicht principaliter ein bloßes Heermeisterthum, während das preussische Königthum, trotz seiner sehr militairischen Erscheinung, doch immer im wesentlichen ein Königthum war wie andere, und als solches auch zu dem geistigen Leben der Staatsbevölkerung in Beziehung stand. Für das Kaiserthum existirt das gar nicht, es ist bloß Träger der Machtentwicklung. Und wohin soll das nun führen, wenn doch gleichwohl das Kaiserthum als das Höhere über dem preussischen Königthum gilt? Das muß dann wohl selbst in diese niedere Sphäre hinabgezogen werden.

Damit noch nicht genug, wird sogar die kaiserliche Befugniß thatfächlich illusorisch. Die unbestrittene Herrschaft auf dem ganzen militairischen Gebiete, die eine so ungeheuere Macht darstellt, darf darüber nicht täuschen, weil die vornehmste Wirksamkeit

*) In einer anonym erschienenen Flugschrift „Polen, Preußen und Deutschland, ein Beitrag zur Reorganisation Europas“ hatte ich diesen Gedanken schon im Frühjahr 48 ausgesprochen, während ich hingegen das damals schon geplante neue deutsche Kaiserthum als ein ganz verfehltes Project erklärte, und worauf ich dann später noch wiederholt zurückgekommen bin. Die Zeit dürfte nicht mehr fern sein, wo auch anderen Leuten die Augen darüber aufgehen werden, was bei dem neuen deutschen Kaiserthum herauskam, und zwar für Deutschland wie für Preußen.

dieser Macht doch nur darin besteht, daß sie politischen Zwecken dient. Für die Politik ist sie nur ein Werkzeug. Wer leitet aber die Politik? Es ist der Kanzler, und es kann unter den obwaltenden Umständen kaum anders sein. Die Einheit der diplomatischen und militairischen Action, die, wie wir wissen, die Grundforderung war, wovon die Schöpfungen von 66 ausgingen, und worauf seitdem auch wirklich alles hinzielt, ist also durch das Kanzlerat realisirt, welches thatsächlich die Reichsregierung bildet. Man wäre versucht, es mit dem Großvezierat zu vergleichen, welches von Alters her in den orientalischen Reichen besteht, nur daß bei uns das Institut der seidnen Schnur fehlen würde, welches dort als Correctiv dient. Es ist ja das unvermeidliche Schicksal aller Verfassungen, daß sie im Laufe der Zeit entarten, was soll man aber sagen, wenn eine neue Verfassung von vornherein als Caricatur in die Welt tritt? Denn anders ist es wohl nicht zu nennen, wenn das Kaiserreich thatsächlich weit eher ein Kanzlerreich bildet. Ist nun ferner die Reichsregierung implicite zugleich die preussische Regierung, — was bleibt da noch von dem preussischen Königthum?

Im Munde Ludwigs XIV. hatte das „l'état c'est moi“ doch immer einige Wahrheit. Der große Friedrich hätte auch so sprechen können. Und überhaupt für jede Erbmonarchie hätte es den Sinn, daß in dem Herrscher und seinem Hause die Persönlichkeit des Staates zur Erscheinung kommt. Was aber könnte diese Phrase im Munde eines Ministers oder Kanzlers bedeuten? Oder — wenn sie etwas bedeutete, so wäre es eine schneidende Ironie auf das Wesen der Monarchie. Wie es aber in diesem Punkte wirklich steht, ist für die politischen Kreise in ganz Europa durch La Marmora urkundlich constatirt. Gleichviel, ob man auch so thun möchte, als ob es nicht so wäre, es ist so.

In seinem tiefsten Lebensprincip wird dadurch das preussische Staatswesen angegriffen, wenn sein Schwerpunkt aus dem Königthum in das Kanzlerat übergeht. Denaturirt und deteriorirt wird es dadurch. Ist das Preussenthum an und für sich ein einseitiges Wesen, so treten dann seine Härten und Schroffheiten um so greller hervor. Seine besseren Eigenschaften verschwinden

mit dem temperirenden Einfluß des Königthums, in welchem doch immer etwas Ideales liegt. Wenigstens für die Meinung der Menschen, — woher käme ihm sonst die moralische Macht? Das Kanzlerat hingegen ist ein rein realistiſches Institut, nichts darin, was auf die Gemüther zu wirken oder etwa die Phantafie zu ergreifen vermöchte. Man kann ſich für das Königthum begeistern, und wohl zu allen Zeiten hat es begeisterte Royalisten gegeben, das Geſchlecht müßte aber erſt geboren werden, welches ſich für das Kanzlerat begeistern könnte.

Immer wird ein Miniſter — oder was auch ſein Titel wäre — weſentlich anders auftreten als ein erblicher Monarch, der auf einer überkommenen Machtbaſis ſteht, und deſſen Macht ſchon überall eine gar nicht mehr in Frage kommende Vorausſetzung iſt. Nach ſeiner eigenen Stellung ſich an das geſchichtliche Recht anſchließend, wird ein ſolcher Monarch weit eher zu ausgleichenden als zu gewaltsamen Maßregeln geneigt ſein, denn er iſt ſeiner Macht gewiß, auch ohne ſie zu bethätigen. Ein Miniſter hingegen iſt ſeiner Macht nur gewiß durch ihre unmittelbare Bethätigung, er muß ſie ununterbrochen zeigen, oder man verlöre den Glauben daran. Ein erblicher Monarch braucht ſich in ſeinen Unternehmungen nicht zu übereilen, er mag der Zeit Zeit gönnen, denn morgen iſt auch noch ein Tag, und was er ſelbſt nicht vollendet, das bleibt ſeinem Erben und Nachfolger vorbehalten. Der Ehrgeiz eines Miniſters, der nicht für einen Erben arbeitet, iſt auf ſchnelle Erfolge gerichtet, er muß das Heute ausnutzen, das Morgen iſt ihm nicht ſicher. Je entſcheidender ſeine Stellung geworden, um ſo mehr wird es ihn zu immer neuen Unternehmungen drängen, und dieſelben zum Ziele zu führen, ſei es mit Biegen oder Brechen.

Alle dies liegt heute vor Augen. Am auffallendſten aber tritt es wohl in dem großen Kirchenconflict hervor. Denn wie ganz anders als ein Miniſter oder Kanzler iſt doch von vornherein ein König zur Kirche geſtellt! Sich „von Gottes Gnaden“ nennend und an Pietätsrückſichten gebunden, weil ſeine eigene Autorität auf Pietätsverhältniſſen beruht, wird er immer für den Frieden mit der Kirche geſtimmt ſein. Ein inſtinctives Gefühl ſagt ihm, daß gewaltsame Maßregeln gegen die Kirche hinterher

auch auf daß Prestige der Krone selbst zurückwirken würden. Für den Kanzler existirt ein solches instinctives Gefühl nicht. Sein Prestige beruht lediglich auf seinen persönlichen Erfolgen, und die ganz exceptionelle Machtstellung, die er sich dadurch selbst erst geschaffen, fordert immer neue Erfolge; sie wäre sonst nicht haltbar. Er darf den „europäischen Ruf,“ den er sich einmal erworben, nicht auf's Spiel setzen, — wir haben das neuerdings aus seinem eignen Munde gehört, — und um die Erhaltung dieses europäischen Rufes drehen sich seitdem die Geschicke Preußens und Deutschlands. Was dann um deswillen geschieht, das sind „politische Nothwendigkeiten,“ gegen welche kein Einwand zulässig ist. Muß doch der Kanzler die Bedingungen seiner Stellung am allerbesten beurtheilen können, das läßt sich garnicht bestreiten. Und so scheint die ganze preußische Intelligenz sich einstweilen in dem Gehirn des Kanzlers concentrirt zu haben.

Steht es denn aber wirklich schon ganz außer Frage, daß der Kanzler ein solches Universalgenie ist, wie er es in diesem Falle sein müßte? Sein Muth und seine Energie, wie sein practisches Geschick, haben seine Erfolge bekundet, was man aber einen großen Geist oder einen tiefen Denker nennt, davon zeugen seine Erfolge wohl eben so wenig, als sein sonstiges Auftreten den Eindruck davon macht, noch weniger seine Umgebungen.

„Noscitur ex sociis, qui non cognoscitur ex se,“ und wie soll man danach urtheilen, wenn seine vornehmste parlamentarische Stütze ein Laster wurde? Dazu dann ein Bamberger, Miquel, „unser“ Braun, und die übrigen Celebritäten des National-liberalismus und des Gründertums. Nun, es mag ja für den Kanzler eine politische Nothwendigkeit sein, sich auf solche Elemente zu stützen, weil er jedenfalls einer parlamentarischen Majorität bedarf. Aber verhält es sich mit dem gouvernementalen Personal nicht ähnlich? Thätige und gewandte Organe für die Ausführung der kanzlerischen Projecte — das sind sie, ein Mann von geistiger Bedeutung hat sich darunter noch nicht gezeigt.

Und dennoch hat man den Culturkampf proclamirt! In welche Selbsttäuschung muß die preußische Intelligenz gerathen sein, wenn sie nicht einmal diesen inneren Widerspruch bemerkt!

Oder welche eine Art von Cultur sollte das werden, für welche gerade die geistigen Potenzen am entbehrlichsten zu sein scheinen? Es wird dann doch wohl auf die Militärorganisation, nebst Posten, Telegraphen und Eisenbahnen hinauslaufen, oder was sonst im gleichen Niveau damit steht. Zum höchsten ein intellectuelles Drillsystem — das wäre die Blüthe solcher Cultur. Zwar Intelligenz gehört dazu auch, aber in welchem beschränkten Vorstellungskreise bewegt sich diese Intelligenz, wenn sie darin den Hebel zu einer neuen Nationalentwicklung zu besitzen vermeint? Wenn nicht gar noch zu einer neuen Weltentwicklung, denn schon rühmt sich Berlin eine neue Weltstadt geworden zu sein. Es ist dort heute das dritte Wort. Ja, wenn es der Reptilienfond thäte, — das wäre schon ein Institut, das seines Gleichen sucht, was aber dieses Institut an neuen Ideen producirt, darüber dürfte die Weltgeschichte ganz ebenso zur Tagesordnung übergehen, wie über die gelehrten Lucubrationen hohenzollernischer Leibgardisten.

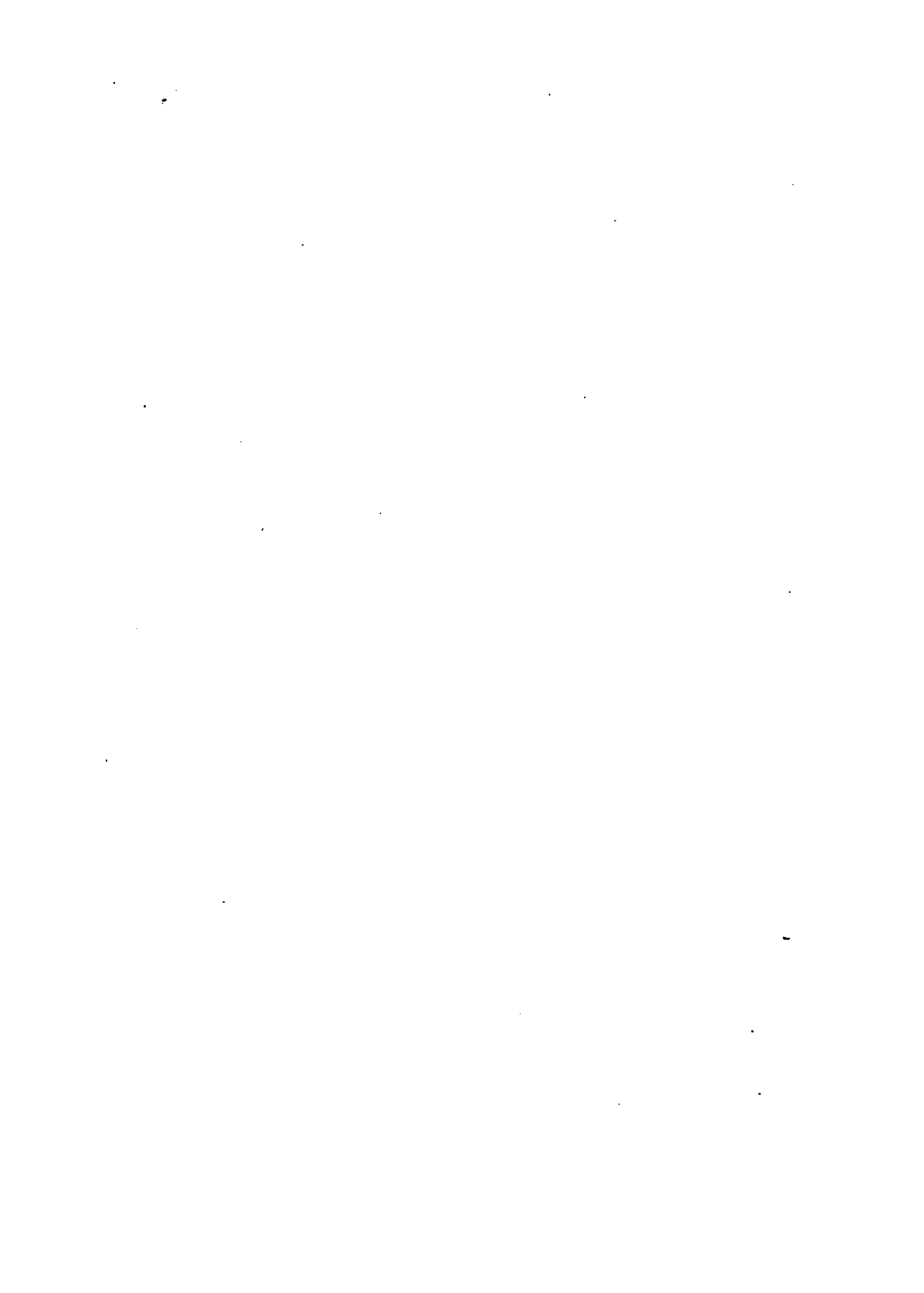
Hätte man in dieser, sich so nennenden, neuen Weltstadt ein wirkliches Verständniß für die Weltlage und die daraus entspringenden Aufgaben, so würde man vor allem erkennen, wie sehr dieselben über die Interessen des Preußenthums hinausreichen. Und träte selbst an dessen Stelle der neue deutsche Nationalstaat, so änderte das auch nicht viel. Wir haben bereits gesehen, wie wenig solch deutscher Nationalstaat den Bedürfnissen der heutigen Weltlage entspricht. Und wir haben desgleichen gesehen, daß es überhaupt keine staatlichen sondern überstaatliche oder metapolitische Fragen sind, welche allmählig in den Vordergrund der Entwicklung treten: die internationale, die sociale und die kirchliche Frage, worüber also nach bloßen Staatsrückichten gar nicht zu entscheiden ist. Was bedeutet da noch das Pochen auf politische Nothwendigkeiten, wären dieselben auch weniger persönlich gefärbt, als wirklich der Fall ist, wenn es doch noch viel nothwendigere metapolitische Angelegenheiten gibt?*)

*) Ausführlicher über diese drei metapolitischen Aufgaben, und ihr besondres Verhältniß zu Deutschland, handelt des Verfassers Schrift „Der Bankrott der herrschenden Staatsweisheit“, wie desgleichen über die Stellung des Hrn. v. Bismarck „Bismarckianismus und Friedrichianismus“, worauf hier zu verweisen gestattet sei.

Daß die preußische Intelligenz, in ihrem Siegesrausch, das gleichwohl noch immer nicht zu begreifen scheint, heißt gar nichts anderes, als daß sie ihre eigene Beschränktheit nicht begreift. Das alte „Erkenne dich selbst!“ müßte man ihr zurufen, es wäre hier der Stein der Weisen. Satt dessen klammert sie sich nur um so mehr an die Staatsidee an, gleichviel, ob ihr Staat in Zukunft nicht mehr der preußische sondern der deutsche sein und das „Reich“ heißen soll, welches neue Reich doch selbst wieder nur in preußischem Geiste gedacht und nach preußischem Muster gestaltet sein würde. Staats- oder Reichsinteressen gelten dann als Principien; was aber in gegebenem Falle das wahre Interesse sei, darüber entscheidet der tatsächliche Erfolg, und was nun wieder die Sicherstellung dieses Erfolges selbst erheischt, das ist die über jede Discussion erhabene politische Nothwendigkeit, welche nur durch den Mund ihres Hohenpriesters spricht. So ist es geschehen, daß die preußische Intelligenz am Ende ihrer Laufbahn sich in den Bismarckianismus auflöste. Sie hat damit eine Selbstkritik geliefert, wozu nichts weiter mehr hinzuzufügen bleibt.







DD 220 .F7 C.1
Bismarckianismus und Friedrich
Stanford University Libraries



3 6105 037 959 447

DD
220
F7

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.

--	--	--

